Einzelverkaufspreis 3.00 DM, inkl. 6% MWSt.

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 224 7. APRIL 1978 D 1870 CX

AUSSPERRUNG UNTERMACHT

USSPERRUNG

ÖTV

Während des Russell-Tribunals, das in Frankfurt vom 25. März – 4. April tagt, erscheint der ID täglich. Die Abonennten erhalten weiterhin wöchentlich - alle Einzelausgaben zusammengeheftet, d.h., hier die Nr. 5 bis 9. Zu dieser Verfahrensweise sind wir durch Versandvorschriften der Bundespost verpflichtet. Der Preis einer 16 Seiten Ausgabe beträgt 50 Pfennige, ist in linken und anderen Buchhandlungen erhältlich.

Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Frankfurt. 25.3.–4.4.'78

Foto: Max Watts

nr. 5

Inhaltsverzeichnis:

SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDE

Täglicher ID braucht tägliches Geld! Tägliche Leser können täglich Spenden

Sonderkonto Frankfurter Informationsdienst, Postscheckkonto Nr. 447 47 - 608

AKTUELLER SITUATIONSBERICHT VOM TRIBUNAL – FREITAG 12 UHR

Der Fall Wedel verspricht interessant zu werden. Nachdem gestern Nachmittag dieser Fall nicht zu Ende verhandelt werden konnte, belegt dieses Berufsverbot eine neue Qualität. Das Ergebnis der Fragen der Jury und der Erklärungen zeigt die fortschreitende Entwicklung. Radice, Bourdet und Rechtsanwalt Fischer arbeiten im Frage- und Ergänzungsspiel folgende Abstufungen heraus: Bis Anfang der 70-er Jahre bildeten allein Pflichtverletzungen im Rahmen der dienstlichen Arbeit den Anstoß für ein Berufsverbot.

In der zweiten Stufe genügte die Mitgliedschaft in einer sogenannten verfassungsfeindlichen Partei als Indiz. In der dritten Stufe genügte selbst eine Treueerklärung an den Staat nicht mehr. Die vierte Stufe ist im Fall Wedel erreicht. Es genügt, Kontakte mit Parteien oder deren Mitgliedern gehabt zu haben, bestimmte Zeitungen bezogen zu haben, in bestimmten Wohngemeinschaften gelebt zu haben, mit bestimmten Leuten verheiratet zu sein.

Der einzig belegbare Vorwurf, der Wedel gemacht wurde, war, daß er seinen Wagen in der Nähe einer KPD/ML-Veranstaltung geparkt hatte, ohne selbst weder Mitglied oder Funktionär dieser Partei zu sein.

Bei der Darstellung der Anhörung malte Wedel die erschreckende Sackgasse aus, in der er sich bei der zentralen Frage befand: "Sind Sie Mitglied der KPD/ML? " Wedel: "Nein". Hätte er "Ja" gesagt, Berufsverbot auf jeden Fall, hätte er die Antwort verweigert, hätte dies laut etlichen Gerichtsbeschlüssen als gegen ihn verwendbar benutzt werden können. Sein "Nein" wurde ihm zwar geglaubt, räumte aber die Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht aus.

Eine kafkaeske Situation.

Etwas betroffen schien dieser Fall von Kontaktschuld die Jury doch zu machen. Bourdet sprach von einem Höhepunkt des McCarthyismus. Ein Jurytip am Rande: was Ihr Auto betrifft, so parken Sie von nun an besser woanders, vielleicht auch mal vor einem NPD-Büro.

Ohne Pause gings dann weiter. Prof. Preuss aus Bremen kam ans Mikrophon, um in 45 Minuten die juristischen Aspekte der Berufsverbote der Jury zu erläutern. Eine BRD-Besonderheit rief bei der Jury Erstaunen hervor. Im Gegensatz zu den sonstigen Verfassungen der liberalen Demokratien (Schweiz, Österreich, Frankreich) bezeichnet das Grundgesetz nicht nur gewaltsames Handeln gegen die Verfassung als verfassungswidrig. Nach dem Grundgesetz ist der Staat in bestimmten Fällen berechtigt, bereits gegen Vertreter von Meinungen und Zielsetzungen Sanktionen einzuleiten.

GESCHICHTEN HINTER DER TRIBÜNE

Harheim
31. März

Die Jury war sauer. Sie oder zumindest eine Reihe ihrer Mitglieder, war bereit, über die Situation der politischen Gefangenen zu sprechen. Auch wenn sie nicht bereit war, sich als Jury während der ersten Sitzungsperiode zu äußern - für die zweite war darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen -, so wollte sie doch zumindest mit den Angehörigen der Gefangenen im Gespräch bleiben. (Ist überhaupt versucht worden, die Mitglieder der Jury als Einzelne auf die Möglichkeit hin anzusprechen, Besuchsanträge für Gefangene zu stellen?)

Dann kam die Erklärung der Kirchenbesetzer. Das gab den ersten Krach mit der Jury. Die Alternative, vor die sie gestellt wurde, nämlich entweder jetzt hier und heute offiziell als Jury eine Aussage zur Haftsituation zu machen, kam bei ihr an als eine Erpressung.

Dennoch kam es zu einem Gespräch zwischen Mitgliedern der Jury und Leuten aus der Kirche. Auch dabei sollen die Jury-Mitglieder erklärt haben, sie wollten weiter im Gespräch darüber bleiben. Nach dieser Diskussion soll von seiten der Besetzer die Presse so informiert worden sein, als würden Jury-Mitglieder an einer Veranstaltung am Donnerstagabend in der Kirche teilnehmen.

Ein Jury-Mitglied sprach daraufhin von Vertrauensbruch. Ergebnis: kaum jemand aus der Jury wird sich wohl auf weitere Diskussionen einlassen (das jedenfalls war der Stand von Donnerstagabend). Und zu noch etwas fühlt sich die Jury inzwischen verpflichtet, etwas, was sie ursprünglich überhaupt nicht beabsichtigt hatte: sie wird ein Statement abgeben, voraussichtlich mit einer Distanzierung von den Kirchenbesetzern.

DIE JURY ZUR KIRCHENBESETZUNG

Presseerklärung vom 31. März 1978

Harheim
31. März

"Das 3. Internationale Russell-Tribunal erklärt, daß es sich unterschiedslos für die Menschenrechte aller einsetzt. Wir halten es freilich für notwendig zu erklären, daß das Tribunal absolut keine Verbindung mit den Gruppen hat, die die Kirche in Harheim besetzt haben und den Namen des Russell-Tribunals für ihre eigenen Zwecke mißbrauchen.

Da die Tagesordnung der ersten Sitzungsperiode des Tribunals bereits völlig ausgelastet ist, und da es nicht möglich ist, wichtige Fragen kurzfristig mit gebotener Sorgfalt zu prüfen, wird das Tribunal die Aufnahme zusätzlicher dokumentierter Fälle von Menschenrechtsverletzungen in die Tagesordnung der zweiten Sitzungsperiode in Betracht ziehen.

Das Tribunal ist der Meinung, daß alle Gefangenen, einschließlich solcher, die wegen Gewaltaktionen gegen den Staat angeklagt oder verurteilt sind, auf diejenigen Menschenrechte Anspruch haben, die ihre Behandlung und die Gefängnisbedingungen betreffen, und die in einem demokratischen Land nicht verletzt werden dürfen. Das Tribunal erbittet die unverzügliche Vorlage von dokumentierten Fällen möglicher Verletzungen der Rechte der Gefangenen."

RUSSELL–AUFDRUCK VERBOTEN

FRANKFURT,
30. März 78

Die Schauspieler vom Schauspiel Frankfurt wollten ihre "Commune"- Vorstellung (Bert Brecht) am 2. April öffentlich als Solidaritätsveranstaltung für das Russell-Tribunal bekanntmachen. Der entsprechende Aufdruck auf dem Theaterspielplan, der als Plakat an alle Frankfurter Litfaßsäulen verklebt wird, wurde vom Dreierdirektorium des Theaters genehmigt (Mitbestimmungsregelung). Die nachfolgend hausinterne Diskussion mit dem Verwaltungsdirektor führte schließlich zur Kompromißformel – "Aus Anlaß des Russell-Tribunals".

Als das Plakat schon in der Druckerei war, rief dort der Kulturdezernent Hilmar Hoffmann an, und verbot jeglichen Aufdruck, der mit dem Russell-Tribunal zu tun hat. Der Künstlerische Beirat will zur Aufführung eine Resolution machen und im Theater verlesen.

Auskunft: Hilmar Hoffmann, Stadtverwaltung Frankfurt, Tel.: 0611/2121.

PRESSEKONFERENZ VOM MITTWOCH

HARHEIM 30.März — Die journalistischen Vertreter hatten um die Mittagszeit allerhand zu tun. Um 13 Uhr fand die Pressekonferenz der Kirchenbesetzer und um 14.30 Uhr die tägliche Pressekonferenz des Tribunals statt.

Bei der Pressekonferenz in der Kirche waren ca. 150 Pressevertreter und Besucher des Russell-Tribunals anwesend. Ausserdem ein Kamerateam des ZDF. Vertreter von Russell-Initiativen (früher Knastgruppen) aus dem Rhein-Main-Gebiet, Stuttgart, Heidelberg, Österreich, der Schweiz und Angehörige der politischen Gefangenen (u.a. Frau Folkerts und Frau Haag) informierten über die Haftbedingungen, den Hungerstreik, seine Hintergründe und die Zielsetzung dieser Aktion. Die Ziele:

- Öffentlichmachen des Hungerstreiks (inzwischen beteiligen sich 24 Gefangene)
- Ausreichende Erklärung des Tribunals, daß es sich in der 2. Sitzungsperiode auch mit der Verletzung der Menschenrechte an den politischen Gefangenen in der BRD beschäftigen wird.
- Zusicherung des Tribunals oder einzelner Mitglieder, die Gefangenen zu besuchen und an den gerade laufenden Prozessen als Beobachter teilzunehmen.

Der Pfarrer forderte die Besetzer noch einmal auf, die Kirche zu verlassen, betonte aber wiederum, daß nur "im äußersten Notfall" Zwang oder Gewalt angewendet werden würde. Die Besetzer betonten, daß sie nicht vorhätten, sich auf einen Clinch mit dem Kirchenvorstand oder dem Pfarrer einzulassen. Die Jury solle sich nur zum Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der politischen Gefangenen äussern. Die ganze Aktion sei kein Angriff, sondern ein Zeichen von Ohnmacht.

Zur offiziellen Pressekonferenz des Tribunals waren neben den Jurymitgliedern Galtung und Bourdet auch das Beiratsmitglied Narr und das Mitglied des Sekretariats Karst anwesend.

Hier einige Splitter:

Die Möglichkeit eines Tribunals über die Menschenrechtsverletzungen in der UDSSR steht offen (Galtung).

Bis jetzt sind 200.000 DM an Spenden eingegangen, etwa die Hälfte ist bis jetzt verbraucht. Bei der FR-Unterschriftenaktion blieb ein Überschuß von DM 40.000. Für die 2. Sitzungsperiode müsste jetzt schon mit der Spendensammlung begonnen werden (Karst).

Der Demonstration der CDU am Sonnabend sieht das Tribunal gelassen entgegen, um hier mit den Worten von Bölling zu sprechen (Narr).

Von der Besetzungsaktion in der Kirche distanziert sich das Tribunal und ist nicht gewillt, sich auf die Forderungen einzulassen (Narr).

Von grösseren Industriebetrieben sind bis jetzt weder größere noch kleinere Geldspenden eingegangen. (Karst auf die entsprechende Frage eines Pressevertreters). Auch der Verfassungsschutz hat bis jetzt kein Geld zur Unterstützung des Tribunals gespendet (Narr als Zusatz).

BONMOTS VOM 2. TAG IN HARHEIM

"Wir können mit Engels- und mit Teufelszungen reden, und die Welt würde uns immer noch als Kommunisten bezeichnen." (Beiratsmitglied Narr während der offiziellen Pressekonferenz)

„Experimentierkäfige."
(Sibylle Haag als Charakterisierung der neuen Zellen für politische Gefangene, die aus Stahl bestehen und innen mit Kunststoff beschichtet und mit fluoreszierenden Anstrich versehen sind.)

" Die Begriffe Verfassungstreue und Verfassungsfeindlichkeit erscheinen uns wie von einem anderen Planeten"
(Jury-Mitglied Bourdet -Frankreich- während der Pressekonferenz.)

" Im Bereich Ansbach scheint wohl ein sehr aktiver V-Mann in der DFG–VK (Deutsche Friedensgesellschaft) tätig zu sein."
(Rechtsanwalt Sterzel vor der Jury zur Häufung von gleichgelagerten Fällen gerade in diesem Teil Bayerns.)

" Die Männer scheinen wohl Angst zu haben."
(Jury-Mitglied Bourdet in einem Gespräch zu der Tatsache, daß an den ersten beiden Tagen Frau Leiterer und Frau Stoll als Zeugen erscheinen, die beiden Männer Roth und Güde sich aber nur von ihren Anwälten vertreten ließen.)

BERUFSVERBOTSFÄLLE VOR DEM RUSSELL–TRIBUNAL

HARHEIM 31.März — *Wir stellen im folgenden kurz Fälle vor, die der Jury vorgelegt werden:*

Fall Nr. 7, Dr. Wolfgang Lefevre, Berlin,
Problematik: Freiheit der Wissenschaften
Berichterstatter: Axel Adamietz, Bremen

" 1972 verbot das Land Berlin im Wege der Staatsaufsicht die Anstellung von Wolfgang Lefevre als wissenschaftlicher Assistent. Die Klage der FU gegen dieses Verbot wurde in zwei Instanzen abgewiesen, die Revision nicht zugelassen. Das rechtskräftige Berufungsurteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin rechtfertigt den Eingriff des Senators in die Selbstverwaltung der Hochschule .
Ungewöhnlich an dem Urteil ist (ungewöhnlicher als andere Fälle von Berufsverbot!), die Art und Weise, wie das Gericht sich die Frage stellt, ob die Beschränkungen des Dienstrechts hinsichtlich der politischen Freiheitsrechte ... in gleicher Weise für den Beruf des Wissenschaftlers gelten;...

Das Gericht legitimiert die Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftlers: den „Wissenschaftler als solchen" soll die Umsetzung seiner Erkenntnisse nichts angehen.

Das Gericht sieht auch in dem „Kulturauftrag" des Staates eine „innere Berechtigung", das Beamtenrecht in seiner Substanz auf den Wissenschaftler anzuwenden, ja an den Hochschullehrer seien wegen seiner Einwirkungsmöglichkeit auf die Jugend eher noch erhöhte Anforderungen zu stellen. Die Tradition eines Sokrates bis hin zu Bertrand Russell wäre - in der Beschränkung auf die „Wissenschaft als solche" - eine Tradition des Schweigens gewesen."

Fall Nr. 11, Franz-Josef Grünen, Mainz
Problematik: Entlassung aus dem Dienst als Arbeiter an einer Klinik
Berichterstatter: Rechtsanwalt Armin Golzem, Frankfurt

Der Bericht betrifft den Gewerkschaftsausschluß und die politische Entlassung des Starkstromelektrikers und Kältetechnikers Franz-Josef Grünen aus Mainz. Anfang 1974 wurde Grünen aus einem privaten Betrieb in Trier entlassen. Die Auseinandersetzung im Betrieb mündete in eine Auseinandersetzung mit der vorwiegend partnerschaftlich ausgerichteten örtlichen Gewerkschaftsführung.

Im Frühjahr 1974 wurde dann der engagierte Gewerkschafter und Vorsitzende des Ortsjugendausschusses der IG Metall unter Hinweis auf sein Engagement für die Kom-

munistische Partei Deutschlands auch aus der IG Metall ausgeschlossen. Nach der Einstellung durch die Universität Mainz beantragte Grünen seine Aufnahme in die Gewerkschaft ÖTV. Dieses wurde ihm unter Hinweis auf seinen Ausschluß aus der IG Metall verweigert. Erst im Februar 1978 gelang es Grünen, die Aufnahme in die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik durch aktive Unterstützung eines Teils des Betriebsrats. Diese Wiederaufnahme in eine DGB-Gewerkschaft ist der einzige Fall dieser Art, der dem Berichterstatter bekannt ist.

Seit 1975 arbeitete Grünen an den Universitätskliniken in Mainz. 1976 wurde ihm gekündigt unter Hinweis auf sein Engagement für die KPD. Im Kündigungsschutzverfahren trug die Universität vor, Grünen sei, obgleich er seine Arbeit immer tadellos gemacht habe, als Kommunist ein Sicherheitsrisiko für die Patienten und Einrichtungen der Kliniken.

Das Gericht der 2. Instanz wies darauf hin, daß Grünen zwar keine Gefahr für die Patienten, aber für seinen 'konkreten Arbeitgeber Staat' sei, den er beseitigen wolle. Dies stelle eine unerträgliche Diffamierung des Arbeitgebers dar.

Im Bericht wird deutlich, daß sich die Gewerkschaften der staatlicherseits praktzierten politischen Unterdrückung inzwischen durch sogenannte Unvereinbarkeitsbeschlüsse gleichgeschaltet haben, und daß sich die Berufsverbote inzwischen nicht mehr auf die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben betrauten Beamten beschränken, sondern sich inzwischen auch auf alle nichtbamteten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes erstrecken.

Fall Nr. 12, Martina Wikowski, Berlin
Problematik: Entlassung einer Krankenschwester aus dem Öffentlichen Dienst wegen Zugehörigkeit zur KPD
Berichterstatter: Rechtsanwalt Johannes Riemann, Frankfurt

Einzige Begründung für die Entlassung der Krankenschwester: die Betroffene habe im März 1975 bei den Wahlen für die KPD, eine legal tätige politische Partei, kandidiert und danach wiederholt öffentlich die Parteizeitung verteilt.

Die Krankenhausleitung, die Frau Wikowski wegen ihrer beruflichen Qualifikation schätzt, hat sich auf alle Aufforderungen und Anweisungen der Bezirksverwaltung geweigert, die Entlassung auszusprechen, so daß die Verwaltung schließlich eigens für den Ausspruch der Kündigung anstelle des Krankenhausleiters einen staatlichen Beauftragten bestellen mußte. Personalrat und Hauptpersonalrat verweigerten daraufhin dem Staatsbeauftragten die gesetzlich erforderliche Zustimmung zur Kündigung; erst eine Einigungsstelle hatte die Zustimmung ersetzt.

Ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen am Wenckebach-Krankenhaus faßten eine Resolution, in der sie Frau Wikowskis Recht verteidigten, eine politische Meinung zu haben und zu betätigen und in der sie die Rücknahme der Entlassung forderten, ab.

Das Arbeitsgericht entschied für Frau Wikowski. Die Parteizugehörigkeit und die Wahlkandidatur seien bei i h r kein Entlassungsgrund, weil für die Berufsaufgaben einer Krankenschwester ihre politische Einstellung und außerdienstliche Aktivität nicht von Belang sei...

Die exemplarische Bedeutung dieses Falles liegt darin, daß er ein Beispiel einer eindeutigen und unzweifelhaften Diskriminierung wegen einer völlig legalen Tätigkeit ist, die ihrerseits noch unter besonderem Schutz der Verfassung steht.

DIE KIRCHENBESETZUNG IST BEENDET

Frankfurt, 31. März 1978

Am Nachmittag des 31. März 1978 haben die Besetzer die Harheimer Friedenskirche verlassen. Die Erklärung, die die Besetzer zum Ende ihrer Aktion verfaßt haben, trägt als Überschrift das Zitat von Bertrand Russell: "Handeln wird zum dringenden Gebot. Fügsamkeit bedeutet den Tod. Nur Protest gewährt eine Lebenshoffnung." Wir zitieren aus der Erklärung:

"(...)

Durch die Kirchenbesetzung haben wir Teile der Hungerstreikforderungen öffentlich gemacht, gleichzeitig aber feststellen müssen, daß die bürgerliche Presse die Tatsache des jetzigen Hungerstreiks fast einhellig unterdrückt.

Trotzdem erklären wir die Besetzung der Kirche jetzt für beendet. Angesichts der Nachrichtensperre der bürgerlichen Medien hat die Besetzung ihre Funktion, soweit möglich, erfüllt.

Unsere Forderungen an die Mitglieder der Jury halten wir jedoch weiterhin aufrecht.

In ihrer Presseerklärung vom 31. 3. 78 verpflichtet sich die Jury "sich unerschütterlich für die Menschenrechte aller einzusetzen." Die Jury hat sich damit eine Verantwortung selbst gesetzt, der sie sich in der zugespitzten Situation des Hungerstreiks nicht entziehen kann.

Wir fordern die Mitglieder der Jury nochmals auf, den Hungerstreik der politischen Gefangenen und ihre Forderungen zu unterstützen.

(...)"

Die Jury wird in der Erklärung weiter aufgerufen, die Gefangenen zu besuchen, um sich von den Haftbedingungen zu überzeugen und die Prozesse zu besuchen. Eine unabhängige internationale Kommission zur Kontrolle der Haftbedingungen der politischen Gefangenen soll initiiert werden und die Mindestgarantien der Genfer Konvention sollen eingehalten werden.

SPART DIE KIRCHENSTEUER

MÜNCHEN 27. März

Die "Aktion Froher Heide" ruft zum Boykott der Kirchensteuer auf. Hier der Aufruf:

"Die jährlichen Einnahmen der Kirchen betragen ungefähr 8 Milliarden DM. Nur 12 % davon werden für soziale Zwecke verwandt, der üppige Rest für die Pfaffen, Verwaltung, Bauten: leere Kirchen. Gewähren Sie sich eine private Lohnerhöhung als Inflationsausgleich!! Kirchenaustritt ganz einfach und billig beim zuständigen Standesamt in Süddeutschland, in ehemals preußischen Gebieten beim Amtsgericht! – Für Trennung von Kirche und Staat! Gegen staatlich finanzierten Religionsunterricht bei Kürzung des Mathematikunterrichts! Denken Sie an den Kampf der katholischen Kirche für den menschenfeindlichen § 218! Sie finanzieren das! Mit Ihrem Kirchensteuergeld könnten Sie einen Exorzismus bezahlen ... SPART DIE KIRCHENSTEUER!!

Kontakt:
Froher Heide in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Freidenker Verband, Maronstr. 1, 8000 München

"ICH WÜRDE MICH DEM ANTRAG ANSCHLIESSEN, DASS DIE KOLLEGEN IHREN UNMUT FORMULIEREN"

FRANKFURT 30. März — *Auf Einladung der Frankfurter Russell-Initiative spielte das "Kabarett K" in der Batschkapp.*

Alles an diesem Abend war überraschend — kann man besseres über einen Kabarettabend sagen?

Überraschend: die Gruppe aus Mülheim an der Ruhr, ÖTV-Mitglieder und Verwaltungsangestellte, deren im Programm (nicht von ihnen selbst) angekündigte Gewerkschafts"opposition" sich eigentlich nur gegen die DAG richtete — scharf, unverbindlich, und auf dem Boden der fdGO.

Überraschend: die strammen Kampflieder vom roten Pfeffer und den ewigen linken Wahrheiten.

Überraschend: die vielen Pointen, die nicht ganz kamen, und andere, die nicht ganz ankamen.

Überraschend vor allem aber wir, das Publikum: Aggressionen zu Anfang, dann aber gutwillig und entgegenkommend — klatschend statt weinend; glucksend, wo Tränen geschluckt wurden; gelangweilt, geduldig, verblüfft über die blauäugige Agitation. Fragwürdige Toleranz der "scene" gegenüber der Provinz? Nach einer Stunde dann Unterbrechung. Und jetzt kam das Überraschendste: die Aufforderung zur Diskussion war nicht — wie so oft — schlicht Signal zum Abbruch. Sondern es kam wirklich eine gemeinsame Suche danach zustande, was da schiefgelaufen war. Auf einmal konnten linke Wahrheiten nicht mehr wie Zinnsoldaten aufmarschieren.

RASSEL — TV (ZWISCHENBILANZ)

EIN VERSUCH UND SEINE FOLGEN

Eine Video-Initiative nimmt Stellung zur Kritik an einer von ihr organisierten Veranstaltung, die von den Zuschauern mit Unmut aufgenommen worden war (siehe Tages-ID Nr. 3).

Knapp drei Wochen vor dem Beginn des Russell-Tribunals wurde anfänglich von zwei Frankfurter Video-Gruppen die Idee einer "Tagesschau" geboren. Parallel zum Tages-ID sollte diese Tagesschau die Ereignisse im und ums Russell-Tribunal auf den Bildschirm bringen. Dazu Berichte über Frankfurter Arbeits- und Freizeitprojekte und Informationen über das herrliche Frankfurt am Rande. Doch diese Überlegungen wurden von der Praxis in die Ecke gestellt. Wir fingen am Dienstag mit dem Ausarbeiten der Beiträge und dem Abdrehen mit knapp 25 Leuten an (inzwischen war noch eine Marburger Video-Gruppe dazu gestoßen). Vier Aufnahmeteams verbrachten bis zu 12 Stunden täglich hinter den Kameras und Schnittrekordern, eine Technikergruppe tröstete sich stundenlang mit defekten Kabeln und kaputten Video-rekordern; Küchen- und Telefondienste sorgten für das leibliche und informelle Wohl. Heraus kamen eine Dienstags- und Mittwochstagesschau mit teilweise hinreißend langweiligen und uninformativen Beiträgen.

Wir orientierten uns in unserer Produktionsweise unbeabsichtigt an den tradierten Fernsehnachrichten- und Informationsschemata, fielen jedoch der mangelnden Erfahrung wegen - weit hinter diese Kriterien zurück. Unter dem immensen Zeitdruck auch noch eine nicht traditionelle Produktionsweise zu entwickeln, ging schlichtweg über unsere Verhältnisse. (Nach 10 Stunden Arbeit biste froh, wenn wenigstens der Schnitt sitzt).

Donnerstag früh zogen wir die Notbremse. Wir werden das R.-T. zwar weiterhin abfilmen, aber ein paar Tritte langsamer. Wir werden uns bis zum Wochenende nicht unter 'Tagesschau'-Produktionsdruck stellen. Die rasch steigenden Ansprüche der durch ARD- und ZDF-Nachrichten (schnelle zackzack Information, ja nicht Langeweile, sonst sofort Augen und Ohren zu.) abgehärteten Zuschauer und unsere "kleinen" Ansprüche an dieses Projekt in Einklang zu bringen, fühlen wir uns teilweise überfordert.

Daß wir trotz allem nicht sonderlich frustriert sind, liegt an sehr vielen schönen und wichtigen Erfahrungen, auch für die zukünftige Video-Arbeit. Die "Rassel-TV" ist von uns nur als Versuchs- und Lernprozeß geplant worden, bisher gewonnene Videoerfahrungen am Objekt umzusetzen und zu ergänzen. Daß verschiedene Videogruppen und Einzelpersonen aus dem Bundesgebiet, die vor diesem Projekt noch nie richtig miteinander gearbeitet und diskutiert hatten, dies auf Anhieb einigermaßen kollektiv in den Griff bekommen konnten, freut uns besonders.

Bedingt durch unsere Unerfahrenheit in Sachen täglicher Videoarbeit brauchen wir Hilfe und Meinungen von Euch dazu. Wir haben uns überlegt einen öffentlichen Arbeitstermin zu machen, zu dem ungeschnittenes Material vom selben Tag gezeigt wird. Dadurch ersparen wir uns den Streß, noch am selben Tag zu schneiden, was immer auf Kosten unserer Auseinandersetzung mit den gezeigten Inhalten ging. Schnitt und Kommentar waren im Streß für uns nur noch das technische Problem der Sekundenproportionalität. Wer also Lust hat sich das anzugucken und (hauptsächlich!) über dieses Projekt zu reden, möge sich in den erlauchten Hallen des KOZ im Studentenhaus einfinden.

Termin: Samstag 19 Uhr

Was dem Italiener sein Radio, ist dem Deutschen sein Video.

GENARRT

HARHEIM 31. März — Beiratsmitglied Narr auf der Pressekonferenz vom 31.3.78, angesprochen auf die Frage, ob denn nun geklatscht werden dürfe oder nicht: "Wir möchten, daß die Veranstaltung so unemotional wie möglich verläuft."

Nachfrage: "Wer ist wir?"

Narr: "Na ja, alle die, die auf der Bühne sind."

Auf unsere Bemerkung, daß das Tribunal manchmal sehr langweilig sei, sagten uns Jury-Mitglieder am Abend vorher, sie seien sehr froh, daß das jetzt mal gesagt würde. Bei ihnen zu Hause wüßten sie genau, wann das Publikum sie am liebsten von der Bühne holen möchte. Von sich aus würden sie die Berichterstatter sehr viel häufiger unterbrechen. Sie trauten sich bloß nicht, weil das Publikum so in die Argumentation versunken schiene.

VERANSTALTUNGSKALENDER — KORREKTUR

Die Internationalismus-Veranstaltung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Frankfurt findet am Sonntag, dem 2. April 1978, um 20.00 Uhr im Hörsaal VI der Universität statt. Alle anderen Termine, die im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung genannt werden, sind falsch.

Am 3. und 4. April spielt die Theaterwerkstatt Hannover in der Batschkapp, Frankfurt "Kein schöner Land...".

GESPRÄCH MIT MICHAEL EMPELL – BERUFSVERBOT SEIT 1973

FRANKFURT 31. März *Michael Empell war am Mittwoch, 30.April, zu einem Gespräch mit dem ID nach Frankfurt gekommen. Sein Fall wird am Freitag, 31. März, vor dem Tribunal verhandelt. Eine genauere Beschreibung des Berufsverbotes für Michael Empell findet sich im Tages-ID Nr. 3. Nachfolgend veröffentlichen wir einige Auszüge aus dem Gespräch mit ihm:*

Frage: Michael, schildere doch bitte noch einmal kurz deinen Fall, über den wir ja in früheren IDs kontinuierlich berichtet haben.

Michael: Also, ich wurde nicht in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen. Darum bewerbe ich mich schon seit 1973. Die Einstellungsbehörde begründet das damit, ich sei Sympathisant des SPK (Sozialistisches Patientenkollektiv), und damit, daß ich mich gegen die Isolationshaft der RAF-Gefangenen eingesetzt habe.

Ich habe mich seither bei einer ganzen Reihe von Behörden, in Hamburg und Berlin, Bremen und sonstwo beworben. Immer mit der gleichen Begründung abgelehnt. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Ausbildungsverbot über mich verhängt.

Frage: Das heißt, du kannst nicht Referendar werden?

Michael: Ja. Also auch nicht Jurist. Mittlerweile geht es mehreren Juristen so wie mir. Das Grundrecht auf Ausbildung, das es ja gibt, gilt laut Bundesverfassungsgericht nicht für „Staatsfeinde".

Frage: Wie bist du zum Fall für das Russell-Tribunal geworden?

Michael: So direkt weiß ich das gar nicht. Jemand hat meinen Anwalt angerufen und gefragt, ob ich einverstanden bin. Da hab ich natürlich Ja gesagt..

Frage: Was erwartest du von deinem Auftritt vor dem Tribunal?

Michael: Ziemlich zwiespältig. Also Berufsverbot ist ein Teil der Repression in der Bundesrepublik. Ich finde es richtig, daß andere westeuropäische Staaten, denen das auch droht, sich damit auseinandersetzen. Ich denke, daß die Wirkung im Ausland größer ist als hier.

Frage: Hast du dich damit abgefunden, nicht Anwalt werden zu können?

Michael: Ich hab noch ziemlich lange Hoffnungen gehabt, aber jetzt nicht mehr.

Frage: Womit verdienst du dein Geld?

Michael: Zur Zeit hab ich einen Job bei der Stadt Mannheim als Bibliothekar. Das ist einfach verrückt. Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat auf eine meiner Bewerbungen - in Karlsruhe - geantwortet, wenn ich in die Justiz komme, dann kann ich ja zum Beispiel Kfz-Papiere klauen für die RAF. Ich sei ein Sicherheitsrisiko.
Und jetzt hab ich halt nen Job im Ratshaus, in Mannheim - beim Stadtarchiv, vom Arbeitsamt zugewiesen, befristet bis Mai, und dann bin ich wieder arbeitslos. Ich will dann bei Anwälten mitarbeiten.

Frage: Wovon hast du in den letzten fünf Jahren gelebt.

Michael: Ich hab Arbeitslosengeld gekriegt, weil ich schon mal länger gejobt hatte. Ich hab vorher Bibliothekar gelernt, und das hilft ein bißchen.

Frage: Kannst du etwas zu Erfahrungen mit Leuten sagen, die du nach dem Berufsverbot gemacht hast?

Michael: Ja. Zum Beispiel mit meinen Eltern habe ich gute Erfahrungen gemacht. Ich hab jahrelang mit denen nichts zu tun gehabt, auch nicht zu tun haben wollen. Ich hab ihnen das dann erzählt. Beide sagten, du hast doch ein Ausbildungsrecht. Sie informieren sich jetzt laufend und finden's auch richtig, daß ich vor das Russell-Tribunal gehe.
Ich hab mich gewundert. Meine Eltern sind sonst ziemlich konservativ, oder einfach nur resigniert. Wenn die über meinen konkreten Fall von jemand anders im Fernsehen hören würden, dann würden sie sagen, klarer Fall, Terroristen, Sympathisanten und so. Und die würden da voll zustimmen, daß so einer seine Laufbahn nicht beenden kann. Aber dadurch, daß sie mich kennen, sehen sie das jetzt einfach anders.

Ja, wenn man mich sonst nach den Reaktionen fragt... Ich hab in Berlin sehr gute Erfahrungen mit anderen Referendaren gemacht, die mich unterstützt haben, anderso weniger. Da gabs mehr Verdrängung. Sonst? Ein Problem ist, daß auch von den Linken oft gedankenlos übernommen wird: Wer gegen die Isolationshaft ist, ist ein Sympathisant der RAF.

Frage: Und willst du überhaupt noch Anwalt sein. Es gibt ja auch Leute, die die Institutionen freiwillig verlassen.

Michael: Das halt ich nicht für richtig. Ich merk's an mir. Ich bin ja nicht irgendwo organisiert. Und wenn ich Anwalt wäre, hätte ich eine Gruppe, also die Referendare, einen Tätigkeitsbereich. So bin ich erstmal ausgeschlossen. Im Moment mach ich was gegen mein Berufsverbot, aber das ist auch bald zu Ende, und was ich dann weiter mache, ist mir nicht klar.

Nochmal zum Russell-Tribunal: Ich fürchte, daß es einem Anspruch für die Menschenrechte einzutreten, nicht nachkommt. Durch die Zweiteilung und das Rauslassen von Stammheim. Das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit ist schließlich höher einzuschätzen, als das auf freie Berufsausübung, weil das die Voraussetzung für alles andere ist.

Frage: Wie erklärst du dir, daß Stammheim rausgefallen ist?

Michael: Ich weiß nur von mir, daß ich einen ziemlichen Widerwillen hab, mich damit zu beschäftigen, mir das überhaupt zu vergegenwärtigen, daran zu denken. Wenn ich an Stammheim denke, komme ich mir im Grunde nur hilflos und ratlos vor.
Ich würde nicht sagen, daß das Russell-Tribunal dadurch, daß darüber nicht geredet wird, eine Legitimationsveranstaltung für die Sozialdemokraten ist. Die Kritik gibt es ja.

Jetzt erzähl ich nochmal von mir. Also an meinem Urteil vom Bundesverfassungsgericht war ein Richter beteiligt, der heißt Dr. Willi Geiger. Von dem ist bekannt, daß er sich in seiner Doktorarbeit 1941 für Berufsverbote eingesetzt hat - gegen Journalisten, sofern sie Kommunisten, Juden und andere Staatsfeinde waren.
Das hab ich zu einem Befangenheitsantrag gegen ihn benutzt. Der ist dann abgelehnt worden mit der Begründung, erstens hätte ich nicht das Recht, Anträge zu stellen, und zweitens sei er unbegründet. Der Richter ist jetzt im Ruhestand.

Ich hab rausgekriegt, daß er Richter an einem politischen Sondergericht in Bamberg gewesen ist - von 1941 bis 1943.
Er war an mindestens vier Todesurteilen beteiligt, die verhängt wurden, weil die Leute Polen waren. Wegen Beleidigung der NSDAP hat er Zuchthaus beantragt. Die Fakten will ich jetzt dem Bundespräsidenten schicken. Ich will das auch zum Tribunal veröffentlichen.

Geiger hat auch gemeint, daß nur Juristen, die dem Leitbild eines Juristen entsprechen, zu Juristen ausgebildet werden dürfen.

Frage: Und wie sieht das Leitbild aus?

Michael: Das Leitbild besteht im Kopf von Richter Geiger. Das bedeutet, daß Juristen genauso werden sollen, wie er es gewesen ist.

WER IST BETEILIGT AM BERUFSVERBOT VON MICHAEL EMPELL ?

Michael Empell, Fall Nr. 8 vor dem Russell-Tribunal, nicht eingestellt in den juristischen Vorbereitungsdienst, nicht zugelassen zur Rechtsanwaltschaft, stellte an den Bundespräsidenten den Antrag, die Ernennung des Richters am Bundesverfassungsgericht im Ruhestand, Dr. Willi Geiger, zurückzunehmen. Aus der Begründung:

„Herr Dr. Geiger war spätestens seit 1941 bis zum Frühjahr 1943 als Staatsanwalt am Sondergericht in Bamberg tätig. Als solcher hat er in den Jahren 1941 und 1942 in mindestens 5 Fällen Todesstrafen beantragt, die später verhängt und vollstreckt wurden. Er hat ferner in einer Vielzahl von Fällen an sonstigen Strafverfahren mitgewirkt, deren Funktion es war, durch Verhängung drakonischer Strafen die deutsche Bevölkerung zu terrorisieren.

Ein Beispiel:

Im Fall des 22-jährigen polnischen Landarbeiters K. St., der verdächtigt wurde, sexuelle Handlungen an einem minderjährigen Mädchen begangen zu haben (Aktenzeichen SG 161/41), beantragte Geiger als sachbearbeitender Staatsanwalt die Todesstrafe, obwohl der Angeklagte vor dem Ermittlungsrichter ausführte, „er habe damals nur von einer Absicht, mit dem Kinde geschlechtlich zu verkehren, gesprochen, sei aber offensichtlich vom Dolmetscher ‚mißverstanden worden'.

Zitate aus der Urteilsverkündung:

„Die Reinheit und Sauberkeit der Jugend zu wahren, ist daher oberste Pflicht eines jeden Volksgenossen. Wer dagegen angeht, verletzt nicht allein den betreffenden Menschen, sondern versündigt sich darüber hinaus auch an dem gesamten deutschen Volke... Das gesunde Volksempfinden verlangt in einem solchen Fall die Ausmerzung des Täters und damit dessen Tod."

Der Verteidiger stellte beim Reichsminister der Justiz einen Antrag auf Begnadigung. Der Vorsitzende des Sondergerichts nahm dazu Stellung - ablehnend:

„Das Bedürfnis, die deutsche Jugend vor Sittlichkeitsdelikten polnischer Sittlichkeitsverbrecher zu schützen, verlangt den unnachsichtlichen Vollzug des Urteils."

Nach der Vollstreckung ordnete Dr. Geiger an, die Öffentlichkeit durch Plakate und Pressenotizen davon in Kenntnis zu setzen.

Dr. Geiger hat ferner in seiner Doktorarbeit, die 1941 unter dem Titel: ‚Die Rechtsstellung des Schriftleiters' erschienen ist, sich für Berufsverbote gegen Kommunisten, Juden und andere dem NS-Staat mißliebige Personen eingesetzt.
Er schrieb u.a., es gelte den Journalistenstand *„von den Elementen zu säubern, die gar nicht erst verdienen, die Ehre und den guten Namen eines Schriftleiters für sich in Anspruch zu nehmen (Dr. Goebbels)."*

Die Behörden sollten die ‚Persönlichkeit', die ‚persönliche Eignung' eines Jeden erforschen, der den Beruf eines ‚Schriftleiters' ausüben wollte, um so den ‚inneren Menschen kennen und werten' zu können. Prüfungsmaßstab war nach Dr. Geiger ‚das Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Staat', mit anderen Worten: ob sich ein Bewerber *‚in seiner beruflichen oder politischen Betätigung als Schädling an Staat und Volk erwiesen hat.' (S. 39)*

Berufsverbote gegen Journalisten jüdischer Abstammung versuchte Dr. Geiger folgendermaßen zu rechtfertigen:

„Es bleibt noch eine Voraussetzung zu nennen, die in keinem Recht ein Gegenstück findet und den nationalsozialistischen Geist offenbart: der Schriftleiter muß grundsätzlich arischer Abstammung sein. ... Die Vorschrift hat mit einem Schlag den übermächtigen, volksschädigenden und kulturzersetzenden Einfluß der jüdischen Rasse auf dem Gebiet der Presse beseitigt." (S. 39 f.)

Am 26.10.1950 wurde Dr. Geiger zum Richter am Bundesverfassungsgericht auf Lebenszeit ernannt.

Als solcher war er beteiligt an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975, in der das Gericht grundsätzlich die Berufsverbote für verfassungskonform erklärt hat.

Dr. Geiger wäre nicht zum Richter am Bundesverfassungsgericht ernannt worden, wenn seine NS-Vergangenheit bekannt gewesen wäre. Dies hat Dr. Geiger auch gewußt; er hat also auch ‚arglistig' gehandelt.

Die Tatsache, daß Dr. Geiger jetzt im Ruhestand ist, bedeutet kein Hindernis, um die Ernennung rückgängig zu machen. § 105 BVerfGG ist auf den Fall eines Bundesverfassungsrichters im Ruhestand - zumindest analog - anzuwenden (so auch Maunz-Sigloch, a.a.O., Anm. 12)."

BRIGITTE SCHULTEK IST BEREIT, VOR DER JURY ZU SPRECHEN

KIEL/FRANKFURT 31. März

Vom Kommunistischen Bund:

„Der ID berichtete bereits darüber, daß die Anti-Russell-Tiraden des Heinz O. Vetter nicht ohne Folgen geblieben sind. Die schleswig-holsteinische ÖTV-Führung hat auftragsgemäß vier Ausschlußverfahren in Angriff genommen, die nach Aussagen des rechten ÖTV-Führers Hans Schwalbach begründet sind durch die Zusammenarbeit der 4 Betroffenen mit dem Russell-Tribunal. Schwalbach-Originalton gegenüber der betroffenen Brigitte Schultek: „Eine Zusammenarbeit mit dem Russell-Tribunal ist gewerkschaftsschädigend."

Am Fall von Brigitte tritt deutlich zutage, daß es ein gefährlicher Irrtum ist, anzunehmen, daß die aktive Unterstützung des Russell-Tribunals durch Gewerkschafter keine Ausschlußverfahren nach sich ziehen wird. Wie schnell die Gewerkschaftsführer Ausschlüsse einleiten werden, bestimmt sich danach, was sie für günstig halten. Es wäre ein Fehler, abzuwarten, bis diese Maßnahmen eingeleitet sind. Vielmehr gilt es, diese Vorgänge jetzt öffentlich zu machen, wie schon beim ersten Vetter-Brief geschehen, daß der DGB dann aufgrund der Proteste zurückziehen mußte.
Brigitte Schultek hat sich aus diesen Gründen bereiterklärt, sich am Samstag Fragen der Jury, als auch der anwesenden nationalen als auch der internationalen Presse zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Fall, als auch zu weiteren ist das „Antirepressions-Info Nr. 5" erschienen, das diesen ersten Ausschlußversuch aufgrund der Unterstützung des Russell-Tribunals ausführlich dokumentiert. Des weiteren werden Fälle von Gewerkschaftsausschlüssen behandelt, die dann Berufsverbote nach sich zogen, und die Verbindung von Gewerkschaftsführung und Verfassungsschutz dokumentieren."

Diese Broschüre ist sowohl in Harheim auf dem Büchertisch des Kommunistischen Bunds zu beziehen als auch zu bestellen über:

Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50, Tel. 040 / 43 53 06

Die Broschüre kostet 1,50 DM.

BERUFSVERBOTE: GESPRÄCH MIT BETROFFENEN

TONBANDPROTOKOLL (3.)

FRANKFURT 28. März *Dies ist die dritte Folge eines Gesprächs zwischen drei vom Berufsverbot Betroffenen, den beiden Anwälten Henry Düx und Mike Knöss, sowie dem Lehrer Klaus Katarski. Das Gespräch endete im 2. Tages-ID damit, daß Klaus Katarski schilderte, was ihm nach seinem Berufsverbot vor fünf Jahren widerfahren ist. Diese Schilderung setzt er zu Beginn dieses Abschnittes fort:*

Klaus:
Das war bei uns Altgenossen früher anders, daß man also das eigene Auto nicht reparieren kann. Da sind die Junggenossen heute fitter.—Daßsie einfach schwejkischer mit diesen Widersprüchen umgehen, als ich vielleicht damals.

Andrerseits würd ich an die , die noch drin sind in den Institutionen, schärfere Anforderungen stellen als damals, daß sie sich zu Leuten verhalten, die Berufsverbot haben. Daß sie etwas wie eine subversive Pädagogik entwickeln.

Ich glaube, daß es noch einen Unterschied zwischen altem und neuem Faschismus gibt. Wo die Lehrer damals freiwillig übergelaufen sind und meistens die Vorreiter im Faschismus waren. Es gibt eine Untersuchung, daß Lehrer in hohen Positionen bei den Nazis überrepräsentiert waren. Die Durchdrücker der faschistischen Ideologie waren. Dagegen heute stehen Sozialarbeiter und Lehrer als Nachklang der Studentenbewegung schon eher links.

Ich erwarte von denen so etwas wie eine subversive Pädagogik und ziemlich klar, daß sie sich vor allen Dingen zu den Schülern verhalten.

Mike: Die Schüler verhalten sich ja selbst nicht mehr!

Klaus: Das stimmt so einfach nicht. Ich lese das auch immer und ich blicke da auch nicht durch.

Ich hab z.B. letztes Jahr bei einer Schüler—Demo fotografiert, da waren so 11— 12—jährige Typen; das ist für mich einer der schönsten und zugleich traurigsten Tage gewesen.

Am selben Morgen hab ich zum ersten Mal Berufsverbot von Linken gekriegt.

Da hab ich mich bei einem Sonderpädagogischen Heim im Vordertausnus vorgestellt. Da bin ich hingekommen über Information von Lin ken.

Da hab ich 10 Minuten gesessen und die haben gefragt und — Mike, weißt du — wie ich mich damals in Dietzenbach verhalten habe, ob ich das heute noch richtig finde.

Bevor ich groß was sagen konnte, ich wollte mit denen frühstücken, ich habe keinen Brocken mehr runtergekriegt, nach 10 Minuten war ich zu.
Ich hätte auf den Tisch hauen oder jemandem ein paar watschen können.

Ich habe gesagt, ich wäre auch bereit, über Dietzenbach zu reden , will aber eigentlich eine Arbeitsstelle haben.

Ich wollte auch nicht ausweichen, Dietzenbach vielleicht am Schluss.

Darauf hat eine von den Frauen, die dabei waren — und das waren alles so Spontis, KBW, was weiß ich, wo die genau hängen, halt Linke—gesagt:„Vielleicht bist du zu Recht aus der Schule geflogen"!

Mike: Ich hab ein Semester lang einen Lehrauftrag an der Fachhochschule für Sozialpädagogik gehabt. Der ist mir vom Kultusministerium entzogen worden mit der Begründung, daß ic[illegible] unwürdig bin, als Rechtsanwalt aufzutreten. Und daßweitere Erkenntnisse vorliegen würden, die aber nicht genannt werden.

Und da ist mir aufgefallen, da war also eine Fachbereichskonferenz und da drin sitzen jetzt Leute, die früher mal mit uns zusammen demonstriert haben, aber die verhalten sich jetzt einfach anders.

Die sind nicht mal unsolidarisch. Die machen auch was, also eine Resolution. Aber du bist erstmal draußen.

Was die zweitens überhaupt nicht kapieren, daß das für mich wirklich auch ein Geldproblem ist. Ich glaube, daß jemand aus dem Bereich sich das gar nicht mehr vorstellen kann.

Obwohl sie gleichzeitig auf der anderen Seite daran total gefesselt sind. Was zur Konsequenz hat, daß all ihre Maßnahmen immer halt praktisch da enden, wo es ihre eigene Situation gefährdet.

Früher hab ich dann immer gesagt, na ja, das versteh ich ja, die wollen halt ihren Job auch behalten, und die verlieren ihn ja auch, wenn sie sich anders verhalten...
Aber du hast die auch mal ganz anders kennengelernt, so als Genossen... Und du weißt ganz genau, sie können nicht, sie fliegen raus...
Und trotzdem hast du das Gefühl, ja warum müssen die sich immer überlegen, daß sie nur bis zu einem bestimmten Pun[illegible] gehen können...

Klaus: Ich will dir den Tag nochmal schildern, von dem ich vorhin geredet habe (*Klaus Katarski war bei der Arbeitssuche an diesem Tag einem Berufsverbot von Linken ausgesetzt gewesen, die Red.)*. Die Leute, die da auf ihren Pöstchen erstmal in dem Heim (*Heim für Sonderpädagogik im Vordertaunus mit linken Erziehern, die Red.)* hocken. Die bringen's nach zehn Minuten, mir zu sagen, ob ich denn nur wegen des Geldes arbeiten will.

Das ist ein Punkt, der mich total zu macht. Was soll ich denen sagen, wovon ich die letzten vier Jahre gelebt hab.
Die sagen, das mach ich nur wegen des Geldes. Die sagen, ob ich mich nicht mal dafür interessiere, wie alt die Kinder sind. So, als würd ich, wenn ich durch ein Haus gehe, an bestimmten Sachen, die rumliegen oder Zimmern oder Vorinformationen nicht wissen, wie alt Kinder sind, die da im Haus sind.

Mike: Sag: natürlich gehts mir ums Geld. Genau wie euch!

Klaus: Das Absurde ist, diese Geschichte, daß ich rausgeflogen bin aus der Schule, ist nicht einfach nur so ein Haftbarma[illegible] dafür, daß ich in der Studentenbewegung war, sondern daß wir als Lehrer uns ziemlich konsequent auf die Seite der Schüler gestellt haben. Und die haben uns gesagt: „Ihr seid unkollegial gegenüber den andern Lehrern und gegenüber der Schulbehörde". Also das unter Beweis zu stellen, ist mir in so einem Gespräch nicht möglich.

Ich war ziemlich geknickt an dem Tag. Das war eigentlich das erste Mal, daß ich von den Linken so eine Fortsetzung von Berufsverbot gekriegt hab.
Und vorher hab ich so einen Punkt nämlich umgangen, daß ich mich bei linken Projekten vorgestellt hab. Weil ich immer gesagt hab, gut, ich schlag mich erstmal so selbst irgendwie durch.

Und an dem Tag sperrt unten bei mir, vor dem Haus, in dem ich wohne, die Polizei die Straße ab. Da hab ich die Kamera geschnappt und bin runtergelaufen. Und da kamen so Erbsen an, die waren elf, dreizehn Jahre alt. Die sind während des Unterrichts aus der Schule gezogen durch die Stadt. Sind in die Berufsschule rein und haben probiert, die Berufsschüler rauszuholen. Das hat nicht geklappt.
Sie haben sich mit andern Schülern vereinigt, sind auf den Römerberg gezogen und haben da eine Kundgebung gemacht.

Ich hab ein Foto gemacht, da ist der Kopf von so einem Kleinen drauf, der ganz fürchterlich erregt so Parolen schreit. Der

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten | ID

ERSCHEINT TÄGLICH
NR. 6

2.April 1978

Einzelverkaufspreis 50 Pfennige

INHALTSVERZEICHNIS:

SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDE

Täglicher ID braucht tägliches Geld! Tägliche Leser können täglich Spenden

Sonderkonto **Frankfurter Informationsdienst, Postscheckkonto Nr. 447 47 - 608**

OTELO GRÜSST AUS LISSABON

LISSABON, 2. April 78 — *In der portugiesischen Zeitung "Diario de Lisboa" wurde die Grußadresse von Otelo de Carvalho an das Russell–Tribunal veröffentlicht:*

"Ich bedauere meine Abwesenheit in der ersten Sitzung des 3. Russell-Tribunals, das jetzt in Frankfurt beginnt. Mit der tiefsten Anteilnahme begrüße ich alle Kollegen des Tribunals, die verschwistert sind im gleichen Gefühl von Gerechtigkeit, Fortschritt und Brüderlichkeit und die für die Befreiung der Völker der ganzen Welt von Unterdrückung und Entwürdigung kämpfen, denen sie zunehmend ausgesetzt sind.

Ich hoffe, daß die vom Tribunal am Ende seiner ersten Sitzungsperiode vorgelegten Ergebnisse das Bewußtsein des deutschen Volkes und anderer Völker weckt. Nicht nur in Bezug auf die heftige politische Verfolgung innerhalb Westdeutschlands gegen alle diejenigen, die für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen, die von den Arbeitenden aufgebaut ist, sondern auch bezüglich der Aggressionen imperialistischen Charakters, die die deutsche Regierung mit Unterstützung und Applaus seitens der internationalen kapitalistischen Welt durchführt, wie z.B. Polizeiaktionen deutscher Kräfte außerhalb der BRD, die Errichtung einer großen Raketenbasis in Zaire, die Errichtung von Atomkraftwerken in anderen Ländern des kapitalistischen Blocks. Ich sende Euch ausdrückliche, brüderliche und hoffende Grüße

Otelo Saraiva de Carvalho

TELEGRAMME

Telegramm der Russell-Jury vom 1.4.1978 an General Eanes, Staatspräsident von Portugal

Die Jury des 3. Russell-Tribunals wiederholt ihre Einladung an Otelo de Carvalho, sofort seinen Platz unter den Jury-Mitgliedern in Frankfurt einzunehmen.

Die portugiesischen Behörden werden dringend aufgefordert, Major de Carvalho zu erlauben, seine Grundrechte wahrzunehmen.

Russell-Tribunal

Telegramm Helmut Gollwitzers an den Streikrat der iranischen Studenten in Mainz:

"We support your hunger-strike for human rights in iran with all our sympathy".

(Wir unterstützen Euren Hungerstreik für Menschenrechte im Iran mit all unserer Sympathie.)

Frankfurt/M.-Harheim, 1.4.1978 gez. H. Gollwitzer

Unterzeichnet von den Mitgliedern der Jury und des deutschen Beirats des Dritten Internationalen Russell-Tribunals.

SELTENES EREIGNIS

Am Freitag, dem 31. April besuchte Klaus Thüsing als einziges SPD-Bundestagsmitglied die Sitzung der Russell-Jury in Harheim um seine Unterstützung des Tribunals auch praktisch zu bekunden.

MITGLIEDER DER JURY BESUCHEN – PRIVAT – GEFANGENE IN STAMMHEIM

"Ich würde sagen, daß für mich jemand, der Aktionen wie die RAF macht, seine intellektuelle Glaubwürdigkeit verspielt, wenn er von Menschenrechten spricht. Er verliert aber nicht sein Anrecht auf Menschenrechte."

Howard Brenton wurde 1942 in Portsmouth geboren. Er ist einer der international bekannten, jüngeren englischen Dramatiker. Stücke: Magnificenz, das den politischen und geistigen Werdegang eines Attentäters schildert; Churchill Play u.a. Das Stück, das Howard Brenton zu Anfang des Interviews erwähnt, heißt 'Weapons of Happiness'! Das Interview fand an zwei Tagen der letzten Woche statt.

ID: Würdest du uns etwas über deine Arbeit sagen, was dir daran wichtig ist und was deiner offiziellen Biographie, wie sie uns hier vorliegt, nicht zu entnehmen ist?

HB: Ich schreibe fürs Theater. Ich versuche Sachen zu schreiben, die man normalerweise nicht auf der Bühne sieht. Ich habe z.B. ein Stück geschrieben über einen Flüchtling aus den Slansky-Prozessen, der in London Anfang der 50er Jahre als gebrochener alter Mann in eine Fabrik kommt, die in der Krise steckt, wo die Arbeiter, die keine politische Erfahrung haben, eine Fabrikbesetzung machen. Die Arbeiter lernen von diesem alten Mann, der früher Minister in einer kommunistischen Regierung war, er gibt sein Wissen weiter - es geht hier um eine Tradition, eine revolutionäre Tradition, die sehr kostbar ist und die für große Teile der Arbeiterklasse nicht so leicht verfügbar ist. Ich wollte ein Stück schreiben, das sagt, es ist für uns heute möglich, diese Erfahrungen weiterzugeben, zu vermitteln. Daran arbeite ich.

ID: Aus dieser Biographie hier geht nicht hervor, inwieweit du politisch engagiert bist, ob du in irgendeiner Partei oder politischen Gruppierung bist. Kannst du dazu etwas sagen?

HB: Ich bin kein Mitglied irgendeiner Partei - ich bin ein unabhängiger Marxist, was meiner Meinung nach für einen Schriftsteller die einzig mögliche Position ist. Die zentralen Probleme für Marxisten sind Revolution und Demokratie und wie zum Teufel man die beiden zusammenkriegen kann. Wir leben in einer "moralischen Eiszeit"; das Tauwetter hat erst vor etwa 50/60 Jahren angefangen. Wie lange hat allein die Entwicklung bis zum Humanismus gedauert, aus dem die bürgerliche Demokratie hervorgegangen ist.
Wenn man sich diese neonbeleuchteten Straßen da draußen anguckt - technisch sind wir in Europa enorm fortgeschritten, aber politisch sind wir noch längst nicht so weit.

Das ist so die Zeitperspektive, die ich als Schriftsteller habe, obwohl ich weiß, daß es z.B. einem jugendlichen Arbeitslosen überhaupt nicht weiterhilft, wenn er weiß, daß er in der Eiszeit lebt und daß das Tauwetter erst später kommt. Wenn ich mich politisch engagiere, dann bei bestimmten Problemen, wie z.B. der Kampf gegen den Rassismus, womit ich in London in dem Stadtteil, in dem ich wohne, konfrontiert bin. In meinem Stadtteil gibt es eine kleine faschistische Partei, die sehr viel von sich reden macht und die sehr viele Leute bedroht und ihnen schadet.

ID: Um nun auf die Arbeit hier beim Tribunal zu kommen – Ich würde gern wissen, ob es für dich einen bestimmten Grund gibt, dich mit der Situation hier in Deutschland zu beschäftigen.

HB: Alle westlichen Länder sind in gewissem Sinne ein Land - aufgrund der ökonomischen, finanziellen und militärischen Verflechtungen. Wenn es eine Entwicklung in Deutschland in Richtung auf einen totalitären Staat gibt, dann ist diese Entwicklung sehr leicht exportierbar - z.B. in das Land, in dem ich lebe. Solche großen Worte wie "internationale Solidarität", die hier auf dem Tribunal angesprochen wurden, bekommen einen bitteren Beigeschmack, wenn man bedenkt, was die Politik der D-Mark in anderen Ländern anrichtet.

ID: Du sprichst jetzt die ökonomische Ebene des DM-Imperialismus an...

HB: Mit der ökonomischen Stärke geht, meine ich auch ein bestimmtes Sozialverhalten einher. Das war ja auch in meinem Land so – sehr viel soziales Elend folgte auf die Bibel, das Pfund und die Soldaten. Was für mich aber auch zum Imperialismus gehört ist, daß Leuten Schaden zugefügt wird, daß ihre Gesinnung überprüft wird, daß sie arbeitslos werden wegen ihrer Gesinnung.

ID: Was wußtest du eigentlich über Berufsverbote in Deutschland, ehe du zu diesem Tribunal kamst?

HB: Ich habe einen sehr persönlichen Grund, mich damit zu beschäftigen. Ich habe einen sehr guten Freund, einen Deutschen, der wie viele deutsche Intellektuelle in England im Exil lebt. In London gibt es zur Zeit eine Gruppe von Leuten, die aus Deutschland geflohen sind und die in unserem Land leben und arbeiten wollen. Mein Freund - ich will seinen Namen hier nicht sagen - hat zwei Schwestern. Die eine hat gerade ihre Stelle als Lehrerin wegen des Berufsverbotes verloren, und die andere steht kurz davor. Es ist ein sehr guter Freund von mir, mit dem ich gern zusammen bin - mir ist klar geworden, daß er wie ein klassischer Emigrant lebt, wie - ja, wie die russischen Juden, die vor 50 Jahren nach London kamen und die irgendwelche miesen Jobs annehmen mußten, die weit unterhalb ihrer Qualifikationen waren. Deshalb habe ich "ja" gesagt, als es um meine Beteiligung bei diesem Tribunal ging.

ID: Als du heute diese Frau gesehen hast, die wegen ihres Berufsverbotes als Lehrerin vor dem Tribunal ausgesagt hat, – wie hast du das empfunden?

HB: Ich war entsetzt, ich war angeekelt von der Verfahrensweise dieser Behörden. Ich war schockiert über die Vertreter der Erziehungsbehörden - die einem solchen Verfahren vorsitzen und so mit einer Frau umgehen. Ein Gefühl davon, wieviele Leute dazu beigetragen haben, daß sie ihren Arbeitsplatz verloren hat, und wieviel Geld, Anstrengung und Konzentration dafür aufgewendet worden sind, während es eigentlich der öffentliche Auftrag sein sollte, sie dabei zu unterstützen, in ihren Beruf hineinzuwachsen, so daß sie Kinder gut erziehen kann.
Es hat mich sehr beeindruckt, eine Frau zu sehen, die so gefaßt und mutig war, - offensichtlich eine Demokratin - und auf der anderen Seite die schäbige Brutalität der Behörden.

ID: Hier ging es ja wohl mehr oder weniger um die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und Verfassungsschutz.

HB: Ja, besonders im nächsten Fall war das ziemlich klar. Was mir auffällt ist, wie offen das gemacht wurde. Wie die Gerichte damit umgehen, wie es in manchen Fällen sogar die Gewerkschaften dulden. Wie Briefe geschickt werden - es passiert alles so offen.
Und auf der anderen Seite gibt es dieses Sammeln von Informationen, das geheim ist, und dann kann man noch nicht mal wissen, ob und wie diese Informationen an die Schulbehörden gelangen. Ich weiß noch nicht, wie wir das rauskriegen können, aber ich werde Fragen stellen, auch wenn sie vielleicht etwas plump und trivial wirken.

ID: Siehst du eigentlich einen Zusammenhang zwischen den Berufsverboten und der Situation, in der sich hier die politischen Gefangenen befinden?

HB: Ich meine Menschenrechte sind Menschenrechte. Wenn man einmal anfängt, diese Rechte zu verletzen in einer Institution wie den Gefängnissen, dann kommt es zu einer Erosion dieser Menschenrechte. Und wenn es stimmt, daß die Menschen, die zur Zeit im Hungerstreik sind, menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt sind, dann sollte das aufhören. Wenn ich das sage, will ich nicht diesen ganzen Zirkus drumherum machen, den so viele Liberale und Sozialdemokraten machen. Ich will keine sogenannte Distanzierungserklärung machen. Mir gefällt die Art nicht, wie über Häftlinge geredet wird, die wegen terroristischer Aktivitäten angeklagt oder verurteilt sind - um überhaupt darüber reden zu können, soll man sich zwanzig Minuten lang distanzieren, ehe man sagen kann, daß man es nicht richtig findet, wenn Menschen 24 Stunden lang auf dem Bett festgebunden und dabei von Fernsehkameras überwacht werden. Ich werde also keine Distanzierungserklärung machen.

Hier endet das Gespräch, das wir am ersten Tag des Tribunals führten. Es wurde dann einige Tage später fortgesetzt.

ID: Du hast jetzt auf dem Tribunal seit einigen Tagen die Fälle angehört. Welchen Eindruck von der Situation in Deutschland hast du nach diesen Tagen?

HB: Nachdem ich einige Eindrücke gesammelt habe, fange ich an mir Fragen zu stellen. Ich frage mich, entwickelt sich hier ein korporativer Staat? Und ich denke, vielleicht ist die Antwort nicht nein. In den Fragen, die ich heute gestellt habe, habe ich versucht, da heranzukommen, um zu prüfen, ob diese Totalität da ist. Ich will heute nachmittag Fragen stellen - um herauszufinden, was für Verteidigungsmöglichkeiten die Bürger haben, besonders in den Gewerkschaften, weil es mir scheint, daß dies eine zutiefst politische Angelegenheit ist, daß Menschenrecht und Politik zusammengebunden sind, daß sie ein und dasselbe sind. Wenn man über Menschenrechte spricht in diesem Lande, dann spricht man auch immer über das Recht, sich politisch zu organisieren. Und es kann sein, daß z.B.

die deutsche Arbeiterklasse nicht gegen die Berufsverbote streiken wird - das ist nicht die Frage. Die Frage ist, hat jemand das Recht, zu versuchen, die deutsche Arbeiterklasse zu Aktionen gegen die Berufsverbote zu bringen.
Ich will jetzt über Hoffnung reden. Ich denke, daß das Tribunal erfolgreich sein wird, ein Ereignis, bei dem die Wahrheit herausgefunden wird und das den Leuten den Rücken stärkt, allen, die etwas für die Wahrheit tun wollen. Und als Sozialist sage ich, daß es lebensnotwendig für alle in der Linken ist, gemeinsam zu handeln, so daß sie ihre demokratischen Menschenrechte ausüben können, um sich zu organisieren, und verteidigen zu können, um die Rechte der arbeitenden Bevölkerung verteidigen zu können. Ich halte überhaupt nichts von der Vorstellung, die manche Sozialisten vertreten, daß es gut ist, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse immer weiter verschärfen, bis endlich der allgemeine Aufstand stattfindet. Das Römische Reich dauerte 500 Jahre. Eine ganze Nation, nämlich die keltische Nation, versuchte Widerstand zu leisten, einen massiven Widerstand, und wurde vernichtet. Ich habe etwas gegen diese Argumentation. Ich habe ein sehr mieses Gefühl, wenn einige meiner Genossen in diesem Lande - die ich als Genossen betrachte - ich weiß nicht ob sie mich als Genossen betrachten - glauben, daß es im Interesse der Arbeiterklasse ist, einen faschistischen Staat zu haben, gegen den man kämpfen kann. Ich halte das für ein unmenschliches und wahnsinniges Argument. Ich wäre sehr dankbar, wenn ihr das abdrucken würdet.

ID: Ich möchte nochmal zurückkommen auf den korporativen Staat. Bei den Fällen, um die es hier in diesem Tribunal geht, handelt es sich um die Auseinandersetzung zwischen Institutionen des westdeutschen Staates und Individuen. Glaubst du nicht, daß dies vor dem Hintergrund einer breiteren Entwicklung, einer weltweiten Phase von Repression zu sehen ist.? Siehst du diese Repression in der BRD als Teil einer repressiven Entwicklung auf der internationalen Ebene ?

HB: Ja

ID: Meinst du nicht, daß die Möglichkeiten der Deutschen, in dieser Situation zu handeln, begrenzt sind?

HB: Ich sehe das so, daß die BRD in Westeuropa und in ihrer ökonomischen Bedeutung für die 3. Welt eine führende Großmacht ist. Wenn man betrachtet, wie sie das Leben von Menschen bestimmt, ist die BRD ganz sicher eine ebenso starke Großmacht wie die UDSSR und die USA, ökonomisch gesehen, meine ich. Deshalb wird die Entwicklung Deutschlands von Leuten in meinem Lande, das ökonomisch wesentlich schwächer ist, beobachtet. Es ist die alte Geschichte - wenn ein mächtiges Land niest, können acht andere Länder die Syphillis kriegen.

ID: Ein wichtiger Punkt, den du betont hast, war, daß die Leute etwas tun müssen, daß sie sich organisieren müssen, daß sie etwas tun müssen ehe es so schlimm wird, daß die Arbeiterklasse endlich aufwacht.

HB: Und daß die Idee, daß es gut wäre, wenn das Regime, wenn die Verhältnisse immer schlechter werden, wirklich wahnsinnig ist. Das habe ich ja schon mal gesagt. Eine andere Beobachtung: niemand liebt die Menschenrechte. Zum Beispiel: ein ehemaliger Nazi-Richter, dem jemand gegenübergestellt wird, der als Terrorist angeklagt ist, findet eine Gelegenheit, auf die er vielleicht schon seit Jahren gewartet hat, um seine alten Vorstellungen ausdrücken zu können. Er mißbraucht, er negiert die Menschenrechte. Leute dagegen, die terroristische Organisationen unterstützen, sprechen über Menschenrechte, um ihre Ziele zu erreichen.

ID: Du siehst also eine Mißachtung ... seitens der Terroristen...

HB: ... von Menschenrechten. Ich würde sagen, daß für mich jemand, der Aktionen wie die RAF macht, seine intellektuelle Glaubwürdigkeit verspielt, wenn er von Menschenrechten spricht. Er verliert aber nicht sein Anrecht auf die Menschenrechte. Diese beiden Sätze stellen meine Position dar. Ich weiß, daß in Deutschland die Gefahr besteht - vielleicht kann das Russell-Tribunal daran etwas ändern - daß, wenn man sowas öffentlich sagt, nur der erste Satz zitiert wird, und der zweite nicht. Von dieser Position aus haben ich und zwei andere Jury-Mitglieder vor, und zwar in individueller Eigenschaft, die Stammheimer Gefangenen zu besuchen. Wir haben einen offiziellen Antrag dazu gestellt.

ID: Ihr habt diesen Antrag schon gestellt? Wann wollt ihr die Gefangenen besuchen?

HB: Am kommenden Mittwoch. Und zwar als Individuen, nicht in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Jury.

ID: Wer außer dir wird noch nach Stammheim gehen?

HB: Außer mir noch Trevor Griffiths aus England und Elliot Taikeff aus den USA. Wir versuchen, daß jeder einen anderen Gefangenen besuchen kann, mit einem Dolmetscher.

ID: Werdet ihr direkt nach eurem Besuch in Stammheim darüber berichten?

HB: Nein. Die Jury wird sich in der nächsten Sitzung mit Behandlung der Leute beschäftigen, die wegen Gewalttaten gegen den Staat angeklagt oder verurteilt sind. Ein Unterkomitee der Jury ist gebildet worden, um eine Dokumentation darüber vorzubereiten. Dieser Besuch von Individuen ist der Beginn, sich darüber zu informieren.

ID: Ist das schon eine Vorbereitung auf die nächste Sitzungsperiode?

HB: Nicht im Namen der Jury. Wir machen das als Individuen. Ich möchte, daß das klar ist.

LIEDER GEGEN DIE WÖLFE ...

die unsere Schafe reißen

FRANKFURT-HARHEIM
1. April

In einem großen Zelt neben der Tagungsstätte des Russell-Tribunals versammelten sich gegen Ende des Tribunals ca. 3.500 Leute zu einem fröhlichen Liederabend mit politischen Einlagen, zu dem der Beirat geladen hatte.

Führte dieser Abend eher dazu, daß wir das Russell-Tribunal leichter konsumieren konnten, oder ließ es unsere Realität erträglicher werden ? Urteilen wir nicht zu hart: dennoch meinen wir, daß sich die Grenzen zwischen Aufnahme des Angebotenen und Verarbeitung des Aufgezwungenen leicht verwischen.

Jedenfalls heizte der Auftakt des beliebten Frankfurter „Linksradikalen Blasorchesters" die Stimmung im Zelt gewaltig an. Die als Blasmusik vertonte Tagesschau und Wetterkarte hinterließen einen klangvollen Eindruck des Nachrichtenmischmasch auf dem Bildschirm und leichte Verlegenheit auf den Gesichtern der Fernsehreporter, deren einziges Interesse, stellvertretend für die breite Öffentlichkeit, einzig und allein dem „gesamdeutsch" geschädigten Wolf Biermann galt. Wodurch auch die gesamte Veranstaltung in die verlockenden Sphären eines linken Schlagerfestivals zu driften drohte. Doch der Auftritt des Pastors Gollwitzer brachte den Abend zunächst wieder auf den richtigen Kurs. Mit seinem „subjektiven Eindruck" über die unterschiedliche Betroffenheit Einzelner wollte er so vielen Leuten wie möglich deutlich machen, wie anders etwa ein P.P. Zahl den Strafvollzug beurteilt als die Justizminister der Länder, oder Helmut Schmidt (Bundeskanzler) Berufsverbote scheinbar überhaupt nicht wahrnimmt, W. Brandt dagegen sie als einen Fehler erachtet. (Arnfrid Astels Epigramme können wir nicht kommentieren, stattdessen schlugen wir uns am anderen Ende des Zeltes mit der viel zu teuren Linsensuppe herum.)

Geriet die Veranstaltung nun in die Gefahr politischer Überfütterung, so sorgten wiederum zwei „gesamtdeutsche" Liedermacher,Kuhnert und Panach, für eine musikalische Unterbrechung, die durch die Einlage von Maria Cruz mit einem Lied über spanische Bergarbeiter richtig ans Herz ging.

Vladimir Dedijer, Präsident der Russell-Jury, sang auch - nämlich den Anfang eines Liedes jugoslawischer Hirten gegen die Wölfe, um die Schafe zu schützen. Er erinnerte an die Entstehung des ersten Russell-Tribunals aus dem Projekt jenes internationalen Kriegsverbrecher-Tribunals, das die UNO schon 1950 beschlossen, aber bis heute nicht eingesetzt hat. Russells Traum war es, daß das Vietnam-Tribunal, ein Tribunal ohne Armee, Polizei und ohne garantierten Zugang zu den Massenmedien, für alle Unterdogs der Welt sprechen sollten. Alte Intellektuelle, sonst „good for nothing", sollten die gründliche Vorbereitungsarbeit zu den Tribunalen leisten. *(Gut gefaucht, grauer Panther!)*

Tony Gifford, ein weiteres Mitglied der Jury, kommentierte über die freiheitlich-demokratische Grundordnung, er habe immerhin so viel verstanden, daß sie jedenfalls „sehr gründlich und sehr ordentlich" sei.

Einige Schauspieler des Frankfurter Theaters am Turm (TAT) brachten bestens einstudiert, vor allem die Sängerin, Ausschnitte aus ihren Arbeiten und Problemen, insbesondere das brillant wiedergegebene Problem der schleichenden Selbstzensur.

Biermann, die Verkörperung der mißachteten Menschenrechte im anderen Deutschland konnte zum Abschluß der Veranstaltung mit dem neuen Song „Trotz alledem" endlich unsere Herzen höher schlagen und die Kameras der Reporter hektisch aufblitzen lassen. Doch der Mangel an einem Beitrag eigens für dieses Tribunal ließ den Anschein zu, Biermann stehe im Mittelpunkt und nicht jene „gesamtdeutschen" Menschenrechte, zu deren Verteidigung er angetreten war. Zumindest konnte dieser Eindruck bei der nun entstehenden Betriebsamkeit der Medienvertreter aufkommen. Kaum trat er wieder ab, verschwanden auch sie mit ihren Gerätschaften.

Höhepunkt waren die Lieder des Trommlers Schwendtner: die bei den Demonstrationen in Kalkar als Waffen angesehenen Zitronen, Tomaten und Halstücher, die Wanzen beim Gespräch mit der Geliebten, und den Frankfurter Dauerhit „Ich bin unbefriedigt".

Zum Schluß wurde wieder einmal eine Hitparade vorgeführt: das chilenische „Venceremos", die Ballade von Rosa Luxemburg im Botanischen Garten, das Abschiedslied aus der DDR „Tschüß" - und Biermann intonierte die Internationale.

Schön war's.

DIES IST EIN FREMDES LAND, FREMD AUCH ALLES, WAS HIER LINKS IST

FRANKFURT 31. März *Im Volksbildungsheim trafen sich ungefähr 1200 Leute zu einer Kundgebung „Solidarität mit der Opposition in der DDR", organisiert vom Komitee gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands.*

Die DDR hat kein Kontaktsperregesetz, sie ist eins

Den Beginn machten drei „Ausbürger" aus dem „realen Sozialismus". Weil sie gegen Ausbürgerung protestiert hatten — gegen die Biermanns und anderer. Ihre Prozesse, ihre Haftbedingungen: die Schilderungen bereiten uns eine Gänsehaut. Die Geheimhaltung und die Isolierung sind perfekt, wie wir sie von der Schleyer-Entführung und von der Kontaktsperre her kennen, dazu aber noch permanent. Und nicht nur für die politischen Gefangenen in den Knästen. Wenn du von bestimmten Personen „schädlich beeinflußt bist" — dann kann dein Aufenthalt innerhalb der Republik beschränkt werden, um diesen Einfluß halt zu unterbinden. Das geht ganz ohne Knast. Bist du schließlich dort gelandet, wirst du nach einiger Zeit von der Bundesrepublik „losgekauft". „Die oben hier haben uns gekauft/von unseren Oberen dort", hieß es in einem Song.

Am Grunde der Moldau, da wandern die Steine

Heinz Brandt rief zum Kampf gegen den Stücklohn auf, und zwar in der ganzen deutschsprachigen Kultur. (Leider war dies das Stichwort für die ganzen üblen patriotischen Phrasen, die von anderen dann gedroschen wurden.) Das ganze Bertrand-Russell-Forum (Tribunal sagt er nicht, weil er nicht fürs Richten ist) soll übers Wochenende nach Ostberlin fahren, Pastor Niemöller voran, und fragen: Wo ist unser Bruder Bahro? So würde der Gefangenenchor aus Fidelio endlich gesamtdeutsch. „Die Wahrheit wagte ich zu sagen und Ketten sind mein Lohn."

Gute Sachen fielen ihm ein, dem freien Rentner Heinz Brandt: für's Telegramm nach Prag genügte ein einziger Satz:„Am Grunde der Moldau, da wandern die Steine..."! Und der „Europäer" von den Listy, den Blättern der Emigranten aus der Tschechoslowakei, erinnerte daran, daß der Staatsterrorist Husak dem Staatsterroristen Schah von Persien, zehn Jahre nach dem Mord an Ohnesorg in Berlin, den Ehrendoktor verliehen hatte. Ausgerechnet den der Rechte.

Vaterländische Genossen, vaterlandslose Gesellen?

Kaiser Wilhelm hätte seine Freude an den Genossen der KPD gehabt. Sie kennen keine Parteien mehr (nur noch eine, klitzekleine, na bitte), sie kennen nur noch Deutsche. Sie haben daraus gelernt, daß der Kaiser dereinst die Sozialdemokraten vaterlandslose Gesellen schimpfen konnte; und beim Lernen sind sie recht übergeschwappt. Den Kampf gegen den „Versailler Raubfrieden", so Alexander von Plato, hätten die Linken den Faschisten überlassen, die Parole „Dreigeteilt? Niemals!" dem Konrad Adenauer.

Rudi Dutschke plädierte für die Untersuchung der DDR-Zustände als „fundamentale Ergänzung" des Russell-Tribunals. Aber den maoistischen Patrioten hielt er entgegen, was die „vaterlandslosen Gesellen" schon wußten: daß das Vaterland allemal und auch heute dazu dient, die Arbeiterklasse wieder im Krieg zu verheizen. Zwischen U.S.-Imperialismus und „asiatischem Imperialismus" die deutsche Geschichte wieder herzustellen, geht nicht mit der Propagandalüge, die aus dem Despoten Stalin einen Sozialisten macht.

Heinz Brandt rief Menschen — Organisationen meldeten sich — Piranjas kamen

Trotz des Appells, daß nicht Organisationen ihre Statements ablassen sollten, kam keine Diskussion von Menschen zustande. Wie bei den schlimmsten Teach-ins vor vielen Jahren kam ein batteriegetriebener Organisationsvertreter nach dem andern, von KB, Trotzkisten, KPD in vielen Schattierungen. Sie stürzten sich wie die Piranjas auf die Sache der Unterdrückung in der DDR, bis von diesem Gegenstand nur noch das dürre Gerippe übrig blieb. Der große Parteivorsitzende der KPD, Semler, schüttelte dem überraschten Rudi Dutschke, wie man so schreibt, „im Blitzlicht der Fotografen bewegt die Hände". Ein richtige Slapstick-Szene; und so erhebend!

Dutschke und die ausgebürgerten DDRler, waren die einzigen, die dem hurrapatriotischen Geschrei der nationalkommunistischen Marxisten-Leninisten etwas entgegensetzten.Selbst die absolut idiotische Behauptung „Demokratie in Westdeutschland, Faschismus in Ostdeutschland" ging durch, ohne daß die Zuhörer (Frankfurter Spontis, wo wart ihr geblieben?) sich wehrten. Zwischenrufe „Stärkt die Bundeswehr — Neutronenwaffen für Strauß und Hua Kuo-feng" blieben einsam.

Sie seien ein bischen traurig über die Diskussion, sagten die DDRler am Schluß.

Kontaktadresse des Komitees gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands: c/o Ulrike Hill, Schwanthalerstr. 52, 6000 Frankfurt 70, Tel. 0611/ 61 52 86

DEM BEIRAT GING DIE JURY AUS DEM GESCHIRR

Wer über Herrn Bräutigam sprechen wollte, konnte über die ÖTV nicht schweigen.

HARHEIM, 1. April 78 *"Das Sekretariat des 3. Internationalen Russell-Tribunals hat erklärt, daß es sich von niemanden, auch nicht von unseriösen Gruppen, eine Linie aufzwingen lassen wird. Der deutsche Beirat hat auf seiner Sitzung am 9. Dezember 1977 auch betont, daß Gewerkschaftsausschlüsse keinen "eigenständigen Untersuchungsgegenstand" des Tribunals bilden werden. Er hat aber auch erklärt: "Zeugen, die einen Zusammenhang zwischen Berufsverbot und ihrem Gewerkschaftsausschluß darstellen, werden nicht daran gehindert, dies zu tun." Dieses Vorgehen spricht für sich. aus: ÖTV-Hauptvorstand, Rundschreiben vom 22.2.1978.*

Am Freitag war es dem Tribunal nur um den Preis von Peinlichkeit gelungen, über den Fall Düx zu reden und über Stammheim zu schweigen. Am Samstag wäre es lediglich schwer gewesen, über die Entlassung des Assistenzarztes Norbert Bräutigam zu verhandeln und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften nicht einzubeziehen. Aber die Jury wollte das gar nicht. Von morgens zehn Uhr an bis abends sieben entwickelte sich jede Befragung zum Fall in eine lange Reihe von Fragen, Vorschlägen, Stellungnahmen zu den deutschen Gewerkschaften. Außer Griffiths und Brenton was das gerade denjenigen Jury-Mitgliedern sichtlich ein Bedürfnis, die DGB und SPD wohl oder übel als Mitglieder von Bruderorganisationen und Schwesterparteien ehren zu müssen: dem früheren irischen Gesundheitsminister Browne von der Labour-Party, Lolle Nauta von der holländischen Partei von der Arbeit, vielleicht noch Claude Bourdet von der PSU.

Wolf-Dieter Narr und Ingeborg Drewitz vom deutschen Beirat dagegen versuchten, durch geschickte Fragen und Verweise auf die knappe Zeit, die Jury vor unbedacht deutlichen Worten zu bewahren. Sie hatten, wie aus unserem Kurz-Interview mit Ingeborg Drewitz am Ende dieses Berichts hervorgeht, das deutliche Gefühl, ihre Jury nicht ausreichend vorbereitet zu haben. Um eine Diskussion über die Gewerkschaften anzuzetteln, war der erste Fall am Samstagmorgen gut gewählt. Bei den anderen beiden an diesem Tag verhandelten Fällen gab es keinen direkten Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsausschluß und Entlassung aus dem Betrieb. Als Begründung für die Verweigerung der Weiterbschäftigung des Arztes Norbert Bräutigam legte der Arbeitgeber dem Arbeitsgericht ein Flugblatt vor, das den Eingangsstempel des ÖTV-Kollegen Herrman trug. Herrmann war Personalratsvorsitzender an der Klinik von Norbert Bräutigam und gleichzeitig Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im ÖTV-Kreisverband Lübeck.

Ein Jahr vor dem Arbeitsgerichtsprozeß 1974, war Norbert Bräutigam aus der ÖTV ausgeschlossen worden. Er hatte einer ÖTV-Betriebsgruppe angehört, die für Rationalisierungsschutz Putz gemacht hatte und zum 1. Mai den gehörigen oppositionellen Auftritt. Herrmann erkannte sie schnell als KB-Zelle, ließ aber verbreiten, es handele sich um die DKP, die die Internationale übe, um die Russen besser empfangen zu können beim Einmarsch.
Die Betriebsgruppe wurde von der ÖTV aufgelöst, vier ihrer Mitglieder wurden ausgeschlossen, inzwischen unter dem Vorwurf der KBW-Mitgliedschaft. 1975 stand die Verlängerung des Arbeitsvertrages von Norbert Bräutigam an, der seine Fachausbildung zum Kinderarzt fertig machen wollte. Dem Klinikchef Hansen wurde vom Kultusministerium bedeutet, er solle den Vertrag unter irgendeinem Vorwand nicht verlängern. Hansen spielte nicht mit. Darauf der zuständige Bean...,

Herr Schulz-Hardt: "Dann muß ich Sie als Sympathisant ansehen, Herr Professor!"
Die Landesregierung lud Norbert Bräutigam zur Anhörung vo vor. Der Kultusministeriums-Vertreter Schulz-Hardt warf ihm „ständige illegale", da durch die ÖTV nicht gedeckte, Gewerkschaftsarbeit und die KBW-Mitgliedschaft vor.

Das wisse er von der ÖTV. Norbert Bräutigam bestritt einige Punkte. Darauf Schulz-Hardt, der sich offenbar auf die ÖTV eher verlassen konnte als auf den Chef der Klinik: „Ich brauche nur kurz Herrn Schwalbach anzurufen, wenn hier einzelne Punkte strittig sind." Schwalbach ist ÖTV-Sekretär.

Aufgrund der Anhörung lehnte das Land die Weiterbeschäftigung ab. Norbert Bräutigam klagte vor dem Arbeitsgericht. Das ließ die politischen Gründe nicht gelten; stellte sich aber auf den Standpunkt, die Beziehungen zwischen dem Land und Norbert Bräutigam seien privatrechtlicher Natur und stellte es dem Land frei, ihn zu beschäftigen.

Nach einigen Monaten fand er eine Halbtagsstelle in einer Klinik des paritätischen Wohlfahrtsverbandes für ein halbes Jahr, dann war er ein halbes Jahr arbeitslos. Ende 76 bekam er wieder eine Halbtagsstelle bei einem Krankenhaus in Ostholstein, die bis zum 31.3.1977 befristet war. Eine Verlängung war möglich und wurde vom Klinikchef befürwortet. Der Kreis lehnte ab. Durch eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Lübeck gelang es Norbert Bräutigam zwar, den Kreis Ostholstein zu einer Weiterbeschäftigung zu verpflichten. Der Kreis Ostholstein legte aber Berufung ein und strich kurz vor der Verhandlung die Planstelle. So mußte die Klage auf Weiterbeschäftigung mangels Stelle abgelehnt werden. Kurz danach richtete der Kreis die Stelle wieder ein.

Es handelt sich also, vom Gericht her gesehen, um ein Beispiel dafür, daß die Verwaltung durch Gerichte nicht zu kontrollieren ist. So richteten sich die Fragen der Jury vor allem auf die Kollaboration der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber. Den Jury-Mitgliedern schienen die deutschen Gewerkschaften offenbar ständestaatlichen Korporationen sehr nahe. Die Unterschiede zur nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront verwischten sich vor ihren Augen. Da erschien Ingeborg Drewitz, Mitglied des deutschen Russell-Beirates, die Feststellung notwendig, daß es in den Satzungen der Gewerkschaft keinen Passus gäbe, der die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zwingend vorschreibe. Der Zeuge Bräutigam selbst und sein Berichterstatter unterstützten sie mit den bekannten Unterscheidungen zwischen Gewerkschaftsbasis und -führung.

Gegen Mittag brachte Norbert Bräutigam den Fall Brigitte Schultek vor, der ein Ausschlußverfahren aus der ÖTV droht, weil sie einen Aufruf zum Russell-Tribunal mitunterschrieben hat. Der ID berichtete zweimal darüber (Tages-ID Nr. 4 und 5). ÖTV-Sekretär Schwalbach stand wieder im Mittelpunkt der Geschehnisse. Griffiths fand in ihm den Helden einer modernen Tragödie. In der Mittagspause sollte Brigitte Schultek ihr Material der Jury überreichen. Eine Unterkommission wurde gegründet, die Pressionen im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal nachgehen soll, Material sammeln und überprüfen.

Am Nachmittag wurde noch einmal ausführlich über die Gewerkschaften geredet, obwohl es in beiden Fällen bei einiger Aufbietung von Scheuklappen möglich gewesen wäre, keinen Zusammenhang zwischen dem Gewerkschaftsausschluß und der Entlassung des Betriebselektrikers Franz-Josef Grünen und der Krankenschwester Martina Wikowski zu sehen. Über die Arbeitsgerichtsurteile zu diesen Fällen berichten wir gesondert. Wieder entflammte die Debatte über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse heftig. Browne von der Labour-Party: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch, heißt es. Welche Schritte sind unternommen worden, um die Weltgewerkschaftsöffentlichkeit aufzurütteln?" Und: „Warum ist noch niemand vor den Europäischen Gerichtshof gegangen, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse?" Um 17

Uhr unterbrach der Sitzungsleiter Narr die Diskussion. Wir vom ID fragten Ingeborg Drewitz:

"Es heißt, Sie haben etwas gegen diese Diskussion der Unvereinbarkeitsbeschlüsse?"

Ingeborg Drewitz: "Ja, sie beziehen sich zuwenig auf den Fall. Da reden wir jetzt gerade drüber, wie wir das ändern können.

ID: "Habt ihr gegenüber dem DGB-Vorstand denn noch viel zu verlieren?"

Ingeborg D.: lacht.
"Die Jury ist einfach nicht informiert über die internen Verhältnisse in den deutschen Gewerkschaften. Das zeigen die Fragen doch."

"Wenn es so wäre, fiele das doch auf Euch zurück. Daß seid doch Ihr, die die Jury informieren sollen, daß ist doch der Zweck von dem Beirat gewesen."

Ingeborg D.: "Ja, wir konnten ja nicht wissen, daß die Jury sich nicht auf Fragen zum Fall beschränken würde."

Nach der Pause ging die Diskussion bis 19 Uhr weiter. Ein starker Einfluß des Beirats auf die Jury war nicht zu bemerken. Eher schon ein Einfluß des Betriebselektrikers Grünen; er gehört zu den wenigen Menschen, die aus einer Gewerkschaft ausgeschlossen wurden und in eine andere wieder aufgenommen wurden. Der Betriebsrat seiner neuen Firma war auf seiner Seite; und die zuständige IG-Chemie-Geschäftsstelle, die ohnehin schon Krach mit dem Betriebsrat hatte, wollte es sich nun nicht auch noch wegen Franz-Josef Grünen mit dem Betriebsrat verderben.

FÄLLE DÜX UND EMPELL

HARHEIM 2. April — Am Freitag wurden in Harheim Berufsverbote aus dem Justizbereich verhandelt:

Michael Empell und Heinz Düx
Michael Empell, der sich seit 1973 bei den Einstellungsbehörden in mehreren Bundesländern um Aufnahme in den Juristischen Vorbereitungsdienst bemühte, unterliegt einem vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Ausbildungsverbot. Laut BVG haben "Staatsfeinde" das Grundrecht auf Ausbildung verwirkt. Den Vorwurf mangelnder Verfassungstreue begründet das BVG folgendermaßen: Michael Empell sei Sympathisant des SPK Heidelberg gewesen, des weiteren habe er sich gegen die Haftbedingungen von politischen Gefangenen ausgesprochen.
Einer derjenigen, die das Berufsverbot gegen M.E. aussrpach, war Bundesverfassungsrichter Dr. Willi Geiger. Geiger hat 1941 eine Dissertation verfaßt, in der er fordert, Berufsverbote über diejenigen Journalisten zu verhängen, die Kommunisten, Juden und andere Staatsfeinde seien. Derselbe Bundesverfassungsrichter Geiger hat von 1941 bis 1943 als Staatsanwalt am Sondergericht in Bamberg fungiert und in dieser Eigenschaft in mindestens 5 Fällen die Todesstrafe gefordert, die später verhängt und vollstreckt wurde. Michael Empell hat daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen Geiger gestellt, der aber abgelehnt wurde mit der Begründung, daß es ihm nicht zustehe, solche Anträge zu stellen und daß der Antrag selbst unbegründet sei.
Michael Empell wies in seiner Erklärung vor dem Tribunal nachdrücklich auf die Vergangenheit dieses BVG-Richters hin, um der Jury klar zu machen, wer auch heute noch in der Judikative an maßgeblichen Entscheidungen beteiligt ist: halt ehemalige nationalsozialistische Juristen.

Ruppert von Plottnitz, der als Berichterstatter für Michael Empell und Heinrich Düx auftrat, kam am Schluß seiner Ausführungen zu folgendem Resultat: Aufgrund des staatlichen Ausbildungsmonopols, muß es jedem Bürger der Bundesrepublik ermöglicht werden, seine Ausbildung abzuschließen. Die Grundrechte sind geschaffen, um dem Staatsbürger Schutz zu gewähren, gerade auch vor dem Staat, nicht lediglich wie sie jetzt angewandt werden, gegen den Bürger. Der Begriff des Sympathisanten, ein politischer Kampfbegriff wird zum Rechtsterminus.

...Taikeff, einer der Jurymitglieder kam nach der Befragung M. Empells zu dem Schluß, daß das Verhalten von M.E., z.B. der Hinweis auf die menschenvernichtende Haftbedingungen von politischen Gefangenen, ein Ausdruck von größter Verfassungsloyalität sei, da es Pflicht jeden Staatsbürgers sei, sich gegen Verfassungswidrigkeit zu wehren, auch oder gerade gegen verfassungswidriges Verhalten der Exekutive. (Art. 20, Abs. 4 GG)

Auf die Frage des Jurymitgliedes Faye: In welcher historisch politischen Situation das GG entstand und welche Absichten in die Formulierung des Grundgesetzes von den "Vätern des GG" eingingen, antwortete M. Empell mit einem Brief von einem der "Grundgesetzväter,",Prof. Eberhardt an Frankfurter Richter. In diesem Brief bezeichnet Eberhardt die Isolationshaft als Folter und somit als einen eindeutigen Verstoß gegen Artikel 1 des GG. Gerade aus den Erfahrungen des 3. Reiches seien diese Grundrechte entstanden, um eine neuerliche Willkür der Exekutive zu verhindern. Faye konstatiert daraufhin eine Umkehrung der Grundrechtsnormen, bezeichnet (!!!) Empell als Opfer dieser Umkehrung. Gerade durch den Offenen Brief Michael Empells und durch die später erfolgte Veränderung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen begreift Faye die Handlungsweise von Michael Empell als verfassungsloyale, welche das Bundesverfassungsgericht dennoch veranlaßt, ihm ein Berufsverbot zu erteilen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Rechtmäßigkeit des Eintretens von Michael Empell für eine Verbesserung der Haftbedingungen von politischen Gefangenen, fordert Michael Empell die Jurymitglieder auf, sich für die politischen Gefangenen, die sich gerade im Hungerstreik befinden, einzusetzen, um somit eine Öffentlichkeit herzustellen, die dem Gefangenen Schutz gewähren könnte. Während das Publikum die Aufforderung Empells durch Beifall unterstützte, wies W. Richardson als Vorsitzende der Jury daraufhin, nur zu dem Komplex Berufsverbote Stellung zu beziehen.

Der Fall Düx

Dr. Heinz Düx wird die Zulassung zum Rechtsanwalt seit 1976 versagt. Die Frankfurter Rechtsanwaltkammer wirft ihm in einem Gutachten vor, als Verteidiger (Vertreter) in Stammheim das Vorführen der Angeklagten vor gerichtlich bestellten Gutachter als eine Art Terrorvorführung und das ganze Verfahren als Schauprozeß bezeichnet zu haben. Weiterhin habe er in einem Frankfurter Strafprozeß (§ 218 - Prozeß) das Verhalten des Richters bei der Festnahme von protestierenden Frauen im Gerichtssaal mit Praktiken des Freisslerischen Volksgerichtshofes verglichen. In einem Mordprozeß habe er die Nichtbeachtung eines entlastenden Gutachtens als Rechtsbeugung bezeichnet. Dieses Verhalten offenbare, daß H. Düx lediglich Richter herabsetzen wolle und ihn die für einen Rechtsanwalt erforderliche Würde fehle.

Dieser Beurteilung schlossen sich der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte und der Ehrensenat des Bundesgerichtshofes in ihren Urteilen an, so daß für H. Düx quasi ein endgültiges Berufsverbot besteht. Lediglich eine Beseitigung der Würdeklausel aus der Bundesrechtsanwaltsordnung würde das Berufsverbot verhindern, doch ist das nicht zu erwarten (munkelt man in Juristenkreisen).
In der Befragung durch die Jury wurde deutlich, daß bei be-

stimmten politischen Verhalten im Gerichtssaal bestimmte kritische Aussagen als "unwürdig" gelten.

Der Fall Düx und der gleichgelagerte Fall Knöss zeigen, wie von staatlicher bzw. halbstaatlicher Seite (das Material für Unwürdigkeitsvorwürfe kommt von der Staatsanwaltschaft) reagiert wird, wenn Referendare in Prozessen für die Rechte der Angeklagten eintreten und sich gegen die Praxis der jeweiligen Gerichte wenden.

Die Jury stellte fest, daß in der BRD vonAnwälten, wie von Referendaren und Assesoren primär eine Vertretung staatlicher Interessen und erst sekundär eine Vertretung der Mandanten-Interessen gefordert sei. Es dürften an Anwälte nicht die gleichen staatlichen Loyalitätsforderungen gestellt werden, wie an Richter, denn Anwälte seien eindeutig Interessenvertreter ihrer Mandanten.
Um der Jury das Entstehen solcher inkriminierter Aussagen zu verdeutlichen, schilderte H.Düx die Situation im Stammheimer Gerichtssaal, aus der heraus er dem Gericht vorgeworfen hat, die Gefangene wie Tiere vorzuführen. An besagtem Verhandlungstag bemerkte U. Meinhof gegenüber dem damaligen Vorsitzenden Richter Prinzing, daß es doch offensichtlich mit der Präsenz eines Gutachters im Gerichtssaal zusammenhänge, daß sie entgegen der sonstigen Praxis ausreden dürfe. Daraufhin antwortete Prinzing sinngemäß:
"Ja Frau Meinhof, der Herr Professor ... soll sie ruhig reden hören und beobachten können. Reden Sie ruhig weiter ...."
Diese Situation hat Düx als Verteidiger von J.K. Raspe als vergleichbar mit der Vorführung von Tieren bezeichnet. Nach dem gleichen Willkürprinzip seien auch die anderen Vorwürfe entstanden, nach denen H.Düx die menschlichen sittlichen Qualitäten eines Rechtsanwaltes fehlen sollen (nach dem Gutachten der Rechtsanwaltskammer). Gleichzeitig sind jedoch nach der Darstellung des Berichterstatters Ruppert von Plottnitz die im Ausland wegen NS-Verbrechen verurteilten Rechtsanwälte Dunker, Heinrichson und Ernst in der BRD unbeschadet nach wie vor als Rechtsanwälte tätig.
Ebenso kann der bekannte Strafrechtskommentator Dreher, der als NS-Richter in mehreren Fällen geringfügige Diebstähle mit der Todesstrafe "vergalt", nach wie vor unbeschadet für "Verfassungsfeinde wie Pastor Niemöller" eine Aberkennung des Wahlrechts fordern.
Kommentar und Schlußsatz von H. Düx:
"Der Faschismus ist in der BRD weder personell noch strukturell überwunden."

Nachtrag zu den Fällen Empell und Düx

Bei der Berichterstattung über diese beiden Fälle von Berufsverbot im Justizbereich durch Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz wurden etliche strukturelle Momente dieser Form von Verteidigerbeschränkung „vergessen".

Es reicht zu Darstellung und Erklärung von Berufsverboten in einem „freien Beruf" nicht aus, auf eine staatliche Tendenz hinzuweisen, die die Rechtsanwälte zu einem beamtenähnlichen Verhalten verpflichten will indem überhöhte staatliche Loyalitätsforderungen an sie gestellt werden. Es ist notwendig, die Entwicklung von Verteidigerbeschränkungen, -ausschlüssen und -verfolgungen in der BRD aufzuzeigen.

Die Anwaltsverfolgung durch staatliche und berufsständische Institutionen der BRD hat vorrangig linke Zielgruppen, der sie sich seit ca. 1972 immer intensiver annimmt. Da werden Anwälte, Assessoren und Referendare aus Parteien wie DKP, KPD, KBW wegen ihrer Parteizugehörigkeit verfolgt, wie schon vor 20 Jahren nach dem KPD Verbot. Die andere Zielgruppe besteht aus parteiungebundenen Anwälten, die in politischen Prozessen als Verteidiger der RAF oder anderer Stadtguerilla aufgetreten sind.

Am Anfang des Stammheimer Prozesses wurden hastig neue strafprozessuale Reglementierungsmöglichkeiten von Verteidigung mit u.a. dem Ausschluß von Verteidigern (§ 138a StPO – Strafprozeßordnung) und dem Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO) geschaffen. Jetzt bestand gesetzlich die Möglichkeit einen nicht gerichtskonformen Anwalt aus dem Verfahren auszuschließen (so geschehen mit Croissant, Ströbele, Groenewold u.a.), indem man ihm lapidar die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) vorwarf – natürlich die jeweilige Kriminelle Vereinigung seines Mandanten – und behauptete, er vertrete nicht ausreichend die Interessen seines Mandanten (laut Gericht, nicht laut Mandant).

Das Verbot der Mehrfachverteidigung treibt in den letzten zwei Jahren immer skurilere und gefährlichere Blüten durch die immensen Ausweitungen der jeweiligen kriminellen und terroristischen Vereinigungen, denn ein Anwalt, der ein Mitglied der jeweiligen „Vereinigung" verteidigt, kann keinen anderen verteidigen, der dieser „Vereinigung" zugerechnet wird (auch wenn der erste Mandant schon tot ist). Da die Kapazität an linken Anwälten nicht endlos ist, kann mensch sich ausrechnen, daß bei geschickter staatlicher „Vereinigungszurechnung" es sehr bald fast unmöglich ist, noch einen „unbelasteten" Anwalt des Vertrauens zu bekommen.

Zuerst wurde versucht, Anwälte durch Ehrengerichtsverfahren seitens der Rechtsanwaltskammern mit Rügen, Geldstrafen, und dergleichen mehr bis hin zum Ausschluß aus der Rechtsanwaltskammer (Berufsverbot) einzuschüchtern. Doch erkannte man bald, daß diese Möglichkeit der Anwaltsverfolgung zu langwierig (bis jetzt noch kein rechtskräftiger Ausschluß aus Rechtsanwaltskammern) und aufwendig war und setzte das Berufsverbot einfach weiter vorn, nämlich bei der Zulassung zum Anwalt an. So können Assessoren, von denen man annimmt, daß sie den Anwaltssumpf auffüllen, schon im Vorfeld abgeschossen werden, indem man ihnen einfach „Unwürde" attestiert. (So geschehen bei H. Düx und M. Knöss). Im Fall Empell ist das Berufsverbot schon direkt nach dem ersten Staatsexamen, also noch weiter vorn angesetzt. Durch einfache Behauptung der Verfassungsfeindlichkeit kann jemand vom Referendariat (Beamter auf Zeit) ausgeschlossen werden, obwohl oder weil diese Ausbildungsstufe unerläßlich dafür ist, später mal als Jurist fungieren oder agieren zu können. Wir warten gespannt schon auf die Nichtzulassung zum Jurastudium (abgesehen vom NC)!
Die Anwaltskammern lassen sich also als Verfolgungshilfen staatlicher Repression gegen Anwälte durch Ausnutzung deren Möglichkeit der Ehrengerichtsbarkeit sehr gut benutzen. Auf die verschiedensten Formen von gesetzlichen Verteidigungsbeschränkungen haben sie durch „Selbstreinigung" von den „Verursachern" – den schwarzen Schafen der Anwaltschaft – reagiert und somit im Sinne des Staates funktioniert.

Das Berufsverbot für Anwälte, Assessoren und Referendare trifft allerdings nicht nur diese individuell oder lediglich diesen „Berufszweig", sondern es richtet sich gerade auch in gefährlicher Weise gegen die jetzigen und potentiellen Gefangenen, also gegen uns alle.

RASSEL-TRIBUNAL?

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT TÄGLICH 4. April 1978 Einzelverkaufspreis 50 Pfennige NR. 7

INHALTSVERZEICHNIS:

Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Frankfurt. 25.3.–4.4.78

von jan

SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDE

Täglicher ID braucht tägliches Geld! Tägliche Leser können täglich Spenden

Sonderkonto Frankfurter Informationsdienst, Postscheckkonto Nr. 447 47 - 608

"WER IST HERR RUSSELL?"

Aus den Erlebnissen eines Grenzgängers

FRANKFURT/PARIS Ende März Was sich hinter dem Namen Russell verbirgt bzw. wer, ist wohl für viele Franzosen oft noch ein Rätsel, das gelegentlich schon mal zu abenteuerlichen Spekulationen führt wie z.B. während einer von den mit so liebevoller Sorgfalt durchgeführten "Routinekontrollen" an der deutsch-französischen Grenze.

Nachdem auch das allerkleinste Döschen geöffnet war und wieder mal das erhoffte Haschisch als simple, aber gut schwarz färbende Schminke sich entpuppte (die doch so häufige Enttäuschung nach diesem Öffnen merkwürdiger Döschen verhindert nicht ein Aufleuchten des Zöllneraug s beim Anblick dieses Puders) und auch als der russische Wodka auf seine Echtheit überprüft ward, wandte man sich endlich der Entzifferung deutschsprachiger subversiver Hetzblätter zu, die vorzufinden wohl auch erwartet wurde, wie aus dem bedeutungsvoll-kopfnickenden Lächeln zu schließen war. Denn deren Mitführung garantiert schon eher den Beweis der Gefährlichkeit des Transporteurs für den französischen Staat, die die Art und Weise der minutiösen Durchsuchung und Befragung legitimieren könnte.

Schwierigkeiten bei der Feststellung der Herkunft dieser "Materialien" dehnten das Telefongespräch vom inzwischen geholten und wohl "spezialisierten" höheren Polizeioffizier mit Monsieur X über eine halbe Stunde aus: "Sie sagen, daß sie es in der Buchhandlung gekauft haben, ob man sie passieren lassen kann?" Ob es denn noch linke Buchhandlungen in der BRD gebe. Ob ich es denn in Sibirien schön fände oder in der DDR. Großes Interesse an der Broschüre zum Tageszeitungs-Projekt, noch ungeschnitten und mit weißen Seiten durchsetzt, noch nicht im Handel; aha aha beim Lesen des Namens Cohn-Bendit in "Letzte Nummer", wie gut, daß ihm nichts gelingt, wieso nicht seine Zeitung? wenn's doch drinsteht. Es fällt ein Brief vom ID heraus – kauft man das auch in der Buchhandlung? – wo der Name Russell auftaucht: "Herr Russell, wer ist das, ist das nicht der, der zur Baader-Meinhof-Bande gehört?"

AUSZÜGE AUS EINEM INTERVIEW MIT JEAN-PIERRE FAYE

Mitglied der Jury des 3. Russell-Tribunals

Das folgende Interview wurde bereits vor mehreren Tagen gemacht. Inzwischen scheint es so, als habe die Jury offiziell Unterausschüsse unter anderem zu den Haftbedingungen und auch zu Gewerkschaftsausschlüssen eingerichtet. Genaueres dazu wird auf der Pressekonferenz am Dienstag bekanntgegeben.

ID: Was denken Sie über den Appell von Empell an die Jury, sich mit der Situation der Gefangenen in der BRD zu befassen?

Faye: Als Mitglied der Jury kann ich dazu nicht entscheidend Stellung beziehen. Die Jury einigte sich bereits vor langer Zeit darauf, den Punkt „Berufsverbot" zu behandeln, zunächst einmal, weil man nicht alles aufeinmal untersuchen kann; dann ist die Aufklärung von Haftumständen viel schwieriger, dazu kommen die Schwierigkeiten, die aus der Situation der deutschen Linken selbst resultieren. Ich persönlich habe eine etwas abweichende Meinung. Ich denke, daß dieser Appell äußerst dringlich und sehr ernst zu nehmen ist. Ich bin geneigt, einem solchen Appell Folge zu leisten, denn wo immer sich Gefangene im Hungerstreik befinden, sei es in der UDSSR oder in der BRD, und gleich welche Motive sie ins Gefängnis gebracht haben, ist es unbedingt notwendig, sich um ihre Fälle zu kümmern. Wenn in der 2. Sitzungsperiode über die Ausschlüsse von Rechtsanwälten geredet wird, werden die Bedingungen und Rechte der Gefangenen zur Sprache kommen müssen.

ID: Ein Fall, von dem man jetzt viel spricht, ist Siegfried Haag, der sich auch im Hungerstreik befindet.

Faye: Sicher ist, daß man bei einer Situation wie Hungerstreik nicht leichten Herzens daran denken kann, daß man sich erst in 8 Monaten damit befassen kann – er kann

Jean-Pierre Faye, Mitglied der Jury des Russell-Tribunals

ja nicht 8 Monate im Hungerstreik sein! Der Fall Holger Meins ist noch in zu deutlicher Erinnerung, als daß man sich diese Fragen nicht mit aller Schärfe stellen muß. Vor drei oder vier Jahren hörte ich in Paris Croissant die Bedingungen von Gefangenen in der BRD beschreiben, an seiner Seite Sartre. Die Ausweisung von Croissant seitens der französischen Regierung betrifft mich direkt als französischer Staatsbürger. Für mich ist dies eine sehr schwerwiegende Tatsache, die im Widerspruch zur Erklärung der Menschenrechte so wie zur französischen Verfassung steht, die derzeit in Kraft ist. ... Die Verletzung des Asylrechts hat die Probleme der Gefangenen in der BRD gegenwärtiger gemacht. Ich bin deshalb zum Tribunal gekommen, allerdings hatte ich schon vor der Tragödie von Stammheim zugesagt zu kommen. Aber sicher ist, das ich mich danach sehr motiviert fühlte.

ID: Glauben Sie, daß Sie in der Jury intervenieren bzw. Ihre Meinung dort ausdrücken können?

Faye: Sicher, wenn sich die Diskussion unter uns schnell entwickelt, werde ich sagen, was ich dazu zu sagen habe. Gestern gab es übrigens eine erste Debatte zu diesem Problem, wo ich der Jury in dieser Richtung einen Anstoß zu geben versuchte.

ID: Die Jury will das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse

nicht behandeln, weil Gewerkschaften private Organisationen seien. Die Rechte und Bedingungen von Häftlingen nun sind direkt abhängig vom Staat. Deshalb bin ich etwas überrascht, nun, ich kenne gut die Gründe, ich will aber lieber nicht das Wort Opportunismus verwenden....

Faye: Ich glaube nicht, daß das etwas mit Opportunismus zu tun hat. Die ausländischen Mitglieder des Russell-Tribunals sind vom deutschen Beirat eingeladen worden, um die deutsche Situation in einer Reihe von Punkten zu untersuchen. Die deutschen Beiratsmitglieder, obwohl nur in beratender Funktion, haben schon große Verantwortung auf sich genommen. Was ihre persönliche Existenz betrifft: sie sind seitens der Regierung und der Medien massiven Angriffen ausgesetzt, sie gelten als Sympathisanten des Terrorismus, als manipuliert von Moskau, kurz, sie werden dunkler Machenschaften bezichtigt. Nun, tatsächlich haben sie sich dem in gewisser Weise ältesten Problem der Berufsverbote angenommen, das wohl die größte Anzahl von Leuten betrifft, und glaubten damit die breiteste Unterstützung zu finden. Aber schon hierbei war die Unterstützung gering, die deutsche Presse berichtet kaum davon...

ID: Haben Sie das erwartet?

Faye: Nicht direkt eine Unterstützung von der Presse, was mich aber am meisten erstaunt, ist die minimale Reaktion der französischen Presse. Deshalb habe ich an „Le Monde" geschrieben.

INTERVIEW MIT LORD GIFFORD
Jurymitglied des 3. Russell-Tribunals

Frankfurt
1. April

Lord Gifford arbeitet in einem englischen Anwaltskollektiv, das sich auf die Verteidigung von Emigranten, Arbeitern und Journalisten konzentriert. In der Vergangenheit hat er sich aktiv für die Verteidigung der Menschenrechte im internationalen Maßstab eingesetzt. Er arbeitete u.a. in einem Komitee zur Unterstützung der Entkolonialisierungsbewegungen in Afrika mit. Auch ist er häufig Prozeßbeobachter in totalitären Staaten.

ID: Wie kommst Du zum Russell-Tribunal ?

Gifford: Das ist eigentlich eine Frage an die Russell-Foundation, aber ich vermute, daß es sowohl mit meiner Arbeit als Anwalt in der Bürgerrechtsbewegung in England zusammenhängt und weil ich mich intensiv mit Fragen der Menschenrechte, auch außerhalb Großbritanniens, beschäftigt habe. Ich habe die Einladung angenommen, da mir die Thematik des Tribunals bedeutend erscheint und zwar nicht nur für die Bevölkerung Großbritanniens oder der BRD, sondern darüber hinaus für ganz Westeuropa. Die Sachbeiträge der letzten Tage haben mich oft an Praktiken erinnert, die in der letzten Zeit in England zunehmen., insbesondere die wachsende Macht der Geheimdienste.
Wenn ich durch meine Teilnahme am Tribunal einen Beitrag leisten kann im Kampf zur Eindämmung dieser Entwicklung hier (BRD), erwarte ich auch Auswirkungen auf Großbritannien.

ID: Mit welchen Bürgerrechtsfragen beschäftigst Du Dich z. Zt. ?

Gifford: Ein großes Problem in Großbritannien, möglicherweise auch hier in der BRD ist, daß die Arbeiterklasse theoretisch Rechte besitzt, sie aber keine Möglichkeit hat, diese Rechte zu verwirklichen. Das hat zum einen ökonomische Gründe, zum anderen sind die Anwälte zu konservativ.

ID: Gibt es in Großbritannien, speziell in Irland, außer der zunehmenden Macht der Geheimdienste, Entwicklungen, die ähnliche Tendenzen aufzeigen wie hier ?

Gifford: Die Sicherheitsbehörden in Großbritannien brauchen nicht auf das Modell Deutschland zurückzugreifen, sie haben bereits eigene Gesetze und Techniken entwickelt, die durchaus ihre Anwendung finden können, falls es irgendwann zu einer demokratischen Herausforderung an die herrschende Machtstruktur kommen sollte. Das Beispiel Nordirland zeigt, daß es falsch ist, England als eine liberale Demokratie zu bezeichnen. Angespannte Situationen werden zum Anlaß genommen, repressive Gesetze zu verabschieden, die erst später in der Unterdrückung legaler demokratischer Aktivitäten ihre Anwendung finden.

ID: Gibt es in Großbritannien wie in der BRD ein Gesetz, das den Verteidigerausschluß ermöglicht ?

Gifford: Bisher nicht. Einige Richter haben Anwälte, die irische Angeklagte verteidigt haben, ausgeschlossen, aber die Anwaltskammern haben sich bisher erfolgreich widersetzt. Wir können sagen, daß die Situation für Verteidiger noch immer recht gut. Ich selbst bin Mitglied eines Anwaltskollektivs, und wir können durchaus aus Verfahren ausgeschlossen werden, nicht auf spezieller Gesetzesgrundlagen sondern auf administrativer Ebene.

ID: Ist irgendwann Euer Telefon abgehört worden oder habt Ihr Wanzen in Eurem Büro gefunden ?

Gifford: Das weiß ich nicht, zumindest haben wir keine entdeckt, möglicherweise gibt es welche. Ich z.B. verteidige im Moment zwei Journalisten, die sofort, nachdem sie einen ehemaligen Soldaten interviewt hatten, verhaftet wurden. Das ist ein konkreter Beweis, daß es Überwachungen gibt.

ID: Was meinst Du zu der Tatsache, daß das Tribunal von verschiedenen Gruppen diffamiert, boykottiert oder verleumdet wird ?

Gifford: Ich hoffe, daß alle, die sich gegen die zunehmende Einschüchterung durch Berufsverbote wehren, nachdem das Tribunal nun einige Tage arbeitet, einsehen, daß es ihre volle

Lord Gifford, Mitglied der Jury des Russell-Tribunals

Unterstützung verdient. Mich hat der Empfang in Frankfurt und in Berlin sehr beeindruckt, unabhängig von der politischen Richtung, die diese Leute repräsentieren. Sie zumindest verstehen, wie wichtig unsere Arbeit ist und setzen große Erwartung in uns, die wir nicht enttäuschen dürfen.

ID: Angehörige von politischen Gefangenen haben die Forderung erhoben, daß das Russell-Tribunal sich mit deren Situation beschäftigen sollte. Jury und Beirat haben dies abgelehnt.

Gifford: Unsere heutige (31. 3.) Presseerklärung macht deutlich, daß das Russell-Tribunal die Behandlung aller Gefangenen, einschließlich derjenigen, die wegen Gewalt gegen den Staat einsitzen, bestimmte Recht haben, und wir fordern die Betroffenen auf, uns Beweismaterial zu überlassen, die es uns ermöglichen, in der zweiten Periode des Russell-Tribunals durch se Problematik zu behandeln. Die Fälle, die wir in der jetzigen Periode untersuchen, ermöglichen ein sachlich begründetes Urteil. Es wäre falsch, das Ansehen des Russell-Tribunals durch die Untersuchung der Fälle, bei denen die Beweismaterialien für uns nicht überprüfbar sind, aufs Spiel zu setzen.

ID: Welche Auswirkungen durch das Russell-Tribunal erwartest Du auf das politische Klima der BRD? Ist Deiner Meinung nach eine ähnliche Breitenwirkung möglich wie beim ersten Russell-Tribunal ?

Gifford: Ich glaube ja. Es dürfte einen starken Einfluß auf das Bewußtsein der Bevölkerung in der BRD haben. Die Ergebnisse können als direkten Druck auf die Regierung verwandt werden, um die Praktiken, die wir aufdecken, zu beenden. Anhand der Informationen, die wir bisher haben, erscheint es mir bereits gesichert, daß der Grad der Überwachung und Kontrolle sehr weit fortgeschritten ist. Wenn wir diese Anklage nach innen und nach außen anwenden können, ist zu hoffen, daß die Regierung ihre Politik ändert. Ich bin überzeugt, daß wir mehr Möglichkeiten haben, die Regierung zu beeinflussen, als das letzte Russell-Tribunal, das über die südamerikanischen Diktaturen verhandelt hat, und wo sich bis heute nichts geändert hat. Wie effektiv diese Arbeit wird, hängt von der Sachlichkeit und Richtigkeit und ihrer Schlüsse ab.

AUSZÜGE AUS EINEM GESPRÄCH MIT ERICH FRIED AM 29.3. IN OFFENBACH

Erich Fried ist Deutscher und Jude, er lebt seit vielen Jahren als Dichter in London. Er hat an vielen linken Veranstaltungen in Deutschland teilgenommen ('was wär' ich ohne Erich') und auch in vielen seiner Gedichte zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung genommen.

Wie schätzt du die Arbeit des Russell-Tribunals ein und was glaubst du bedeutet es für die Situation in Westdeutschland?

Man muß sehen, daß das Russell-Tribunal nicht in erster Linie eine deutsche Angelegenheit ist, sondern tatsächlich von der Russell-Peace-Foundation einberufen wurde, zwar auf Wunsch von ausländischen Organisationen, die über die Entwicklung in der Bundesrepublik beunruhigt waren. Die deutschen Bitten wurden zwar ernst genommen, aber es sprach ein wenig dagegen, daß die Bitten wegen des gespaltenen Zustandes der deutschen Linken so widersprüchlich waren. Die Aufgabe des Russell-Tribunals, wie es die Foundation sieht, ist nicht in erster Linie, Propagandamaterial für die deutsche Linke zu liefern, schon gar nicht, ein Sprachrohr der deutschen Linken zu sein. Sie wird sein, völlig unbahängig Tatsachen festzustellen, sie dann auch in ganz Europa denen, die sich dafür interessieren, bekannt zu machen. Wenn die deutsche Linke im Stande ist, diese Tatsachen zu verwerten, um gegen Repression zu arbeiten, dann wird das die Russell-Peace-Foundation nur freuen. Ich glaube auch, daß die Gewerkschaftsausschlüsse ein Ausmaß angenommen haben, daß es wichtig wäre, daß sie im Russell-Tribunal etwas mehr zur Sprache kommen, als bisher gesichert erscheint. Allerdings ist es bekanntlich so, daß Leuten, bei denen der Gewerkschaftsausschluß ein konstituierender Bestandteil eines Berufsverbots ist, durchaus im Stande sein werden, das vor dem Tribunal zu sagen, daß die Jury auch von niemandem gehindert werden kann, sich dafür zu interessieren. Also es ist nicht so, daß die Gewerkschaftsausschlüsse einfach weg vom Tisch sind, darauf haben auch führende Gewerkschaftsfunktionäre hingewiesen, um das Russell-Tribunal als gewerkschaftsfeindlich zu verleumden. Gewerkschaftsfeindlich finde ich natürlich die gewerkschaftliche Ausschlußpolitik.

Was sagst du zu den Vorwürfen, auch seitens der Linken, die dem Russell-Tribunal gemacht werden?

Das Russell-Tribunal hat ganz klar gemacht, also die Jury und die Russell-Peace-Foundation, daß sie an eine Vorverurteilung Deutschlands nicht denken. Es ist keine anti-deutsche Angelegenheit, es handelt sich schließlich darum, was einige Deutsche anderen Deutschen antun, und diese anderen Deutschen beschützen zu helfen, gegen das was ihnen angetan wird, da ist kein Deutschenhaß drin. Außerdem finde ich diesen Hinweis, wie kann man das auf eine Stufe stellen mit Vietnam und Südamerika, so dumm, das mir die Worte fehlen. Denn angeklagt wurde natürlich nicht Vietnam, obwohl man sich auch über Thieu und Ky und diese Sachen informiert hat, sondern was angegriffen wurde, war das Verhalten der Vereinigten Staaten in Vietnam, der Vietnamkrieg. Man hat also der Bundesrepublik nichts Ärgeres angetan, als sie mit ihren grossen amerikanischen Freunden und Verbündeten auf eine Stu-

wäre ja alles nicht etwas, worüber zum Beispiel Helmut Schmidt und andere Leute sich ohne weiteres beschweren könnten.

Es hat in der Vorbereitung des Tribunals harte Konflikte darüber gegeben, was auf diesem Tribunal thematisiert werden soll und was nicht, was man aus dem komplexen Zusammenhang von Repression, wie er sich in diesem Land darstellt, herausgreifen soll. Wie denkst du darüber?

Man darf natürlich nicht glauben, daß andere westliche Demokratien vollständig rein und die Bundesrepublik vollständig arg ist, vor solchen Schwarz-Weiß-Malereien muß man sich hüten. Zum Beispiel wird in England über Irland nicht einmal annähernd adäquat berichtet, obwohl eine Pressezensur in dem Maße, wie sie als Zensur und Selbstzensur in der Bundesrepublik auftaucht, in der englischen Presse nicht möglich wäre. Aber natürlich gibt es auch da Mißstände. Das Russell-Tribunal kann sich nur mit dem Bruch von Menschenrechten befassen, wo er am deutlichsten wird, weil sonst die Sache einfach einen Umfang annimmt, der den Möglichkeiten dieses Tribunals zu groß wird. Natürlich findet der Bruch von Menschenrechten auch in Schulen, in Fürsorgeheimen laufend statt, aber das zu erfassen, ist die Aufgabe einer Sozialkritik und einer umfangreichen progressiven Soziologie, das geht einfach über die Möglichkeiten eines solchen Tribunals. Außerdem gibt es das, wenn auch nicht in so arger Form, auch in anderen bürgerlichen Demokratien, übrigends auch in Ländern, die sich für sozialistisch halten. Es wird schon im Russell-Tribunal zu wenig Zeit sein, das zu behandeln, was dringend behandelt werden muß. Man muß sich also deswegen hauptsächlich auf die Menschenrechtsverletzungen beschränken, deren man verhältnismäßig leicht dokumentarisch habhaft werden kann und die man irgendwo festmachen kann. Menschenrechtsverletzungen, die aus reaktionärer Gesinnung der Bevölkerung kommen zum Teil, auch wenn diese Bevölkerung reaktionär gesinnt ist, weil sie manipuliert wurde, sind viel schwerer dingfest zu machen?

Wie denken die Leute in England über das Russell-Tribunal?

Die Leute in England wissen viel weniger, als etwa in Frankreich, Italien oder Holland. In allen Ländern, die nicht selbst von deutschen Truppen besetzt waren während des Krieges, ist das Interesse für diese Sachen geringer als in Ländern, die selbst einmal den Faschismus am eigenen Leib direkt zu spüren bekommen haben. Aber natürlich gibt es auch in England Interesse, vor allem wegen des Sympathisantenrummels, also die Art, wie der Begriff Sympathisant geprägt und gegen diese genannten Sympathisanten gekämpft wurde, hat in England Staunen ausgelöst, obwohl es in England manchmal fast eine Verschwörung des Schweigens über deutsche Dinge gibt. Jetzt haben auch Zeitungen wie der Guardian plötzlich geschrieben, daß Senator Mc Carthy wohl wieder auflebt in Deutschland, und auch die Art, wie das Russell-Tribunal verleumdet wurde und englische Mitglieder des Tribunals von gewerkschaftlichen und öffentlichen, behördlichen Stellen dargestellt wurden, hat in England Verwunderung und ein bißchen Heiterkeit ausgelöst. Und zu unfreundlichen Pressemitteilungen geführt. Unfreundlich für die betreffenden deutschen Stellen.–
... die Auffassung von Menschenrechten, die in Deutschland weitgehend auch bei regierenden Politikern verbreitet ist, ist im Ausland als sehr merkwürdig empfunden worden. Die Jury-Mitglieder teilen diese Auffassung nicht, daß sich irgend jemand außerhalb seiner Menschenrechte stellen kann durch eine Tat. Sie ist mit einer Menschenrechtsauffassung, wie sie in England sogar von Konservativen vertreten wird, nicht vereinbar.

AMNESTIE – EIN WINTERMÄRCHEN

(Nachtrag zu der Veranstaltung am 28. März in der Pupille)

FRANKFURT
2. April

Amnestie auf Teufel komm raus! haben wir im Vorwort zu „Ein deutscher Herbst" gefordert und „ein Gesetz zum Kontakt mit der zukünftigen Wirklichkeit". Gedankenspielerei mit einer harten Realität: wer will denn überhaupt freilassen und wen? In der Tat ist die RAF wahrscheinlich ebenso gegen Amnestie wie Karsten Voigt und Kopf-ab-Jäger, und ein junger badischer Rekrut, Mitglied des KBW, erklärte mir neulich, 80 Prozent der unter Stalin Umgebrachten hätten es bestimmt verdient und nach der Revolution könne man hier auch nicht zimperlich sein. Einsperren, Ausschalten, Säubern, Überwachen, Kontrollieren, das sind keineswegs bloß politische Probleme von staatlichen Apparaten und ihren Verdachtspersonen, sondern in der Massenseele festangestellte Sicherheitskräfte und genauso in und Einzelnen. Kindern ist das Spielen im Hausflur verboten! Ruhe! Du hast die Redezeit überschritten! Halt's Maul! Alle Türen zu! Du Staatsschützer! – Angesichts dessen ist die Idee einer großen Amnestie aberwitzig, verrückt, schön und das einzig Wahre. Freiheit nicht nur für die politischen Gefangenen. Alle Türen auf: der verschlossenen Blicke, der Vorurteile, der kategorialen Gefängnisse und der Zuchthäuser des Gefühls. Sesam öffne dich – ein deutsches Wintermärchen. Ich meine das ganz realpolitisch.

Frank Wolff

ZUR INNERSTAATLICHEN FEINDERKLÄRUNG

FRANKFURT,
28. März

Aus „Radikale im öffentlichen Dienst", Frankfurt 1973, S. 45 ff.

Was die innerstaatliche Feinderklärung angeht, ist Hamburgs Erster Bürgermeister besonders deutlich geworden:

„Schulz: Auf die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit kommt es nicht an. Es reicht schon der Zweifel, der Bewerber sei nicht bereit, sich aktiv für die Verfassung einzusetzen.
Spiegel: Bei Kommunisten liegt es näher zu zweifeln?
Schulz: Kommunisten wird es aufgrund ihrer Zielvorstellungen naturgemäß besonders schwerfallen, sich für die parlamentarische Demokratie eizusetzen.
Spiegel: Und im Zweifel wird nicht , wie im Strafrecht, für den Angeklagten („in dubio pro reo"), sondern gegen den Betroffenen entschieden – in dubio contra reum?
Schulz: Im Zweifel für die Sicherheit der Demokratie – nöicht nicht gegen irgendjemanden."

Schulz: Wenn jemand Mitglied der DKP ist, dann gucke ich ihn mir näher an. Und da weiß ich, daß der Verfassungsschutz über Daten von Leuten verfügt, sehe ich mir diese auch an. Ich halte das für legitim. Wenn nichts dabei rauskommt, ist die Sache für mich erledigt. Dann sage ich nicht, nun beschattet ihn mal ein halbes Jahr. Das wäre dummes Zeug.
Spiegel: Sie holen sich also Auskünfte beim Verfassungsschutz. Aber der muß ja selber erst mal tätig werden, um Erkenntnisse zu sammeln.
Schulz: Na sicher.
Spiegel: Er wird also einen Verdächtigen beobachten, Daten sammeln, in einer Versammlung sitzen und mitschreiben. Was ist denn das anderes als bespitzeln?
Schulz: Gut , wenn sie dafür schon den Ausdruck „bespitzeln" anwenden, dann ist das ihre Sache. Ich verstehe etwas anderes darunter, zum Beispiel einen V–Mann ansetzen. Im übrigen: es ist ziemlich bescheiden, was unser Verfassungschutz da leisten kann". (S. 45/46 und S. 47 der Fischer–Dokumentation)

BERUFSVERBOTE: GESPRÄCH MIT BETROFFENEN

Tonbandprotokoll (4. und Schluß)

FRANKFURT 3. April *Dies ist die vierte Folge eines Gesprächs zweier ID-Mitarbeiterinnen mit drei vom Berufsverbot Betroffenen: den beiden Anwälten Henry Düx und Mike Knöss, sowie dem Lehrer Klaus Katarski. Am Ende der dritten Folge (Tages-ID Nr. 5) spricht Mike Knöss davon, daß das Berufsverbot im Bereich Anwalt/Verteidigung objektiv feststeht und daß es auch subjektiv nicht mehr möglich sei, in diesem Bereich in irgendeiner Form weiterzuarbeiten. Er hegt Zweifel an der Betroffenheit der Anwälte über ihre Arbeitsbedingungen. An dieser Stelle geht's weiter mit Mike:*

Wenn die wirklich so betroffen wären, dann müßten sie auch mal irgendwann was anderes machen als am nächsten Tag wieder da reingehen und wieder die Robe anziehen; mal ausflippen, wenigstens mal ausflippen. Das ist eben die andere Seite, daß so ein Job dich auch kaputtmacht. Du bleibst dann einfach nicht derselbe Mensch. Natürlich erlebst du dauernd, da stirbt der, und dann hast du mal wieder einen Mandanten, der stirbt dann auch, da gehste hin, kuckst dir die Leiche anDannn machste irgendeine Presseerklärung und bist dauernd der Anwalt, der dann weiter so lebt.

Barbara: Wem erzählst du das? Ich frag mich, ist die Alternative, das nicht mehr zu machen. Ist das wirklich die Alternative, die Robe dann an den Nagel zu hängen?

Mike: Wenn einmal zehn Leute gesagt hätten, und zwar in der Situation, wie sie war: Kontaktsperre, Nachrichtensperre, Tod von Gefangenen....

Barbara: Dann will ich diskutieren, warum das nicht passiert..

Mike: Weil ich dir's doch sage, weil die auch an was anderm hängen, nämlich an ihrem bürgerlichen Beruf Anwalt. Deshalb geht's net.

Barbara: Das ist mir zu einfach.

Henry: Ja, das ist auch zu einfach.

Mike: Laß es doch mal einfach sein.

Henry; Nein! Weil mir die andere Position natürlich genauso stinkt, wenn du sagst, ja, da muß man halt irgendwie rausgehen. Dann kann man doch beides miteinander verknüpfen. Weil's eben so einfach nicht ist, und dann auch total wertlos ist, diese Diskussion, weil das viel schwieriger ist.

Mike: Ich sag doch nicht e i n f a c h rausgehen.

Henry: Bei der Diskussion, die wir geführt haben, da hast du genau die umgedrehte Position auch vertreten.

Mike: Was hab ich?

Henry: Doch, da ging's darum: wenn zum Beispiel ein Gefangener sagt, er will, daß jetzt trotz Trennscheibe verteidigt wird, was machst du dann? Bei dem Anwaltstreffen neulich wurde darüber diskutiert: Klar, der politische Gefangene, der hat eine bestimmte Praxis gemacht, die hat er auch politisch zu verantworten. Er wird sich nicht wundern, wenn er auf einmal in Knastbedingungen reinkommt. Was aber ist mit den vielen Leuten, die jetzt ein 129a - Verfahren angehängt bekommen, die aber absolut nichts damit zu tun haben. Wie ist es dann? Bei der Diskussion ging's darum, ob man nicht anläßlich der Trennscheibe und den ganzen Hosenlatz-Geschichten sagt: Wir haben eine eigene politische Identität als Verteidiger, wir machen das nicht mehr mit, wir lassen das sein.

Das ist aber total unglaublich, daß das jemals was wird. Es gab Journalisten, die das gemacht haben. Die haben gesagt, wir berichten nicht mehr, wenn wir hier unsere Hosenlätze alle öffnen müssen, sehn wir nicht mehr ein. Ob du so was hinkriegst - politisch - so was wie eine Verweigerungskampagne.

Ich stelle die These auf, der Versuch einer politischen Verteidigung in Deutschland ist tot, der ist kaputt, der ist auch kaputtgemacht worden. Stammheim war noch eine Möglichkeit, weil's eine relative Öffentlichkeit gab. In allen anderen Verfahren ist kein Mensch mehr von der Presse drin. Da gibt's jetzt die Trennscheibe. Du mußt dich da den tollsten Geschichten unterwerfen. Der Versuch, im Gerichtssaal politisch noch was zu machen, politisch zu verteidigen, der ist kaputt. Und in dem Zusammenhang kann ich auch das Berufsverbot einordnen. Es wird, glaub ich, zum ersten Mal die Konsequenz davon diskutiert, ob du nicht, wenn du noch weiter verteidigst, einfach zum Feigenblatt wirst in dem Staat; daß du im Grunde die gleiche Stellung kriegst wie ein Zwangsverteidiger. Daß also sowohl das Prinzip freier Advokatur kaputt ist als auch unser Versuch, politisch zu verteidigen. Dies in der Diskussion zu realisieren, auch mit den Anwälten, da stimmt es, was der Mike gesagt hat, da kommen die Schwierigkeiten mit dem Status rein. Da kommen tausendfache Rationalisierungen rein. Daß du's doch noch machen willst, obwohl's schon längst politisch gar keinen Sinn mehr gibt.

Das ist zum ersten Mal der Versuch, zu sagen, das machen wir nicht mehr mit, wir gehen da auch nicht mehr rein. Selbst wenn ein Gefangener es will. Das ist schwierig, einem Gefangenen das zu vermitteln. Das kannst du nur, wenn vorher ein Diskussionsprozeß gelaufen ist, sagen, daß du dir sowas nicht mehr gefallen lassen kannst; oder du wirst wirklich zum Büttel. In einem Konzentrationslager kommt auch kein Verteidiger mehr rein. Das ging nicht mehr.

Lange Pause ....

Mike: Das kannst du auch gut sehen an der Entwicklung dieser Bundesliga von den Rechtsanwälten. Zuerst war das gedacht als eine Möglichkeit der Entwicklung von kollektiver politischer Verteidigung – Austausch von Informationen und Vorbereitung von nationalen/internationalen Aktionen, vielleicht in Form von Pressekonferenzen oder Veranstaltungen. Und das Ganze hat sich mit dem Wachsen der Repression immer weiter entfernt und ist letzten Endes regrediert auf einen Klüngel von Anwälten aus dem Bundesgebiet zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen ... Die ganze Aktivität von diesem komischen Verein hat sich drauf konzentriert, den Prozeß von Groenewold vorzubereiten oder zu unterstützen, wo ich nicht mal was gegen hätte, wenn es nicht gleichzeitig Tatsache wäre, daß die für nichts anderes mehr sich stark gemacht haben. Vom ursprünglichen Anspruch – politische Verteidigung von Gefangenen – ist nichts übrig gebleiben als der nackte Versuch, die eigene Haut zu retten.

Henry: Wir müssen auch nicht dauernd über diesen Anwaltskram reden, weil das nämlich schon wieder in so eine Richtung geht, daß das wichtiger wäre als andere Geschichten.

Klaus: Es hat mich ganz überrascht – weil wir länger nicht miteinander geredet haben –, daß du gesagt hast, daß du gegen die Hierarchisierung bist. Du hast mal eine ziemliche Hierarchisierung vertreten ... woran ich dich jetzt nicht aufhängen will, sondern ich will versuchen, das inhaltlich festzumachen. Mir ist bei den Berufsverboten nicht so ganz klar, worauf die abzielen. Bei den Anwälten ist das ganz klar, da geht's nicht um die Anwälte, da hat es eine ganz klare Funktion, die ist mir auch nach dem Lesen von Kitson (britischer General, der perfide Pläne zum Kampf gegen Befreiungsbewegungen entwickelte und auch ausführen ließ) ganz klar geworden, da geht's darum, die politischen Gefangenen fertig zu machen. Da gibt's 'ne ganz klare politisch ableitbare Funktion, wie der Kitson das auch sagt, es gibt zwei Wege. Entweder, man macht Sondergesetze, an die sich alle halten müssen, oder man geht speziell gegen die Leute vor. Da sagst du, hat sich die Bundesrepublik klar entschieden und schaltet die Anwälte aus und das hat eine klare Funktion. Was darüber hinausgeht bei den Lehrern, das ist mir damals nicht so klar gewesen.

Henry: Das kommt wahrscheinlich auch deswegen: Wenn du selbst in so einer Situation bist, mit Verteidigergeschichten zu tun hast, ist es klar, daß du dich intensiv damit befaßt, was bei dir selbst abläuft. Gelesen und mir das klar gemacht hab ich erst mal in dem Bereich der Verteidiger. Wenn ich das momentan so sehe, habe ich eigentlich begriffen, wie sich das ausgeweitet hat auf Druckgeschichten, auf Druckwerke, also das hat ja mit Verteidigung gar nichts mehr zu tun, daß die den ganzen Kram von Agitation/Propaganda da mit reinziehen. Alles unter dem Stichwort von Terroristenbekämpfung: wie bei den Agitdruckern, das läuft genau unter dem Thema. Plötzlich haben die den § 129a – terroristische Vereinigung – sitzen deswegen im Knast, den hat jeder vorher unterschätzt. Da ist bei mir selbst eigentlich erst ein bestimmter Überlegungsprozeß in Gang gesetzt worden. Daß dieser Prozeß von gesellschaftlicher Formierung / Strukturierung viel weiter gediehen ist. Da hab ich neulich mal rumgestöbert in so Geschichten bei Leuten, die sich mit Terroristenbekämpfung beschäftigen. Da läuft plötzlich die ganze Geschichte unter dem Stichwort "Verhinderung von Gewalt", es treten plötzlich die Schulen und die ideologische Beeinflussung von Schülern in ein intensives Stadium. Da ist mir eingefallen, wie gesellschaftlich strukturiert, wie viel weiter fortgeschritten als ich's bisher von meiner Phantasie her überhaupt hab beurteilen können das Problem ist. Daß die Verhinderung, daß Linke in den Schuldienst reinkommen, dasselbe Projekt ist wie mit den Anwälten, wie mit weiß der Teufel was für Leuten. Mit Leuten, die in Institutionen arbeiten. Das ist ein ganzbreiter Rahmen, das hab ich früher in meinem Kopf nicht zusammengekriegt.

Klaus: Militärisch ist das so, wie wenn die Israelis Flächenbombardements machen, und dann stoßen sie erst rein und holen sich das raus, was sie rausholen wollen, was übrigbleibt von denen, die nicht eh den Kopf einziehen ...

JURISTISCHE ASPEKTE VON BERUFSVERBOTEN

Wir drucken eine vom Sekretariat herausgegebene Kurzfassung des Gutachtens von Ulrich Preuß, das am Freitag, dem 31.3. vorgetragen wurde

Ulrich K. Preuß

STRATEGIEN STAATSBÜRGERLICHER DISKRIMINIERUNGEN

I. Das Gutachten untersucht die juristischen Begründungen, die nach der in der Bundesrepublik herrschenden Rechtsauffassung die Rechtfertigung dafür enthalten, daß eine Differenzierung der staatsbürgerlichen Gleichheit nach Kriterien politischer Gesinnung stattfinden kann. Es gibt einige charakteristische Abweichungen vom Strukturtyp liberaler Verfassungen, die dazu geführt haben, das Grundgesetz als eine "werthafte Ordnung" zu bezeichnen. Hinter dieser Abweichung verbirgt sich die Idee, daß die liberal-repräsentative Verfassung auf einigen fundamentalen Werten wie Menschenwürde, Volk Volkssouveränität, Gesetzmäßigkeit der Regierung und Parteienpluralismus beruht, die jeglicher Disposition auch durch verfassungsändernde Mehrheiten entzogen sein sollen, um die Auflösung des liberalen Verfassungsstaates in eine totalitäre Ordnung zu verhindern. Diesem Ziel dient im Grundgesetz die verfassungsrechtliche Vorkehrung, einzelnen Bürgern sowie Vereinigungen, insbesondere politischen Parteien, die Grundrechte auf Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß des Volkes zu entziehen, wenn der Inhalt der von ihnen vertretenen politischen Anschauungen mit den soeben erwähnten Gundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren. Im Gegensatz zu dem "klassischen liberalen Staats- und Verfassungsschutz sind staatliche Eingriffe in den politischen Willensbildungsprozeß nicht erst zulässig, wenn der einzelne Staatsbürger oder Vereinigungen von Staatsbürgern gewaltsam die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen, sondern bereits dann, wenn sie sich zwar durchaus im Rahmen der Legalität bewegen, ihre Zielsetzungen indesser mit den Grundwerten der verfassungsmäßigen Ordnung unvereinbar sind. Um die Auswirkungen dieser das Demokratieprinzip einschränkenden verfassungsrechtlichen Vorkehrungen einzugrenzen, weist das Grundgesetz die Entscheidung darüber, ob einzelne oder politische Parteien verfassungswidrige Zielsetzungen verfolgen, dem Bundesverfassungsgericht zu und bindet zudem eine derartige Feststellung an die Voraussetzung einer "clear and present danger" für die verfassungsmäßige Ordnung.

II. Gefahren für die staatsbürgerliche Gleichheit aller Bürger unabhängig von ihren weltanschaulichen und politischen Auffassungen gehen weniger von diesen nur unter restriktiven Voraussetzungen anwendbaren Instrumenten des Staats- und Verfassungsschutzes aus, als vielmehr von der Generalisierung dieser Ausnahmevorschriften zum allgemeinen Rechtsprinzip: wenn die liberal-repräsentative Verfassung als Ausdruck einer ihr zugrundeliegenden fundamentalen Wertordnung interpretiert wird, so besteht die Gefahr, daß alle staatsbürgerlichen Rechte nur unter dem Vorbehalt gewährleistet sind, daß sich jeder Staatsbürger zu diesen Werten bekennt und die Gesetzmäßigkeit seines Handelns nicht mehr nur alleine in der Betrachtung der Legalität, sondern in der Übereinstimmung seines Denkens mit diesen Grundwerten liegt.

Nach diesen Prinzipien wird der Zugang von Staatsbürgern zu öffentlichen Ämtern organisiert. Nach dem Grundgesetz hat jedermann nach Maßgabe seiner Eignung, Befähigung und Leistung gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern. Als Merkmal der Eignung wird nach herrschender Auffassung die innere Übereinstimmung des Bewerbers mit den Grundwerten der Verfassung angesehen. Meinungsäußerungen, die vom Dienstherrn als unvereinbar mit den Grundwerten der verfassungsmäßigen Ordnung angesehen werden, machen den Bewerber ungeeignet für das angestrebte öffentliche Amt und führen zur Ablehnung der Bewerbung. Nach den "hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums", die im Grundgesetz verfassungskräftig gewährleistet sind, ist aber ein Bewerber um ein öffentliches Amt nur dann ungeeignet, wenn er nicht in der Lage ist, unter Wahrung von Recht und Gesetz und in Distanz zu seinen persönlichen weltanschaulichen und politischen Auffassungen die ihm übertragene öffentliche Funktion auszuüben. Nach diesen hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums hatte der Beamte die Gesinnungs- und Meinungsfreiheit, und solange er fähig und bereit war, die für sein Amt geltenden Vorschriften zu beachten, hinderte ein distanziertes Verhältnis zu den sozialethischen Grundlagen der Rechts- und Verfassungsordnung ihn nicht, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Erst im Nationalsozialismus ist vom Beamten die innere Übereinstimmung mit den Grundwerten der politischen Ordnung verlangt worden, mit der Konsequenz, daß die Freiheit der Gesinnung und der Meinung für sie nicht bestand. Auch das Grundgesetz fordert nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts "mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung'; es fordert, daß der Beamte "sich in dem Staat, dem er dienen soll, zu Hause fühlt - jetzt und jederzeit und nicht erst, wenn die von ihm erstrebten Veränderungen durch entsprechende Verfassungsänderungen verwirklicht worden sind".

III. Die Verpflichtung, positive, wert-ethische Überzeugunger zu haben, um geeignet für den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern zu sein, bedeutet eine schwere Hypothek für das Prinzip der gleichen staatsbürgerlichen Freiheit. Da die Entscheidung über die "Eignung" für ein öffentliches Amt bei den exekutivischen Behörden liegt, erhalten sie die Kompetenz, die Staatsbürger nach dem Inhalt ihrer weltanschauli-

chen und politischen Auffassungen zu klassifizieren. Da die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungskonform erklärten Gesetze darüber hinaus verlangen, daß ein Bewerber um ein öffentliches Amt aktiv die Grundwerte der verfassungsmäßigen Ordnung bejaht, entsteht der rechtliche Zwang, eine Gesinnung und Meinung nach außen zu dokumentieren, um der staatsbürgerlichen Gleichheit nicht verlustig zu gehen. Angesichts der Tatsache, daß diese gesinnungsmäßige Übereinstimmung mit den Wertgrundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung von allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes verlangt wird - also den Arbeitern, Angestellten und Beamten -, und daß der Bund, die Länder, die Gemeinden und die sonstigen öffentlichen Einrichtungen bei weitem die größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik sind, führt dies dazu, daß der Bereich innerer Gesinnungsfreiheit und freier staatsbürgerlicher Kommunikation unter der kontrollierenden, mit Sanktionsgewalt ausgestatteten Beobachtung der Exekutive steht.

IV. Die Konsequenz dieses aus dem Charakter des Grundgesetzes als einer Wertordnung abgeleiteten Mechanismus der Diskriminierung von Staatsbürgern wegen ihrer weltanschaulichen und politischen Auffassungen ist die Etablierung eines Klassifizierungssystems politisch-moralischer Eignung der Staatsbürger, welches die Möglichkeit eröffnet, jede mit der Mehrheit nicht übereinstimmende Meinungsäußerung je nach politischer Konjunktur als verfassungswidrig zu qualifizieren und daraus die Konsequenz der Aberkennung des Grundrechts gleicher staatsbürgerlicher Freiheit zu ziehen. Kritik ist entweder ein Angriff auf die Wertgrundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und rechtfertigt daher die staatsbürgerliche Diskriminierung des Kritisierenden, oder sie bezieht sich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, und dann "distanziert (sie) sich ... ebenso von eines Verfassung, die solche Ordnungen und politische Machtverhältnisse zuläßt, oder sie hält die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die zur Zeit bestehenden politischen Machtverhältnisse nicht für verfassungskonform. Beide Alternativen führen zu dem Schluß, daß der Bewerber nicht die Gewähr dafür bieten kann, auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes zu stehen" - wie es in einem Ablehnungsbescheid hieß.

Da die staatsbürgerliche Diskriminierung nicht-konformer Gesinnungen und Meinungen als notwendige Konsequenz des werthaften Charakters der verfassungmäßigen Ordnung angesehen wird, wird die behördenmäßige Sammlung von Erkenntnissen über nonkonformes Denken zu einer staatlichen Tugend, ebenso wie die Benachrichtigung der Behörden über mit der Mehrheit nicht übereinstimmende politische Überzeugungen anderer Menschen und deren Betätigung zu einer staatsbürgerlichen Tugend wird. Eine weitere Konsequenz dieses Diskriminierungsmechanismus ist das Übergreifen auf andere Rechtsbereiche, in denen vollends kein Zusammenhang mehr zum Schutz des Staates und der Verfassung besteht. Es häufen sich die Fälle, in denen auch die Wahrnehmung privater Rechte von der Übereinstimmung des Privatrechtssubjekts mit den werthaften Grundlagen der Verfassungsordnung abhängig gemacht wird, so daß zu befürchten ist, daß das Prinzip politisch-moralischer Eignung zu einem universellen Rechtsprinzip wird.

Jede Nation hat die Souveränität, über den Schutz ihrer Verfassung nach Maßgabe ihrer historischen Erfahrungen zu befinden; wenn sich aber die dabei für notwendig befundenen staatsbürgerlichen Diskriminierungen von ihrem Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz lösen und zu einem selbständigen Instrument beliebig handhabbarer staatsbürgerlicher Ungleichbehandlung nach Maßgabe weltanschaulicher und politischer Gesinnungen und Betätigungen werden, dann werden allgemein gültige Standards politischer Freiheit berührt und eine nicht in das politische Kräftespiel involvierte Instanz ist befugt zu prüfen, ob diese Standards noch eingehalten sind.

Wir haben dieses Gutachten deshalb abgedruckt, weil es symptomatisch erscheint für die unserer Auffassung nach problematische Ebene der Verhandlungen des Tribunals. Menschenrechtsverletzungen werden lediglich an rechtsstaatlichen, verfassungsmäßigen Prinzipien bemessen. — Die Abgehobenheit und Abstraktheit solcher Vorgehensweise — nämlich die Konfrontation einzelner 'Fälle' von Menschenrechtsverletzungen mit Menschenrechtsprinzipien allein — vernachlässigt zugleich die Frage nach den gesellschaftlichen Grundlagen dieser Repression: nämlich der notwendigen Funktion von Repression als Mittel zu präventiver Abschwächung, Kontrolle und Unterdrückung sozialer und politischer Konflikte.

Bei der Betrachtung juristischer Aspekte der Berufsverbote wäre es z.B. nötig gewesen, zu zeigen, warum überhaupt 'Loyalität' durch das Verfassungsgericht juristisch definiert werden kann und was Verrechtlichung politischer Prozesse für die Entwicklung staatlicher Repressionsmaßnahmen bedeutet. Die Konsequenz solcher Beschränkung ist eine notwendige Argumentationsweise, die so auch den exemplarischen Charakter der politischen Situation der BRD für andere 'demokratisch' verfaßte Staaten nicht deutlich machen kann.

ZUR NICHTTEILNAHME VON DKP—MITGLIEDERN AM TRIBUNAL UND ZUR AUSWEITUNG DER BERUFSVERBOTE

Prof. Blanke (Oldenburg) geht im vorletzten Gutachten vor dem Tribunal auf diejenigen Fälle von Berufsverboten ein, deren Betroffene ihre Zustimmung zur Darstellung nicht gegeben haben.

"Die Tatsache, daß dieser Personenkreis der sogenannten "orthodoxen Kommunisten" und ihrer "Bündnispartner" diesem internationalen Tribunal fernbleibt obwohl er — wie die historische Erfahrung gerade auch in Deutschland gezeigt hat — immer wieder besonders stark von Sanktionen der öffentlichen Gewalt betroffen ist, veranlaßt mich zu einer Vorbemerkung: Wenn sich schon die dominierenden politischen Parteien der BRD entschließen konnten, dem Russell—Tribunal bei seiner Untersuchungsarbeit behilflich zu sein, so muß die Verweigerung der Mitarbeit gerade von denjenigen um so unverständlicher erscheinen, die von den sich "staatstragend" nennenden anderen Parteien mit dem offiziellen Stigma der Verfassungsfeindlichkeit belegt, deren Mitglieder für ihre politischen Überzeugungen und Tätigkeiten sanktioniert und deren Praxis in die Grauzone zwischen Legalität und Illegalität abgedrängt wird. Die Versagung der Mitarbeit am Russell—Tribunal von Seiten dieses politischen Spektrums, dem ein Großteil der Berufsverbotsfälle zuzurechnen ist, ist selbst noch ein Stück der spezifischen deutschen Misere, nach der ein radikales, nicht einseitiges und selektives politisches Verständnis der Menschen- und Bürgerrechte noch immer keine selbstverständliche Tradition besitzt."

Blanke zeigt eine Entwicklungslinie der Berufsverbotepraxis auf, die letztlich nicht einmal mehr vor SPD—Mitgliedern halt macht: War der Fall Horst Holzer der Beginn der Berufsverbote wegen DKP—Mitgliedschaft, der die erste Nichtberufung eines Hochschullehrers mit dieser Begründung zur Folge hatte, so zeigt der Fall Anne Lenhart eine neue Qualität der Berufsver-

Informations-Dienst ID
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT TÄGLICH 5. April 1978 Einzelverkaufspreis 50 Pfennige

nr.8

INHALTSVERZEICHNIS:

Prof. V. Dedijer

SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDE

Täglicher ID braucht tägliches Geld! Tägliche Leser können täglich Spenden

Sonderkonto Frankfurter Informationsdienst, Postscheckkonto Nr. 447 47 - 608

WAS MAN ALS BEHINDERTER ALLES SC BEIM EINKAUFEN ERLEBT

oder warum eine dreckige Hose ein Menschenrecht ist

HEIDELBERG 31. März

Das Flugblatt, dessen Text wir hier abdrucken, hat ein Mann auf verschiedenen Veranstaltungen während des Russell-Tribunals verteilt. Der Mann schrie oft dazwischen, sehr laut, was von den meisten anderen schlecht aufgenommen wurde, bis sie sahen, daß er behindert war.

Vielleicht waren Sie stolz darauf als Kind, wenn Sie die von Ihren Eltern gewünschte Sauberkeit eingehalten haben, vielleicht sind Sie deshalb auch geschlagen worden, und nun stellt Sauberkeit für Sie einen großen Wert dar, Sie beurteilen den Wert oder Unwert eines Menschen, fühlen sich als die besseren Menschen gegenüber dem sogenannten asozialen Penner, es heißt doch auch, wenn man sauber ist, ist man doch auch nicht krank. Ich möchte Ihnen erstmal sagen, welchen Wert für mich Sauberkeit hat, keinen großen, jedenfalls nicht, daß mein Selbstwertempfinden dadurch beeinflußt werden kann. Sauberkeit kann nur dafür dienlich sein, daß man keine Krankheiten entwickelt. Aber nicht den, daß man daran den Wert oder Unwert eines Menschen ausmacht. Wenn dies aber geschieht, und das geschieht in dieser Gesellschaft, natürlich auch in Heidelberg, dann ist dies eine kleingeistige Unrechtmäßigkeit, ich meine dies auch religiös im Sinne von Christus, aber nicht von der Kirche, moralische Regeln wie diese, daß man als Behinderter sein Bein nicht auf die Bank während des sogenannten Gottesdienstes legen kann, wenn ja, bekommt man eine Anzeige wegen Blasphemie (Gotteslästerung). Dies hätte Jesus nicht getan, sondern als Lieblosigkeit, Unverständnis kritisiert.

Ich habe tatsächlich deswegen im Jahr 1972 eine Anzeige bekommen, sehr traurig, was einige Kirchenväter unter Christentum verstehen, ich bekomme dieses Gefühl nicht los, daß der Mensch in dieser Gesellschaft sein Leben der Oberflächlichkeit hingeben soll, wie an der Sauberkeit, feinen Kleidern oder an dem Geld. Brav ist der, der sich an diesen vor Jesus unwerten Werten orientiert, aber nur möchte ich an solcherlei Menschen die Frage stellen, ob sie das Recht haben, ihr Leben an diesen vergänglichen Inhalten zu vergeuden. Meinen diese Menschen wirklich, daß sie dazu gedacht sind, als Mensch, wenn ja, wer sagt ihnen das? Sehen Sie, ich halte es für meine Lebensaufgabe, mich zu fragen, was ich als Mensch bin, was die Wahrheit ist, was ich für andere Menschen tun kann, aber auch für mich, bloß will ich nicht brutal, rücksichtslos und mit Lügen mich sozusagen durch die Welt boxen, das kann nur heißen in einer Geldgesellschaft, die keine allgemeingültige Wahrheit beanspruchen kann, so wie viele es meinen.

Brutalität in geringer Form gehört für mich als Behinderten zur Alltagserfahrung, wohlgemerkt nicht als Ausnahme, beim Einkaufen zum Beispiel. Von einem gestrigen Erlebnis im Penny-Markt habe ich gemerkt, mal wieder gemerkt, daß ich mir beibringen lassen soll, daß ich als Behinderter weniger Wert bin, mir Unterdrückung gefallen lassen soll. Und dann sagen die Politiker, es gebe in dieser angeblichen demokratischen - freiheitlichen Grundordnung keine Unterdrückung, jedes Kind fühlt zumindestens, daß es von Anfang an dazu erzogen wird, die Eltern mit ihren Kindern noch zum Verrücktenarzt gehen, weil ihr Kind es gewagt hat, häufiger zu widersprechen. Aber zurück zum Penny-Markt: jedesmal bekomme ich teilweise einen Ekel vor meinen Mitkunden, wenn sie mir ihre Überlegenheit durch das Wegdrängen von meinem Wagen demonstrieren wollen. Bloß habe ich das Recht, mich zu wehren, man bekommt sowieso beim Einkaufen nicht das Gefühl los, als würden viele zur Bestie werden können wegen Essen, als würde Essen ihr Lebensinhalt sein. Man hat die Erlaubnis zu essen, aber nicht zu kritisieren. Ich bekomme das Gefühl nicht los, als würden ein paar meinen, ich hätte nicht das Recht, als Behinderter zu essen, ich meine aber doch, der Eßneid tritt bei Kindern auf, aber bei demokratischen Erwachsenen dürfte dieser nicht auftreten, denn sonst sind es keine.

Aber nun zum eigentlichen Erlebnis. Ich kam mit meinem Wagen zur Kasse, hatt vorher nochmals nachgeguckt, wieviel Geld ich noch hatte und mußte deshalb eine kleine Haar-Shampoo-Flasche aus der Tasche nehmen, warf dieselbe in den Wagen und ging mit den anderen Waren zur Kasse, ließ die Waren, welche ich heute kaufen wollte, abziehen und meinte, daß das Shampoo gestern schon gekauft worden ist von mir und ich das nicht bezahlen wollen würde, man aber aufschrie: bezahlen, bezahlen; ich meinte, ja, sicherlich, aber nicht die Shampoo-Flasche. Obwohl mir dann im nächsten Moment klar war, daß das Mißtrauen berechtigt ist, denn dies konnte ich nicht nachweisen, daß ich die Shampoo-Flasche am vorigen Tag gekauft habe, aber die Kassiererin auch nicht das Gegenteil, nur argumentierte sie, daß ich das Shympoo gestern auf keinen Fall in meinem Wagen hatte, ja, du Behinderter mit der dreckigen Hose, dich kennen wir, solche Leute wie dich. Aufgrund dessen, daß ich lautstark widersprach, meinte ien Kunde: Polizei holen - nach dem Motto: Weg mit dem, bloß ich liebe mich immer noch.

Von der Behindertenunterdrückung her gesehen, hat das Russell-Tribunal doch einen Sinn.

Behinderte und Leute, die mit ihnen zu tun haben, können mit dem Verfasser Kontakt aufnehmen:
Michael Banaszak, Hauptpostlagernd, 6900 Heidelberg

RICHTIGSTELLUNG ZU TAGES-ID NR.1 UND NR. 5

1. In Tages-Russell-ID Nr. 1 wird auf der Seite 57 unter der Überschrift "Einstellung abgelehnt - Leser sind selber schuld" ein Beschluß zitiert, in dem einer Bewerberin unterstellt wird, Mitglied der Liga gegen den Imperialismus zu sein und die 'Rote Fahne' bezogen zu haben.
   Dieser Beschluß ist jedoch n i c h t von der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, s o n d e r n vom Bezirksamt Wilmersdorf von Berlin.
   Diese Richtigstellung ist deshalb wichtig, weil sich der akademische Senat der FHSS Berlin mehrfach g e g e n Berufsverbote, u. a. auch in diesem Fall, ausgesprochen hat. Der Akademische Senat der FHSS Berlin hat auch ausdrücklich die Durchführung des Russell-Tribunals begrüßt.
2. Im Tages-ID Nr.5 wird auf der Seite 77 über den Fall "Udo Knapp" berichtet. In diesem Zusammenhang wird auf die Broschüre "ERFAHRUNGSBERICHTE UND DOKUMENTE ZUR SITUATION WESTBERLINER FERIENMASSNAHMEN EINIGERBEZIRKSÄMTER" hingewiesen. Diese Broschüre behandelt jedoch n i c h t den Fall "Udo Knapp", sondern beschäftigt sich mit den Überprüfungen und Nichteinstellungen von Studenten als Ferienlagerhelfer. Diese Broschüre kann gegen Voreinsendung von 3.- DM in Briefmarken beim Komitee an der FHSS bestellt werden.
   Zum Fall "Udo Knapp" gibt es die Broschüre "VON EINEM DER SITZENBLIEB UND JETZT GEFEUERT WERDEN SOLL. SCHWEIGEMINUTE FÜR BUBACK IM BEZIRKSAMT SPANDAU" sowie eine Flugschrift über den aktuellen Stand des Falls. Beides kann ebenfalls beim Komitee an der FHSS bezogen werden, gegen Voreinsendung von -,80 DM in Briefmarken.

KOMITEE AN DER FHSS GEGEN BERUFSVERBOTE UND POLITISCHE DISZIPLINIERUNGEN
Goltzstr. 43/44, 1000 Berlin 30

"WIR STÜRMTEN AUF DEN RASEN UND ENT– ROLLTEN EIN TRANSPARENT: FUSSBALL JA – FOLTER NEIN"

DÜSSELDORF, 4. April 1978

Presseerklärung zur Aktion während des Europacupspiels im Düsseldorfer Rheinstadion am 29. März 1978.

"Am 29. März 1978 fand im Düsseldorfer Rheinstadion das Europacupspiel Borussia Mönchengladbach gegen den 1. FC Liverpool statt. Dieses Spiel wurde live im ZDF übertragen, angeschlossen waren 13 ausländische Fernsehanstalten.

Bei Mönchengladbach spielte unter anderem der Nationalspieler Berti Vogts, der im Gegensatz zu Sepp Maier am Abend vor dem Spiel in der Sendung Monitor erklärt hatte, daß ihn die Folter in Argentinien nicht interessieren würde!

Wir, einige Unorganisierte und Mitglieder der KPD, nahmen dieses Spiel zum Anlass einen Denkanstoß über Folter, Mord und Verschleppung der argentinischen Militärdiktatur zu geben.

In Argentinien herrscht seit dem Putsch der Militärs am 24.3. 76 der verschärfte Ausnahmezustand. Das heißt:
. [In]haftierung von mindestens 20.000 Gefangenen
. Verschwinden von mindestens 30.000 Menschen
. Ermordung von mindestens 10.000 Menschen!!
(Angaben der argentinischen Menschenrechtskommission)
Die wirtschaftliche Situation der Arbeiter ist katastrophal. Im Jahre 1977 eine Inflationsrate von 360% !! Mehr als 12% Arbeitslose.

Die argentinische Militärjunta nutzt die Fußballweltmeisterschaften wie schon die Nazis im Dritten Reich, um ihr Faschistisches Regime aufzupolieren.

Etwa zehn Minuten vor Spielende überkletterten wir die Absperrung des Spielfeldes und stürmten auf den Rasen. Wir entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: ARGENTINIEN 78 FUSSBALL JA – FOLTER NEIN. Nach kurzer Zeit rannten Ordner mit scharfen Hunden auf uns zu. Sie rissen das Transparent nieder und zogen uns vom Platz.

Sobald wir nicht mehr im Blickfeld der Zuschauer waren, wurde auf einige von uns wahllos eingeschlagen und Hunde auf uns gehetzt. Nur das besonnene Eingreifen eines Ordners ist es uns zu verdanken, daß nichts schlimmeres passiert ist.

Anschließend wurden wir zur Polizei geführt, die uns ebenso wie die Ordner anschnauzten. Nach Aufnahme der Personalien wurden wir freigelassen.

Übrigens fühlten sich die Fußballfans durch unsere Aktion nicht gestört, zahlreiche fanden sie richtig.

Das Getobe der Fußballanhänger in den Stadien, darf nicht das Geschrei der Gefolterten in den Konzentrationslagern übertönen."

"MUNDIAL 78"

Boycott de l'Argentine!

Beim Europacupspiel Borussia Mönchengladbach gegen 1. FC Liverpool stürmte eine Gruppe von Leuten in der 2. Halbzeit auf den Platz. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift;"Fußball ja – Folter nein." In einer Presseerklärung heißt es: "Übrigens fühlten sich die Fußballfans durch unsere Aktion nicht gestört, zahlreiche fanden sie richtig."

ES BESTÄTIGT SICH, WAS SICH NACH AUSSAGE EINER GANZEN REIHE VON ZEUGEN BEFÜRCHTEN LIESS – DER BEGINN EINES ALPTRAUMS

Vorläufiger Bericht der Jury des 3. Russell-Tribunals

Vorläufiger Bericht:

Vorbemerkungen

Das dritte internationale Russell Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland veranstaltete vom 28. März bis 4. April 1978 seine erste Sitzung in Frankfurt-Harheim.

Während dieser Sitzungsperiode ist allein die Frage der Berufsverbote untersucht worden, nämlich: Wird Bürgern der Bundesrepublik und West-Berlins aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Dem Tribunal wurden Gutachten vorgelegt betreffend: – – Ursprünge und Entwicklung der Berufsverbote – die rechtlichen Probleme der Berufsverbote – das Verfahren in der Berufsverbotspraxis – die psychologischen Auswirkungen der Berufsverbote.

Aus über 500 gesichteten Fällen wurden 12 ausgewählt, gründlich recherchiert und dokumentiert, bevor sie in den öffentlichen Sitzungen vorgetragen wurden. Die Darstellungen bestanden aus Berichten von juristischen Sachverständigen und aus Zeugenaussagen von 9 Betroffenen. Berichterstatter und Betroffene stellten sich im Anschluß an ihre Aussagen Fragen der Jury. Im Verlauf der Anhörung der Zeugen erfuhren die Mitglieder der Jury weitere Einzelheiten über Parallelfälle und erhielten Material über die Praxis der Berufsverbote.

Entsprechend der Eröffnungserklärung des Tribunals vom 28. Oktober 1977 wurde alles unternommen um auch die Befürworter der Berufsverbotspraxis zu Worte kommen zu lassen. So wurden alle für die 12 öffentlich verhandelten Fälle zuständigen Verwaltungen aufgefordert, ihren Standpunkt darzustellen. Nur die Hälfte machte sich die Mühe abzusagen. Niemand erschien. Darüberhinaus wurden drei Hochschullehrer sowie zwei bekannte Journalisten geladen, die sich in Veröffentlichungen für die Praxis des Staates ausgesprochen haben. Vier von ihnen sagten ab. Der fünfte antwortete nicht einmal. Das Tribunal wandte sich an Bundes–Landesbehörden, Vertreter und Beweismaterial zu schicken, die die Notwendigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Berufsverbotspraxis nachweisen sollten. Da jegliche Antwort ausblieb, griff das Tribunal auf behördliche Dokumentation zurück.

Zusammenfassung des Beweismaterials

Das Tribunal hat sich davon überzeugt, daß die ihm vorgelegten Fälle sorgfältig recherchiert und vorbereitet worden sind. Nur solche Fälle sind behandelt worden, bei denen alle wesentlichen Aspekte nachprüfbar und belegbar sind. In einem Falle ist ein Gutachten mangels ausreichender Belege zurückgegeben worden. Seine Berücksichtigung wird erst möglich sein, wenn die entsprechenden Belege nachgereicht werden.

Eine vollständige Analyse der Gesamtheit des vorgelegten Beweismaterials ist in diesem vorläufigen Bericht nicht möglich. Sie wird in den kommenden Monaten folgen und in einem detaillierten Bericht über Berufsverbote veröffentlicht werden. Schon jetzt hat sich jedoch ein klares und eindeutiges Bild abgezeichnet, welches im folgenden aufgezeigt werden soll.

Die völkerrechtlich anerkannten Prinzipien der Menschenrechte sind im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgt. Ausdrücklich werden jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit sowie das Versammlungs- und Petitionsrecht garantiert. Darüberhinaus garantiert das Grundgesetz die Freiheit, politische Parteien zu gründen, deren Arbeit solange nicht behindert werden darf, als das Bundesverfassungsgericht sie nicht für verfassungswidrig erklärt hat. Von besonderer Bedeutung für eine Untersuchung der Berufsverbote ist die grundgesetzliche Garantie der freien Wahl des Berufes und des Arbeits- und Ausbildungsplatzes für alle Bürger, sowie die ausdrückliche Bestimmung, daß niemand aufgrund seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden darf.

Das Beamtenrecht und der öffentliche Dienst haben in Deutschland eine lange Tradition. In der Tat verlangt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, daß der öffentliche Dienst nach den 'hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums' zu regeln ist. Über allen Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten steht seine Verpflichtung, die Gesetze gewissenhaft einzuhalten. Man geht davonaus, daß jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst für alle Verfassungsgrundsätze einzustehen hat.

Mehr als 15 % aller Beschäftigten der Bundesrepublik und West-Berlins arbeiten im öffentlichen Dienst. Ihre Zahl nimmt ständig zu. Eine Vielzahl von Berufen untersteht den Regelungen des öffentlichen Dienstrechts. Es sind nicht nur diejenigen betroffen, die in Bundes–, Länder– oder örtlichen Verwaltungen arbeiten, sondern darüberhinaus – um nur einige Bereiche zu nennen – auch diejenigen, die als Lehrer oder in anderen Funktionen in Schulen und Universitäten, bei der Bundesbahn, der Post oder in Krankenhäusern arbeiten.

Am 28. Januar 1972 haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder den sogenannten Radikalenerlaß herausgegeben, in dem es heißt:

"Der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder haben über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen Grundsätze verabschiedet. Nach den Beamtengesetzen von Bund und Ländern und den für Angestellte und Arbeiter entsprechend geltenden Bestimmungen sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes positiv zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine Verletzung dieser Bestrebungen dar. Die Mitgliedschaft von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Parteien oder Organisationen, die die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen – wie auch die sonstige Förderung solcher Parteien und Organisationen – wird daher zu einem Loyalitätskonflikt führen. Führt das zu einem Pflichtverstoß, so ist im Einzelfall zu entscheiden, welche Maßnahmen der Dienstherr ergreift. Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigt dies in der Regel eine Ablehnung".

Derartige öffentliche Erklärungen sind weder ein Akt der Gesetzgebung noch haben sie Gesetzeskraft. Trotzdem

wurde aus der Erklärung vom 28. Januar 1972 schnell eine offizielle Norm, ohne daß geprüft worden wäre, ob diese Regelung in irgendeiner Weise einem grundgesetzlich verbürgten Recht widersprach. Die Bürokratie entscheidet seitdem so, als hätte der Gesetzgeber eine Norm für die "Treupflicht" und Kriterien für die Beurteilung der Eignung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst verabschiedet.

Die Unbekümmertheit, mit der der "Radikalenerlaß" allgemein akzeptiert und angewendet wurde, bestätigt die ungewöhnlich negative Reaktion auf jedwede fortschrittliche politische Bestrebung in Deutschland. Die Verabschiedung und die Praxis des "Radikalenerlaßes" waren die ersten bedeutenden Schritte um eine Entwicklung aufzuhalten, die möglicherweise zu einer effektiven Kraft geführt hätte, die den herrschenden Mitte– und Rechtsparteien in den kommenden Jahren hätte entgegentreten können.

Da das Bundesverfassungsgericht nicht auf den relevanten verfassungsmäßigen Garantien bestand, ist das konservative Programm außerordentlich gefördert worden. Die übermässige Ausweitung der Befugnisse der Exekutive wurde nicht eingeschränkt, die Praxis der Berufsverbote nicht beendet.

Die Art und Weise der Durchführung dieses politischen Programms spiegelt die ihr zugrunde liegenden Absichten wider. Aus dem gesichteten Beweismaterial zeichnete sich klar folgendes Bild ab;

a) Der Verfassungsschutz arbeitet auf breiter Basis, um "Erkenntnisse" jeglicher Art von legaler politischer Betätigung deutscher Bürger zu sammeln, zum Beispiel über die Mitgliedschaft in legalen Parteien und anderen Organisationen, das Unterzeichnen von offenen Briefen und Erklärungen, die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, das Verteilen von Flugblättern, die Beteiligung an Demonstrationen, das Halten von Reden sowie die Veröffentlichung von Schriften.

b) Bewerbern für den öffentlichen Dienst wird mitgeteilt, daß aufgrund von "Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes über ihre politische Betätigung Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit bestehen, obwohl diese Betätigung legal war, oft weit zurück liegt oder nur von kurzer Dauer gewesen ist.

c) Legale politische Parteien und Organisationen, die Kritik an der Regierungspolitik einschließlich der Berufsverbote üben, können von den Behörden als "verfassungsfeindlich" betrachtet werden. Nicht nur die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation, sondern jegliche Verbindung mit derart eingestuften Organisationen, ihren Mitgliedern oder Anhängern, können ausreichen, um Zweifel an der Einhaltung der "Treuepflicht" zu wecken. Berufsverbote berühren also Kommunisten, deren Partei in der Bundesrepublik legal existiert und darüber hinaus mehr oder minder alle diejenigen, die in irgendeiner der politischen Bewegungen tätig sind, die links von der Mitte stehen.

d) Gewöhnlich werden die Informationen, die zu einem Anhörungsverfahren führen, von den entsprechenden Verfassungsschutzämtern an die Einstellungsbehörden weitergegeben. Manchmal wird dann eine Anhörung anberaumt, z.B. aufgrund einer Denunziation durch einen Nachbarn oder Kollegen, der als "Informant" arbeitet. Die Anhörung findet hinter verschlossenen Türen statt.

In ihrem Verlauf werden die Vorgeladenen einer Ausforschung ihrer politischen Meinung ausgesetzt. Dabei bestätigt sich nach Aussagen einer ganzen Reihe von Zeugen, was die Vorladung befürchten ließ, nämlich den Beginn eines Alptraums, dem niemand entrinnen kann. Die Betroffenen stehen solange unter dem Verdacht der "Verfassungsfeindlichkeit", als sie ihre "Unschuld" nicht bewiesen haben. Jeglicher Versuch, komplexe politische Probleme zu erklären, wird mit der Forderung nach Ja–Nein–Antworten unterbrochen. Die Weigerung, eine Frage zu beantworten oder überhaupt zur Anhörung zu erscheinen, wird als Schuldbekenntnis gewertet. Verlangt wird eine Absage an jegliche offiziell nicht gebilligte Meinung und ein unmißverständliches Bekenntnis zu offiziell vertretenen Ansichten. Demjenigen, der radikale Auffassungen leugnet, wird oft mißtraut, selbst wenn keine gegenteilige "Erkenntnisse" vorliegen.

e) Alle in diesem Zusammenhang auftauchenden Begriffe: "Treuepflicht", "Verfassungsfeindlichkeit" oder "freiheitliche demokratische Grundordnung" sind verschwommen und unbestimmt, wodurch der Verhörte einer nicht überprüfbaren, willkürlichen Beurteilung ausgeliefert ist.

f) In einigen Fällen fand eine sogar noch weit gefährlichere Ausweitung des Feldes möglicher "Schuld" statt: Bewerber, die als "verfassungstreu" gelten könnten, werden aufgrund gewisser Bekanntschaften zu "Risiken" erklärt – sie könnten zu "Verfassungsfeinden " werden.

Die dem Tribunal vorgetragenen Berufsverbote sind hauptsächlich von Landesbehörden verhängt worden. Einige Hinweise ergaben, daß ähnliche Formen von Diskriminierung auch von Gewerkschaften und gewerblichen Institutionen gegen ihre Mitglieder angewandt worden sind. Darüberhinaus gab es Hinweise auf eine intensive Zusammenarbeit und einen regen Informationsaustausch zwischen diesen Institutionen und den Verfassungsschutzämtern.

Es war nicht möglich, die Zahl der vpm Berufsverboten unmittelbar Betroffenen festzustellen, da die Regierungen ausreichende Informationen nicht veröffentlicht haben. Dennoch ist klar geworden, daß das Ausmaß der Überwachung durch den Verfassungsschutz beträchtlich ist und ständig zunimmt.

AUSWERTUNG

Prinzipien

Das dritte internationale Russell-Tribunal bezieht seine Legitimation allein aus dem strikten Bezug auf die international anerkannten Menschenrechte, deren kompromißlose Einhaltung in aller Welt gefordert wird. Sie sind seine einzigen Kriterien.

Bezogen auf die Problematik der Berufsverbote als Verhandlungsgegenstand der ersten Sitzungsperiode des Tribunals sind folgende Kriterien zugrunde gelegt worden:

– daß es keine Einschränkung des Rechts auf freien Zugang zum Beruf geben darf,
– daß die Meinungsfreiheit ohne irgendwelche Diskriminierung zu garantieren ist,
– daß es Versammlungsfreiheit geben muß,
– daß die Mitgliedschaft in jeder Organisation frei von Angst vor Sanktionen sein muß.

Von einer rechtsstaatlichen Ordnung wird verlangt, daß diese Prinzipien voll anerkannt sind. Einschränkungen sind nur gerechtfertigt, wenn die Ausübung dieser Rechte eine unmittelbare Beeinträchtigung grundlegender Rechte und Freiheiten anderer Bürger nach sich ziehen.

Das Tribunal stellt nachdrücklich fest, daß in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, die es untersucht hat, die dort aufgrund des Festhaltens an nicht genehmen Meinungen oder der

(Fortsetzung auf Seite 7)

EINE BEMERKENSWERTE ÖFFENTLICHE STIMME

BREMEN, 31. März 78

Am 31. 3.78 brachte Radio Bremen einen Zwischenbericht über das Russell-Tribunal. Was dort gesagt wurde, ist so ungewöhnlich für unsere halbamtlichen Medien, daß es verdient, dokumentiert zu werden.

"Zum ersten mal seit 30 Jahren – seit den Nürnberger Prozessen – sitzt eine ausländische Jury über die deutschen Zustände zu Gericht: das Russell-Tribunal. In Nürnberg wurden Personen abgeurteilt, die im Dienste des Unrechtsstaates zu politischen Verbrechern wurden: Staatsbeamte, Juristen, Soldaten, Industrielle, Ärzte. In Frankfurt heute wird über den anonymen Apparat des Staates verhandelt; Geheimdienste, Gesetzgeber, Schulämter, Gerichte; wird gefragt: Haltet ihr euch noch an die selbstgesetzten Maßstäbe der Menschenrechte? In der Frage steckt die Angst vorm deutschen Terror in allen Ländern Europas, vor nicht einem halben Menschenalter. 'Das Tribunal', sagte der Norweger Juror, 'ist auch eine Konsequenz der deutschen Geschichte.'

Doch Deutschland möchte diese Konsequenz - wie immer - nicht ziehen. Ein 1000 jähriges Reich der Freiheit ist angebrochen, worüber Zweifel nicht erwünscht sind. Die Beklagten, nämlich die politischen Gewalten unseres Staates, haben sich darum aus dem Verfahren ausgeschlossen. Die Richter seien befangen. Sie selbst sind's nicht."

Danach wird klargestellt, was die Kläger auf dem Tribunal vorbringen und wie die Jury verhört. Im Resumee dessen was vorgelegt wurde, steht dann:

"Was kritisches im Lande geäußert werden kann, weiß heute kein Mensch genau.... Es existieren unwidersprochene Angaben über 15 000 Spitzeln auf Bundes- und 80 00 auf Länderebene... Ist diese allgegenwärtige Gewalt kontrolliert und noch kontrollierbar? Selig die nicht sehen und doch glauben.

Kurz und gut: Vielleicht ist alles nicht wahr, was in Frankfurt ausgepackt wurde, ist untypisch und verdreht. Dann soll die Regierung aufstehen und die Lügen offenbaren. Kann sie das nicht, soll sie die auf dem Tribunal behandelten Fälle prüfen: Sie heißen Maria Leiterer, Hans Roth, Cornelia Stoll, Fritz Güde. Will sie das nicht, dann soll sie sagen: ebendies ist bei uns rechtens und Rechtsstaat. Wir bestrafen Gesinnung, spionieren, wo sie laut wird und aberlassen es dem freien Gusto mittlerer Beamtenseelen, Verfassungstreue zu definieren, egal ob's jeder anders tut.

Der Wähler wüßte dann – wenn er diese Politik noch lange wählt, daß er die Republik so langsam abwählt."

BERUFSVERBOT AUCH IN DER "FREIEN WIRTSCHAFT"

Frankfurt 4. April

DER FALL PERNAU

Wie sich der "Radikalen"-Erlaß auch in der sogenannten freien Wirtschaft durchsetzt, zeigt sich am Fall des Hamburger Vertriebsleiters Joachim Pernau. Seit sechs Jahren ist er bei der Firma Zander & Mielke beschäftigt, einem Unternehmen, das "Sicherheitsanlegen für besonders sicherheitsempfindliche Gebäude (Polizeipräsidium u.ä.) und Sicherungsanlagen für besonders gefährdete Personen" herstellt und vertreibt. Zum 31.12.76 sollte Pernau gekündigt werden, „weil er Funktionsträger einer Partei ist, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, nämlich der DKP. Er ist Vorsitzender der DKP-Ortsgruppe Bargteheide", und außerdem hat er „mehrfach Reisen in die DDR unternommen. Diese Reisen waren nicht privater sondern politischer Natur. So hat er auf der sogenannten 'Ostseekonferenz' in Rostock eine Ansprache gehalten."

Dies alles hatte der Hamburger Verfassungsschutz über den Vertriebsleiter ermittelt, und Vertreter der Hansestadt machten nun von ihrem im Vertrag mit der Firma Zander & Mielke zugesicherten Recht Gebrauch, „ohne Angabe von Gründen einzelne Mitarbeiter zurückzuweisen". Joachim Pernau arbeitete zu diesem Zeitpunkt an der Installation einer Anlage im Hamburger Polizeipräsidium.

Der Maßregelung durch die Behörde folgte die Kündigung auf dem Fuße, denn die Firma Zander & Mielke „teilt die Auffassung der Stadt, daß diese Tatsachen die Mitarbeit des Joachim Pernau in einem besonders sicherheitsempfindlichen Bereich ausschließen", so der Anwalt der Firma in der vergangenen Woche vor dem Arbeitsgericht.

Betriebsrat und Vertrauensleute der Firma sehen die Problematik allerdings woanders. In einem Brief an Innensenator Werner Staak heißt es, der „Rechtsstreit zwischen Herrn Pernau und der Geschäftsleitung um seine Weiterbeschäftigung hat zu nicht geringer Unsicherheit im Betrieb geführt. Da wir außerdem nicht einsehen können, daß Herr Pernau nach sechsjähriger Betriebszugehörigkeit plötzlich ein Sicherheitsrisiko darstellen soll, bitten wir Sie, auch im Interesse unserer Arbeitsplätze, die Maßregelung von Herrn Joachim Pernau zurückzunehmen".

Das Gericht hat den Fall vertagt. Es sollen breitere Ermittlungen angestellt werden.

aus: Saarbrücker Stadtzeitung, c/o Günther Torner, Friedenstr. 10, 6600 Saarbrücken

BERUFSVERBOTENE LEHRERIN SOLL IHR GEHALT ZURÜCKZAHLEN – 72.000 MARK

FRANKFURT, 4. April 78

In diesem Beitrag werden keine Namen genannt, die Betroffenen sind nach dem, was sie erlebt haben vorsichtig geworden, ohne aufzugeben. Wer gleiche oder ähnliche Erfahrungen gemacht hat, soll von sich hören lassen.

Anmerkung: Wir konnten bis Redaktionsschluß nicht klären, auf welchen Zeitraum sich die Rückzahlungsforderung bezieht (gesamte Beschäftigungszeit oder Dauer des Verfahrens z.B.), gehen aber davon aus, daß der Bericht seine Wichtigkeit dadurch nicht verliert.

Würd' ich's nicht in offizieller Behördenausfertigung vor mir sehen, ich würd's kaum glauben: Da schreibt das „Landesamt für Besoldung und Versorgung..." einer berufsverbotenen Lehrerin:„Nach dem vorgenannten rechtskräftigen Urteil ist Ihre mit Bescheid des Oberschulamts ... mit Wirkung vom ... bis ... mit Dienstbezügen in Höhe von 71627,80 DM überbezahlt. Die überzahlten Dienstbezüge sind von Ihnen zurückzufordern."

An sich schon grotesk genug angesichts des vorangegangenen Berufsverbots und der Höhe der geforderten Summe, pervers bis kafkaesk wird die ganze Angelegenheit vor dem Hintergrund, daß der betroffenen Frau in ihrem Berufsverbotsverfahren bisher über 20000 DM an Gerichtskosten entstanden, daß sie in der in Frage kommenden Zeit für obiges Gehalt gearbeitet hat, daß ihr Einkommen das einzige für die Familie war (sie hat ein Kind, ihrem Mann war – mit ähnlichen Begründungen – ebenfalls die Berufsausübung als Lehrer verboten worden) und, daß sie seit dieser Zeit arbeitslos ist. Von über das strikt Persönliche hinausgehender Bedeutung ist eine solche Rückforderung deshalb, weil sie – erkennbar, d.h. ge-

zielt – eine weitere Ebene von Existenzvernichtung durch Berufsverbot eröffnet: neben den vielfältigen sozialen und psychischen Folgen (die ja einen traurigen Bestand verzeichnen), die materiellen; unausmalbar die Konsequenzen, könnte eine derartige Praxis rechtsgültig werden: nach einem Berufsverbot bliebe im Grunde nur noch Untertauchen oder anders: aufgrund der Unsicherheit, des damit verbundenen Risikos könnte mensch keine Stelle im öffentlichen Dienst mehr annehmen (Vision: mit 63 wirst du zu einer Anhörung geladen; du sollst mit 25 ...).

Zur Begründung des Berufsverbots u.a.: Oberschulamt: „Außerdem haben Sie sich auf Grund Ihres Verhaltens wegen mangelnder Eignung nicht bewährt."; letzte Instanz: „Unerheblich ist in diesem Zusammenhang schließlich auch, wie sich die Klägerin fachlich und pädagogisch qualifiziert hat, da auch eine gute fachliche Eignung und Befähigung den Eignungsmangel nicht ausgleichen kann, der darin liegt, daß der Beamte nicht die gesetzlich geforderte Gewähr bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt ...", d.h., Gesinnung kommt vor Kompetenz, bei Mangel an ersterer ist die zweite vollkommen egal.

Wie beurteilt die Betroffene die „Vorkommnisse", wie hat sie sie erlebt, was für Erfahrungen hat sie gemacht? Vorgeschichte: auch nach dem Rausschmiß ihres Mannes kam so ein Vordruck, evtl. Gehaltsrückzahlungsforderung, dann aber nichts weiter. Als das Verfahren gegen sie lief? Ihr Mann arbeitslos; die Kollegen, mit denen ist sie ganz gut ausgekommen, daß sei halt schwierig gewesen, die hätten unter Druck gestanden; die Schüler und deren Eltern hätten sie unterstützt, in der Bevölkerung seien ziemlich viele Unterschriften gesammelt worden, meist hätten die Leute gesagt: sie müsse ihre Meinung vertreten dürfen; das sei doch ein Unding, Mann und Frau auch noch mit fast derselben Begründung rauszuschmeissen. In der Schule hätte sie dann die Klassen nur so kurzzeitig bekommen, daß kein Kontakt zu den Schülern mehr möglich gewesen wäre.

Was macht sie momentan? Hausfrau, einen Halbtagsjob hat sie nicht bekommen, sie will sich umschulen lassen, vielleicht Krankengymnastin, wie ihr Mann auch, auf was Metallhandwerkliches, der erste (Groß-)Betrieb, zu dem er wollte, hat ihn schon mal abgelehnt; und die Schwierigkeit/Unsicherheit, in den neuen Beruf überhaupt reinzukommen.

Wie sieht sie die weitere Entwicklung ihres „Falles"? Auf ihre Lohnsteuerkarte hat sie ein dreiviertel Jahr gewartet, die hätten sich da wohl genug Zeit gelassen, ihr ist kein ähnlicher Fall bekannt, sie vermutet, daß sie bei ihr einen Präzedenzfall schaffen wollen.

HANS SCHULZ: ERST ORDEN – DANN BERUFS-VERBOT

Der Bundesbahnhauptsekretär Hans Schulz, Vater von 2 Kindern, Beamter auf Lebenszeit arbeitete in einem Homburger Gleisstellwerk. Seine Tätigkeit füllt ihn aus und macht ihm Spaß. Er hat sich nie etwas zu Schulden kommen lassen, ja, er erhielt am 29.6.76 eine "Dankesurkunde für die am deutschen Volk geleisteten treuen Dienste".

Doch dann geschah Erstaunliches: Am 4.10.76 wird Herr Schulz von der Bundesbahndirektion Saarbrücken zu einem Anhörungsverfahren vorgeladen - wegen fortgesetzter Verletzung der Dienstpflicht. Grund: Herr Schulz ist aktives Mitglied der DKP. Er soll Rechenschaft ablegen über seine Verfassungstreue und "wie er zu sozialistischer Revolution und Diktatur steht". Schockiert läßt Schulz über seinen Anwalt seine Verfassungstreue bekunden und wehrt sich gegen jede weitere Gesinnungsschüffelei.

Im weiteren Schriftwechsel läßt die Bundesbahndirektion die Katze aus dem Sack. Der Verfassungsschutz ermittelt seit Jahren gegen Schulz und den Obermeister Gehl aus Saarlouis wegen verfassungswidriger Betätigung.

Gegen Schulz wurde überdies ohne sein Wissen ein Dienstaufsichtsverfahren eröffnet, dies obwohl sich angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für Schulz verwandt haben.

In der Tat brachte die saarländische Bundesbahndirektion in brüderlicher Eintracht mit dem Verfassungsschmutz etwas bisher einmaliges zustande:

Ein auf Lebenszeit unkündbarer Beamter wird bespitzelt und zur Rechenschaft gezogen.

Zu den Fällen Schulz und Gehl hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, deren Ziel im Kampf für die Einstellung der Verfahren gegen Schulz und Gehl besteht. Dort ist auch eine Dokumentation zu erhalten.

Kontaktadresse der Initiative: K. Schmidt, Mainzerstr. 9
6600 Saarbrücken

JUGENDPOLIZEI MARSCHIERT AUF

KOBLENZ, 31. März

In der Landespolizeischule Koblenz lief jetzt für Rheinland Pfalz ein Lehrgang für "Beauftragte für Jugendsachen", das sind 45 Kripo-Leute aus verschiedenen Orten bzw. Kreisen. Referenten auf dem Lehrgang waren "alle Dienststellen und Einrichtungen, die mit straffälligen Jugendlichen zu tun haben". Darunter: Bewährungshelfer. Ein Papier des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz legt die Aufgaben der Jugend-Kripo fest: Sammeln und auswerten von Informationen, die kriminaltaktisch oder kriminalpolitisch wichtig sind
– über Straftaten von Jugendlichen oder Kindern; über Tatmerkmale, z.B. Brutalität; herausragende Einzelfälle; Mehrfachtäter; Verstöße gegen das Waffen-/Sprengstoffgesetz; Drogen/Alkohol; Abhauen von zu Hause, Gründe, Dauer, Häufigkeit, Aufenthaltsorte, Verhalten, Ort und Zeit des Auffindens; Prostitution; Selbstmord/-Versuche; JUGENDARBEITSLOSIGKEIT.

Nach dem LKA-Papier sollen zur Informationsgewinnung nicht nur Ermittlungsvorgänge ausgewertet werden, nicht nur Polizeiquellen, wie etwa Berichte der Schutzpolizei und abgeschlossene Ermittlungsvorgänge gegen Minderjährige; der Jugendkripo sind innerdienstliche Mitteilungen, Fachliteratur und Presseveröffentlichungen als Informationsquellen zugänglich zu machen.
Die Jugendkripo hat bereits, während Ermittlungen laufen, Einsicht in alle Akten.

Die Jugendkripo soll ihre gesammelten Erkenntnisse so aufarbeiten, daß Kripo und Schupo künftig repressive und präventive Handlungsanleitungen bekommen. Zusammenarbeit mit Jugendrichtern, Staatsanwälten, Jugendämtern und Schulbehörden gehört zum Auftrag. Das LKA koordiniert Informationen der entsprechenden Einrichtungen in anderen Bundesländern. Offensive Öffentlichkeitsarbeit ist vorgesehen.

Die Polizei rüstet weiter auf. Rheinland-Pfalz z.B. läßt sich die "Innere Sicherheit" in diesem und dem kommenden Jahr rund 37.600.000 DM kosten.

Von 706 neuen Stellen sind 535 für die Bereitschaftspolizei, 20 für die Schutzpolizei, 100 für die Kripo, der Rest sind Angestellte. Von den 100 KripoLeuten sind mindestens 50 für den Einsatz in TE-Gruppen vorgesehen.

(Fortsetzung von Seite 4)

Zugehörigkeit zu nicht genehmen Organisationen verhängten Berufsverbote mit den Menschenrechten nicht vereinbar sind. Allein die fachliche Eignung und Leistung der Beschäftigten können Kriterien für Einstellung und Entlassung sein.

Die Diskriminierung bestimmter Überzeugungen wäre undenkbar ohne den hierfür eingerichteten Inquisitions- und Überwachungsapparat. Derartige Methoden, so heißt es, würden die Freiheit des Volkes schützen; tatsächlich aber erweitern sie die Macht des Staates.

Zu einer Zeit da Fragen von grundsätzlicher Bedeutung der öffentlichen Diskussion mehr und mehr entzogen werden, sind kritische Beamte und eine uneingeschränkte Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der staatlichen Institutionen dringend notwendig.

Auswirkungen der Berufsverbote

Eine Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst kann verheerende Folgen für den Bewerber nach sich ziehen. Oft bieten sich keine anderen Anstellungsmöglichkeiten, weil er, wo auch immer er sich bewerben mag — selbst dort wo der Staat nicht der wichtigste Arbeitgeber ist — mit dem Makel angeblich mangelnder Verfassungstreue behaftet sein wird. Schwerer als die materiellen Einbußen wiegt der Verlust der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung: das Trauma, sich als ein aus der Gesellschaft Ausgestoßener erleben zu müssen; die Demütigung der Anhörungsverfahren; die lange Ungewißheit und Furcht in Erwartung einer Entscheidung. Auch über den unmittelbar von Berufsverboten betroffenen Personenkreis hinaus weitet sich zunehmend ein allgemeines Klima der Angst aus, politische Rechte wahrzunehmen. Die Angst, daß jedes Verhalten, das die Verantwortlichen als subversiv ansehen oder in Verbindung mit subversiven Vereinigungen bringen könnten, dem Betreffenden von den Behörden eines Tages vorgehalten werden könnte, wenn er sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst bewirbt. Viele üben Selbstzensur und politische Zurückhaltung, werden in ihren kreativen Möglichkeiten beschränkt und beugen sich dem Druck zu Konformität. Andere mögen Widerstand leisten und wieder andere mögen in private oder öffentliche Resignation verfallen.

Beide Tendenzen sind gleichermaßen für eine Gesellschaft außerordentlich schädlich. Denn keine Gesellschaft kann sich ohne geistige Freiheit und ohne Beteiligungsmöglichkeiten in allen Bereichen, besonders unter der Jugend, weiterentwickeln. Dies gilt vor allem in einer Zeit, in der große soziale und ökonomische Probleme in dieser Welt gelöst werden müssen.

Aus dem uns vorgelegten Beweismaterial geht hervor, daß möglicherweise auch diejenigen, die sich um ein privates Arbeitsverhältnis bemühen, die Ausweitung der staatlichen Maßnahmen und die Weitergabe von „Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes an private Arbeitgeber zu befürchten haben. Diesbezüglich wurden uns jedoch keine spezifischen Beweise vorgelegt.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen durch die Berufsverbotepraxis und der sich daraus ergebenden Folgen sind als äußerst schwerwiegend zu bewerten. Die Verantwortlichen stellen wachsende Anforderungen in ihrer Bewertung der „Verfassungstreue" und bei den hierfür zu erbringenden Beweisen. Die Unterscheidung zwischen der Treue gegenüber der Verfassung, der Treue gegenüber dem Staat und der Treue gegenüber denjenigen, die ihn verwalten, wird immer schneller aufgehoben. Die Verfassungsschutzämter werden immer weiter ausgebaut und entwickeln mehr und mehr, wie die meisten Bürokratien, eine Eigendynamik.

Eine Weiterentwicklung derartiger Vorgänge kennt nur eine Richtung — nämlich die zu einer Gesellschaft, in der nur noch diejenigen im öffentlichen Dienst eine Anstellung finden können, die sich dem status quo gegenüber konform verhalten. Muß dieser Weg beschritten werden? Kann dieser Weg irgendwo... ders hinführen, als zu einem noch größeren Verlust von Freiheit?

Schlußfolgerungen

Das Tribunal legte den Mitgliedern der internationalen Jury die folgenden vier Fragen zur Abstimmung vor; die Abstimmung war geheim; die Mitglieder des deutschen Beirates stimmten nicht mit ab:

1. Wird den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?

2. Stellt die Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenrechte dar?

3. Wird die Praxis der Berufsverbote gegen Menschen, die eine ganz bestimmte politische Meinung vertreten in diskriminierender Weise angewandt?

4. Steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionen, insbesondere von Gewerkschaften, der Berufsorganisationen und Kirchen?

Abstimmungsergebnisse

Zu Frage 1.:	**mehr Beweismaterial wird benötigt?**	**Nein**
	Enthaltungen	**keine**
	Nein	**0 Stimmen**
	Ja	**16 Stimmen**
Zu Frage 2:	**mehr Beweismaterial wird benötigt?**	**Nein**
	Enthaltungen	**keine**
	Nein	**0 Stimmen**
	Ja	**16 Stimmen**
Zu Frage 3:	**mehr Beweismaterial wird benötigt?**	**Nein**
	Enthaltungen	**keine**
	Nein	**0 Stimmen**
	Ja	**16 Stimmen**
Zu Frage 4:	**mehr Beweismaterial wird benötigt?**	**8 Stimmen**
	Enthaltungen	**1 Stimme**
	Nein	**0 Stimmen**
	Ja	**7 Stimmen**

Dedijer: „Als Vorsitzender dieses Tribunals beauftrage ich hiermit das Sekretariat, neues und gründlich recherchiertes Material zu Frage 4 vorzulegen."

TODESSCHÜSSE DURCH POLIZISTEN

FRANKFURT
4. April

Kein Verfahren gegen den Schützen!

Am 9. Februar 1977 starb in Niederrodenbach der 14jährige Peter Lichtenberg (s. ID 172/73 und 218). Ein Sicherheit und Ordnung liebender Nachbar hatte die Polizei gerufen, um die Nachtruhe wieder herstellen zu lassen, die durch Lärm aus einem leerstehenden Hochhaus gestört war. Der Polizeimeister Jürgen Lörcher, eigentlich als Hundeausbilder tätig, band, nachdem beim ersten Absuchen der Umgebung nichts gefunden war, seinen Hund an, half seinem Kollegen Becker in den Keller und lief dann mit Lampe und entsicherter Pistole noch einmal ums Haus. Er fand eine offenstehende Glastür und erschoß den dahinter auftauchenden Peter Lichtenberg.

Notwehr, sagte die Polizei, angenommene Notwehr, die Staatsanwaltschaft. Angst erscheint wahrscheinlicher. Die Angst des Jürgen Lörcher, nachts um ein dunkles Haus herumzugehen, zumal ohne Hund, der vorne sichern sollte, eben nur mit Pistole. Bei soviel Angst konnte er das Kind nicht mehr von einem Erwachsenen unterscheiden, auch nicht auf drei Meter Entfernung; Jürgen Lörcher hätte auf alles geschossen, was sich da bewegte.

Informations-Dienst ID
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Letzter Tages-ID 6. April 1978 Einzelverkaufspreis 50 Pfennig

INHALTSVERZEICHNIS: Die Linke und die Menschenrechte, eine Diskussion. Schutz der Zeugen/Ende der Veranstaltung

Nr.9

das 3. internationale russell-tribunal steht vor der 2. sitzungsperiode

"ES IST ALLES SCHLIMMER. GEFÄHRLICHER UND BÖSARTIGER."

Harheim
4. April

Das folgende Gespräch mit Jury-Mitglied Howard Brenton (England) kam nach der abschließenden Pressekonferenz zustande.

Frage: Was für einen Eindruck macht auf dich der Unterschied zwischen den Fakten, die hier auf dem Tribunal präsentiert wurden und dem Leben drumherum. Deutschland ist offensichtlich nicht tot. Welchen Eindruck hast du von der Linken in Deutschland?

Howard Brenton: Mutig. Sehr tapfer. Ich habe in den letzten vier Tagen selbst Berührung gehabt mit dem Status eines Sympathisanten. Weil ich mich wegen meiner Besorgnis , die ich im letzten Interview erklärt habe, entschlossen hatte, nach Stammheim zu fahren. Und einiges von dem Druck, der dann auf mich ausgeübt wurde, waren für mich, einen Ausländer, nur ein Anflug von dem, womit ihr zu leben habt, tagein, tagaus, im Mittelpunkt eures Lebens.

Und ich respektiere Leute in diesem Land, die auch nur irgendeine linke Meinung behalten haben, irgendeine linke Aktivität, mehr als zu der Zeit, als ich kam, viel, viel mehr.

Ich glaube, daß wir die richtige Entscheidung getroffen haben, daß es mehr halfen kann, wenn dieses Tribunal es schafft, eine wirklich gründliche Untersuchung anzustellen.

Frage: Mit der Entscheidung meinst du jetzt die, nicht nach Stammheim zu fahren, sondern einer offiziellen Jury-Kommission die Untersuchung zu überlassen?

HB: Ja.

Frage: Was ist deine Ansicht zu den Differenzen innerhalb der Linken?

HB: Ich würde gern sagen: gemeinsame Front bei der Verteidigung der Menschenrechte. Aber ich weiß, daß das naiv ist. Weil die Leute für ihre Parteien und Ansichten so besessen kämpfen in diesem Land. Aber doch: gemeinsame Front in dieser Sache.

Frage: Wie, glaubst du, kann das, was du,hier erlebt hast, deinen Leuten zu Hause vermittelt werden, ohne das Bild von Deutschland nach der anderen Seite hin zu verzerren?

HB: Ich bin Stückeschreiber. Ich versuche - und da kommt mir nur ein abstrakter Satz in den Kopf - die menschliche Wirklichkeit zu zeigen. Ich möchte die Innereien und den Schweiß zeigen. Es gibt einen fürchterlichen Satz von W.B. Yeates:"Foul rag and bone shop of the heart." (Fauliger Lumpen- und Knochenladen (Krämer, Krämerei) des Herzens).

Und worüber einige Leute am letzten Tag redeten, wie Menschen isoliert und zerstört werden. Ich denke , ich könnte das beschreiben, ich könnte Geschichten schreiben über Menschen, die unter solchen Druck gesetzt werden, und sie dann verbreiten.

Frage: Die Berufsverbote sind nicht nur eine institutionelle Angelegenheit.....

HB: Nein, nein, das ist tief persönlich. Das funktioniert durch hooks and knives (Haken und Ösen), durch Winke, durch komische Blicke in den Kneipen, durch die irrsten Sachen, ohne Zweifel. Das ist der ganze Haken daran. Das haben wir auch erfahren, daß es schwierig ist, das vor die Jury zu bringen. Jetzt verstehe ich auch, was einer von den Psychologen am letzten Tag gesagt hat: Er redete von Furcht und Isolation.

Frage: Ihr, die Jury, werdet, darum kommt ihr nicht herum, in eine Auseinandersetzung hineingezogen und dabei benutzt von der einen oder anderen Seite, der einen oder anderen Gruppe. Wie fühlst du dich dabei?

HB: Ich wünschte, ich könnte es in Deutsch sagen: vergeßt die Distanzierungen! Aktionen, Handlungen werden sowohl weder von deinen Genossen noch am Ende von dir selbst verstanden, wenn die Dialektik, in die du verstrickt bist, die von Distanzierungen ist. Es ist leicht, das zu sagen. Aber es ist wahr. Es gibt soviele kleinkarierte Leute, ich rede von der Linken, die sich selbst über die Distanz zwischen sich und der RAF definieren. Die Linke kann nicht funktionieren, wenn sie die Dinge so sieht. Das zerstört sie. Das zerstört die Urteilsfähigkeit. Man kann dann nicht über Menschenrechte nachdenken. Nicht über Aktionen. Man kann dann noch nicht einmal taktisch überlegen, wenn das erst mal im Kopf sitzt.Und ich glaube, so weit ist es hier schon.

Ich habe auch den Eindruck, daß man zum Kanzler Schmidt sagen kann: sei ein guter Junge. Vielleicht wird er dann einguter Junge. Bis nächsten Sonntag. Aber die einzigen Leute, die die Entwicklung wirklich aufhalten können, sind politische Gruppen auf der Linken, die zu diesem einen Zweck zusammenarbeiten. Die Gewerkschaften, die Arbeiterklasse, Leute, die davon getroffen werden.

Ich glaube, das ist der einzige Weg.

Das sind schöne Worte, ich weiß. Aber das ist die Aufgabe der Linken. Das ist keine Angelegenheit von Parteigründungen, sondern ein Versuch, ein Problem zu lösen. Ich weiß, daß es politische Schwierigkeiten bei solchen Kampagnen gibt. Sie werden sehr schnell fetischisiert, nur um die Allianz zusammenzuhalten. Die Leute kümmern sich mehr um die Allianz als um das Problem. Wir kennen alle die Gefahren.

Frage: Gab es etwas, was du nicht erwartet hättest?

HB: Niemand liebt Menschenrechte. Ich wollte mich bei der Untersuchung an sie halten. Aber das ist sehr schwer. korrekt zu sein in den Handlungen, und sich an die Menschenrechte zu halten, und verstanden zu werden, und effektiv zu sein, und niemanden zu verletzen - das ist eine fast übermenschliche Aufgabe. Das Tribunal ist nur ein Anlaß, ich hoffe, die Fehler haben niemanden verletzt. Die guten Auswirkungen kommen davon, wie es benutzt wird, kritisch. Es macht überhaupt nichts, wenn die Leute das Tribunal ohrfeigen. Bring die Leute dazu, darüber nachzudenken, wie sie sich über das Tribunal hinweg organisieren können. Fetischisiert das Tribunal nicht! So oder so. Wir neigen dazu, etwas zu fetischisieren, was wenigstens etwas gutes getan hat und deswegen erhalten werden muß.

Das Tribunal ist ein Durcheinander. Noch nicht einmal eine Koalition. Es sind Leute, die sowohl über Menschenrechte reden als ehrlicherweise auch von ihren jeweiligen politischen Positionen aus. Einige Jury-Mitglieder haben Jahre in Konzentrationslagern zugebracht, in irischen Gefängnissen, jugoslawischen Folterzellen. Sie sprechen natürlich von ihrer eigenen speziellen Position aus.

Ich möchte noch etwas über den Schutz der Unterstützer sagen. Die Russell-Foundation ist eine Organisation, die man leicht mobilisieren kann. Und wenn ihr sogar nur in Berührung kommt mit der Frage der Berufsverbote hier in Deutschland, helft der Russell-Foundation, nehmt sofort Kontakt auf. Ich fühle mich verantwortlich.

Frage: Warts du von etwas besonders beeindruckt? Hat sich was an deiner Meinung verändert?

HB: Ja, es ist alles schlimmer. Gefährlicher. Und bösartiger. Durch das, was ich hier gesehen habe, fürchte ich von meinem Mittelalter aus, daß die Jugend in meinem Lande zum Schweigen gebracht werden könnte. Ich meine, auf

der hoffnungsvollen Seite sind Gespräche wie die mit euch. (Paranoia ist manchmal kritisch.)

Frage: Während der Pressekonferenz wurde gesagt, die Situation in Deutschland sei nicht so schlimm wie die in Amerika zur Zeit des McCarthismus. Denn hier beschränke sich die Repression auf die kleine Gruppe der Linken, während sie in Amerika das ganze Volk erfaßte. Denkst du nicht auch, daß man das auch genau anders herum sehen kann, daß es nämlich umso schlimmer ist, weil damit auch gesagt ist, daß es über die Linke hinaus kein staatskritisches Gewissen gibt?

HB: Ich muß etwas sehr chauvinistisches sagen: ich hoffe, ihr mißversteht das nicht: die Maoisten, die RAF, die Aktiven, die Sympathisanten, die Verwandten, die Personen, die besorgt sind, DKP, sind die Juden. Und wenn das die Geisteshaltung der Mehrheit ist, dann ist es sehr schwer, über Menschenrechte zu reden. Sie sprechen von diesen Irren - es gibt nur etwa 30 000 Maoisten -, von diesen Juden. Und da die Menschenrechte hineinzubringen, ist eine harte Aufgabe, und sehr, sehr notwendig.

MENSCHLICHKEIT ODER ATMOSPHÄRE?

...h dem Interview (trotz großer Eile) verabschiedet sich HB mit einem: "Vielen Dank" an uns, begleitet von einer so ehrlich—emotionaler Geste, daß wir alle etwas verwirrt darauf reagieren. (Z.B. versteht der Karl nicht, daß die ausgestreckte Hand von HB ihm gilt und ebenso herzlich geschüttelt werden will, wie sie ausgestreckt wurde. Es kommt dann ein Gestammel heraus, wie etwa: "Wer muß denn hier wem danken," oder "Ich würde mich lieber ohne Tonband unterhalten....")

Ich glaub ihm, daß er uns dankt, nicht uns Interviewern, sondern uns Linken, Spontis, Jungen/Jugend...für sowas wie Lebendigkeit, die er vielleicht bei uns wahrnimmt—wahrnimmt weil er sie selbst auch hat.

Es hat mich erstaunt, daß Dedijer so ausführlich den hoffnungsvollen Eindruck dieser 'Jugend', die er hier im Saal sah, beschrieb, HB uns (was sicherlich nicht nur persönlich gemeint ist) der Hoffnungsseite' zuschreibt und dann dieser 'Dank' an uns. Ich kann mir das nur so erklären, daß wir offensichtlich doch etwas von der Lebendigkeit haben, (die wir uns wünschen), und die uns von der Deutschen Steifheit abhebt! ...jedenfalls hat davon reichlich!

DIE LINKE UND DIE MENSCHENRECHTE

EINE DISKUSSION

HARHEIM/FRANKFURT 1.April

Viele von uns haben mit dem Russell—Tribunal ihre Schwierigkeiten gehabt. Das Spektrum der Stellungnahmen reichte von völliger Mißachtung — welche sich z.B. an diversen Mittelmeerstränden wiederfand— bis zur intensiven Auseinandersetzung in der Berichterstattung des Tages—ID. Ob Unbehagen hier oder Begeisterung da (für Tunix u.ä.)— die Abstimmung mit den Füßen, als Votum der An—oder Abwesenheit wie sie sich neuerdings politischen Problemen gegenüber artikuliert, die nicht konsumierbar sind, zementiert nur Ängste und Isolation.

Wir haben deshalb die Gelegenheit beim Schopf gepackt und dokumentieren eine Diskussion unter Teilnehmern und Besuchern des Russell—Tribunals die versucht, unsere Praxis von Leben und Politik mit der zentralen Frage des Tribunals —den Menschenrechten—in Bezug zu setzen.

Teilnehmer des Gesprächs sind — neben Leuten aus der ID—Redaktion —Sybille Haag (Ehefrau des politischen Gefangenen Siegfried Haag), Rudi Dutschke, Dany Cohn-Bendit, Alex Langer (Redaktion LOTTA CONTINUA), Jean-Marcel Bougerau (Redaktion LIBERATION) und Max Watts (freier Journalist).

ID: Wir sollten nicht generell über die Stellung der Linken in der Bundesrepublik gegenüber dem Tribunal reden, sondern über die Stellung von uns, also nicht der traditionellen Linken, sondern von uns, die wir einen anderen Politikbegriff haben, die wir in autonomen Gruppen arbeiten, in Projekten, in denen wir z.B. nicht das Recht auf Arbeit fordern, sondern in unseren eigenen Projekten Verbindungen schaffen von politischer Arbeit und Leben. Also das wäre der Ansatz, von dem wir aus vorschlagen, über das Tribunal zu reden.

Ein zweiter Punkt wäre, und das hängt damit zusammen, wie wir die Arbeit des Tribunals, so wie es abläuft, einschätzen, da hat es verschiedene Reaktionen bei uns im ID gegeben, daß wir einerseits gesagt haben, das läuft Scheiße, wir sind frustriert, andererseits gesagt haben, das läuft so, wie's läuft, das wußten wir von vorneherein, das ist sehr legalistisch angelegt, es ist sinnlos, da zu intervenieren.

Ein dritter Punkt wäre: welche Wirkungen hat das Tribunal? Kann es mobilisieren eine liberale Öffentlichkeit, die hier nicht mehr besteht, kann es sie rekonstruieren, und welche Wirkung hat es auf die autonome Linke?

Das vierte wäre, ob wir noch einmal auf die Kirchenbesetzung eingehen, als Aktion, die im Grunde als einzige den Charakter des Tribunals, so wie es ist, durchbrochen hat. Und zum Schluß könnte man überlegen, ob es sinnvoll wäre, über die zweite Sitzung des Tribunals im Januar zu reden, inwieweit wir uns jetzt schon darauf einlassen, aus den Erfahrungen der ersten Sitzung zu lernen und zu diskutieren, inwieweit wir offensiv Widerstandsformen, die wir praktizieren in den verschiedenen Städten und Regionen der Bundesrepublik, da einzubringen.

Rudi: Hier ist interessant, daß du die Kirchenbesetzung erwähnst als einzige und nicht daran denkst, daß gestern eine breite Demonstration stattgefunden hat, keine Demo, sondern eine Veranstaltung vor 2000 Leuten, die eine lange Diskussion hatten über DDR-BRD, das erwähnste nicht, und erwähnst nur das. Müßte man vielleicht auch diskutieren, warum bestimmte Sachen für dich interessant sind und für dich nicht interessant sind.

ID: Für mich ist die Konfrontation der Kirchenbesetzung mit dem Tribunal so unmittelbar, daß die anderen Veranstaltungen mehr peripher ...

Rudi: Ja, aber es war eine direkte inhaltliche Auseinandersetzung, du siehst die sinnliche Auseinandersetzung, darum nennst du sie unmittelbar

Er hat nur den sinnlichen Kontakt zu dieser ...

Das allein drückt noch nicht diesen Widerspruch aus, der muß sich auch argumentativ ausdrücken und nicht durch eine Sinnlichkeit, die gewissermaßen eine Negation ist, aber nicht im geringsten inhaltlich.

Dany: Darf ich einen Vorschlag machen: Es ist klar geworden, daß, wenn bei diesem Gespräch irgendwas rauskommen kann, daß so Punkte klar werden, da wir sie nicht extensiv ausdiskutieren können, sonst bleiben wir an einem Punkt. Ich finde, daß der Einwurf vom Rudi richtig ist. Ich finde, wir sollten anfangen mit einer knappen Einschätzung des Tribunals, wie man das empfindet, und dann zu den einzelnen Punkten was sagen, oder auch nichts sagen.

ID: Also, ich will nochmals kurz skizzieren, wie ambivalent sich im ID, der sich da wohl wegen des Tages-ID sehr intensiv damit beschäftigt, wie sich diese Ambivalenz geäußert hat. Zum einen waren wir sehr frustriert, haben gesagt, das ist lahm, legalistisch, die beziehen sich nur auf die Faktizität von Fällen, die schließen riesengroße Bereich von Widerstand = Repression aus, verkürzt gesagt, also Frauenbewegung, Gewerkschaftsausschlüsse, die ganze Ökologiebewegung und deren Unterdrückung; und zum anderen, haben wir gesagt: ja, das Tribunal ist so angelegt, so konzipiert, wie es abläuft, und es ist von uns aus sinnlos,, mit unserer Politik da einzugreifen, was zum Teil auch eine Hilflosigkeit ist, weil wir uns vorher wenig mit dem Tribunal auseinandergesetzt haben.

Dazu als Bemerkung, was wir beachten sollten, daß dieses Wir keine Ausflucht bleiben soll, daß wir jetzt von uns sprechen sollten, denn dieses Wir, das endet da, daß wir dann eine abstrakte linke Position hier vertreten, im Hinblick auf das, was die Linke erwartet hat, aber die Linke gibt es jetzt nicht, es gibt jetzt einzelne Vertreter.

Dany: Also meine Schwierigkeit mit dem Tribunal, die hängt erstmal mit meinem Verhältnis zu der Frage der Menschenrechte zusammen, und wenn ich mich so erinnere an das erste Vietnam-Tribunal, hat ja keine Fragestellung von vornehrein eingeengt, das Vietnam-Tribunal hat gefragt: gibt es Völkermord oder nicht in Vietnam, das ist die Frage. Und nicht: gibt es Völkermord bei Bombenflugzeugen, aber nicht die Frage auf Napalm eingeschränkt, also eine ahaloge Einschränkung fällt mir nicht ein. Meine Schwierigkeit ist, daß das, und das hängt von den politischen Intentionen des Tribunals ab, glaube ich, die einzige legitime Frage ist: Werden in der Bundesrepublik Deutschland Menschenrechte verletzt? Und von dieser Frage aus muß man legitimieren, warum nimmt man die Bundesrepublik, weil man die Intuition hat, daß Menschenrechtsverletzungen existieren qua Berufsverbot, weil man die Intuition hat, daß es vielleicht Menschenrechtsverletzungen gibt durch Zensur, weil

man die Intuition hat, daß es Menschenrechtsverletzungen gibt in den Gefängnissen usw. und daß die Bundesrepublik, und das ist ja latent immer dabei, eine besondere Rolle im Moment im europäischen Maßstab spielt. Das sind die Intuitionen, ja, es wird offiziell immer gesagt: besorgte Stimmen im Ausland. Diese besorgten Stimmen werden nicht näher definiert, das hat diese Besorgnis ausgelöst. Wenn ich so ein Jury-Mitglied wie den Faye (Franzose) nehme, das ist doch ganz klar, daß den die Inter vention der Bundesrepublik in Potugal am meisten interessiert und nicht Berufsverbot, d.h. für ihn, subjektiv, weil er sehr auf Portugal abfährt.

Die Bundesrepublik hat aufgrund ihrer Politik im Ausland und im Inland Besorgnis erregt, das ist der Ausgangspunkt, und die Besorgnis hat dazu geführt, daß man ein Tribunal macht über Menschenrechte in der Bundesrepublik und meine Schwierigkeit, ich will jetzt hier kein Alternativmodell des Tribunals entwickeln, liegt genau in dieser Einschränkung, von vorneherein. Das politische Ziel, was Teile des Sekretariats bzw. des deutschen Beirats verfolgen, an erster Stell kommt und nicht im Grunde genommen, diese allgemeine Fragestellung der Menschenrechte zu überprüfen, nicht in einer Zeit des Krieges, nicht in einer Zeit des Faschismus, zu überprüfen in einer Zeit des normalen Ablaufs der Politik eines normalen demokratischen, aber machtvollen Staates.

Es wurde von vorneherein eingeschränkt, und daher kam meine erste Schwierigkeit dem Tribunal gegenüber. Die Frage der Menschenrechte ist für mich am stärksten gestellt worden, nicht durch die Bundesrepublik, sondern durch die Sowjetunion und den Ostblock. Hier sind wir doch plötzlich konfrontiert worden mit einer Frage, die wir mit unserem traditionellen Politikverständnis, wir als Spontis oder ich weiß nicht was, nicht mehr aufgegriffen haben. Nämlich plötzlich gab es Leute, die kämpfen – die konnten sogar rechts sein, rechts in Anführungsstrichen, oder Rechts wie Solschenizin – kämpfen für Menschenrechte. Man nannte sie später mit einem politischen Begriff 'Dissidenten'; Dissidenten, die eine große Bewegung geschaffen haben, über die Frage der Menschenrechte. Und jetzt stehen wir vor dem Problem: es wird aufgegriffen die Frage der Menschenrechte im Westen und wird (damit) eingeschränkt. Man soll sich mal vorstellen: Wir machen ein Russell-Tribunal über die Sowjetunion und sagen, wir untersuchen das Problem der Religionsfreiheit, was ein reales Problem in der Sowjetunion ist – die Juden, die Katholiken, die aufgrund ihrer Religion verfolgt werden. Und das Problem der Freizügigkeit und drittens auch die Probleme der Berufsverbote.

Aber die lassen außer Acht die ganzen Konzentrationslager. Da würden uns alle Leute auf den Kopf steigen und sagen: 'Ihr seid verrückt!' Woher nehmt ihr das Recht, euch so einzuschränken? ! Und das ist mein Problem hier beim Tribunal, daß icn noch nicht geschnallt habe, wie sie zu dieser Einschränkung kommen.

ID: Aber das ist zunächst mal nur eine zeitliche Einschränkung.

Sybille: Das ist die Verkehrung der Prioritäten. Allein schon, daß diese Verkehrung möglich ist. Daß es heißt: Vielleicht ... und dann eingeschränkt auf einige wenige Fälle. Das heißt natürlich auch an dem Punkt, wo die Menschenrechtsverletzungen ganz handfeste, nämlich tödliche Folgen haben, wo sie zusammenhängen mit Leuten, die einen gezielten Angriff auf den Staat gemacht haben – das wird sich dabei sicher nicht raushalten lassen – da sind die Schwierigkeiten speziell wohl des deutschen Beirats, sich damit auseinanderzusetzen.

Dany: Da hab' ich ne andere Meinung. Für mich ist die Frage erstmal, daß das Russell-Tribunal, wenn es einschränkt auf Berufsverbote, ne Legitimation bringen müßte, warum diese Reihenfolge. Das hätte mir erstmal genügt. Das müßte aber aufgrund von einem Menschenrechtsverständnis, warum man mit dem Berufsverbot anfängt, passieren.

Also, wenn man z.B. in Frankreich jetzt sowas machen würde, wenn der Foucault dabei wäre, und man würde ihm sagen, man will untersuchen die Verletzung von Menschrenrechten in Frankreich durch die und die Polizeimaßnahmen – dann würde er sagen: 'Nein.' Die Menschenrechte werden klar eklatant verletzt in französischen Gefängnissen, aber nicht nur an politischen Gefangenen. Das hat mit dem, was die Leute gemacht haben, überhaupt nichts zu tun.

Sybille: Ah, na schon. Sonst hätte es nicht gerade im Zusammenhang mit den Prozessen, mit der Gefangenhaltung von den Gefangenen zu einer solchen Unmenge von neuen Gesetzen, von Sondergesetzen geführt.

Rudi: Ich glaube, man sollte jetzt vielleicht mal ein bißchen klären den Themenkreis. Denn der stößt ja aufeinander. Die Frage ist jetzt: Lagerproblematik in der Geschichte Rußlands, in der Geschichte dessen, was da heißt Sowjetunion, – wo alles real ist, bloß nicht der Sozialismus. All die Komplexe müßten wir jetzt mal befragen im Zusammenhang mit dem Tribunal. Ich glaube, was der Dany sagte in Bezug auf das Tribunal und was der Genosse vom ID vorher sagte, läuft ja auf einen Punkt wahrscheinlich hinaus. Ihr seid prinzipiell nicht gegen dieses Tribunal eingestellt, es schmeckt euch aber nicht im geringsten der Ablauf desselben und diese völlig defensive Haltung, die sich in diesen Tagen abspielt. Und diese gewissen Vorbehalte gegen defensive Haltungen, die werden von meiner Seite in gleichem Maße geteilt. Ich habe den ganzen ersten Tag mitgemacht, und man merkte, wie es gewissermaßen der Führung des Tribunals leicht war, die DKP in den ersten Augenblicken zu kritisieren, ohne Selbstkritik zu machen.

Denn man hatte ja schließlich fast über ein Jahr versucht, mit denen zu kontaktieren und sie als besondere Beispiele des Berufsverbots herauszuholen. Nun waren die aber nicht bereit.Die hatten auch ihre Gründe, warum sie nicht bereit waren zu kommen. Denn sie wußten, es könnten ja auch Fragen kommen, denen sie nicht allzu gerne begegnen – Berufsverbote auf der anderen Seite (DDR).

Und ich glaube, das ist ein Punkt, wo eine grundlegende Misere dieses ganzen Tribunals sich offenbart. Wir haben hier Beispiele von Menschenrechtsverletzungen, die eindeutig sind. Da wird keiner von uns jedenfalls zweifeln. Doch wir müssen zweifeln an einer Argumentation, die sich beschränkt auf Dreiviertelwahrheiten oder Halbwahrheiten. Und die gleichermaßen nicht fähig ist, den gesamtgesellschaftlichen historischen Komplex von Repression, Unterdrückung deutlich zu machen an der deutschen Misere.

Daß du (ID) diese Sinnlichkeit der Erfahrung vorhin besonders betont hat: auf die gewissermaßen ergänzende Großveranstaltung von gestern (Solidarität mit der DDR-Opposition), die in Sachen DDR vorbereitet worden war, mißachtest – du hast sie nicht negativ beurteilt, aber sie ist liegengeblieben für dich in deinem denken, ist insofern ein Ausdruck dafür, daß dein Blick ein Blick ist, der sich konzentriert auf ne unmittelbare Sensibilität und ne unmittelbare Empfindlichkeit, die deiner Ansicht nach im Tribunal offensichtlich nicht da ist. Es fehlt jene Sensibilität und jene Fähigkeit, auf eine Aggression dieser Gesellschaft auch offensiv zu antworten.

ID: Wobei bei mir dazukommt, daß –sei es die Veranstaltung über die DDR, sei es die Veranstaltung über die Zensur in den Medien in Offenbach – beide ja unmittelbar keine Einwirkungen auf das Tribunal hatten, während die Kirchenbesetzung offensichtlich hier einiges zum Tanzen gebracht hat.

Rudi: Nee, es war vorher abgesprochen worden, wie ich von der Zentrale hörte, waren bestimmte Minuten gestattet worden, um anwesend zu sein. Also, das war insofern durchaus von beiden Seiten akzeptiert. Aber das ist jetzt vielleicht nicht entscheidend wichtig.

Ich finde aber eine Sache wichtig, die durchdiskutiert werden sollte: Wie steht der hier Diskutierende zur Frage der Menschenrechte? Ist Menschenrecht ein Problem, was im Grunde Ausdruck ist einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, oder ist Menschenrecht ein grundlegende Problematik, die die Linke seit Jahrzehnten – soweit man von der Linken sprechen kann, – mißachtet hat. Und es war ja ein Prinzip geworden von Moskau bis nach Paris und anderswohin, diese Menschenrechte als Kategorie der Bourgeoisie abzutun und nicht im Geringsten als Erbschaft der bürgerlichen Revolution für die Sozialisten zu verstehen.

Und die KPD, die deutsche KPD, 1956 verboten, man hört das sehr oft noch von der einen linken Ecke, wird sich aber dessen bewußt, daß dieselbe KPD schon 1953 es abgelehnt hat, die Menschenrechte abzuerkennen. Was nun nicht die geringste Legitimation ist dafür, daß sie 56 verboten wurde. Bloß, man muß den historischen Kontext der Ablehnung der Menschenrechte durch diese Partei klar sagen.

Und wenn die Sozialisten immer wieder singen "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht" und das auch Kommunisten tun in der moskowitischen Linie, die das Menschenrecht schon immer abgelehnt haben, dann ist das eine totale Absurdität.

ID: Mir ist unklar, ob die Menschenrechte in der Studentenrevolte, wo ein Ansatzpunkt war der moralische Protest gegen den Völkermord in Vietnam, ob da (in der Revolte) auch implizit die Menschenrechte außer Acht gelassen worden sind.

Sybille: Sie sind zumindest nicht als der Begriff, als die Definition verstanden worden. Mit Menschenrechten hat man ganz selten argumentiert...

Rudi: ... die Linke kannte ihn noch nicht, würde ich sagen, oder? Da mußte erst die Okkupation der CSSR kommen 1968, um langsam zu entdecken, was heißt Menschenrechte.

Dany: Jaja, das Problem der Menschenrechte, wie es der Rudi sagt – also, ich würde anders argumentierten. Nicht als Erbschaft der bürgerlichen Revolution, sondern ich würde sagen: es gibt eine einzige Interpretation der Menschenrechte. Das kann nur ne radikal-libertäre sein. Deswegen, weil Menschenrechte...

Rudi: ... hab ich das bestritten? Erbschaft heißt nicht Bourgeois, sondern Citoyen. Jenes Element innerhalb der bürgerlichen Revolution, was zum Bündnis mit der anderen Fraktion bereit war.

Dany: Okay, ich streite mich darüber nicht.
Sybille: Kann man da nicht mal ein praktischeres Verhältnis zu den Menschenrechten entwickeln?
Dany: Nee, wart mal. Das ist für mich ganz praktisch.
Sybille: Nicht, das ich es nicht versteh, aber ...
Dany: Nee, das ist schon unheimlich praktisch. Und es gibt die Auseinandersetzung, was nie verstanden wurde: eignet sich die Linke diese Forderung nach den Menschenrechten an, und zwar radikal nicht als eine Forderung an den bürgerlichen Staat, sondern als Inhalt einer eigenen Politik?
Also nicht den Staat zu kritisieren, sondern unsere eigene Politik. Um es ganz deutlich zu sagen: das ist mein Kriterium, um die RAF anzugreifen, politisch.
ID: Ich finde den Punkt wichtig nach unserem Gespräch heute morgen mit Howard Brenton (englisches Jury-Mitglied). Der hat genau diese Argumentation von Menschenrechten aufgegriffen. Der hat gesagt: „ Nobody loves human rights " und hat das auch auf die Linke bezogen. Und für ihn ist dieser Punkt auch gegen die RAF zu richten. Weil seiner Einschätzung nach die RAF Menschenrechte negiert hat in einer bestimmten Weise, was aber für ihn trotzdem heißt, daß die Menschenrechte angewendet werden müssen auf die RAF.
Rudi: Ja, auch auf die RAF!
Dany: Ich will das aber nicht nur auf die RAF beziehen. Genau das Kriterium muß auch der Maßstab unserer eigenen Politik sein. Also ich will mich nicht als der Vertreter der Linie der Menschenrechte hier aufspielen, weil sich auch in der linken Szene, im Verhältnis der Leute untereinander dieses zynische Verhältnis zu einer bestimmten Politik wiederspiegelt. Ich sag also: was wir noch nicht gelernt haben: Die Menschenrechte zum Inhalt, zur Form und zur Taktik unserer eigenen Politik zu machen.
Deutlich wird das hier z.B. daran – darüber hab ich vorhin mit dem Rudi gesprochen – daß der Narr (Mitglied des deutschen Beirats) am Anfang die DKP angegriffen hat, aber kein Wort zur SPD gesagt hat. Weil er als SPD-Mitglied da ein politisches Ziel hat. Und da macht er sich selber unglaubwürdig.
Sybille: Nochmal zur RAF. Erstmal, wenn jemand was toll gesagt hat (wie der Engländer Brenton) , dann ist das kein Argument, daß das auch richtig ist. Zum anderen: Bei der Durchsetzung der Menschenrechte, beim Kampf um die Menschenrechte den Widerstandskampf schon zu diffamieren, daß er die Menschenrechte verletzt, das ist so, als wenn man sagen würde, daß der Widerstandskampf des Volkes von Vietnam die Menschenrechte verletzt hat.
Dany: Ich will dir sagen: Ho chi minh hat die Menschenrechte verletzt, als er am Anfang der 50er Jahre eine Bauernrevolte mit der französischen KP und der Armee niederschlagen ließ! Oder ich gebe dir ein anderes Beispiel: Wir sind alle auf die Straße gegangen für Kambodscha. Aber ich bin unglaubwürdig, wenn ich jetzt zu Kambodscha schweige. Dort werden hunderte tausende von Leuten ausgerottet, umgesiedelt ...
Sybille: Das ist die schlimme Erfahrung, daß da, wo man es geschafft hat, die Vormacht der USA niederzuschlagen, abzuschlagen, daß das nicht dazu geführt hat, die Menschenrechte zu verwirklichen.
Jetzt geht es um die Frage des Widerstandskampfes. Was du gesagt hast vorhin – „ die RAF hat die Menschenrechte verletzt "- ich will keine Diskussion über die RAF ...
Rudi: Es gibt außer Menschenrechten auch Menschenpflichten. Und da würde ich sagen: Menschenpflichten sind verletzt worden.
Sybille: Inwiefern? Dadurc h, daß sie den Widerstand ... ?
Rudi: Nein.
Sybille: Gut, lassen wir das, weil das jetzt hier mit diesem Russell-Tribunal nichts zu tun hat.
Dany: Doch, doch, Bille. Ich sags nochmal: die RAF hat, wir auch, ich auch - um das mal andersrum zu sagen. Ich glaube, daß das Erlernen der Menschenrechte als konstitutives Moment meiner Politik noch bisher eine Forderung ist, von der ich nicht weiß, wie ich sie verwirklichen kann
Rudi: Die Menschenrechte – das ist ein Terminus, der historisch gewachsen ist. Es ist nicht ein Terminus benutzt worden, der meiner Meinung nach notwendig ist: Menschenpflichten. Und darunter verstehe ich die Fähigkeitdes gewordenen Menschen, der schon weiß, daß diese Gesellschaft in sich die Keimform

trägt für eine neue Gesellschaft. Derjenige, der diesen Anspruch, dieses Interesse, dieses radikale Bedürfnis in sich trägt, muß sich auch den Menschenpflichten verschreiben. Ich meine, entscheidend ist da für mich, für uns, die Fähigkeit, immer wieder zu erlernen, nicht gegen sie zu arbeiten und jenseits von ihnen gewisse Politik zu machen, eine solch fremdbestimmte Politik zu machen. Denn wenn diese fremdbestimmte Politik gegen viele Menschen gerichtet ist im Lande, so ist das durch nichts zu rechtfertigen.
Du kannst dann davon reden: da kämpfen zwei Strömungen in dieser Gesellschaft. Aber die Menschen, die die Unterdrückung und Beleidigung zu erfahren haben, werden von diesen Kämpfen nicht berührt. Was in diesem Widerstand zum Ausdruck kommt, ist nicht der Widerstand, den wir brauchen, um emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft zu erzielen.
Ich bestreite nicht den Widerstand. Ich bestreite aber die Substanz dieses Wiederstands. Um die gehts aber. Wenn Widerstand keinen emanzipatorischen Inhalt hat, ist Widerstand für uns per se keine sozialistische Position. Das würde eine Diskussion erfordern, vielleicht können wir die jetzt nicht führen.
Dany: Würde ich zustimmen, absolut, daß die Frage Menschenrechte immer deutlicher in den Mittelpunkt gestellt werden muß. Da haben wir einfach versagt. Alle miteinander.
Rudi: Ich hielt es auch für ne Menschenpflicht meinerseits, z. B. hinzugehen nach Stuttgart (zur Beerdigung der Stammheimer Gefangenen). Schließlich war ich beim Jan (-Carl Raspe) noch gewesen und hatte auch den Ho (Rudis Sohn) mitgebracht, damit er auch mein Kind sehen kann, aber er durfte nicht mit. — Er ist mein Freund, ich hab mit ihm gemeinsam gearbeitet im SDS. Dann riefen am gleichen Tag noch Leute bei mir an, die inzwischen sehr nahe sind anderen herrschenden Richtungen: ‚Du darfst auf keinen Fall nach Stuttgart fahren, du mußt dir dessen bewußt sein'. Meine Überlegung war ganz eindeutig die: eigentlich will ich. Auf der anderen Seite sagte ich mir: ich bin nicht da gewesen, als ein anderer Freund gestorben war — Krahl (Hans-Jürgen Krahl, SDS-Mitglied, der 1969 bei einem Autounfall starb) , war weit weg, bin nicht gefahren. Werde mit Sicherheit zu den Eltern gehen. Also, da ist ne Ungeklärtheit bei uns. Ich glaub, daß es ne Menschenpflicht gibt, auch denen gegenüber, mit deren Widerstandsformen wir nicht im geringsten übereinstimmen. Denn wir haben die Menschenp flicht, auch ihnen gegenüber Würde zu zeigen, Menschenwürde auszudrücken und sie nicht einfach liegen zu lassen, als ob sie der Dreck der Gesellschaft wären. Dafür war ich und bin ich auch heute. Was nicht im Geringsten Identität mit RAF—Politik, sondern nur Ausdruck der Negation, aber anderer Ausdruck der Negation von RAF—Politik ist.
Sybille: Bei uns ist nur die Situation inzwischen so, daß darüber, daß als erstes gesagt wird bei vielen Linken: 'ich bin nicht mit ihr einverstanden, deshalb bekämpfe ich die RAF'. Wenn die Nachfrage kommt: 'Gibt es noch was, was du bekämpfst? — dann kommt oft nichts mehr. Woher ist also die politische Definition, die die eigene politische Identität bestimmt, wenn sie sich in einer negativen Abgrenzung versteht und selber nichts einzusetzen hat. Wozu ich sagen kann: 'das ist für mich das Selbstverständliche. 'Weil Widerstand läuft — und den kann ich positiv bestimmen. Ich muss nicht erstmal sagen: 'abgrenzen'. Sondern ich muß es erstmal positiv bestimmen können. Auf *der* Ebene kann ich ne Kritik an der RAF leisten.
Rudi: Distanzieren war immer falsch, bringt nie etwas. Genauso wie Solidarität um jeden Preis. Es geht um das Verhältnis von Solidarität und Kritik.
Sybille: Das heißt doch, es verdeckt die Haltung, das Selbstverständliche wahrzunehmen und das Selbstverständliche zu tun! Weil man immer wiederabsteckt: 'in welche Richtung begibst du dich vielleicht, wenn du das Selbstverständliche — also eine Solidarität, die nicht um jeden Preis ist — praktizierst. Die Berührungsängste...

Rudi: Radikale Kritik, kuck mal, dann ist Kritik an der RAF doch nicht Kritik, wo er alleine ist. Das ist doch ne Kritik von vielen Linken, die mit den Menschenrechten etwas anzufangen wissen in dem Sinne, daß sie klar in Richtung Ost und West schauen oder keine Zweideutigkeit haben. Darum ist seine Kritik der RAF gegenüber im entscheidenen Punkt ne radikale, deutliche Kritik, wo eindeutige Positionen bezogen werden. Ohne sich zu distanzieren in dem Sinne, daß er nicht mehr weiß, was er überhaupt noch tun soll.
Dany: Du hast da an einem Punkt schon was Richtiges genannt. Es gibt einen Moment, wo die Angst eine(n) unfähig macht, bestimmte Dinge auseinanderzuhalten. Mir ist aufgefallen in dem Film vom Schlöndorf ("Deutschland im Herbst"), daß ich mich geschämt hab, daß ich nicht bei der Beerdigung war. Weil das für mich doch explizit klargeworden ist, daß ich in dieser Zeit nicht mehr die Fähigkeit hatte zu sehen, zur Beerdigung gehört im Grunde genommen — der Rudi hat Menschenpflichten gesagt, es ist ganz klar, hier sind Leute in einer Weise gestorben, daß ihr Tod mit dem zusammenhängt, was ihnen angetan worden ist. Und diesen Schritt, die Konsequenz der Parolen, die wir damals hatten "Weder Staat noch RAF" — genau an dem Punkt hab ich nicht die Fähigkeit gehabt zu sagen — ich glaub, viele nicht: zur Beerdigung zu gehen, ist ein Schritt gegen den Staat. Und da ist überhaupt nix zu sagen, was ich über die RAF denke politisch, welche Divergenzen ich habe. Und das wird in dem Film in der Gegenüberstellung der Beerdigung vom Schleyer und der Beerdigung der drei deutlich, wo wirklich gezeigt wird, wo die Unmenschen sind, die Unpersonen sind, und die Menschen, die zur Beerdigung gehen. Und da kritisiere ich mich selber, daß ich mich nicht zu den Menschen, die als Aussätzige gezeichnet wurden, zugesellt habe, nicht den Mut hatte hinzugehen.
In dem Sinne geb ich dir zu, daß wir in einem Teufelskreis sind einer Abgrenzung. Und daß keiner von uns gefeit ist gegen diese Abgrenzung. Andersrum und gleichzeitig aber ist für mich das Problem: ich habe etwas Richtiges empfunden an eurer Aktion hier im Saal mit demTransparent (der Ange-

hörigen der politischen Gefangenen), und ich hab was Richtiges empfunden an der Kirchenbesetzung. An dem Akt selber. Weil ich es zynisch finde, wenn man sagt: 'Ja, in acht Monaten werden wir prüfen, ob sie rechtmäßig gestorben sind oder unrechtmäßig.' Wenn man das mal ganz überzogen formuliert. Gleichzeitig aber kann ich mich mit überhaupt keiner Erklärung identifizieren — außer der Forderung der Verwandten nach Untersuchung der Haftbedingungen. Ich bezieh mich jetzt vor allem auf die politische Erklärung der Kirchenbesetzer, die ich völlig irrelevant halte, weils nix bringt und nur die Jury vor unmögliche Probleme stellt. Was mich interessiert vor allem aufgrund der Erklärung der Jury, von der ich finde, daß sie eine Öffnung der Tür ist; wie kann man die Frage der Verletzung der Menschenrechte in deutschen Gefängissen generell, also sowohl politische wie nichtpolitische Gefangene zum Bestandteil einer Analyse des Russell—Tribunals machen — die BRD als eine spätkapitalistische Gesellschaft.
Also nicht die BRD allein.
Gestern stand z.B. ein Artikel in der LIBERATION, daß die französische Polizei eine junge Deutsche mehrere Stunden lang dermaßen gefoltert hat, wie es bestimmt in Deutschland noch nie vorgekommen ist. Sie hatte Verletzungen, die nur vergleichbar sind mit brasilianischen oder argentinischen Verletzungen.
Sybille: DAs ist eben absurd zu sagen: wir sind diejenigen, die am meisten verletzt werden.
Rudi: Ja, das ist teilweise die Tendenz vom Ausland heraus der BRD gegenüber. Dessen müßt ihr euch bewußt sein. Und da halt die Linke hier, im Inland, nicht im Geringsten etwas bewirkt,— weil sie fremdbestimmt war.
Und da wäre es jetzt ganz gut, wenn die ausländichen Genossen von der LIBERATION und von der LOTTA CONTINUA über die Rolle des Auslands bei der Vorbereitung des Tribunals etwas sagen würden. Wo eben teilweise unsere eigenen Interessen hier im Lande nicht berücksichtigt wurden.
Denn das Problem der Menschenrechte ist in der Tat nicht ein Problem der BRD allein — nicht im Geringsten. Da ist eine klare Linie innerhalb dieses Kontinents, innerhalb der Welt, wo die Formen der Ausbeutung und Unterdrückung immer ähnlicher werden. Und darum kann die BRD und kann die DDR nur Modellcharakter tragen, im internationalen Zusammenhang. Sonst mißachtet man sofort den internationalen Kontext der Menschenrechte in Osteuropa.
Oder hattet ihr bei LIBERATION manchmal eine andere Hoffnung aufs Tribunal, wie war euer Interesse?
Jean-Marcel: Wir hatten keine Hoffnungen, wir wollten kucken — und ich weiß auch nicht, was die Einflüsse des Tribunals sein werden.
Was ich sagen kann: es ist schwierig, in den ersten Tagen mehr, jetzt ist es ein bißchen anders — es ist schwierig, eine Identifikation zu finden.
Wie die Frage der Menschenrechte behandelt wurde, das war irgendwie sehr traditionell. Da konnte man sich nicht wiederfinden. Und da kommt das hinzu, was du (Rudi) gesagt hast: was uns alle, Italiener, Franzosen und andere, interessiert, das ist das Modell Deutschland, aber auch das Modell Europa.
Und eben z.B. nicht, wie es ein Jury—Mitglied (Johan Galtung) gesagt hat: was ist ein Minimum an Treuepflicht (gegenüber dem Staat), das interessiert uns nicht. Die eigentliche Frage für uns ist, was sind die Garantien der Bürger gegenüber dem Staat, wo er eine immer größere Rolle spielt! Und diese Frage wurde vom Tribunal nicht gestellt. Auch weil die Frage der Menschenrechte immer begrenzt gestellt wurde.
Das ist eine Gefahr, daß die defensive Haltung des Tribunals die öffentlich-liberale Meinung nicht trifft und daß auf der anderen Seite diese Begrenzung auch die Linke nicht trifft.
Max Watts: Ich glaube, das ist richtig. Aber du hast etwas nicht gesagt: das Tribunal beschäftigt sich mit Menschenrechten. Es gibt aber einen Haufen Leute, die nicht solche Berufe ausüben, sondern arbeiten, Arbeiter sind. Mir sind x Fälle bekannt von Lehrlingen, die keine Stelle kriegen, nachdem sie ausgelernt haben. Oder noch viel stärker: Leute, die überhaupt nicht als Lehrlinge angenommen werden, weil sie aufgemotzt haben.
Ich habe heute Interviews gemacht mit jungen Leuten aus Harheim, hier. Und die fühlen sich bei den schlimmen Sachen, die einem Lehrer mit 2400 Mark im Monat passieren, sehr wenig betroffen. Sie denken, daß sie nichteinmal ihre 8-900 Mark bekommen werden. Und das hat das Tribunal nicht auf der Tagesordnung. Ich habe mit Frau Drewitz und Herrn Bourdet (französisches Jury-Mitglied) darüber gesprochen, die geben das auch zu.
Und ich glaube, weil es über diesen Bereich im Tribunal kein Wort gibt, es einem großen Teil der Bevölkerung irrelevant bleibt...
Jean-Marcel: .. Ja, man hat z.B. in diesen Tagen hier Lehrer gehört, die gesagt haben: ich hab meine politische Meinung, aber die hat mit meinem Unterricht nichts zu tun. Es gab also eine ganz traditionelle Konzeption des Berufs.
ID: Ich bin jetzt dafür, daß der Alex von der LOTTA da weitermacht, wo Jean-Marcel aufgehört hat.
Alex: Wir haben das Zustandekommen dieses Russell-Tribunals gefördert, aber wir haben uns davon wenig erwartet, und wir haben es von vorneherein auf einer ganz anderen Ebene gesehen als auf der Ebene, auf der wir uns normalerweise bewegen.
Für uns war es aus den Gesprächen der Russell-Foundation mit italienischen Intellektuellen klar, daß hier Leute gewonnen werden sollten, die überwiegend mit der repressiven Linie in Italien einverstanden sind. Lombardo-Radice (ZK-Mitglied der KPI und Jury-Mitglied) hat vielleicht noch einen kleinen geistigen Vorbehalt gehabt dagegen — was sich bei der Ermordung eines unserer Genossen in seinem Leserbrief auf der Seite 7 der Unita (Zentralorgan der KPI) ausgedrückt hat. Und nachdem jetzt innerhalb von 24 Stunden (im Rahmen der Moro-Entführung) in Italien Gesetze durchgepeitscht wurden, über die sich die Deutschen in Bonn die Kleider vom Leibe reißen, gibt es fast so etwas wie Schadenfreude unter Liberalen und auch Linken.
In dem Sinne aber haben wir nie unseren Protest gegen GERMANISAZZIONE (Verdeutschung) als anti-deutsch verstanden. Ich z.B. war deshalb immer etwas unangenehm berührt von der rein funktionalen Verwendung von Gaullisten (als Jury-Mitglieder, die eingeladen waren, zugesagt hatten, aber nicht erschienen waren). Von daher glaube ich also, daß es heute sehr schwer geworden ist, ein qualifiziertes Gremium zu finden, das tatsächlich unverdächtig über Menschenrechte etwas sagen kann.
Ich glaube also, daß sich die ausländische Linke mit dem Russell-Tribunal nur sehr schwer identifizieren kann. Und wen interessiert denn heute z.B. Lombardo-Radice für Italien! Aber ich habe mich auch gewundert, wie ein Teil der deutschen Linken sich auf das Tribunal fixiert hat und ihm die Austragung von Widersprüchen zum Teil delegiert hat. Ich habe das auch den genossen der Kirchenbesetzung gesagt — ich hab die Kirchenbesetzung auch richtig gefunden, und auch vom journalistischen her war sie mir in jeder Hinsich willkommen. (Gelächter)...
Sybille: ..Dann solltest du auch etwas darüber schreiben...
Alex: Ja, ich weiß nur, was ICH schreibe, was in der Redaktion damit passiert ... (Gelächter) ... Ich hab es allerdings zugleich auch als bezeichnend gefunden, daß man jetzt — nach den früheren Verhandlungen mit der Regierung über die politischen Gefangenen — jetzt heruntersteigen und eine Kirche besetzen mußte bzw. als Adressaten ein humanitäres Gremium wie das Russell-Tribunal finden mußte. Und daß man sich auch noch fragen muß, ob es nicht taktisch besser ist, die Kirche zu räumen, um die Jury nicht schlecht zu stimmen.
Sybille: Es ist eigentlich nur ein Fehler der Koordination gewesen, weil die Kirchenbesetzung an sich eine Qualität hatte — aber nicht als Druckmittel auf die Jury. Es war also der Auszug nicht ein taktischer Schritt gegenüber der Jury, sondern eher zu sehen im Verhältnis zu den Auseinandersetzungen mit dem Pfarrer. Soweit war die Aktion optimal. Sie hätte nur als Nieder-

Der ID dokumentiert in Wort und Bild — ein noch nicht historisches Gespräch am Rande des Tribunals

lage enden können.
Alex: Ich hätte die Abbrechung der Besetzung gut gefunden am Tag nach der Pressekonferenz, also auf dem Höhepunkt.
Rudi: Wodurch bestimmt sich Qualität? Ist die Aktion per se schon was wert? Ich glaube, wenn Inhalte nicht klar werden, dann ist nicht sicher, daß das schon Ausdruck von Qualität ist. Da sind wir in der Einschätzung von Qualität verschiedener Meinung, offensichtlich.
Sybille: Ich denke, daß die Kirche der richtige Adressat ist...
Rudi: .. als letzte Möglichkeit, um Menschenrechte und Menschenpflichten noch in etwa zu ermöglichen für Augenblicke?
Sybille: Ich muß zugeben, daß es sicher auch ein Akt der Ohnmacht ist, in diesem Fall für den Hungerstreik etwas Wirkungsvolles zu unternehmen. Daß man zu solchen Mitteln gezwungen wird.
Die Kirche ist aber auch in einer anderen Situation allemal der richtige Adressat, weil wohl das Prinzip des Christentums nicht das ist, was Menschenrechte diskriminiert.
Rudi: Dessen sollten sich auch Sozialisten bewußt sein, denn sehr oft wird ja die Kirche rein instrumentell benutzt. Diese Instrumentalisierung einer christlichen Tradition von seiten der Linken ist meiner Ansicht nach eine Verdrängung der eigenen realen Wahrheit. Da sollte man sich keinen Illusionen hingeben.
Dany: Mir ist sie wurscht.
Rudi: Wurscht ist es mir nicht, Vater, denn wenn da instrumentalisiert wird, dann ist es die Fremdbestimmung, bei der wir gerade sind.
Dany: Ich würde sie schon benutzen die Vergangenheit des Christentums...
Rudi: Dann ist es aber Gebrauchswert!

Sybille: Das, was Christentum als Qualität hat, ist erstmal nicht gleichzusetzen mit der Kirche.
Dany: Es wär vielleicht mal ganz gut, eine Synagoge zu besetzen — aber das ist wieder ein anderes Problem. Nebenbemerkung.
Alex: Noch was anderes. Gestern und heute hat es von drei Seiten Kritik am Russell-Tribunal gegeben.
Da war einmal die Kritik der Kirchenbesetzer, die gesagt haben: 'Ihr sprecht soviel von Menschenrechten, kommt aber über die juristische Behandlung nicht hinaus, und inzwischen gibt es Leute, die in den Knästen sterben.' Die zweite Kritik war diese Veranstaltung im Volksbildungsheim. Da hat z.B. Heinz Brandt gesagt: 'Warum geht die Russell-Jury nicht nach Ost-Berlin und fragt:"Wo ist unser Bruder Bahro?". Da ist stark applaudiert worden.
Rudi: Nee, nicht genug! (Gelächter) Es war nämlich nicht verstanden worden von den Linken, was es heißt "Bruder Bahro"! Das ist der Punkt. Ein Sozialist redet von BRUDER!
Dany: Ich hätte gesagt "unseren Freund und Bruder Bahro" — aber "unsere noch größeren Brüder", die Rockgruppen in der CSSR! Die hätten wir auch in die Jury holen müssen.
Rudi: Es gibt nicht nur Rockbrüder in der CSSR, sondern auch in Ost-Berlin - und die mußt du noch kennenlernen und ich auch!
Alex: Und dann ist heute die dritte Kritik gekommen aus einer ganz anderen Ecke, nämlich von der CDU-Demonstration. Und da haben russische Emigranten, Schriftsteller und ungarische und andere gesprochen und ich habe diese Demonstration natürlich, glaube ich, wie die meisten Genossen, als eine erzreaktionäre Angelegenheit empfunden. Schon die Leute allein, wie

sie angezogen waren, was sie wollten, wie sie reagiert haben: "unerhört, daß dieser Niemöller überhaupt noch reden darf", z.B... Was erwartet man von diesen Wissenschaftsscharlatanen, die sich mit dem Professorentitel schmücken, Anti-Intellektuelle, anti-ausländische Ressentiments"— alle diese Sachen waren ganz bestimmt da. Und trotzdem war in dieser Kundgebung eben etwas drin, was zu recht gesagt worden ist. Nämlich dies: 'Ich bin mit den Leuten, die dort gesprochen haben, mit den Ostemigranten, die meines Erachtens im Sog von Kardinal Minszenty stehen und nicht von Bahro, aber ich weiß nicht, von der Agnes Heller oder von sonst so jemandem. Trotzdem haben aber die da irgendetwas Wahres gesagt...

Rudi: Eine historische Realität!

Alex: Ja. Natürlich ist die Demonstration heute in dem Sinn gebraucht worden, wie das gestern der Saalmann gesagt hat, daß der eine von des anderen Dreck lebt, und in dem Fall hat die CDU vom Dreck der anderen gelebt. Aber ich glaube...

Rudi: ...aber weder quantitativ noch qualitativ eine Bedeutung heute hatte.

Alex: Ja, das ist wahr, ja, aber ich glaube, daß Jedenfalls...

ID: Aber in den Medien!

Alex: Ja, das mag sein. Aber daß sich diese Russell-Jury von so vielen und so verschiedenen Seiten sagen lassen mußte, eure Menschenrechtsaktivitäten sind von soviel diplomatischen Gleichgewichtsbedenken abhängig, eure ganze Menschenrechtstätigkeit hat ständig den einen Blick auf die SPD, den anderen auf die DKP, den anderen auf die Bundesregierung, den anderen auf das Ausland, auf die ausländischen Zeitungen — das sind wir. Der Lombardo-Radice muß jedesmal denken, was ich jetzt hier gegen Berufsverbote untersuche, ist das nicht dasselbe, was der Peccioli und der Lama (Kommunistische Spitzenfunktionäre) bei mir zuhause schon gefordert haben und was morgen vielleicht eingeführt wird. Unter anderem muß also in einer solchen diplomatisch äußerst verzahnten und auskalkulierten Menschenrechtssituation, müssen wir noch mehr sagen, daß das Russell-Tribunal in dem Sinn eine bürgerlich-demokratische Initiative ist, die uns, von mir aus gesehen, interessiert. Ich find es positiv, da- sie stattfindet, aber auch schon gar nicht inhaltlich gemeinsamer Art, in der Art...

Dany: Alex, da ist der Punkt, wo man politisch argumentieren muß. Ich glaube, daß es da 'ne Mehrheit im Beirat gibt, die dieses politische Paktieren innehat, ja. Aber ich glaube, in der Jury würde die Mehrheit anders ausfallen. Ich hab jetzt wirklich heute schon ein paar Leute von der Jury gesprochen....

Rudi: Ja, aber machen wir doch mal gleich 'ne Selbstkritik, Dany, die Selbstkritik müßte da beginnen, denn wir haben nicht im geringsten versucht, Einfluß zu nehmen...

Dany: Stimmt, Stimmt!

Rudi: ... die Selbstkritik müßte also jetzt beginnen. Wenn wir also jetzt von außen schauen, müßte man also sagen...

Dany: Ich möchte jetzt also erklären, weil mich...

Alex: Das ist nicht der Kern vom Problem, der Kern vom Problem ist der, daß die Russell-Jury — der deutsche Beirat ist nicht zuverlässig — ist nicht ein in etwa repräsentativer Beirat und hat deswegen alle diese diplomatischen Bedenken. Repräsentativ, d.h. er denkt sich ständig: 'ich muß das der liberalen Öffentlichkeit, auf die ich mich jetzt beziehe, gegenüber verantworten.' Ich glaube also, eine reale Mobilisierung einer liberalen Öffentlichkeit zu diesen Sachen, zu Stammheim, zu den Berufsverboten, zur Behandlung der politischen Häftlinge, zu allen diesen Sachen, gibts heute immer weniger, und ich glaube, daß die Regierung gegenüber den liberalen Honorationen, daß sie beauftragen, daß sie das untersuchen sollen, daß das heute problematisch ist...

Dany (zu Fernsehleuten vom HR): Laßt uns in Ruhe, wir wollen hier reden!

Alex: ... daß das immer problematischer wird. Und von daher, auch wenn die Jury jetzt subjektiv, also wenn der Einzelne, wenn z.B. Narr eine Unterschrift gibt, ein Galtung und ich weiß nicht, ein Dedijer...

Dany (immer noch zu dem Kameramann des HR): Kannst du mal aufhören mit dem Drehen...

Rudi: Es stört uns einfach. Ich muß doch meine Ohren offenhalten!

Sybille: Es zieht so fürchterlich.

Dany: Macht die Tür zu. Nein, nicht später, macht das jetzt!

Rudi: Unterhalten wollen wir uns allein. Laß uns in Ruhe, Mensch!

Dany: Nee, paß mal auf, ich glaub, du machst da einen Fehler. Ich meine, man muß da zurückkommen ... Es gibt natürlich ne Hoffnung, also andersherum, ein Bedürfnis bei jedem von uns, das Bedürfnis, nämlich alle Initiativen, die uns Luft und Raum schaffen, es ist ja irgendwo ne absurde Situation: Du kannst Sachen behaupten vom Berufsverbot bis zur Situation in den Gefängnissen, hier gibts Berufsverbote und du behauptest das, und keiner mimmt das auf. Das ist etwas, du wirst als verrückt erklärt. Und dann hast du ne Hoffnung, gibt es noch irgendwelche ... ach kannst du nicht aufhören, Mensch, wirklich wahr! (immer noch zu den Kameraleuten) ... gibts noch ne moralische Integrität, die uns diesen Raum verschaffen kann. Das ist doch ganz tief innen die Hoffnung. Daß das nicht realisiert werden kann, das merken wir. Wir merken das, weil diese Jury — da sprech ich den deutschen Beirat nicht frei — ja, diese Jury, und die erste Rede von dem Jugoslawen war bezeichnend, genau in dieser gleichen defensiven Kerbe sich selber verhalten ha[illegible] Nur, das Problem ist für mich das: kann man in der jetzigen Phase, erstmal unmittelbar und zweitens aber auch für diese zweite Sitzung, kann man versuchen, jetzt nicht diesen Kleinkriegmachtkampf, den diese Initiativen, der KB, ID, also hier gabs nen Kleinkrieg: wer übernimmt die Macht — kann man nicht eine Art finden, wo man in ganzer Offenheit, ja, Offenheit versucht, jetzt bestimmte Vorschläge zu machen, die aufgrund ihrer Klarheit, und nicht , weil sie als Machtspiel gedacht sind, aufgegriffen werden können von dieser Jury. Du hast Recht, wenn du den Lombardo-Radice, du hast recht, wenn du unmittelbar Jury-Mitglieder bezeichnest, die im Grunde genommen aber politisch da viel zu tief drinstecken...

Alex: Da siehst dus eben. Aber wer hat denn heute von der Optik, sagen wir, von der aus ein Russell-Tribunal entstehen kann, wer hat heute saubere Hände? Entweder sind es Leute, die einerseits ... einerseits müssen sie Prestige und Macht haben, denn sonst nützen sie in einer solchen Jury nichts.

Es hat keinen Sinn, wenn wir integre Genossen z.B. oder auch nicht Genossen, meinetwegen integre Christen oder Juden oder Liberale oder irgendwas hineinsetzen ... aber wenn die kei[illegible] Prestige oder keine Macht haben, dann sind sie nicht — zu haben für ein Russell-Tribunal, dann nützen sie uns nicht. Es nützt nichts. Andererseits glaube ich, daß die autoritäre Entwicklung und die Verflechtungen in dem Staat - und nicht nur in diesem natürlich - das trifft uns, das trifft euch, das trifft alle, so stark sind, daß es sehr schwer ist, in diesem Sinn, Leute mit sauberen Händen zu finden, die so etwas wie eine Russell-Jury verbinden können.

Rudi: Aber das hat auch damit zu tun, daß das richtig ist, historisch, gewissermaßen unsere Generationen, wir haben noch nicht allzuviel dreckige Sachen an den Fingern dran oder sind davon noch frei geblieben. Der eine oder andere hat sie dran, der eine hat sie nicht dran, aber die Generationen, die halt...

Dany: Die Nägel sind mehr oder weniger lang!

Rudi: ... vielleicht sogar für eine Musik besonders lange Nägel, aber wie auch immer.

Sybille: Genau.

Rudi: Aber im doppelten Sinne und nicht im einfachen Sinne. Ich meine, es zeigt sich, daß ein Generationskonflikt, aber jetzt nicht in einem lächerlichen bürgerlichen Sinne, sondern einen historischen Konflikt — da sind Jahrzehnte dazwischen, zwischen uns und der Generation der Kommunistischen Parteien und sozialstischen Parteien oder Niemöller und anderen, da liegen Jahrzehnte, mit denen wir wenig zu tun haben, nur historisch durch Bücher den Kontakt herstellen. Warum kann z.B.

zwischen Niemöller und Heinz Brandt es möglich sein, an einem Tisch zu sitzen, darin spiegelt sich doch der ganze Widerspruch ... Der Heinz Brandt hat nicht unterschrieben, er hat nicht unterschrieben. Ich würde sagen, viele von uns, ich weiß nicht, wer von hier, ich hab unterschrieben und was da notwendig war, gegeben, würde mir aber gegenüber total unglaubwürdig gewesen sein, wenn ich nicht mitgeholfen hätte, die Veranstaltung über die DDR dann auch mitzugestalten. Da ist ein Widerspruch, den wir im Augenblick, meiner Ansicht nach, nicht auflösen können. Und Dany, wir kriegen einfach von heut' auf morgen in den nächsten Jahren nicht andere Typen, der Konflikt, der da ist, der historische, den können wir nicht auflösen. Das ist doch ganz klar.

Dany: Na, aber, es gibt doch ne Lösung, also es gibt da wirklich Kriterien, die ich von anderswoher beziehen will. Mich interessiert, daß ALLE, und daß nicht nur die, sondern wir auch, Dreck am ... was heißt Dreck am, an den Fingern...

Sybille: Dregger am Stecken!

Dany: Ach so! ... im Widerspruch stehen zu bestimmten fundamentalen Optionen, die man selber hat, ja, das ist dann, wo man sich selber überführen kann, im Grunde genommen total im Gegensatz zu dem, was man behauptet zu handeln. Das ist eine Sache. Nur, es gibt Leute, die zu diesem Widerspruch mehr oder weniger offen stehen, und du konntest einen Sartre im Vietnam-Tribunal sehen; da haben die Rechten gesagt: aber du warst ein Freund Stalins, im Jahre 53.

Rudi: 1956 gab es keine eindeutige Erklärung von seiten der Intellektuellen, das darfst du nicht vergessen.

Dany: Freund ist übertrieben. Ein 'compagnon de route', ja? Ein Weggenosse der französischen KP. War er, auch wenn er nicht drin war. Trotzdem, weil er auf nem bestimmten Weg war, konnte er als moralische Instanz ... das würde ich akzeptieren .... nur jemand, der unmittelbar in einer repressiven Politik steckt, und das ist für mich der Unterschied, und da gibt es Leute, die hier sind, die haben Widersprüche in ihrer Lebensgeschichte, das gesteh' ich jedem zu.

Alex: Nicht die Lebensgeschichte! die aktuelle Situation...

Dany: Ja! Aber das ist ein Unterschied zwischen einem Lombardo-Radice z.B. auf der einen Seite und ... ich weiß nicht, jetzt ... dem Sciascia, das wär' für mich ein italienisches Jury-Mitglied. Der Unterschied, er war auch mit der KP, in dem Moment aber, wo die KP im Grunde genommen zum repressiven Instrument wurde, hat er gesagt: 'Schluß, da mache ich nicht mehr mit.' Damit qualifiziert er sich.

Jean-Marcel: Ich muß sagen, daß es doch hier in der Bundesrepublik unter den Linken eine ziemliche Bewunderung gibt für diese traditionelle Linke in den anderen Ländern. Eine sehr unkritische Haltung gegenüber der traditionellen Linken, die auch dazu beiträgt, dieses Modell Deutschland in einer so begrenzten Form vorzustellen.

Rudi: Zu dem Einwand mit dem Eurokommunismus. Für meine Verhältnisse muß man da ein bißchen selbstkritischer überlegen. Man sollte die Frage Eurokommunismus/Kommunismus nicht so wie Dany es des öfteren öffentlich macht, sich einfach frisch-frei — wohl zu recht in seinem Sinne — zum Antikommunisten ernennen ...

Dany: der bin ich !

Rudi: Ja, bloß das Sein ist halt auch ein bestimmtes Bewußtsein. Vielleicht ein kleiner Ausdruck des Daseins eines Spontis...

Dany: ... von mir.

Rudi: Und ich glaube, kommunistischer und eurokommunistischer Standpunkt könnte meiner Meinung nach heute nur heißen: daß diejenigen, die sich Eurokommunisten nennen, wenigstens eins begreifen müssen; daß die ganze Entwicklung in Osteuropa mit allem etwas zu tun hat, aber nix mit Sozialismus.

Jean-Marcel: Ich denke, es gibt den Eurokommunismus gar nicht, denn die Frage ist nicht ihre Haltung gegenüber Osteuropa. Die französischen Kommunisten werfen alles über Bord — aber nur aus taktischem Kalkül. Eine grundsätzliche Ablehnung oder Kritik der osteuropäischen Staaten ist bei ihr und den anderen nicht zu finden. Die eigentliche Frage ist die, was die kommunistischen — aber auch die sozialistischen Parteien, die

uns verunmöglicht, Politik in einem emanzipatorischen Sinne zu treiben.
Dany: Den Punkt mit der Amnestie bei dir finde ich deshalb falsch, weil für mich die Amnestie — um das von hinten aufzugreifen — im Grunde genommen DER Punkt der Auseinandersetzung ist. Gut, nicht der einzige. Die Frage ist erstmal: wer WILL sie in der Linken; nicht die Frage der Durchsetzung. Es kann bei der Diskussion rauskommen — ich nenne es Amnestie, es kann was anderes bei rauskommen. Wer ist bereit, diesen Widerspruch auszuhalten, den ich Amnestie nenne! D.h. einerseits meine radikale Auseinandersetzung mit den Gefangenen und andererseits eine radikale Form, sich für die Gefangenen einzusetzen! Die Diskussion über Amnestie gibt der Linken — für mich— keine neue Identität. Sie ist eine Herausforderung. Sie setzt von uns voraus eine Bestimmung der Ursachen von Gewalt, dieser Form von Politik. Und diese Ursachen sind eingebettet in ein Phänomen, was uns alle total bestimmt hat, nämlich in dem Vietnamkrieg.
Der zweite Punkt sind die Haftbedingungen. Das sind die beiden Momente. Verbunden mit einem Antifaschismus, der in der Bundesrepublik nie eine Chance gehabt hat.
Rudi: Mir scheint da mehr Nostalgie mit den 60er Jahren als Erbschaft der 60er Jahre im Zusammenhang der 70er Jahre zu [illegible]. Die Amnestie ist reine Zurückerinnerung an eine verlorene Schlacht. Die bringt uns nicht im geringsten einen Schritt an das, was heute möglich ist.
(...)

Unser Interesse kann meiner Ansicht nach an die zweite Etappe des Tribunals nicht sein, eine Amnestie in den Mittelpunkt zu stellen. Es müßte im Mittelpunkt stehen erst einmal eine Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, die heute geworden sind und immer stärker im Werden sind.

„Holt alle raus!"

Peter Paul Zahl schrieb mir kürzlich:„Vergiß nicht, da sind 200tausend arbeitslose Jugendliche. Da ist ein sozialer Nährboden wieder gegeben, der subversive Aktionen und Negation der Verhältnisse ermöglicht. Das stimmt auf den ersten Blick, aber ich kann nicht sagen, ob so etwas ausreicht zu sagen, daß so etwas möglich oder inmöglich ist."

Aber er fügt auch hinzu, daß es wichtig ist, was die einzelnen herrschenden Institutionen machen mit den arbeitslosen Jugendlichen oder Berufsverboten. Die haben Methode entwickelt, eine positivistische Wissenschaft, um Herrschaft durchzuführen und zu stabilisieren. Und unsere Aufgabe muß sein, da durchzubrechen, Spielräume zu finden, an Aktionen sich zu beteiligen.

Dany: Ich versteh das nicht, ich hab kein Wort über jugendliche Arbeitslose gesagt. Ich hab mich nur auf das Problem Amnestie, Russell-Tribunal und Behandlung der Haftbedingungen bezogen. Für mich ist das Russell-Tribunal eine Anklage gegen den Staat. Gut, jetzt kann ich natürlich ein Russell-Tribunal gegen den Kapitalismus machen. Dann steht im zentralen Punkt die Arbeitslosigkeit. Deswegen hab ich jetzt darüber nicht gesprochen! (...)

Ich meine aber, ohne die Haftbedingungen, über die ich rede, sind nicht zu erklären die Aktionen: in Stockholm, Schleyerentführung, ist die zweite, dritte, vierte, fünfte, sechste Generation von Untergrundkämpfern nicht zu erklären. Und dann meine ich, ist die Amnestiediskussion am Russell-Tribunal eine Anklage: was produziert ihr mir eurer herrschaftlichen Repression?

Wie die wegen dem Buback-Nachruf in Göttingen vor Gericht stehen und sagen: wenn wir verurteilt werden, dann produzieren sie wieder Leute, die sagen, es hat nur e i n e n Zweck in dieser Gesellschaft: irgendwo eine Bombe hinlegen. (...)

Die Amnestieforderung würde bei mir freisetzen, gegenüber den Leuten innerhalb der Linken, die sagen: der Terrorismus produziert das alles - eine Klarheit zu schaffen. Und das zweite ist: in der liberalen Öffentlichkeit zu zeigen, wie sich das entwickelt, was wir alle bedauern. Und das dritte meine ich, daß sich Dinge entwickeln und das kann sich in 15 Jahren oder so zeigen, wird sich die Frage auch für die Herrschenden bei veränderten Herrschaftsverhältnissen und kämpferischen Klassenverhältnissen verändern. Ich glaube, nicht, daß die Herrschaftsverhältnisse so bleiben werden, wie sie sind, ja?, d.h. daß auch hier in der Bundesrepublik dieser Staat von ganz anderen Seiten noch angegriffen und in Frage gestellt werden wird, daß bei veränderter Form, die Frage der Amnestie für die Leute sich immer noch stellen wird, ja?, sich stellen wird. Und das geht aber nur über eine Klarheit in der Linken, deswegen ist also auch meine Forderung der Amnestie auf einer radikaldemokratischen Ebene für mich eine Möglichkeit, diese verfahrene Situation hier in der Debatte zu sprengen. Das ist also halt meine Meinung.

Rudi: Ja, zu sprengen sind im Rahmen einer solchen Diskussion bestimmte feste Positionen, ob nun der legalen Organisationen oder der illegalen... Vielleicht sollten wir noch eine Kleinigekit zur Amnestie sagen. Meine Haltungsschwierigkeit bei der ganzen Angelegenheit, bei der Diskussion war bis jetzt, die Hälfte des Jahres im Ausland zu sein. Einer von denen, die halt vor vier Jahren rausgeschossen worden sind. Und ich glaube, es gibt viele, im Inland und im Ausland, die gewissermaßen dabei sind und nicht ganz dabei sind. Und es gibt jetzt viele solche in der Diskussion, wo man so sagen kann, er ist ganz dabei oder er ist nur halb dabei. Und unter 'ganz dabei' würde ich verstehen, dieses permanente Arbeiten in Richtung auf eine Politik, die den

sind genauso schlimm — in ihren eigenen Ländern jetzt treiben. Z.B. was in Italien passiert ist, daß die KPI MIT den Christdemokraten in 24 Stunden die Antiterrorgesetze durchgepeitscht hat- das ist sehr wichtig für uns alle.

Dany: Ein Beispiel zur Unterstützung von Jean-Marcel: der Carillo (spanischer KP-Chef) hat GEGEN eine Generalamnestie im spanischen Parlament gestimmt! Die Sozialisten genauso! Oder wenn die italienische kommunistische Gewerkschaft CGIL den Vorschlag macht, Polizeistationen in jeder Fabrik einzurichten! In Arbeiterselbstverwaltung!

Rudi: Also; ob Inland oder Ausland — in beiden Fällen sind sie bisher nicht fähig, Menschenrechte als praktische Politik von Kommunismus zu verbreiten.

Jean-Marcel: Die deutsche Linke hat ein etwas nostalgisches Verhältnis zu der traditionellen Linken in Italien und Frankreich und sieht nicht die Innenpolitik dieser Parteien als Schwerpunkt. Z.B. in Frankreich: warum die Politik der KP nicht glaubwürdig ist. Die können allle Erklärungen machen über die Sowjetunion. Aber solange die Leute in der Fabrik oder sonstwo täglich sehen, was die KP-Mitglieder machen, dann ist das nicht glaubwürdig. Und das ist eben nicht die Frage von Demokratie und Menschenrechten, sondern die Frage des Verhältnisses zum Staat.

ID: Ich will mal intervenieren. Ich bin dafür, daß wir uns wieder auf das Russell-Tribunal zurückbiegen. Ein Punkt scheint mir noch zu fehlen. Wir haben uns unterhalten über die Zusammensetzung der Jury und den Charakter ihrer Stellungnahmen, den Charakter des Tribunals. Und über die Prominenz der Jurymitglieder und die Möglichkeit, eine andere Zusammensetzung zu finden. Und mir scheint dabei ein Punkt wichtig. Nämlich, daß die Prominenz dieser Jury gewährleistet, daß innerhalb der bürgerlichen Öffentlichkeit — wie auch immer sie besteht oder nicht besteht — darauf reflektiert wird, ein Echo durch diese Jury-Mitglieder in der Öffentlichkeit zu finden. Wenn wir versuchen würden, einiges über den bürgerlichen Charakter der Öffentlichkeit hier in der Bundesrepublik zu sagen, dann könnte für mich dabei herauskommen, daß eine andere Zusammensetzung der Jury bei der nächsten Sitzung (im Januar 79) völlig unmöglich ist, weil die Verhältnisse hier so sind wie sie sind.

Rudi: Also, das glaub ich nicht. Aber eins weiß ich. Als der erste Tag vorbei war, hab ich mir sofort die Bild-Zeitung gekauft- und es war nix drin! Das sagte genug schon über den Ablauf. Ob ne neue Zusammensetzung das ändern wird, wage ich zu bezweifeln, denn allein ne Zusammensetzung macht noch nicht ne Veränderung von gesellschaftlichen Umständen aus.

Da meine ich eher die Frage, inwieweit wird linke Politik in diesem Lande getrieben? Was ist Spontipolitik in diesem Lande? Was sind die einzelnen Gruppen? Wie ist die Zusammenarbeit oder Unmöglichkeit von Zusammenarbeit? Ich glaube, das sind Fragen, die noch nicht hier gestellt worden sind.

(...)

Rudi: Laßt uns nochmal auf einen Punkt kommen, den der Alex aufgeworfen hat; das ist die Gegendemonstration heute (der CDU gegen das Tribunal). Daß wir nicht mal ne Demonstration gemacht haben! Wie damals beim Vietnam-Kongreß 68. Wann hat das Tribunal vor, mal wieder 20–30tausend Leute ihre Interessen deutlich zum Ausdruck bringen lassen zu können! Das war nicht der Fall.

Diese Gegendemonstration hat ja eindeutig ein Stück miserabler ausgedrückt — neben ihrem klaren Antikommunismus —, daß nämlich die Linke diese andere Seite nicht sehen will.

ID: Ich will jetzt, weil die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist, eine Frage stellen: ob ihr meint, daß es nach der Diskussion hier heute und den Versuchen, unsere eigene Position dem Tribunal gegenüber zu beschreiben, bei der nächsten Sitzung des Tribunals im Januar 79 so sein wird, daß wir wieder hier sitzen und wieder diskutieren, oder ob es noch was anderes gibt.

—Schweigen und Stühlerücken — einer: Das war die Antwort!

Dany: Nein, der Widerspruch liegt darin, daß man schon denken kann, wie es anders laufen kann, aber gleichzeitig die Entscheidung natürlich an der Form des Tribunals liegt. Die Form ist eben z.B. davon bestimmt, daß die nicht zu einer Demonstration aufrufen.

Mein Interesse daran wäre — das kann ich ja mal ganz klar sagen — daß man die alte Diskussion aus der Entstehung der Komitees gegen die Isolationsfolter aufgreift, die sich ja verstanden haben als Mini-Russell-Tribunale. Wo alle Persönlichkeiten vertreten waren.

Die dann aber vergrätzt wurden durch die Frage, ob sie für oder gen die Politik der Gefangenen sind. Also ob der Teil der Linken, der damals sich mit den Haftbedingungen beschäftigt hat, wieder so tief einsteigen will, daß sich im Zusammenhang des Russell-Tribunals wieder Gruppen bilden, die die Haftbedingungen als Frage des Staats aufgreifen. Und eben ja nicht als eine Frage der positiven oder negativen Beurteilung der Politik der Gefangenen.

ID: Du meinst also, daß du eine Chance siehst, das was mit dem Scheitern dieser Komitees verloren geglaubt wurde, durchs Russell-Tribunal wieder aufwecken zu können?

Dany: Nein, ich weiß nicht, ob durchs Russell. Aber ich meine eben, daß die Stärke in Anführungsstrichen oder die Resonanz der Kirchenbesetzung es bei mir ausgemacht hat. Hier ist etwas, was nicht zu leugnen ist. Und ich glaube, das ist auch den Leuten von der Jury aufgefallen.

Gut, das geht jetzt auf die Amnestie-Diskussion. Ich will jetzt keine pressure-group gründen, aber das als Aufgabe für das zweite Russell-Tribunal in die Diskussionen zu stellen: Menschenrechte in der umfassendsten Form zu verstehen und einzubeziehen die in der Bundesrepublik brenzlichste Frage: kann ich die Gefangenen, die — wie die Jury es formuliert hat — "Gewaltaktionen gegen den Staat" begangen haben, kann ich sie verteidigen in den Haftbedingungen? Aber es gibt eben auch die Schwierigkeiten innerhalb der Linken, so daß es schon sein kann, daß wir das nächste Mal wieder so hier sitzen.

Max Watts: Die Frage, ob man einverstanden ist mit den Aktionen der Leute, die da sitzen, finde ich ja eine so total unsinnige Frage. Ich bin gegen Haftbedingungen, die man anderen Leuten zufügt, weil das Ganze morgen mir passieren kann!

Rudi: Ich meine, Dany, die Amnestie-Forderung ist heute gewissermaßen eine Ignoranz geschichtlicher Prozesse gegenüber. Die Amnestie von 68/69 war für die sich bildende neue Koalition eine Form, wieder etwas Ruhe und Ordnung aufzubauen. Die Jahre, die danach folgten, waren Jahre der permanenten Zersetzung einer Einheit, die sowieso nicht immer ganz gewesen ist. Der zentrale Punkt war meiner Ansicht nach die Okkupation der CSSR (1968), von da an war Bündnispolitik unmöglich geworden. Erstens. Zweitens ist durch die Tätigkeit der Herrschenden — die Schießereien, die sei gemacht haben, 67, 68 — wo sie zeigten, auf der einen Seite die Amnestie, auf der anderen Seite nicht im geringsten Demokratisierung, wo immer mehr Festigung von Herrschaft entstand.

In diesem Jahrzehnt der Festigung von Herrschaft, wo die RAF und ihre Arbeit meiner Ansicht nach durchaus ein Punkt ist, der mitgeholfen hat, Festigung von Herrschaft zu ermöglichen. Dieser Prozeß hat stattgefunden, und wir können nicht so tun, als ob er nicht gewesen ist. Es ist Unsinn, die RAF für die Festigung von Herrschaft verantwortlich zu machen, denn sie sind nur Objekt gewesen, wo sie glaubten Subjekt zu sein.

Wenn das aber ein historisch gewordener Prozeß ist seit einem Jahrzehnt, dann haben wir ne Gesellschaftsstruktur, wo ne Forderung nach Amnestie wie Absurdität erscheint... natürlich sind Absurditäten manchmal das Beste, was man in geschichtlichen Situationen sagen kann. Aber da ist meiner Ansicht nach in der Linken erstmal mehr notwendig als ne Amnestie-Forderung. Notwendig ist die Wiederherstellung von konsequenten Auseinandersetzungen. Man redet seit Jahrzehnten aneinander vorbei, jeder glaubt, in sich zuhause zu sein, jeder hat sein Ghetto gefunden — und das ist diese Ghettoisolierung und Isolierung, die

emanzipatorischen Charakter der 60-er Jahre als Erbschaft neu entdeckt, um 'ne Perspektive zu entwickeln. Ich meine, es ist der Zustand inzwischen erreicht, wo diese Erbschaft im Grunde schon längst für viele nur noch ein Instrument ist, mit dem man entweder sich rechtfertigt oder um Amen zu sagen. Amen bei der DKP, oder der andere (Lefebre) um Amen zu sagen, in der Nähe der DKP und der nächste, um Amen zu sagen dort und dort ... Und das drückt einem gleich schon Geschichte auf, nicht?, diese Erbschaft. Und wenn wir jetzt hier nicht unsere eigene Isoliertheit zur Debatte stellen, ob der eine im Ausland - oder die Isoliertheit im Inland, dann könne wir über das ganze Problem nicht weiter diskutieren.

Isoliertheit ist schon festgewordenes gesellschaftliches Verhältnis, das dazu dient, die jeweilige Isolation zu festigen. Ich hab' auch schon so 'ne Debatte gehabt, die ganze Debatte in Frankfurt über das Problem von Ghettos, ... was bedeutet das also, was heißt Ghetto als Einsamkeit, und was heißt Ghetto als gewissermaßen Zuhausesein, was heißt Durchbrechen des Ghettos, was ist das Ziel dieses gewöhnlichen Geführtwerdens in einen solchen politischen und sozialen Zusammenhang. Ganz klar, für mich hat Amnestie nur diesen nostalgischen und keinen anderen Charakter. Okay, Dany ...?

ID: Ich bin dafür, daß wir die Debatte hier abbrechen.

Dany: So, das tippst du jetzt ab.

Rudi: Dany, wir tippen beide mit. Okay?... Wir haben keine Zeitung auf nationalem Niveau, die solch eine Diskussion aufnehmen würde.

Dany: Vielleicht hoffentlich die Tageszeitung.

ID: Beim nächsten Russell-Tribunal ist die erste linke Tageszeitung da!

SCHUTZ DER ZEUGEN

HARHEIM
4. April

Am Schluß der ersten Sitzungsperiode stand eine große Warnung an staatliche Stellen. Jo Richardson, Labour–Abgeordnete aus England, versprach den Zeugen den Schutz der Russell Peace Foundation und der Jury: Zusammen mit Äußerungen anderer Jury–Mitglieder, (s. Gespräch mit Howard Branton) drückt diese Warnung deutlicher das Ausmaß der Besorgnis der Jury aus, als es im Abstimmungsergebnis und dem Schlußbericht zum Ausdruck kommt.

"Die Jury des 3. Tribunals ist den Zeugen, die hier aufgetreten sind, sehr dankbar. Ohne sie hätte die Sitzung nicht stattfinden können, die Arbeit nicht gemacht werden können.
Wir möchten hier öffentlich den Zeugen sagen, daß es uns in Sorge und Wut versetzen würde, wenn sie diskriminiert würden, weil sie hier vor uns aufgetreten sind. Die Betrand Russell Foundation verspricht deswegen, die Behandlung der hier aufgetretenen Zeugen zu überwachen. Sollten wir hören, daß sie in irgendeiner Weise eingeschüchtert werden, oder wenn orgendwelche von ihnen weiteren Berufsverbotsanhörungen unterzogen würden auf Grund ihrer Teilnahme, wird die Stiftung gegenüber der Regierung schärfsten Protest einlegen, sofortige Handlungen unternehmen, um diese Einschüchterungen der deutschen wie der internationalen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Zeugen haben hier ihre demokratischen Grundrechte ausgeübt,als sie vor uns erschienen, wir wissen, daß wir eine große Verantwortung haben, die wir diese Leute eingeladen haben. Wir werden allles Mögliche unternehmen, sollte dies notwendig sein, den Zeugen beizustehen."

RUSSELL – SONNTAGABEND – ENDE EINER VERANSTALTUNG

Harheim, Sonntag abend. Die letzten Gutachten sind vorgelesen, die letzten Fragen sind gestellt und beantwortet. Die Fernsehteams sind weg, die Jupiterlichter ausgeschaltet. Der Saal ist zur Hälfte leer, Lücken auf den Pressplätzen. Ob die Kommunionsfeier im Nachbarraum noch weitergeht ist festzustellen.

Jo Richardson fängt mit ihrer Verabschiedung an. Sie sagt, in den letzten Tagen hätten alle zusammen viel Arbeit geleistet. Sie und die anderen Mitglieder der Jury bedankten sich für die herzliche Aufnahme in Deutschland.
Ach du großer Gott, wieder so eine gestanzte Rede.

Sie bedankt sich bei allen, die gekommen sind. Und bei denen, die nicht kommen konnten. Sie bedankt sich beim Sekretariat und den Übersetzern (Beifall bei den zweiten). Beim Vermieter und den Leuten vom Restaurant. Ein Kellner steht im Seitengang und strahlt. Bei der Presse, die dem Tribunal zum Teil wohlgesonnen war und zum Teil ni nicht. Aber sie hoffe, daß die letzteren wenigstens etwas gelernt hätten.

Dann ihre Nebensätze (die ich nicht mehr weiß). Sie sei am Sonnabend kurz in London gewesen. Bei der Fahrt durch London ging ihr Deutschland nicht aus dem Kopf, das, was sie jetzt hier erlebte.

Jo spricht von denen, die häufiger da waren. Man (er)kennt sich inzwischen.

Ich fange an, mich selig zu fühlen. Glück ist ein großes Wort. Trotzdem, meine Lieblinge in der Jury (die ich nämlich habe) hätte ich umarmen können. Und nicht nur die. Wir haben gemeinsam was geschafft. In diesem Moment kein leeres Wort.

Ich denke dabei überhaupt nicht an die Arbeit der letzten Tage. Was geschafft worden ist, hat wenig mit Worten auf der Bühne oder Handfestem zu tun. Es sind einfach irgendwelche Fäden, die kreuz und quer gehen, auf die Bühne, wieder runter, im Zick-Zack durchs Parkett.

Als wir zum Essen in eine überfüllte Dorfkneipe gehen, mit CDU–Aufkleber an der Wand, zwängen wir uns an einen schon besetzten Tisch. Leute daran, mit denen wir sicher nicht in sehr vielem einer Meinung sind. Hier und jetzt aber: sich kurz angucken, alles klar, wir.

Wie immer distanziert das Verhältnis zum Tribunal auch war oder ist, es hat sowas wie Identität gebildet, so sagt's der Karli.

(Politische Identität? Watn det schon wieda?)

Sonntagabend kommt es raus. Die Leere danach wirft Schatten voraus, Trauer.

ES GIBT KEINE FRAUENLOHNGRUPPEN ...

HEIDELBERG
3./4. April

Von dem Leiter der IG Metall wird der jetzt ausgehandelte neue Tarifvertrag — fünf Prozent Lohnerhöhung, Abschaffung der Lohngruppe 1 und Lohngarantie bei Abgruppierung — als großer Sieg betrachtet. Es ist interessant, zu beobachten, welche Forderungen doch wieder unter den Tisch gefallen sind. Gefordert war die Abschaffung der Lohngruppen 1 und 2, der sogenannten Leichtlohngruppen. Abgeschafft wurde nur die Lohngruppe 1. Ein großer Sieg? Es gibt kaum noch jemanden, der in der Lohngruppe 1 arbeitet. Lohngruppe 2 bleibt bestehen.

Auch die Forderung nach acht Prozent Lohnerhöhung fiel unter den Tisch. Die erreichten fünf Prozent bedeuten 100 Mark mehr für einen Spitzenverdiener mit 2000 Mark Einkommen, jedoch nur 30 Mark für die Lohngruppe 3 mit „600 und ein paar Kröten". Was sagen die betroffenen Frauen — es arbeiten fast nur Frauen in der Lohngruppe 2 — dazu ? Max Watts sprach in Heidelberg mit Frauen und Männern aus der Metallindustrie:

Stimmen von Frauen zum Tarifabschluß:

„Sieben Prozent! Ich stimme NEIN!"

„Die sind doch bekloppt!"

„Weswegen denn das Ganze? "

Arbeiter der Firma Eltro — in den Lohngruppen 6 bis 9 — [illegible]nen:

„Wir sind verraten und verkauft!"

„Um abzulehnen, brauchen wir 76% — 60% sind bestimmt dagegen!"

„Steinkühler gehört abgeschossen. Kläglich ist er."

„Das ist die reine Mauschelei zwischen SPD und Gewerkschaft.

Frage: Der Zambelli (Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall in Heidelberg) sagt doch, daß es ein guter Vertrag sei?

„Das meint er als Funktionär."

„Reiner Betrug uns gegenüber."

„Die Leute laufen fast Amok."

4. April / Vor dem Streiklokal in Eppelheim

Etliche Frauen, auf den Vertrag angesprochen, weigern sich, überhaupt etwas zu sagen. Keine der Frauen spricht sich für den Vertrag aus.

Im Streiklokal — die Meinungen gehen auseinander.

Frage: Die Lohngruppe 2, das sind meistens die Frauen?

„Ja. Betriebsfrauen. Die Leichtlohngruppe."

Frage: Gibt es keine Männer in Lohngruppe 2 ?

„Nein, nein. Nur Frauen!"

„Zum Beispiel bei Stotz, da sind 179 Frauen in Lohngruppe 2."

Frage: Sie sind von Stotz ?

„Ja."

Frage: Wieviele sind da in Lohngruppe 1 ?

„Keine einzige mehr."

Frage: Das heißt, daß die Abschaffung der Lohngruppe 1 überhaupt nichts bedeutet ? "

„Für uns bedeutet das nichts."

„Lohngruppe 2 ohne Leistungszulage entspricht dem Fürsorgesatz der Stadt Heidelberg."

Frankfurter CDU versetzt am 3. April alle Bezugspersonen der KITA 3000. Die Kinder haben plötzlich andere Betreuer. Auf die Wand geschrieben: Ein Protestbrief an CDU-Schuldezernent Mih...

„Unsere Mitglieder haben gehofft, daß Lohngruppe 2 wenigstens im Januar nächsten Jahres abgeschafft wird oder in anderthalb Jahren, aber das ist jetzt gar nichts."

Der Betriebsratsvorsitzende von Stotz:

„Soweit ich hier ein echtes Meinungsbild habe: Grundsätzlich positiv. Ich gehe davon aus, daß eine Mehrheit für dieses Ergebnis zustande kommt."

Frage: Was ist nicht so gut ?

„Auf der Strecke geblieben ist die Abschaffung der Lohngruppe 2, die Lohngruppe 2 wird bleiben. Das ist sicher ein negatives Moment."

Frage: Sind auch Männer in der Lohngruppe 2 beschäftigt ?

„Nein, nein."

Frage: Das ist eine Frauenlohngruppe ?

„Es gibt keine Frauen- und Männerlohngruppen, aber es gibt eigentlich nur Frauen, die diese Arbeit machen.. Deswegen sind sie in den niedrigen Lohngruppen."

Frage: Und in den anderen Betrieben. Ist es da das gleiche ?

„Genauso, nur Frauen sind davon betroffen."

Frage: Ich habe von vielen Frauen Unmut gehört ?

„Ja sicher, die Betroffenen hätten es sicher lieber gehabt. Aber eine Tarifbewegung endet halt mit einem Kompromiß."

Verteilerin der DKP-Betriebszeitung „Rotes Ventil"

„Was die Abgruppierung betrifft, geht das nicht über das hinaus, was nach dem Arbeitsrecht und auch nach dem, was die Gewerkschaft schon durchgesetzt hat, erreicht wurde."

Frage: Sind Sie dagegen ?

„Selbstverständlich!"

Junge Frauen von der Firma Stotz-Kontakt, Lohngruppe 3

Frage:Seid ihr mit dem Ergebnis zufrieden ?

„Nein, nein, nein."

Frage: Was sagen Sie zur Nichtabschaffung der Lohngruppe 2 ?

„Das trifft ja die Frauen, die am meisten schaffen müssen. Und man muß arg viel schaffen, um eine Leistungszulage zu kriegen, daß man was verdient."

Frage: Die Besitzstandsicherung ? Hat die keine Bedeutung ?

„Nein, nein."

Stimmen für den Tarifvertrag

Frage: Sie sind von Stotz-Kontakt ? Welche Lohngruppe ?

„Ich bin Lohngruppe 11."

Frage: Und Sie halten das Ergebnis für gut ?

„Es ist ein gutes Ergebnis. Besonders wegen der Abgruppierung. Das das einmal geregelt ist. Und das mit den 18 Monaten. Und daß die untere Lohngruppe wegfällt."

Frage: Ich habe noch niemanden gefunden, der in Lohngruppe 1 ist ...

Eine etwas verlegene Antwort:„Ja , ..., es gibt da noch kleinere Betriebe ...

Frage: Lohngruppe 1 und 2 sind Frauenlohngruppen ?

„Meistens, ja."

Frage: Kennen Sie Männer in diesen Lohngruppen ?

„Nein."

Eine Gruppe von zehn Arbeitern

Niemand rührt sich. Nee, dagegen.

Frage: Ich will das nicht einseitig berichten. Niemand dafür ?

„Vielleicht der Betriebsleiter in der Hauptstelle!"

Frage: Wie wird das Ergebnis der Urabstimmung ?

„Nein!"

Noch eine Stimme dafür

„Ich bin zufrieden, mit wenigen Abstrichen. Die Prozente, das hätte ein paar Zehntel mehr sein können, find aber, daß man mit 5,0 Prozent auch zufrieden sein kann. Hätte sich nicht gelohnt, dafür noch zwei Tage zu streiken."

Frage: Glauben Sie, daß nicht mehr rauszuholen war ?

„Nein,ich werde für den Vertrag stimmen."

Frage: Was denken Ihre Kollegen ?

„Im großen und ganzen möchte ich sagen, daß die Kollegen genau derselben Meinung sind."

Frage: Welche Lohngruppe haben Sie ?

„Lohngruppe 12. In einem Heidelberger Großbetrieb."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:

Frieder Kern

ID-Telefon 0611 / 7 0 43 52

Aber es gibt kein Verfahren gegen ihn, die Klageerzwingung des Rechtsanwalts der Familie Lichtenberg wurde abgelehnt. „Das ist die vorläufig letzte Station," sagte RA Stille, „es kann die letzte überhaupt sein. Aber sobald neue Erkenntnisse bekannt sind oder man beweisen kann, daß die Ermittlungen zu falschen Schlüssen geführt haben, kann das Verfahren wieder aufgenommen werden. Die einzige Entschuldigung, die der Staatsanwalt gebracht hat, ist eben die, daß Herr Lörcher ohne Verschulden der Auffassung war, er befände sich in einer lebensgefährlichen Situation. Das ist, nach dem, was ich aus Zeugenaussagen und Akten entnehmen kann, nicht so gewesen. Zum Beispiel hat wohl der andere Polizeibeamte, Herr Becker, gleich nach der Tat gesagt:,Was hast du denn da für einen Scheiß gemacht? ' " Also war selbst der Kollege nicht ganz vom korrekten Verhalten Lörchers überzeugt — aber die Staatsanwaltschaft und das Oberlandesgericht, das die Klageerzwingung ablehnte.

Rechtsanwalt Stille zu den Ermittlungen:„Erstens: Lörcher ist nie gehört worden, er hat lediglich über seinen Anwalt eine Erklärung zu den Akten gegeben. Damit hat sich die Staatsanwaltschaft begnügt. Zweitens: Der Unfallort ist nie Gegenstand einer Ortsbesichtigung, geschweige denn eines Ortstermins gewesen. Man hätte den ganzen Vorgang rekonstruieren können, wenn man mal die einzige Zeugin dem Herrn Lörcher gegenübergestellt hätte. Drittens: Ramona Schröder, die Zeugin (Ramona war Peters Freundin und stand neben ihm, als er erschossen wurde) ist zweimal verhört worden. Das erste Mal hat sie gesagt, der Junge sei auf die Tür zugegangen und zwar von der Seite her. Erst auf dringendes Vorhalten der Polizei hat sie dann erklärt, er könne auch gesprungen sein. Daraus hat die Polizei entnommen, der Peter sei mit vorgestrecktem Arm auf das Fenster zugesprungen, so daß Lörcher durch die Scheibe annahm, er habe eine Waffe in der Hand. Die Aufklärung aber ist unterblieben. Ich glaube da, an Ort und Stelle, hätte man feststellen können, daß es so, wie es die Staatsanwaltschaft annimmt und Lörcher es zu den Akten gegeben hat, nicht gewesen ist.

Und, was vielleicht auch nicht ganz uninteressant ist — Herr Lörcher war nie ein Polizist im Einsatz bei Verbrechen. Trotzdem trug er eine Pistole. Ich zweifle daran, daß er überhaupt die Voraussetzungen mitbrachte, um bei einem solchen Einsatz mit der Waffe in der Hand, dabei zu sein. Wahrscheinlich auch ein Verschulden der Polizeibehörde, daß sie einen ungeschulten Mann, der wie sich ja gezeigt hat, die Nerven verliert, daß sie den nachts mit einer geladenen Pistole losschickt. Jetzt bleibt doch nur der etwas üble Nachgeschmack, allgemein — Lörcher ist ein Polizist gewesen — und es werden hier doch vielleicht seitens der Strafverfolgungsbehörde nicht die gleichen Maßstäbe angelegt, daß hier eben nicht die Objektivität gewaltet hat, die bei einem so tragischen Fall erforderlich gewesen wäre."

Zwei Schüsse im Hausflur

Daß Menschen erschossen werden, wenn die Polizei an der Arbeit ist, nachts in leerstehenden Häusern oder bei sogenannten Verkehrskontrollen, scheint mittlerweile zur Tagesordnung zu gehören, aber daß Polizisten auch zuhause schießen, muß erst noch bekannt gemacht werden.

In der Nacht zum 8. Januar starb in Frankfurt/Riederwald der 24jährige Klaus Beinert. Bisher ist nur bekannt, daß Beinert noch zu Freunden im Haus einen trinken gehen wollte, da die Kneipe unten zugemacht hatte. Offensichtlich verwechselte er den Klingelknopf vor der Wohnungstür mit dem Lichtschalter und rief deshalb, als sich niemand rührte. Daraufhin ging einen Stock tiefer eine Wohnungstür auf und der Kripo-Beamte Eppstein (von dem niemand wußte, daß er Polizist ist) brüllte, daß er jetzt Ruhe haben wolle oder er schmeiße den Störer raus. Klaus Beinert, schon einigermaßen angetrunken, ging daraufhin die Treppe hinunter und wollte klarstellen, daß das nicht so einfach sei. Dort traf er auf einen Menschen, der offensichtlich die Pistole schon in der Hand hatte. Ein Handgemenge entstand — wahrscheinlich wollte Beinert Eppstein am Schießen hindern — sie stolperten einen Treppenabsatz weiter nach unten. In diesem Moment kam Herr Marenk dazu, der von oben aus seiner Wohnung alles mit angehört hatte und Eppstein zu Hilfe kommen wollte, da er wußte, daß Beinert kräftiger war. Der erste Schuß fiel, als Marenk Beinert an der Schulter von Eppstein wegziehen wollte und der die Hand mit der Pistole loslassen mußte. Marenk wurde am Bauch getroffen, er hatte Glück: ein Streifschuß, der am Gürtel hängen blieb. In panischer Angst lief er zu seiner Wohnung zurück und rief die Polizei (denn daß sie schon dabei war, wußte er auch nicht). Als die Polizei eintraf lag Klaus Beinert sterbend vor der Wohnungstür Eppsteins, mit den Füßen noch in der offenen Tür. Zwischendurch war noch gesehen worden, wie Eppstein Beinert aus seiner Wohnung geschleppt hatte, alles das wieder ein halbes Stockwerk höher. Der zweite Schuß Eppsteins hatte Klaus Beinert tödlich getroffen.

„Ich bin da auf einen Fall gestoßen, wo sich die Sorgen der Leute, die mich beauftragt haben, eigentlich mit meinen eigenen Sorgen decken," sagt Rechtsanwalt Benthaus, der für die Familie Beinert den Fall vor Gericht bringen will. „Ich hab zwar nicht direkt juristisch mit ähnlichen Problemen zu tun gehabt, aber natürlich auch mit großer Sorge die Entwicklung verfolgt, daß immer weniger Polizisten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, und ich sehe darin eine sehr gefährlich politische Entwicklung. Denn der Polizeiapparat, der in der letzten Zeit, auch aufgrund der politischen Entwicklung in der BRD, immer unkontrollierter geworden ist, droht sich in einzelnen Bereichen zu verselbständigen. Nur eine scharfe Kontrolle kann gefährliche Entwicklungen dahingehend, daß Polizisten auf Bürger losgehen und auch mit der Konsequenz, auf sie zu schießen, stoppen. Es geht darum, daß diese Polizeibeamten nicht vom Staatsapparat, von der Justiz gedeckt werden, denn das würde die Entwicklung in Richtung Verselbständigung und schärferes Auftreten noch vorantreiben.

Den Angehörigen von Klaus Beinert war zu meinem Erstaunen von Anfang an klar, daß die Tatsache, daß der Schütze ein Polizeibeamter war, eine Besonderheit des Falles bedeutet, daß sehr große rechtliche Schwierigkeiten auf sie zukommen werden. Sie sind empört, daß der Schütze sich noch auf freiem Fuß befindet und sie sind empört über die Hetze, die in einigen Presseorganen, vor allem in der Bildzeitung und der Abendpost Nachtausgabe gegen den Klaus Beinert losging, wo dem Polizisten von Anfang an eine Notwehrsituation zugebilligt wurde. Die Angehörigen gingen immer schon richtigerweise von der Einschätzung aus, daß, wenn einer in einer Notwehrsituation war, dann doch wohl der Klaus Beinert. Sie machen sich sehr große Sorgen (Ein Staatsanwalt hatte gesagt, daß er verstehen könne, daß Eppstein gleich geschossen habe, denn der sei ja schon mal überfallen worden und ihm sei gedroht worden), daß das nicht mit rechten Dingen zugehen könne.

Ein weiterer Punkt, der die Angehörigen beunruhigte, war, daß ihnen aus der Presse bekannt war, daß es in letzter Zeit eine Reihe von ähnlichen Fällen gegeben hatte, wo Polizisten, zum Teil im Dienst, zum Teil außer Dienst, Menschen lebensgefährlich verletzt haben oder töteten, und daß eben diese Polizeibeamten weiter im Dienst sind, und die Gefahr besteht, daß sie weiterhin wild um sich schießen. Und sie befürchteten eine ähnliche Entwicklung im Fall Beinert."

Der Fall ist mittlerweile in Händen des Frankfurter Staatsanwalts Seifert. Ermittelt wird zusammen mit Beamten des Landeskriminalamtes — bis Ende April, so Seifert, soll die Entscheidung fallen, ob ein Verfahren gegen Eppstein eröffnet wird, oder nicht.

Kontakt: ID

RECHTSANWALTSKAMMER MÜNCHEN ZU VERTEIDIGERKONTROLLEN

MÜNCHEN, 4. April 78 *In einer Presseerklärung äußert sich der Vorstand der Rechtsanwaltskammer München zu den Kontrollen, die der Pflichtverteidiger Rolf Pohles über sich ergehen lassen mußte:*

"Pohles Pflichtverteidiger mußte bei einem Besuch seines inhaftierten Mandanten neben der bisher üblichen Kontrolle die Schuhe ausziehen und die Hose herunterlassen.

Die Rechtsanwälte haben dafür Verständnis, daß außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen notwendig machen, auch wenn diese Maßnahmen nur aufgrund des Verhaltens ganz weniger Anwälte veranlaßt scheinen, die ihre Verteidigerrechte mißbraucht haben sollen. Die Anwaltschaft und die Bevölkerung haben die Beschränkung einer Reihe von Rechten des Verteidigers und des Bürgers auf den Verteidiger hingenommen in der Erwartung, daß die staatliche Gewalt diese Beschränkung im Rahmen ihres Ermessens pflichtgemäß ausübt.

Wir können nicht zulassen, daß Maßnahmen, die offenkundig nicht in der Person des Rechtsanwaltes, sondern allenfalls in der Person des Angeklagten ihren Anlaß haben, Argwohn gegen die Institution des Verteidigers entstehen lassen.
Wir können auch nicht zulassen, daß ein Rechtsanwalt in unerwünschte Nähe zum Angeklagten gerückt wird. Die hier durchgeführte entwürdigende Kontrolle des Verteidigers, die im Zusammenhang mit dem bei dem inhaftierten Pohle durchgeführten Kontrollen auch überflüssig waren, gehen weit über das hinaus, was der Gesetzgeber jüngst im Bundestag beschlossen hat.

Die Grenzen der Kontrollmöglichkeit können nicht allein in der technischen und organisatorischen Machbarkeit gesehen werden; sie liegen dort, wo dem Verteidiger als Organ der Rechtspflege seine Tätigkeit unverhältnismäßig erschwert wird und letztlich dort, wo die nach dem Grundgesetz dem Schutz aller staatlichen Gewalt anheim gegebene unantastbare Würde des Menschen tangiert wird."

Vielleicht gibt es ein paar Verteidiger, die ihre Rechte mißbraucht haben. Aber wer außer den Deutschen käme auf die Idee, wegen drei Anwälten gleich das ganze Strafgesetzbuch umzuschreiben? Jeder kleine Hausbesitzer versucht hierzulande, aus seinen Launen eine Vorschrift zu machen, und jeder Interessengegensatz, gleichgültig ob es um einen Parkplatz geht oder um ein Parteiprogramm, wird am Ende immer vor Gericht ausgetragen. Neulich habe ich in der Zeitung gelesen, daß eine Frau doch tatsächlich verklagt wurde, weil sie bei der Liebe zu laut stöhnte.
aus: P. Schneider, "...Schon bist Du ein Verfassungsfeind".

MENSCHENRECHTE AUF DEM PAPIER ...

FRANKFURT, 4. April 78 Nachdem die Bundesregierung aus taktischen Gründen davon abgesehen hat, mit strafrechtlichen oder polizeilichen Mitteln gegen das Russell-Tribunal vorzugehen, bemüht sie sich durch Öffentlichkeitsarbeit die Wirkung des Tribunals zu neutralisieren. Vor kurzer Zeit veröffentlichte das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Justiz eine Broschüre mit dem Titel "Der Schutz der Menschenrechte in der Bundesrepublik".

Peinlich um internationale Würdigung als "freiheitlichstes Land Europas" (Maihofer) bemüht, feiert der Inhalt der Broschüre die Erfüllung der Menschenrechte, wie sie im UNO-Dokument "internationaler Pakt über persönliche und politische Rechte" gefordert werden. Wie schon das Titelblatt der benannten Broschüre zeigt, auf dem ein Exemplar der Grundgesetze in der Aufmachung einer Mao-Bibel abgebildet ist, soll die Druckschrift die Übereinstimmung der bundesdeutschen Verfassung mit den internationalen Menschenrechten beweisen. Man kann diesen Beweis als gelungen ansehen, wenn man davon absieht, daß es einen "rechtfertigenden Notstand", oder auch eine "übergesetzliche Gefahrenlage" gibt, die seit 1972, in letzter Zeit immer öfter zur Legitimierung von Strafrechtsänderungen und zur Schaffung von Sondergesetzen dient, welche auf diese Weise die staatlichen Organe jeder verfassungsmäßigen Kontrolle entziehen. Wobei die Frage noch nicht gestellt ist, ob sich die staatlichen Organe überhaupt an die Gesetze halten. Solchermaßen beschlossene Sondergesetze gibt es mittlerweile 16, an deren Spitze das Kontaktsperregesetz steht, bei dessen Gegenüberstellung mit den Menschenrechten der Vergleichende vorher ein herzstärkendes Mittel einnehmen sollte.
Rechtsanwalt Karl-Heinz Weidenhammer mußte sich schon im letzten Jahr als Verteidiger im Prozeß gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras darüber belehren lassen, daß der von der Bundesrepublik mitunterzeichnete "internationale Pakt über persönliche und politische Rechte" für die Bundesrepublik nicht bindend sei, da die bundesrepublikanischen Gesetze den Vorrang hätten. Von ihm stammt der folgende Brief an das Pressereferat des Bundesjustizministeriums:

"Druckschrift 'Der Schutz der Menschenrechte in der Bundesrepublik'

Sehr verehrte Damen und Herren!
Ich bitte um Klarstellung, ob es sich bei der vorbezeichneten Druckschrift tatsächlich um einen Bericht der Bundesregierung oder um ein Falsifikat handelt.

In schwarzrotgoldener Umrahmung auf dem äußeren oberen Teil des Einbandes wird der o.a. Titel der Druckschrift fettgedruckt hervorgehoben, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ferner in tiefroter (sic!) Farbe wiedergegeben und schließlich erscheint das Staatswappen täuschend ähnlich nachgebildet.

Für ein Falsifikat spricht darüberhinaus ein auf 64 Seiten verbreiteter Forderungskatalog, in dem die Hersteller u.a. den Schein erwecken, Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel habe faksimiliert die Behauptung verbreitet, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 sei auch in der Bundesrepublik Deutschland wirksam und deshalb das wichtigste Instrument zum Schutze der Menschenrechte.

Für eine unverzügliche Benachrichtigung bedanke ich mich.

Mit freundlichen Grüßen!
Weidenhammer
(Rechtsanwalt"

LEITER DER JVA BOCHUM SENDET "ZU SEINER ENTLASTUNG" IDs ZURÜCK

FRANKFURT/BOCHUM
17. März

Brief vom Leiter der Justizvollzugsanstalt Bochum:

„Sehr geehrte Damen und Herren! *(gemeint sind wir).*
Ich habe die von Ihnen herausgegebene Zeitschrift 'Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' ab der Ausgabe Nr. 217 (18.2.1978) vom Bezug ausgeschlossen. Die mir vorliegenden Ausgaben gerichtet an die Strafgefangenen Norbert Fleschmann und Georg Westermann – Nr. 217 bis 220 – sende ich zu meiner Entlastung zurück.

Von der oben genannten periodisch erscheinenden Zeitschrift mußte ich bereits zahlreiche Ausgaben von der Beförderung ausschließen. Diese Ausgaben enthalten zu einem ganz wesentlichen Teil keine Informationen, sondern Agitation in Form von unsachlichen Angriffen gegen die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. Dabei wurden deren Organe verunglimpft und u.a. die Vollzugsbehörden als Handlanger von Mördern hingestellt. Es ist davon auszugehen, daß die Zeitschrift auch in ihren zukünftigen Ausgaben diesen staatsfeindlichen Charakter beibehalten wird, solange sich für eine Änderung der Zielsetzung und des Redaktionsstils keine Anhaltspunkte ergeben.

Durch die Aushändigung solcher Zeitschriften an hier einsitzende Strafgefangene sehe ich das Ziel des Vollzugs sowie die Sicherheit und Ordnung der Anstalt als erheblich gefährdet an. Den Strafgefangenen, die Ihre Zeitschrift bezogen haben, ist meine Entscheidung zur Kenntnis gebracht worden.
In Vertretung".

Einige Beispiele von Artikeln aus den Nummern 217 und 218, an denen sich der Herr Leiter gestoßen hat:
Nr. 217, S. 7: Faschistische Schläger jetzt auch an der Erlanger Uni.

"Es ist zwar schon ca. zwei Wochen her mit der Schlägerei mit den Faschisten in der Erlanger Mensa, aber trotzdem schicke ich Euch noch einen Bericht darüber. Ich glaube nämlich, daß es wichtig ist, die Information über die Sachen ziemlich zu verbreiten, nachdem die Neonazis eben immer häufiger und von den Bullen geduldet aufzutreten scheinen. In diesem Fall scheint es sich um eine recht neue Bande zu handeln. Ob Verbindungen zum Nürnberger Nazi Hoffmann und seiner Wehrsportgruppe bestehen, wissen wir noch nicht. Das ganze kam für uns recht überraschend und unerwartet."

S. 11: Der aktuelle Stand der Grohnde-Prozesse:

"Der Antrag wird abgelehnt. Nach der Mittagspause wird dann als erster Zeuge der Obereinsatzleiter vernommen, der aber praktisch 'nichts' aussagt, da er eine Aussagebeschränkung hat. Der Richter wird zunehmend immer nervöser, so daß er die Zuschauer nach einem Zwischenruf ('das ist Unrecht, was hier geschieht') rausräumen ließ. Die Bullen setzen dabei Körpergewalt und Schlagstock ein. Nächster Termin am 13.2.."

Dem Leiter waren selbstredend auch sämtliche Artikel über Haftbedingungen aufgefallen. Die meisten davon mochte er verständlicherweise nicht durchgehen lassen. So Nr. 217, S. 15, Haftbedingungsgruppe, S. 16, Selbstmorde im Reform-Gefängnis Fuhlsbüttel, Nr. 218, S. 25, Mord? Tod eines Gefangenen im Zuchthaus Nürnberg.
Aus Nr. 218, S. 17, Faschisten-Kundgebung verhindert, mißfiel dem Leiter der Absatz, der beginnt: "Bemerkenswert war das Verhalten der Bullen."
Im Bericht auf Seite 12 über die Erschießung von Peter Lichtenberg, ein Jahr danach wurden die Passagen beanstandet, die von Todesschützen sprechen und von der Gefährlichkeit der Polizei: "Wer heute die Polizei holt, um Kinder aus einem leerstehenden Haus vertreiben zu lassen, ist nicht mehr einfach nur der ordnungswütige Passant oder Nachbar, er macht sich auch mitschuldig an dem, was dann passieren kann."
Und natürlich wieder ein Artikel zum Buback-Nachruf, S. 7 Trauerpflicht?
Auch Tunix-Berichte mag der Herr Leiter nicht. Im Nachdruck aus Politique Hebdo strich er Guy Hocquenhem alle Pfui-Worte an: Deutschland ist das Land, in dem in Stammheim getötet wird,... Barbaren, finale Polizeijagd, Hexenjagd, all das sind Verunglimpfungen, die seinem Gefangenen-Schützling vorenthalten werden müssen. Er sollte sich mal anhören, was der zu sagen hat. Höhepunkt der amtlichen Streichungskampagne ist jedoch die Streichung des Artikels der Homosexuellen Aktion Lübeck über "Bundeswehr – Nein danke". Nr. 218, S. 15.
Wahrscheinlich wegen Wehrkraftzersetzung.

"Der ID ist ein hetzerisches Blatt"

In einem Brief, der uns von einem Gefangenen aus einem deutschen Gefängnis erreichte, heißt es unter anderem:

"Ich hatte uch einige male versucht, den ID zu bekommen, ist jedoch nach "Ansicht und Beschluß" des Justizminiteriums Baden-Württemberg verboten, wobei ich jedoch bisher dieses Verbot noch in keiner Weise schriftlich sah. Angeblich kommen solche Dinge hier in die Hausakten. Der Schriftverkehr mit dem ID wurde mir ebenfalls untersagt, also auch mit der REdaktion.

ID wurde mir ebenfalls untersagt, also auch mit der Redaktion.
Dabei wurde begründet:"Der Schriftverkehr,.Kontakt und auch der Bezug zum und des Informationsdienstes in Frankfurt ist verboten. Der Frankfurter Informationsdienst ist eine staatswidrige Vereinigung und eine kriminelle Gruppe, die unter anderem auch erwiesen bei dem Tod des Anstaltsleiters in der JVA Butzbach mitwirkten." Der ID selbst sei ein hetzerisches Blatt und der Inhalt rufe zu Straftaten auf, sei gesetzeswidrig und gefährde die Sicherheit und Ordnung des Vollzugs und der Anstalt und sei vollzugsgefährdend. "Zudem hat der negative Einfluß des Informationsdienstes in Frankfurt auf Gefangene schadhafte Wirkung und rege zu Straftaten an und zu Aktionen gegen den Staat und der Justiz."

INITIATIVE GEGEN NPD–PARTEITAG

3. April 1978

Am 15./16. April soll in Aalen-Wasseralfingen, Ort eines ehemaligen KZ-Auffanglagers, ein NPD-Landesparteitag stattfinden. Nach dem Bekanntwerden dieser Provokation hat sich ein antifaschistisches Komitee gebildet, in dem Mitglieder vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Jugendorganisationen, den Verfolgten des Nazi-Regimes, der Deutschen Kommunistischen Partei, dem AStA der Fachhochschule Aalen, der Deutschen Friedensgesellschaft und viele unorganisierte Mitarbeiter (insgesamt 60 Leute) teilnehmen.

Da sich die NPD auf das Parteiengesetz beruft, ist von den ängstlichen Stadtvätern keine Reaktion zu erwarten, deshalb sind folgende Aktivitäten geplant:
– am Samstag, den 15. April ein Infostand
– am Sonntag, den 16. April eine Gegendemo
Start 13.00 Uhr Spritzenhausplatz Aalen
Wer Informationen zu unseren Aktionen haben möchte, kann sich an die Kontaktadresse wenden:
Matthias Herrmann
Steinhalde 10
7080 Aalen – Dewangen
Tel. 07366 / 6060

Ein bretonischer Fischer reinigt das Meer

ÖLPEST IN DER BRETAGNE

–JETZT IST DA NUR NOCH ZÄHER BREI

200 km Küste versaut, Le Cotentin und die engl. Kanal-Inseln bedroht. Alle Tanks des liberianischen Tankers Amoco Cadiz sind beschädigt und die ursprünglich verbliebenen 50.000 Tonnen Erdöl sind mit Hilfe eines Bombenangriffes ausgeflossen. Somit ist nach dem Auflaufen des Tankers auf die Felsen von Portsall das Schlimmste eingetreten. Die Fischer von Portsall, die die Örtlichkeiten bestens kennen, mit ihren Tiefen und gefährlichen Strömungen, haben nie daran geglaubt, daß man das Öl aus der Amoco Cadiz herauspumpen könnte. Warum also haben die zuständigen Behörden eine Woche lang glauben machen wollen, man könne der Katastrophe entgehen? Es ging zweifellos darum, zu beschwichtigen, Zeit zu gewinnen und die völlig mangelhafte Vorbereitung zu verschleiern. Die wenigen Mittel, die im Kampf auf den Stränden eingesetzt werden, sind wahrlich bestürzend. Elf Jahre nach der Torrey Canyon weiß man immer noch nicht, wie eine Ölpest zu bekämpfen ist. Auf dem Wasser kann man nur Bindemittel einsetzen, über deren Schädlichkeit sich die Spezialisten klar sind. Auf den Stränden und den Felsen ist man wieder einmal darauf angewiesen, in monatelanger Kleinarbeit den Ölschlick abzutragen. 500 Tonnen sind insgesamt in zwei Tagen in der Gegend von Portsall entfernt worden.

Wie vor elf Jahren sind auch wieder die Seevögel von „Sieben Inseln", dem bedeutensten Naturschutzgebiet für Seevögel, betroffen. Es gibt dort 250.000 davon. Die Vogelkundler schätzen, daß man nicht einmal 10 Prozent wird retten können. In Perros Guirrec, wo man eine Klinik für die ölverpesteten Vögel eingerichtet hat, sprach der Vorsitzende des Vogelschutzbundes von einem regelrechten Massaker.

Was für Vögel gilt, gilt gleichermaßen für die Meerestiere und -pflanzen. Man hat errechnet, daß es nach der Torrey-Canyon-Katastrophe an manchen Stellen 10 Jahre gedauert hat, bis die Meerespflanzen wieder nachgewachsen sind. Und dieses mal ist die Katastrophe noch sehr viel schwerer.

Nach der Bombadierung der Schiffes, werden nun auch die Felsen von der grossen Flut der Tages- und Nachtgleiche bedeckt werden.

Auf einem der Strände von Portsall, hinter der Hafenmolde, hat das Öl in einer Dicke von 10 cm das Wasser verdrängt. Das unsichtbar gewordene Meer dient nur noch dazu, das Rohöl zu verteilen, das wie flüssiges Metall brodelt, die Wellen einebnet und verdeckt. Ja nicht einmal mehr das Brausen des Meeres ist zu hören: statt dessen hört man ein sattes Pfeifen und das Brechen der Wellen ist ersetzt worden von einem unheimlichen Gleiten des Schweröls und dem klatschenden Geräusch aufplatzender Blasen im Öl. Die fassungslosen Fischer erkennen ihren Ozean nicht mehr wieder.

Man kann jetzt schon sagen, daß der Schiffbruch der A.C. die gigantischte ökologische Katastrophe der Geschichte darstellt. Der Staat zeigt seine Unfähigkeit, erfolgreich handeln zu können, steht der Situation hilflos gegenüber und flüchtet sich in Beschwörungen, Palaver, gelehrte Reden, Schlußfolgerungen, Analysen, Schaumschlägereien über eine Situation, die jeder hier klar verstanden hat. Während eine Pressekonferenz der anderen folgt und Tanklastwagen zu Dutzenden herangeschafft werden, sind die Küstenbewohner darangegangen, ihre eigene Rettung selber in die Hand zu nehmen.

Auch nach einigen Tagen hat sich das Schauspiel in Portsall nicht verändert. Die Hilfsmittel sind genauso lächerlich geblieben, die Verantwortlichen des Plans „POLMAR" genauso hilflos und die Pumpen pumpen mehr Wasser als Öl ab, wie einige Techniker nach genauem Hinsehen mitteilten. Dafür sind aber Dutzende von Bereitschaftspolizisten in das Küstengebiet eingefallen. Sie sperren Straßen ab und hindern „Schaulustige" an der Durchfahrt. Zahlenmäßig sind sie den wenigen Soldaten, die das Öl abpumpen, hoch überlegen. Die Polizei-Einheiten sind so zahlreich, daß jeder gefüllte Tank-Lastwagen, der Öl nach Brest fährt, von mindestens 3 Motorrad-Polizisten begleitet wird. Eine neue Form von „Schwarze Flut" (wegen ihrer schwarzblauen Uniformen; Anm.)

DIE JAUCHE – WAGEN

In der Gegend von Roscoff, mitten im Gemüse-Anbaugebiet, organisieren die Leute sich selbst. Die Stadtverwaltungen des Küstenstreifens hatten sich entschieden, die Bauern zu Hilfe zu rufen. Auf dem Marktplatz von Santec gab es ein beeindruckendes Schauspiel: aus allen benachbarten Gemeinden waren dutzendweise Traktoren an die Küste gekommen. Mit den Rohren, mit denen sie normalerweise Jauche pumpen, pumpten sie jetzt das Öl ab. In den Jauchewagen wurde die Brühe in die Dünen gefahren, wo man Gräben ausgehoben und mit Plastikplanen ausgelegt hatte. Von dort aus wurde dann der Ölschlick in Tank-Lastwagen gepumpt und abgefahren.

„Wir schlagen uns hier selber durch, ohne darauf zu warten, daß nach dem Plan POLMAR für uns entschieden wird. Zwischen uns Bauern und den Hilfsmannschaften läufts ganz gut. Gestern nachmittag haben wir ganz alleine 200 Tonnen Ölschlick abgepumpt. Das einzige, was wir vom Plan POLMAR wollten, waren Tank-Laster, die fehlten uns hier. Und heute haben sie aus Angers, aus Rennes, aus Vannes, aus Nantes und sonstwoher soviele hergeschickt, daß wir nicht mehr wissen, was wir damit anfangen sollen."

Immerhin war es für die Bauern keine einfache Entscheidung, ihr Material zur Verfügung zu stellen. Denn in der Tat ist das Risiko groß, daß es durch Öl und Salzwasser zerstört wird. „Trotzdem haben wir nicht gezögert, zu kommen. Halt 'ne Frage von Solidarität. Wir und unsere Kohlköpfe sind außerdem auch betroffen. Aber viel können wir nicht ausrichten, gerade eben das abpumpen, was so ankommt. Wir bräuchten 100mal mehr Zeug um zurechtzukommen."

Hinzufügen kann man noch, daß die Bauern, die haufenweise bereit sind, den Kampf gegen die Zerstörung zu führen, nicht sicher sein können, eine Entschädigung zu erhalten oder ihre vielleicht zerstörten Geräte ersetzt zu kriegen. Frühere Erfahrungen zeigen, daß man eventuellen Versprechungen von Entschädigungen

nicht allzusehr trauen kann: ein Jahr nach dem Schiffbruch des ostdeutschen Tankers Bochlen warten die Seeleute von Ile de Sein, die der Mannschaft zu Hilfe gekommen waren, immer noch auf ihre Entschädigung.

DIE STEINESCHIEBER AN DER FRONT

Die Front stabilisiert sich entlang der Küste. 1500 Soldaten sind bereits am Werk und andere werden noch bald dazukommen. Im Operationshauptquartier in Ploudalmezeau, einige Kilometer von der Zone, wo jetzt eifrigst geschaufelt wird, ist die Aktivität wesentlich weniger fieberhaft. Die zivilen "Generale" Becam und Gerondeau, sind für zwei Tage ins Hinterland, nach Paris, zurückgekehrt. Der Krieg wird lang sein. Das ist ein Grabenkrieg, der Feind infiltriert alle Ritzen und Spalten. Das Manöver wurde "Polmar" getauft. Ich habe alles getickt, als ich den Oberbefehlshaber gesehen habe, wie er fast in voller Montur im Restaurant gegessen hat. Im Drillich ergraute Colonels lassen, wenn sie in Tischgesellschaft sind, weigerlich an eine Szene aus dem "Diskreten Charme der Bourgeoisie" denken.

Ein dicklicher Colonel in blauer Marineuniform, einer von den ganz trockenen, Würde ausstrahlend mit seinen weißen Haaren: Das ist der Chef der Bande, er ist es, der die Soldaten dirigiert, die im Ölschlamm herumpatschen. Es ist 22 Uhr. Sie machen die Bilanz des Tages. Und von was spricht man am Tisch? Vom Ölfeind? Ganz und gar nicht! Zuerst kramt man alte Erinnerungen aus: Indochina, Algerien. Man erzählt sich Geschichten aus den Offizierskasinos.

Der Plan "Polmar" draußen im Feld, das sind z.B. die 40 Rekruten, die auf einer Düne herumsitzen in Erwartung der Pumpen, die nicht ankommen wollen.

Ein wenig weiter, am Strand, stecken die Schaufeln so im Ölschlamm, wie die Gewehrpyramide der Soldaten in Etappe, verstreute Netze, Tonnen. Schleppkähne, Tauchewagen oder Kesselwagen dagegen gibt es nicht für diese Brigade. Diese Rekruten sind ja auch nicht dümmer als andere. Als sie gesehen haben, daß das, was sie hier taten, zu absolut nichts nütze war, haben sie sich halt hingesetzt. Die Bürgermeister stellen den Sinn der chaotischen Freiwilligenhilfe in Frage. Sie haben ohne Zweifel recht! Aber nach dem Stand der Dinge, was sollen sie mit den organisierten Freiwilligen machen? Koordiniert von einem Zivilisten, aber mit im Wesentlichen militärischen Personal, ist der Plan "Polmar" nicht in der Lage sich um die Freiwilligen zu kümmern, wenn sie massenhaft anreisen. Zur Zeit beschränkt sich das Ministerium für Jugend und Sport damit sie zu zählen!

Was erreicht nun der Plan "Polmar"? In Bezug auf das Meer selbst sind seine Resultate quasi null. Quest-France zitiert Marc Becam (ziviler Einsatzleiter von "Polmar": "Fehlschlag der Ölsammelaktionen auf dem Meer, die Hoffnungen ruhen auf den Küstenoperationen". Man sieht, was davon zu halten ist. Die Bilanzen nennen beeindruckende Zahlen der mobilisierten Menschen, über die Summe der Einsatzstunden und die 13000 m3 Wasser–Ölgemisch, die inzwischen eingesammelt wurden. Und das ist alles. Aber besitzen etwa die Bürgermeisterreien ein Exemplar des Plans "Polmar", um zu wissen was im Notfall zu tun ist? Nein, nichts, aber auch gar nichts. In diesem vom Staatsgeheimnis besessenen Land kann man nichts vernünftiges gegen einen gekenterten Tanker unternehmen. Schlimmer, man weiß, daß man nichts weiß. "Le Monde" stellt fest, daß es den Bericht einer Kommission gibt, der die Ineffektivitäten feststellt. Man hat es nicht für gut befunden, den Plan zu veröffentlichen.

SAMSTAG IN FÜNF BRETONISCHEN STÄDTEN

Die Mobilisierung gegen die Ölpest breitet sich jetzt nicht mehr weiter in der Bretagne aus. Selbst wenn hier und da noch Initiativen von verschiedenen Gruppen ergriffen werden. Am Samstag, 2. April, hat die Bevölkerung praktisch an keiner der Demonstrationen teilgenommen, zu denen die Gewerkschaften aufgerufen haben und zu der in Saint Malo, Lorient, Saint Brieux und Morlaix nicht mehr als 1000 Personen gekommen waren. Die einzig wichtige Demonstration hat in Brest stattgefunden. Dort haben 7000 - 8000 Personen daran teilgenommen. Aber dennoch, selbst in diesem Fall war die Menge nur zweimal weniger zahlreich als eine Woche vorher am Ostermontag auf dem Place de la Liberte. Ist diese Zurückhaltung nun der Anfang der Erschöpfung, der Lethargie, oder eine implizite Kritik der beschränkten Ziele, die von den Gewerkschaften und den linken Parteien vertreten wurden. Es scheint, daß bei der Demonstration in Brest alle diese Faktoren zusammmen eine Rolle spielten. Die Reden der lokalen Führer von CGT, CFDT und FEN (Lehrergewerkschaft) auf der Demonstration konnten die Stimmung nicht umschwenken. Zwar denunzierten sie die karitativen Hilfsangebote und forderten ausreichende Entschädigungen und wirksame Mittel zur Reinigung der Küsten, aber sie sind bei den bis jetzt traditionellen Forderungen stehengeblieben, die sich seit dem Kentern des Öltankers nicht weiter entwickelt haben. Es ist ziemlich offensichtlich, daß die Gewerkschaften diese Demonstration hauptsächlich deshalb organisiert hatten, um zu beweisen, daß sie "an der Ölfront präsent waren und daß sie nicht in der Lage waren etwas zu unternehmen, was die tieferen Ursachen dieses Unfalls in Frage stellte. Unter diesen Umständen ist nicht erstaunlich, daß in Brest am Ende der ersten Demonstration sich eine zweite mit zwei bis dreitausend Personen entwickelte, die zur Festung ausgebaute Marinepräfektur zogen. Zweifellos werden auch hier die offiziellen Stellen und auch anderswo wieder davon sprechen, daß es sich um "Autonome" gehandelt habe. Aber auch wenn die ersten Reihen dieser Demonstration sehr entschlossen auftraten, so war doch der größere Teil zuerst dem Aufruf der Gewerkschaftsorganisationen gefolgt und wollte jetzt damit ausdrücken, daß ihr Widerstand gegen die Ölpest sich auch gegen die Militarisierung und gegen die "Nuklearisierung" der Bretagne richtete.

Diese zweite Demonstration hätte sicher, abgesehen von einigen zerbrochenen Fensterscheiben bei Präfektur und Polizeistation, friedlich geendet, wenn die Gendarmerie nicht sehr schnell, ohne konkret bedroht zu sein, große Mengen von Tränengasgranaten eingesetzt hätte. Die Demonstration verließ deshalb die Marinepräfektur und begab sich, obwohl die Zahl der Teilnehmer abnahm, zur Unterpräfektur. Die dort aufgestellten CRS (Spezialeinheit der Polizei) begann sofort zu knüppeln, sowie Tränengas und Offensivgranaten (bekannt durch Malville) zu werfen. Es ist fast ein Wunder, daß es keine Schwerverletzten im Verlauf dieser zweistündigen Schlacht gab. Die sehr zahlreichen Polizisten waren die Offensivgranaten auch in enge Straßen und gezielte Schüsse von Tränengasgranaten provozierten eine allgemeine Panik. Dieses brutale Vorgehen der Polizei ist nur die Fortsetzung anderer Einschüchterungsversuche, wie Razzien in Cafes, Kontrollen der Teilnehmer an Versammlungen usw.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

Nach dem ersten Schock über die Ölkatastrophe und die Unfähigkeit wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, kommt es immer häufiger zu spontanen Veranstaltungen und Demonstrationen, die die Wut gegen die Verantwortlichen ausdrückt

In Brest ziehen Demonstranten, überwiegend Schüler und Studenten, aber auch junge Arbeiter und Arbeitslose vor die Marinepräfektur und werfen ölverschmierte Kadaver von Vögeln und Fischen vor das Gebäude.

Die Universitäten und Schulen in der Bretagne beschließen den Streik und gehen an die Küste, um bei den Rettungsarbeiten zu helfen. Ein Aufruf der Schüler und Studenten, in der gesamten Bretagne zu streiken, bleibt ohne Resonanz, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Gewerkschaften und linken Parteien auffällig zurückhalten.

In Paris wird für kurze Zeit eine Niederlassung der Shell France von Ökologisten besetzt. Gleichzeitig verbreiten sie zusammen mit einem Verbraucherverband einen Aufruf die Shell–Produkte für einen Monat zu boykottieren. Dagegen sprechen sich verschiedene Gewerkschaften aus mit der Begründung, daß dieser Boykott auch die Arbeiter und Angestellten der Shell–France treffen würde. Die Shell–France reagiert darauf mit einer Schadensersatzklage von über 1 Mill. Franc gegen die Unterzeichner des Boykotts, da nicht sie, die Shell–France, sondern die Royal Dutch Shell den Tanker gechartert hätte. Die Summe will sie großzügigerweise den Opfern der Ölpest zur Verfügung stellen.

In Marseille wird bei einer Ausstellung über Ölsuche und die dabei angewandte Technologie von Demonstranten einige Barell Öl in die Ausstellungsräume gekippt.

Am Ostermontag findet in Brest eine Demonstration von 20 000 Teilnehmern statt, zu der 17 Organisationen aufgerufen haben, angefangen von der trotzkistischen LCR bis hin zu CGT und der KP. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Die privaten Rundfunksender Europe 1 und 2 verbreiten einen Aufruf zu einer nationalen Hilfsaktion in der Bretagne. Sie fordern auf Materialien für die Rettungsarbeiten zu sammeln und sich an den Rettungsarbeiten zu beteiligen.

EIN HUPENDES BETT UND EINE NEUE BÜRGER–INITIATIVE

DORMAGEN
3.April 1978

Nach gut halbjähriger Vorbereitungszeit fand in Dormagen eine Aktionswoche statt, die mit der Gründung der Bürgerinitiative "Gewaltfrei gegen Atomkraftwerke" beendet wurde. Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner Gruppe Dormagen verstehen ihre Arbeit schon seit längerem als Kampf gegen jede Form von Gewalt und beschränken sich deshalb nicht nur auf Antimilitarismus. Da es in Dormagen bisher keinen organisierten Widerstand gegen Atomkraftwerke gab, übernahmen sie seit Monaten mit verschiedenen , zum Teil spektakulären Aktionen die Initiative.

Die Aktionswoche begann mit einer Demonstration, bei der ein elektrisches Bett mitgerollt wurde. Ein Herr der Industrie pries in einem Theaterstück Elektrogeräte jeder Art einschließlich des Bettes an. Als sich ein "Passant" zum Schlafen legte, fing das Bett an zu blinken und zu hupen; durch einen technischen Defekt verstarb der Passant.

Sonntags wurden vor allen Dormagener Kirchen Mahnwachen zur Gefährlichkeit der Atomenergie gehalten, bei denen es vor allem mit älteren Leuten zu sehr guten Gesprächen kam.
Ein Filmabend in einer Kneipe mit "Lovejoy's Atomkrieg" brachte ein volles Haus, mager besucht war dagegen eine öffentliche Veranstaltung mit einem RWE– und einem BBU-Vertreter (Bürgerinitiativen) zum Thema: Energie sparen – aber wie?

Was passiert beim Unfall in einem Atomkraftwerk in der Umgebung Dormagens? Auf diese Frage erhielten Passanten an mehreren Plätzen Auskunft, als sie sich ein Straßentheater ansahen. Katastrophenalarm kam durch eine (luftalarm-ähnliche) Sirene auf, Passanten fielen auf der Straße um. Eine "Radioansage des WDR" kam so lange, bis der Ansager immer leiser und die Sendung vom NDR übernommen wurde. Zwei Personen in Strahlenanzügen überprüften die Verseuchung der Umherliegenden (der Geigerzähler wurde immer schneller) und verpackten die "Leichen" in Plastiktüten mit der Aufschrift "Vorsicht Radioaktiv!". Währenddessen forderte der Radiosprecher weiter auf, Ruhe zu bewahren.

Ein Energiesparfest mit über 100 vorwiegend Jugendlichen war der Abschluß der Veranstaltungsreihe.

Dann wurde vor der RWE–Kundenzentrale die Bürgerinitiative gegründet. Nach einer kurzen Ansprache stellten sich alle, die in die Bürgerinitiative eintreten wollten, mit Namen, Alter und Beruf vor; es war die doppelte Anzahl der Mitgliederzahl der DFG–VK–Gruppe. Drei fünf Meter lange, helium-gefüllte Müllschläuche mit dem Namen der Bürgerinitiative stiegen in den Himmel. Anschließend zogen alle mit einem Bett, in dem eine Schlafmütze lag, und der Aufforderung "Dormagen! Aufwachen!" in ein Jugendheim zum Kaffeetrinken. Durch ein Spiel wurden persönliche Angaben und politische Meinungen ausgetauscht. Beim nächsten Treffen wird gemeinsam ein Aktionsprogramm erstellt.

Kontakt:

BI Gewaltfrei gegen AKW
c/o Rainer Prätorius
Jussenhovener Str. 10
4047 Dormagen 1

HAUSDURCHSUCHUNG WEGEN BRIEFMARKE

Berlin, 3. April 1978

Am 29. März wurde bei einer Redakteurin der Berliner Frauenzeitung Courage eine Hausdurchsuchung wegen einer Briefmarke durchgeführt. Die Redakteurin hatte im Februar einen Brief an die politische Gefangene Waltraut Siepert versehentlich mit einer Schmuckmarke der Roten Hilfe mit der Aufschrift "Unterstützt die Rote Hilfe" statt mit einer 50–Pfennig–Briefmarke frankiert. Statt des üblichen Nachportos wird nun wegen Betruges ermittelt. Acht Beamte in Zivil und Uniformen führten eine Hausdurchsuchung durch. Sie hatten einen Hausdurchsuchungsbefehl für Wohn–, Neben– und Kellerräume der Redakteurin. Der Brief der Redakteurin an die Gefangene wurde beschlagnahmt., "da der Brief als Beweismittel von Bedeutung ist".

LANDESTREFFEN DER REGIONALZUSAMMENSCHLÜSSE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN JUGENDZENTREN

Weinstadt
2. April

Vom 10. - 12. März 1978 fand im Jugendzentrum Zehntscheuer in Beutelbach (Rems-Murr-Kreis) das 2. Landestreffen der Regionalzusammenschlüsse von Jugendzentren aus Baden-Württemberg satt.

Baden–Württemberg stellt mit seinen 12 Regionalzusammenschlüssen den größten Teil der 40 auf Bundesebene bestehenden Regionalzusammenschlüsse. Alle Regionalzusammenschlüsse erstellen vierteljährlich eine Wandzeitung, die in Baden-Württemberg an über 300 Jugendzentren verschickt wird.

Die Regionalzusammenschlüsse aus Baden-Württemberg stehen seit ungefähr einem Jahr durch einen Rundbrief untereinan-

der in Kontakt und treffen sich halbjährlich zu Landestreffen. In drei Arbeitsgruppen diskutierte man Alltagsprobleme in den Jugendzentren, Schwierigkeiten bei der regionalen und landesweiten Zusammenarbeit der Jugendzentren und den vom Kultusministerium erarbeiteten Referentenentwurf. Die Regionalzusammenschlüsse sehen in diesem Referentenentwurf einen Versuch der Abschaffung der Selbstverwaltung in den Jugendzentren und werden über diese Empfehlung des Kultusministeriums informieren. Zu diesem Zweck wurde eine Broschüre gedruckt, die an alle Jugendzentren in Baden-Württemberg verschickt wurde. Alle anwesenden Regionalzusammenschlüsse sprachen sich dafür aus, den Referentenentwurf in den Papierkorb wandern zu lassen, da er für die Jugendzentren nur Nachteile bringe.

Kontakt:
Rainer Moritz, Mühlenstr. 63. 6980 Wertheim

BAYRISCHE JUGENDZENTREN TREFFEN SICH

MÜNCHEN
3. April

Jugendzentrumsleute aus allen Bundesländern trafen sich Anfang Februar zu einem Koordinationstreffen in Hannover. Diskutiert wurde vor allem über die Möglichkeiten einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Jugendzentren und -initiativen. Speziell in den Jahren 1976 und 77 gründeten viele Gruppen Regionalzusammenschlüsse, Arbeitsgemeinschaften und Koordinationsstellen, um zusammen ihre Probleme im Jugendzentrumsalltag zu lösen. Diese Entwicklung lief an Bayern vorbei – im bayrischen Raum gibt es fast nur Einzelkämpfer, die die Jugendzentrumsproblematik mehr oder weniger isoliert angehen.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise lädt die bayrischen Jugendzentrums- und -initiativgruppen zu einem Treffen vom 26. bis 28. Mai in Geretsried bei München ein. JZ's und JZI's, die daran interessiert sind, mit anderen Kontakt aufzunehmen, Erfahrungen auszutauschen und die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit zu diskutieren, können sich bei **Bernd Heckmair, AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80,** zu dieser Tagung anmelden.

NOCH KEINE NACHRICHT VON HAYDEE DEL CARMEN PALMA DONOSO

SANTIAGO/
FRANKFURT
30. März

Am 21.1.78 wurde durch die chilenische Presse die Verhaftung von 6 Mitgliedern des MIR bekanntgegeben, ohne ein Wort von der auch verhafteten Ärztin Haydee del Carmen Palma Donoso zu sagen, die bis heute in den Händen der Geheimpolizei CNI ist. Das Menschenrechtskomitee Chiles (CODH) macht einen Aufruf an die Weltöffentlichkeit, um das Leben von Haydee del Carmen Palma Donoso zu retten und ihre Freilassung zu erreichen. Die politischen gefangenen Frauen in Santiago haben zwischen 7. und 10. März als Protest gegen diese Verhaftung einen Hungerstreik gemacht. Haydee del Carmen Donoso, die bis September 73 als Kinderärztin in einer Poliklinik in Santiago gearbeitet hat, wurde am 16.1.78 in ihrer Wohnung in Santiago von Geheimpolizisten verhaftet und in ein Folterzentrum der CNI gebracht (vermutlich „Villa Grimaldi"). Einen Tag später wurde Miristin Isabel Margarita Wilk Gonzalez verhaftet und zum gleichen Folterzentrum gefahren. Sie blieb bis 7. Februar in der Gewalt der Geheimpolizei und wurde in dieser Zeit gefoltert und von einem Arzt hypnotisiert. Außerdem wollte man sie zwingen, eine Erklärung zu unterschreiben, in der es heißt,

1. daß sie früher verhaftet worden sei, und
2. daß sie Haydee del Carmen Donoso bis zum Flughafen von Santiago begleitet habe.

Die Folterungen hatten aber keinen Erfolg. Isabel Margarita Wilk Gonzales sagt, daß sie am 5. Februar, als sie selbst verhört wurde, die Stimme von Haydee del Carmen Palma Donoso in einem Nebenzimmer gehört habe. Seitdem fehlt jede Nachricht von ihr. Das Komitee zur Unterstützung der Politischen Gefangenen in Chile ruft dazu auf, eine Briefaktion zugunsten von Haydee del Carmen Palma Donoso durchzuführen und bei General Augusto Pinochet, Presidente de la Republica de Chile, Edificio Diego Portalon, Santiago, Chile
nach dem Verbleib von Haydee del Carmen Palma Donoso zu fragen.

Kontakt: **Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen Chiles, c/o Bruno Müller, Burgstraße 27, 6000 Frankfurt.**

ID BIBLIOGRAPHIE MAL WIEDER ID BIBLIOGRA

Merve Verlag, Postfach 327, 1000 Berlin 15

* Der Mythos der Antipsychatrie. G. Jervis / F. Rella; 8,00. Die beiden italienischen Autoren diskutieren Konzept und Erfahrungen mit den Thesen von Deleuze/ Guattari usw.
* Das Schillern der Revolte; Autorenkollektiv der Jahrgänge 1936 bis 1955, 6,00. "Die komplette Widersprüchlichkeit der Situation erfordert geradezu eine Praxis des Lernens, die vorerst ebenso ungeübt wie 'strikt polyvalent' ist: schlüssige Theorien und eindeutige Strategien bzw. Gegenstrategien sind unbrauchbar, wo das Ganze zu einem Wahnsystem sich entwickelt und die von der Macht besetzten Felder immer labyrinthischer werden."

Karin Kramer Verlag, Morusstr. 28, 1000 Berlin 44

*Michael Bakunin; sozial-politischer Briefwechsel (? .-) Die Korrespondenz, auf alte und schwer erreichbare Publikationen verstreut, nun gebündelt vorhanden, knapp 5oo Seiten.
* Franz W. Seiwert. Schriften. Dieser bisher nur Eingeweihten bekannte Künstler und Kunsttheretiker war in den zwanziger Jahren an der Gruppe Progressiver Künstler und verschiedenen anarchistischen Gruppen beteiligt. Im vorliegenden umfangreichen Band sind Holzschnitte, Zeichnungen usw, und Veröffentlichungen aus Zeitschriften jener Zeit zusammengetragen.

Rote Hilfe Wien, Postfach 806, A - 1011 Wien

* Palmers - eine Dokumentation. Die Repression gegen Linke anläßlich der Entführung des Textil Königs Palmers, 3.50.

An die Genossen und Menschen vom **Rotbuch** und **Wagenbach Verlag:** Seid doch so nett uns schickt uns nicht einfach die neuen Frühjahrsprospekte sondern jeweils ein Belegexemplar einer Neuerscheinung wenn es für jederfrau im Handel erhältlich ist. Das geht nämlich aus den Ankündigungsprospekten nicht hervor; und es wäre doch jammerschade, wenn ein Mensch aufgrund einer ID Information im Buchladen den neuesten Renner kaufen will und jener ist noch nicht in der Auslieferung. Aha !

WAHLVORAUSSAGEN

HEIDELBERG
4. April

In allen Medien-Zeitungen, Rundfunk usw. wird der Metallarbeiterstreik in Nord-Baden-Würtenberg als endgültig beendet betrachtet. Wir haben ein paar der Betroffenen darüber befragt:

Betriebsratsvorsitzender der Firma Stotz-Kontakt, eine BBC Filiale: „Na ich gehe davon aus, das die Urabstimmung Donnerstag in einem Ergebnis von circa 70% den Tarifvertrag annehmen wird.“ Frage: „Für den Vertrag auch in Heidelberg?“ Betriebsratsvorsitzender: „Auch in Heidelberg.“

Der Betriebsratsvorsitzende und zwei ältere Kollegen aus Lohngruppe 11 und 12 (Spitzenverdiener) waren aber die einzigen Metallarbeiter in Heidelberg, die sich von uns für den Vertrag aussprachen. Alle anderen Stich-Probe-Befragten — ca. 30 — von den Firmen Eltro, Graubremse, Stotz-Kontakt (BBC), usw. verweigerten entweder die Antwort oder (die grosse Mehrzahl) sagte: „Nein, Scheiße!“

Drei junge Frauen von der BBC, gefragt, ob sie glauben, daß viele Leute gegen den Vertrag stimmen werden: „Ja, ja, bestimmt.“ Es gibt nur einen Betriebsratsvorsitzenden, aber viele Hundert Frauen in der BBC. Vielleicht ist das Ergebnis der Urabstimmung doch nicht ganz so sicher.
Max Watts

JO RICHARDSON, MITGLIED DER JURY DES 3. RUSSELL-TRIBUNALS

Jo Richardson wurde 1923 geboren. Sie ist seit 1974 Parlamentsabgeordnete der Labour-Party. Sie ist Mitglied der Campaign for Nuclear Disarmement. Auch in diesem Zusammenhang interessiere sie sich für Deutschland. Außerdem sei sie Gegner der EG, weil sie zufällig der Ansicht sei, die EG sei nur der ökonomische Arm der NATO.

Sie ist Mitglied des Exekutivausschusses des National Council for Civil Liberties.

Sie meint, daß es für die Mitglieder der Jury sehr schwer sei, die Informationen, die sie hier bekämen, völlig zu verstehen. Und es sei auch schwer, die vorgelegten Fälle an den Maßstäben zu messen, die sie zu Hause anlegen.
Auch zu Hause hätten sie Befürchtungen. Sie habe z.B. im Unterhaus Fragen gestellt darüber, daß auf den öffentlichen Gebäuden in England Filmkameras installiert wurden. Ihre Befürchtungen sind, daß die nicht nur zur Verkehrsüberwachung eingesetzt werden. Sie möchte wissen, ob diese Kameras sie herauspicken können, wenn sie dauernd auf dem Trafalgar Square gegen dieses oder jenes demonstriert. Die Presse ignoriert entweder ihre Anfragen oder sie werden von einigen wenigen Journalisten aufgegriffen, die selbst ein Interesse daran haben. Allerdings sei es nicht so, daß ihre Befürchtungen öffentlich für absurd erklärt werden.

Ein anderes Problem sei für sie, daß geheime Dossiers über einzelne Personen angelegt werden. Auch in dieser Hinsicht vergleiche sie England und Deutschland. Allerdings sei dieses Informationssammeln hier viel mehr ausgebaut als bei ihnen.

Sie habe große Angst davor, daß die Personaldaten eines Tages in einer großen Datenbank gespeichert würden.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern
ID-Telefon 0611 / 7 0 43 52

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

bote. Einem DKP–Mitglied wird zum ersten Mal der Zugang zu einem öffentlichen Ausbildungsverhältnis versagt. Frau Lenhart wird nicht als Beamtin auf Probe in den Schuldienst eingestellt. Und am Fall Silvia Gingold zeigt sich, daß die Praxis der Einstellungsbehörden, die ja von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche parteipolitische Regierungsloyalitäten berücksichtigen, gleichgeschaltet wird. Selbst das sozial–liberal regierte Hessen schließt sich der allgemeinen Berufsverbotspraxis an.

Mit den Berufsverbotsfällen Röder und Krone "wird die Berufsverbotspraxis über den bisher durchweg betroffenen Personenkreis der höheren Beamten im Schul–, Universitäts– und Justizbereich hinaus ausgedehnt auf sog. "einfache" Beamte, Angestellte und Arbeiter auch in rein technischen bzw. verwaltungsorganisatorischen Dienstleistungsbereichen der sog. "Daseinsvorsorge". die also nicht nach der Natur der zu erledigenden Verwaltungsaufgaben mit Selbstverständlichkeit zum Bereich der Staatstätigkeiten zählen". D.h. Lokomotivführern, Postlern, Krankenpfleger, Elektrikern etc. wird ihre Verbeamtung verweigert.

Von der Ausdehnung staatlicher Berufsverbote auf private Schulen (Fall Gerd Ahrends) bis zum Versuch SPD–Mitgliedern die Einstellung in ein Richteramt zu verweigern (Fall Nieß, Bayern) ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

ABSEITS DES TRIBUNALS

Das Russell-Tribunal war ein politisches Ereignis. Und wie bei allen politischen Ereignissen war das, was hinter dem offiziellen Bühnenvorhang vor sich ging, mindestens ebenso wichtig zum Verständnis des gebotenen Stückes, wie das, was die Akteure schließlich bei offenem Vorhang leisteten. Ja, häufig standen die Rollen, die die Akteure vor den Kameras einnahmen, im Gegensatz zu ihren internen Handlungen. So zum Beispiel bei Elliot Taikeff, der von vielen Beobachtern wegen seiner spitzfindigen juristischen Fragen lange Zeit als ein Muster dafür stand, wie begrenzt der Horizont des Tribunals war. Tatsächlich gehörte er jedoch zur pressure–group derer, die die Thematik der Menschenrechte auf dem Tribunal auszuweiten gedachte, die noch am wenigsten taktisch Rücksicht zu nehmen bereit waren. Das er bereit ist, Aussagen ohne viele Wenn und Aber zu machen, wurde doch noch klar. Auf der Pressekonferenz am Sonntag bestanden Journalisten darauf, die Antworten auf ihre Fragen nicht von Narr, sondern von Taikeff zu erhalten.

Das offiziell gebotene Stück des Tribunals war sozusagen von getragener Ruhe. Es gab nicht das, was man hätte Höhepunkte nennen können, allenfalls ein kurzfristiges Durchbrechen des Einerleis. Meistens jedoch war die einzige "Unkorrektheit", die die Regie erlaubte, das Überschreiten des Zeitplans. Und das ausgerechnet durch diejenigen, die ein Muster an Steifheit und Korrektheit, sowohl in ihrer Sprache als auch im Inhalt ihrer Ausführungen, waren: die Berichterstatter und Gutachter. Es war wohl auch diese Erfahrung, die Trevor Griffith den Gutachter Gottschalch fragen ließ, ob es denn undenkbar sei für Deutsche, Humor in die Politik zu bringen. Guttschalch gutachtete über psychische Auswirkungen des Berufsverbots.

Was sich dagegen jetzt auch als organisatorische Konsequenz anbahnt, ließ sich aus den Vorgängen auf der Bühne nur mit feinem Gehör schließen: die Jury wird wahrscheinlich (ein Jury–Mitglied am Sonntag: hat bereits) Unterausschüsse einrichten zu den Gewerkschaftsausschlüssen, zu Haftbedingungen, den Verteidigerrechten und auch noch zu Entlassungen in der Privatwirtschaft.

Auf der Vorbereitungssitzung in Darmstadt hatte die Jury einstimmig entschlossen, sich auf Berufsverbote zu beschränken. Solche Beschlüsse sind denn wohl doch nur als vorläufig anzusehen. Taikeff meinte, es sei ganz klar, daß sich noch vieles ändern könne. Schließlich sei die Jury erst vor einer Woche als arbeitende Gruppe zusammengekommen. Allerdings hatten einzelne Jury–Mitglieder auch nach Darmstadt ihre eigenen Prioritäten verfolgt. So war es Soboul's (der dann auf der ersten Sitzung nicht da war) Interesse, das Problem der Entlassungen in der Privatwirtschaft zur Sprache zu bringen. Es scheint, daß er sich trotz Abwesenheit jetzt verständlich gemacht hat.

Überhaupt die Beschränkung der Thematik. Bourdet erklärt das so: die Jury sei davon ausgegangen, daß die Berufsverbote das zentrale Problem seien. Wenn es gelänge, da etwas anzuknacken, würde so etwas wie die Gewerkschaftsausschlüsse mehr oder minder von selbst fallen. Außerdem sei die Beweismöglichkeit bei den Berufsverboten sehr viel einfacher als bei anderen Fragen. Die Entlassungen in der Privatwirtschaft z.B. würden nicht mit einer so offenen Begründung gemacht wie die im öffentlichen Dienst.

Bourdet gab allerdings auch zu, daß die Jury wohl etwas zu voreilig davon ausgegangen war, daß andere Probleme zugunsten der Berufsverbote zu vernachlässigen seien. Erst im Verlaufe der ersten Sitzung sei die Bedeutung anderer Probleme und ihr Zusammenhang mit dem Komplex Berufsverbote ersichtlich geworden. Diese Zusammenhänge sind von einzelnen Jury–Mitgliedern ganz gezielt erfragt worden.

Mit dieser Feststellung fällt auch die zentrale Aussage der Jury zu Beginn der Sitzung: es gehe zunächst und vor allem um staatliche Repressionsakte. Zum Vorschein kamen nämlich die Verbindungen von staatlichen und gesellschaftlichen Repressionsakte. Zum Vorschein kamen nämlich die Verbindungen von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, offensichtlich z.B. im Fall Traube. Angesichts dieser Tendenz zum "korporativen Staat" (Howar Brenton) wird die liberale Tradition der Menschenrechte – Menschenrechte ausschließlich als Beschränkung der Staatsgewalt – zu schmalspurig. Bourdet sieht die Einrichtung der Unterausschüsse denn auch als eine Vertiefung und Präzisierung der Arbeit des Tribunals an.

Großer Streitpunkt bis zum letzten Tag war in der Jury die Einrichtung eines Stammheim–Unterausschusses.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:

Frieder Kern
ID-Telefon 0611 / 7 0 43 52

ERKLÄRUNG DES KARLSRUHER UNTERSTÜT–ERKOMITEES

KARLSRUHE 27. März *Auf die Empfehlung des Sekretariats an die Jury, die Gewerkschaftsausschlüsse und Stammheim nicht zu behandeln, antwortet die Karlsruher Untersützergruppe mit einer Erklärung und dem Aufruf, sich im Anschluß an den ersten Teil des Tribunals zu einer vierten Arbeitskonferenz zu treffen, um so eine kontinuierliche Arbeit in Gang zu halten. Wir veröffentlichen, leicht gekürzt, die Erklärung:*

ERKLÄRUNG DES KARLSRUHER UNTERSTÜTZUNGS–KOMITEES

Im Herbst 76 trat die Partie Socialiste Unifie (PSU) mit der Aufforderung an die Russell-Peace-Foundation heran, nach den 2 Tribunalen über den Völkermord in Vietnam und über Repression in Südamerika, eins über die Repression in der BRD zu veranstalten. Anlaß war die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD und der teilweise schon gelungene Versuch der BRD, dieses Modell Deutschland der SPD in andere Länder zu exportieren. (z.B. europäische Anti-Terror-Konvention =Einschränkung des Asylrechts, Einflußnahme und Präsenz von Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutzeinheiten im Ausland).
Wir halten ein solches Tribunal unter folgenden Bedingungen für sinnvoll:

1.) Das gesamte Spektrum der politischen Unterdrückung in der BRD muß behandelt werden, also auch Repression gegen Frauen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVBs) in den Gewerkschaften, Stammheim, Haftbedingungen... Es dürfen also keine Bereiche der Repression ausgeklammert werden!

2.) Wir sind wie die PSU der Meinung, daß wir über den Rahmen einer Petitionskampagne hinaus kommen müssen. Das bedeutet Aufbau von Antirepressionskomitees zur Unterstützung eines R.T. überall in der BRD. Die Arbeit der Komitees muß national durch Arbeitskonferenzen und nationale Arbeitsgruppen koordiniert werden. In schwerwiegenden Fällen müssen nationale Kampagnen durchgeführt werden, um der staatlichen Repression geschlossen entgegenzutreten. Zu den aktuellen Schwerpunktthemen und über sie hinaus, wird von den Initiativen systematisch Material gesammelt, aufgearbeitet und veröffentlicht und daraus Gegenstrategien entwickelt. Diese Arbeit ist sowohl Teil der aktuellen Mobilisierung für bestimmte Aktionen, wie auch Teil der Vorbereitung des R.T. Auf diesem Hintergrund wird eine breite solidarische Diskussion über Charakter und Ursachen der Repression und die Perspektiven im Kampf dagegen entwickelt. Die Aktivitäten für das R.T. werden in unsere aktive Arbeit gegen die Repression eingebettet und es ist damit möglich die Ergebnisse des R.T. zur Verbreiterung des Widerstandes und zur Gegenöffentlichkeit wirkungsvoll auszunutzen und den Umfang und die Tiefe der pol. Unterdrückung im Modell Deutschland aufzudecken und zu verurteilen.

Aus diesen Gründen wenden wir uns entschieden gegen Bestrebung des Sekretariats und des deutschen Beirats, die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, Untersuchungen zu pol. Gefangenen usw. zu verhindern. Der DGB bleibt nicht bei einem Abgrenzungsbeschluß stehen, sondern will die UVB's auf Unterstützer eines R.T. ausdehnen und beteiligt sich aktiv an dem staatlichen Propagandafeldzug gegen das Tribunal. Gleichzeitig verbreitet der DGB gewerkschaftsintern schwarze EDV-Listen mit allen ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedern, die unter die UVB's gefallen sind.Berufsverbote werden in vielen Fällen von Gewerkschaftsausschlüssen begleitet, oft schon vorweggenommen.

Wir halten es aber für falsch, Gewerkschaftsausschlüsse auf Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren. Es gilt aufzuzeigen, wie, wann, gegen wen und zu welchem Zweck heute Gewerkschaftsausschlüsse durch die SPD-Gewerkschaftsführung erfolgen, nämlich parallel zum Ausbau des Repressionsapparates und gleichzeitigen Versuchen, eine linke und demokratische Gegenöffentlichkeit mundtot zu machen.

(...)
Eine weitere Gefahr sehen wir darin, daß mit der Salamitaktik vorgegangen wird, d.h. das R.T. und die Unterstützerbewegung werden Stück für Stück kriminalisiert. Das kann unter Umständen heißen, daß zwar Berufsverbote behandelt werden dürfen, nicht aber über Haftbedingungen pol. Gefangener oder Zensur (Agitdrucker, Infobug, Buchladen Erlangen, usw.). Dieser Absicht kommt die Zweiteilung des Tribunals geradezu entgegen. Bis jetzt wurden bereits Teile der AG's Haftbedingungen pol. Gefangenerkriminalisiert und Unterlagen für das Tribunal beschlagnahmt. Dagegen ist der einzig wirksame Schutz, daß wir die Kriminalisierung jedes einzelnen als Angriff auf die gesamte Russellunterstützerbewegung betrachten und dementsprechend reagieren.
Wir rufen alle (besonders auch die internationale Jury) auf, sich dafür einzusetzen, daß auch die Komplexe Unvereinbarkeitsbeschlüsse/Repression im Betrieb, Stammheim/Haftbedingungen pol. Gefangener behandelt werden - daß überhaupt alle Bereiche behandelt werden.

Wir rufen alle Teile der Unterstützerbewegung auf, sobald wie möglich eine 4. nationale Arbeitskonferenz durchzuführen um die weitere Arbeit zu beraten und zu koordinieren. In diesem Sinne begrüßen wir auch das Arbeitstreffen zu den UVB's zu dem die Kölner Initiative aufgerufen hat.
Kontakt: Karlsruher Unterstützerkomitee für ein Russelltribunal gegen die Repression in der BRD, 75 Karlsruhe, Postlagerkarte 003903 8.

AUSLANDSPRESSE ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

FRANKFURT 2. April *Die Presseberichterstattung im europäischen Ausland über das Russell-Tribunal war in der ersten Woche mehr als dürftig.*
In England wurde nur im 'Guardian' über die Vorgeschichte und den Verlauf des ersten Tages berichtet, allerdings nicht weiter kommentiert. In Frankreich, Italien, Dänemark, Griechenland, Spanien und Portugal wurde in der gesamten bürgerlichen Presse nur die Information bekanntgegeben, daß das Russell-Tribunal stattfindet. Es fällt auf, daß selbst Zeitungen, die über die Berufsverbotspraxis in der BRD bisher kritisch berichteten, wie z.B. 'Repubblica' (Italien) oder 'Le Monde' (Frankreich) auf die vor dem Tribunal verhandelten Berufsverbotsfälle nicht näher eingegangen sind. Die holländischen Zeitungen konnten wir bisher noch nicht auswerten.
Wie die schwedischen Massenmedien und wichtigsten politischen Gruppen die westdeutsche Entwicklung bis hin zum Russell-Tribunal rezipieren, zeigt folgender Artikel:

Es fällt schwer, hier so unreserviert schwedische Reaktionen auf das Russell-Tribunal wiederzugeben vor dem Hintergrund der massiven falschen Vorstellungen, die im Ausland, speziell in der BRD und bei der westdeutschen Linken über Schweden bestehen. Hier ist es natürlich nicht möglich, diese stärker in Frage zu stellen, aber es soll zur Einleitung doch daran erinnert

werden, daß es auch eine mögliche Entwicklung des Spätkapitalismus gibt, die man durchaus als „Modell Schweden" bezeichnen kann, und die, wie wir das heute schon teilweise erleben, mit Zutaten des „Modell Deutschland" angereichert werden kann (der umgekehrte Fall ist sicher auch denkbar).
Der entscheidende Durchbruch für die Aufmerksamkeit über die westdeutsche Entwicklung kam mit den Zensurparagraphen Anfang 1976, wohl auch deshalb, weil die schwedischen Kulturarbeiter, Journalisten, Intellektuellen, die die Botschaft der Massenmedien gestalten, das am ehesten als bedrohlich ansahen. Erst in diesem Zusammenhang wurden auch die Berufsverbote verstärkt beachtet und kritisiert. Daß es zu dieser Aufmerksamkeit (und zu anderen Zeiten Nichtbeachtung) auch jeweils schwedische Hintergründe gibt, kann aus Platzgründen hier nicht ausgeführt werden. Das Erschrecken über die Zensurparagraphen entwickelte sich aber u.a. vor dem Hintergrund der „IB-Affäre", in der Journalisten von „Folket i Bild" einen bisher unbekannten !!! schwedischen Geheimdienst aufdeckten und dafür selbst verfolgt wurden. Gleichzeitig waren auch Veränderungen in der „Druckfreiheitsordnung" in der Diskussion.

In der Fortsetzung sind zwar Berufsverbote, Zensur u.ä. weiter beachtet worden, doch blieb oder besser hielt man die Breite der politischen Repression in der BRD und vor allem auch die Frage nach möglichen Ursachen außerhalb des Gesichtsfeldes. 1977 wurde die Berichterstattung über die BRD dann ganz auf die Beschreibung des Terrorismus und der Reaktion darauf konzentriert, in einer Art, die der in den anderen europäischen Ländern wohl in nichts nachstand. Im Zusammenhang mit der schwedischen „Terroristenaffäre" (mit Kröcher und Adomeit als Kristallisationskerne) waren dann Terminologie und Reaktionen fertig, um nach innen, in den eigenen Staat, gewendet werden zu können. Auch die Anstrengungen der westdeutschen Sozialdemokratie (mit Behauptungen u.a. über eine Kurskorrektur bei den Berufsverboten) haben sicher den Erfolg gehabt, eine Berichterstattung in der Folgezeit zu hemmen.

Die Vorbereitungen zum Russell-Tribunal schließlich wurden sehr lange total verschwiegen, obwohl schwedische Unterstützungsgruppen die Presse regelmäßig mit Informationen dazu versorgten. Das ist speziell bemerkenswert, weil das Vietnam-Tribunal in Schweden tagte und ungeheure Publizität und Unterstützung vor allem aus der starken und breiten Vietnambewegung im Lande erhielt. Die allererste Erwähnung überhaupt geschah in der großen linksliberalen Tageszeitung 'Dagens Nyheter' im Zusammenhang mit der Verhaftung Newerlas in Frankfurt, wo in einer kurzen Agenturmeldung das Russell-Tribunal als terroristische Aktivität verunglimpft wurde.

Nach dem „Innenministeriums-Papier" gelang es den Unterstützungsgruppen (bestehen in zwei Städten, Lund - sie arbeitet seit 74 - und Stockholm; sie schlossen sich im Januar zu einem nationalen Unterstützungskomitee zusammen) durch eingesandte Artikel zwei große Zeitungen zu Berichten zu veranlassen, die teilweise sehr verstümmelt und falsch waren. In „Dagens Nyheter" erschien dann ein Leitartikel, der zwar die Notwendigkeit des Tribunals erkannte, es aber als völlig unglaubwürdig und wirkungslos hinstellte, solange nicht die DDR gleichzeitig angeklagt werde. Zwei Veranstaltungen des im Januar gebildeten nationalen Unterstützungskomitees in Lund und Stockholm am 18./19.3.78 aus Anlaß des Tribunals führten zu Erwähnungen des Tribunals in einigen weiteren Zeitungen, vor allem in Südschweden. Über eine Pressekonferenz gelang es, einige Journalisten (vor allem von Radio und Fernsehen) zu interessieren, die dann auch nach Harheim kamen. Drei Mitarbeiter des schwedischen Radios waren während der gesamten Tribunalsperiode anwesend, außerdem ein Fernsehteam, zwei Journalisten von 'Dagens Nyheter', einer von dem großen konservativen 'Sydsvenska Dagbladet" und einige weitere Kurzbesucher. Deren Berichte führten zu einem erstaunlich großen Echo in Schweden mit langen Berichten in Fernsehen und Radio, an den ersten beiden Tribunal-Tagen sogar die Nachrichtensendungen dominierend ! In beiden Medien waren es Berichte mit sehr positiven Beurteilungen und auch Beschreibungen der politischen Aktivitäten rund um das Tribunal. Ein langes Interview mit Gollwitzer und Frau Stoll (deren Berufsverbot vor dem Tribunal verhandelt wird) wurde im Fernsehen gezeigt und im Radio übertragen. Dagegen wurde die Kirchenbesetzung überhaupt nirgends, mit Ausnahme einer konservativen Zeitung, erwähnt. Auch Einzelheiten zu den Fällen wurden in der Presse nicht erwähnt. Über die Reaktion des übrigen Auslands erschien ebenfalls nichts. Das erste Fernsehprogramm brachte am 31.3. dagegen eine Art Gegendarstellung oder Ausgewogenheitsübung in den Nachrichten, die stark auf die Argumentation der Parteien und Regierung ausgerichtet war und Anzahl und Bedeutung u.a. der Berufsverbote herunterspielte. Es wurde ein sozialdemokratischer Minister in Bonn interviewt.

Die sozialdemokratischen - und Gewerkschaftszeitungen haben dagegen auch nach der umfassenden Präsentation in den übrigen Medien das Tribunal total verschwiegen und nicht einmal eine kurze Agenturmeldung dazu gebracht. Das paßt wohl nicht so ganz in das übliche Bild, das man hier von Palme und der schwedischen Öffentlichkeit hat. Allerdings muß erwähnt werden, daß das gewerkschaftseigene „Aftonbladet", die zweitgrößte Zeitung im Lande, nach dem Innenministeriumspapier einen verstümmelten Artikel des Unterstützungskomitees brachte. Es gibt starke linke Kräfte unter den Mitarbeitern dieser Zeitung. Die beiden größten konservativen Zeitungen (Svenska Dagbladet und Sydsvenska Dagbladet) hielten sich an die Linie der westdeutschen Regierung, die Redaktion von 'Sydsvenska Dagbladet' begleitete einen „ausgewogenen" Korrespondentenbericht mit einem sehr hetzerischen Diskussionsbeitrag eines Außenstehenden auf der Leitartikelseite und versah den Korrespondentenbericht mit der Überschrift: „Die Rote Armee infiltrierte das Tribunal schon am ersten Tag", die dem Inhalt des Artikels unangemessen war.

MAGISTRAT DER STADT FRANKFURT

Frankfurt, 3. April 1978

Die seit langem geplante und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Umwandlung der Kindertagesstätten in herkömmliche Kindergärten sollte am Montagmorgen, 3. April, über die Bühne gehen. Was war geschehen? Vor zwei Wochen erhielten die Eltern Briefe vom Stadtschulamt, die die "ordnungsgemäße Betreuung durch die neue Leiterin" zum 1. April ankündigten. Danach ordnete Schuldezernent Mihm die kurzfristige Versetzung von zwei Dritteln aller Kita–Erzieher an. Um die entstandenen Lücken zu schließen, wurde eine große Anzahl von Mitarbeitern der herkömmlichen Kindergärten in Kitas versetzt. Am Wochenende sind sämtliche Schlösser aller Kitas ausgewechselt worden und die Gebäude unter Polizeischutz gesetzt. Somit konnte die neue Leiterin ihre Aufgabe antreten. Die Stadt hat aber die Wut und die Empörung der Kinder, Eltern und Bezugspersonen unterschätzt, denn alle waren sich einig, daß sie zusammen bleiben wollen.

Was heißt Kita – was heißt "normaler Kindergarten"

(aus: Pflasterstrand – Stadtzeitung für Frankfurt)

Kita ist der Versuch, in einer städtischen Einrichtung den Zugriff des Staates auf Kinder und ihre Betreuer zurückzudrängen. Kita ist der Versuch, dem Staat die Kontrolle über die Arbeitsorganisation in einer öffentlichen Einrichtung ein Stück weit aus der Hand zu nehmen und ihm die Disziplinierung einzelner Mitarbeiter zu erschweren. Damit wurde ihm auch der Zugriff auf die Kinder erschwert, ihre Köpfe und ihr Verhalten.
Möglich ist das durch das Prinzip der Teamarbeit gewesen, d.h. die Erzieher haben im Kollektiv, ohne formelle Hierarchie miteinander gearbeitet. Formelle Hierarchie - konkret: eine Leiterin - ist ein Stück Staat, Klassenstaat. So schwierig Teamarbeit auch gewesen sein mag, sie ist so schwer zu verwirklichen wie solidarisches Verhalten und neue Verkehrsformen überhaupt, so hat sie doch als Abwehr staatlich-städtischer Eingriffe in den Arbeits- und Lebenszusammenhang der Kinder und Betreuer ganz gut funktioniert. Nicht vollkommen natürlich, denn er steckt ja auch in den Köpfen der Betreuer, der Eltern, der Kinder und selbstverständlich hat die Stadt ständig versucht, durch Vorschriften, Spitzel und vor allem über den Geldhahn die Kontrolle halbwegs zu behalten. Der eingeschränkte staatliche Zugriff und die Tatsache, daß in den Kitas kinder in relativ kleinen Gruppen betreut werden konnten, haben dazu geführt, daß sich die meisten Kitas und das Leben in ihnen sehr deutlich von normalen Kindergärten unterscheiden. Kitas sind lebendig, in ihnen können Kinder leben, sie können aufatmen, sich ausdrücken, laut sein, leise sein, lernen und spielen. Die Kinder müssen nicht unbedingt Kinder sein und die Betreuer müssen nicht immer Erwachsen sein
Das Leben in den Kitas hat die Kitas verbraucht, die Gebäude, die Einrichtung, das Material. Schneller als nötig, weil das meiste Material billiger Schund war. Mit den knappen Geldern konnte nur wenig neu angeschafft werden, renoviert wurde kaum, repariert selten. Darüber regen sich die Spießer von der CDU nun besonders auf, über fehlende "Ordnung und Sauberkeit". Die soll nun wieder wiederhergestellt werden. "Ordnung und Sauberkeit" sind nicht nur Synonyme für die reaktionären Vorstellungen der CDU. Ordnung und Sauberkeit erfordern Zwang und Anpassung, Kontrolle und Disziplin, auf Seiten der Betreuer ebenso wie auf seiten der Kinder. Sie erfordern eine Leiterin, über die der Stadt-Staat den Zugriff wieder erhält. Durch Druck auf die Erzieher drückt man zugleich auf die Kinder, die sich an die Ordnung der Fabrikgesellschaft gewöhnen sollen. Alternative Erfahrungen gegenüber Schule und autoritären Familienstrukturen soll es nicht geben dürfen. Deshalb sollen die Kitas abgeschafft werden, als Orte alternativer Erfahrung. Die CDU kann das brutaler durchsetzen als die SPD, da die Leute, die Kitas gut finden, sowieso nie zu dem Wählerpotential gehören werden, vor dem die CDU sich rechtfertigen muß. Da kommt bestenfalls die SPD mit ihrem linken Flügel ins Gedränge. Aber die ist wohl ganz froh, daß sie die Dreckarbeit nun der CDU überlassen kann.
Die Drohung der Abschaffung der Kitas gibt es, solange es die Kitas gibt. Das hat die Betreuer mürbe gemacht. Nach der letzten Wahl im März war es klar, daß die CDU den Abbruch des Projektes versuchen wird. Zum 1.Mai machten die Kitas ein schönes Fest im Rothschildpark, auf dem das Gute, was Kita ist, erlebbar war. Ein Fest für Eltern und Kinder, von Eltern und Kindern vorbereitet. Im Sommer 77, als das parlamentarische Ritual gegen bunte Demonstration. Der Tatzelwurm erhob sich, mit über zweitausend Füßen zog er protestierend durch die Stadt. Veranstaltungen gegen den Abbruch wurden organisiert, Unterschriften wurden gesammelt, auf Ortsbeiratssitzungen versuchte man zu argumentieren, aber es war offensichtlich, auch dem Naivsten, daß die neuen Statthalter nicht argumentieren wollten und konnten.
Im Herbst streikten die Kitamitarbeiter; gut die Hälfte der dort Beschäftigten dis-

DIENSTANWEISUNG VON SCHULDEZERNENT MIHM – "Bei Dienstanfang sollten Sie sich als erstes die Telefon–Nr. des zuständigen Polizeireviers einprägen . . . ."

STADTSCHULAMT
40.3. vH/Sch

Frankfurt a.M., den 29.3.1978
Tel.: 3892

An die
Leiterin der KT

Um Ihnen den Start am 3.4.1978 zu erleichtern, erhalten Sie anbei:
1. Grundakten
2. notwendige Formulare
3. Aufstellung der Mitarbeiter und Zahl der Kinder
4. Schlüssel

Wir bitten Sie, folgendes zu beachten:

Mitarbeiter, die zum 3.4.1978 in die obige Kindertagesstätte umgesetzt wurden, sind mit Formular 245202 anzumelden.
Mitarbeiter, die den Dienst nicht aufnehmen, sind Abteilung 3 umgehend unter den Nummern 212-3892, -3894, -3895, -5840 oder -5841 mitzuteilen.

Zunächst bitten wir die Gruppeneinteilung vorzunehmen und den Dienstplan für alle Mitarbeiter einschließlich der Hausangestellten aufzustellen.

Bei auftretenden Störungen (durch frühere Mitarbeiter, Eltern usw.) verhalten Sie sich ruhig und sachlich. Sollte es trotz Ihrer Bemühungen dabei zu Schwierigkeiten kommen, fordern Sie die betreffenden Personen auf, die Kindertagesstätte zu verlassen, und benachrichtigen erforderlichenfalls die Polizei.

Die Polizeidienststellen sind zu Ihrem Schutz und dem der sich in der Kindertagesstätte rechtmäßig aufhaltenden Personen entsprechend vorbereitet und informiert. Bei Dienstanfang sollten Sie sich als erstes die Telefon–Nr. des zuständigen Polizeireviers einprägen und, wenn Gefahr im Verzug ist, dort anrufen. Sie üben das Hausrecht aus, was der Polizei bekannt ist. Ich behalte mir vor, in Fällen besonderer Gefahr das Hausrecht wieder an mich zu ziehen und Ihren Schutz zusammen mit den Polizeibehörden zu organisieren.

Dies ist eine innerdienstliche vertrauliche Mitteilung.

(M i h m)

kutierten einen Arbeitstag lang über das angedrohte Ende und was dagegen zu machen sei. Diskutiert wurde viel, aber vielen fehlte mittlerweile auch die Kraft dazu. NIemand wußte so recht, wie man sich mit einigem Erfolg würde wehren können. Die juristischen Mühlen wurden langsam in Bewegung gesetzt. Man hofft der Stadt mit einer Reihe von Klagen der Betreuer und der Eltern noch ein paar Steine in die Räder der Liquidationsmaschine zu werfen. Große Hoffnungen setzt allerdings niemand mehr auf die Justiz, obwohl es schon eine Ungeheuerlichkeit ist, wie hier über Interessen von Kindern, Eltern und Betreuern hinweggegangen werden soll.
Wenn praktische Politik zu nur noch juristischen Schritten herunterkommt, signalisiert das eine erhebliche Schwäche der Linken, deren Produkt die Kitas ja nicht zuletzt sind. Daß diese Schwäche nicht allein das Problem der Mitarbeiter ist, wissen wir alle. Der Versuch im Tatzelwurm, Bürgerinitiave für Kinder und Jugendliche, Aktivität zu konzentrieren, hat Kraft nur für ein paar Wochen in Sachen Kita gehabt, vielleicht weil niemand so recht an einen Erfolg glaubte.
Allen Mitarbeitern wurde mittlerweile gekündigt, allen aber auch ein neuer Vertrag für die Arbeit in einer "normalen" Kindertagesstätte angeboten. Jede und jeder muß sich nun überlegen, was er/sie tun soll. Und da gibt es halt große Unterschiede in den Perspektiven, an die die einzelnen zu denken vermögen. Viele müssen - oder meinen zu müssen - bei der Stadt weiterarbeiten. Sie haben Kinder und Familie. Andere - und das sind häufig die "politischeren" -, haben anderes im Kopf, alternative Projekte mit und ohne Kindern, Reisen, anderes. Die Zeit wird vielen Mitarbeitern auch schon lang, sie warten darauf, daß endlich was passiert, weil sie in diesem Schwebezustand doch zu nichts Vernünftigem fähig sind. Sie warten auf was?
Sie warten auf die Leiterin, mit der sie sich auseinandersetzen können. Man ist schon ziemlich gespannt, wer sich für diesen Job zur Verfügung stellen wird. Leicht werden die Leiterinnen es nicht haben.

Kita-Episoden vom Montag, dem 3. April

Wir sprachen gerade über die Leiterin. Einige Kinder sagen, sie kommen dann nicht mehr, wenn sie mittags schlafen müssen. Natascha, jugoslawisches Mädchen, sagt gar nichts. Sie wird weiter kommen müssen, egal wie's wird. Einige überlegen, wie sie die Leiterin ärgern können. Stinkbomben. Andere wollen Kuchen backen und der Leiterin an den Kopf schmeißen. Ein neuer Spruch entsteht: "In unserer Kita ist ein Geist, der Leiterinnen verspeist!"
Schon um sieben Uhr waren die Leiterinnen an ihrem Arbeitsplatz, um alle Kinder in Empfang zu nehmen. Sie kamen, aber nicht allein. Eltern, Bezugspersonen, die ihrer Versetzung nicht folgten, und die Kinder, um ihre Kita zu besetzen. Höflich, aber entschieden – so in einer Kita im Westend – wurden die Leiterinnen und die neuen Bezugspersonen gebeten, ihre Versetzung abzulehnen.

In anderen Kitas, so im Gallus-Viertel, proletarischer Stadtteil Frankfurts – rief die Leiterin sofort die Polizei. Mit der Forderung, alle – sowohl Eltern als nichtberechtigte Bezugspersonen – sollten die Räume verlassen und die Kinder würden unter Polizeischutz ihren Kindergartentag verbringen können. Nach einigen Rempeleien beschlossen die Eltern, die Kinder mitzunehmen und frühzeitig zum verabredeten Treffpunkt im Theater am Turm zu gehen.

In einer anderen Kita beschlossen Leiterin und Anhang, sofort abzuziehen, um ihre erneute Versetzung zu beantragen. Eine Kita wurde geschlossen, da die Eltern sich vor der Kita aufgebaut hatten und der Leiterin den Eingang verwehrten. In mindestens sieben Kitas konnten die neuen Bezugspersonen ihre Arbeit nicht beginnen. Jedoch machten ihnen die Eltern den Vorschlag, sie könnten zu ihrem alten Arbeitsplatz zurückkehren und dort weiter mit ihren Kindern arbeiten, denn die Aktionen richten sich nicht gegen das neue Personal, dem niemand Unfähigkeit nachsagt, sondern sie sollen verhindern, daß Kinder ihre jahrelangen Bezugspersonen wechseln müssen.

In der Kita im Westend unterschrieben die Leiterin und die neuen Bezugspersonen eine Resolution, in der sie gegen die Versetzung protestierten. Sie weigerten sich jedoch, mit allen Kindern und Eltern zum verabredeten Treffpunkt im Theater am Turm mitzugehen. Angesprochen, ob die neue Leiterin ihren Schlüssel abgeben würde, damit am Abend ein Elternabend stattfinden konnte, rief diese ängstliche Frau das Stadtschulamt an: "Herr Stadtrat wünscht nicht, daß ein Elternabend in den Kita-Räumen abgehalten wird." Spätestens an diesem Punkt wurde allen Eltern klar, daß die neuen Mitarbeiter bereit sind – zwar zögernd – ihre Arbeit doch aufzunehmen.

Gegen elf Uhr trafen sich über 300 Eltern und 200 Kinder im Theater am Turm, um über die Lage zu diskutieren. Schauspieler des TAT versuchten, mit den Kindern zu spielen, was ihnen nur zum Teil gelang, da diese total durchgedreht waren.

Die Eltern konnten durch die Berichte aus einzelnen Kitas feststellen, daß die Aktion zwar für den heutigen Morgen ein Erfolg war, da keine Kita "ordnungsgemäß funktionierte" – eine Reaktion der Stadt war aber nicht zu erhalten. Sie hält an dem Plan fest, die begonnenen Maßnahmen durchzuziehen.

So – das konnte man aus Gesprächen mit Eltern heraushören – hängen alle Hoffnungen an der Entscheidung des Gerichts. Im Ganzen sind über 100 einstweilige Verfügungen gegen die Stadt beantragt worden. Mit den verschiedensten Begründungen. Zwei davon könnten Aussicht auf Erfolg haben.

In der einen argumentieren die Eltern, daß es ein Unding sei, den Kindern ihre seit Jahren vertrauten Bezugspersonen zu entziehen. Dies sei eine Form krasser psychischer Gewalt. Sie beantragten somit zum Schutz des Wohles ihrer Kinder die sofortige Rücknahme der Maßnahmen.

In der anderen stützt sich, oh Ironie, die Argumentation auf eine Klage der von der CDU gelenkten Elternvereine. Gegen den Willen der Eltern dürfen keine Erziehungsmaßnahmen eingeleitet werden (Klage gegen die Einführung der Gesamtschulen). In der Umkehrung dürfen gegen den Willen der Eltern keine Erziehungsmaßnahmen verboten werden. Außerdem dürfen Schulversuche zwar abgebrochen werden, müssen aber zu Ende geführt werden, damit die Kinder keinen Schaden nehmen. Sie beantragten die Fortführung des Projekts Kita 3000 für die Kinder, mit denen es begonnen wurde.

Leider sind die Chancen, daß eine dieser beiden einstweiligen Verfügungen durchkommt, sehr gering. Deswegen werden sich Eltern und Bezugspersonen die Frage nach Alternativen stellen müssen. Denn sicher ist, daß keiner unter diesen Bedingungen sein Kind in einen solchen Kindergarten schicken wird.

Eine Chance könnte bestehen, indem man die Profilierungsneurose der SPD in dieser Wahlkampfzeit ausnutzt. Letzten Freitag rief der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt, Rudi Arndt (SPD), in einer Kita an, um seine Solidarität zu bekunden. Angesprochen, was die SPD, die die Versetzungsmaßnahmen für rechtswidrig hält, unternehmen wolle, antwortete er: Es sei die Aufgabe der Opposition, Fehler der Regierungspartei nicht zu verhindern, sondern in der Öffentlichkeit auszunützen.

Die Eltern könnten aber von Bund und Land die Finanzierung einer – wie immer auch gearteten – Fortsetzung des Projekts fordern. In den nächsten Tagen wird die schleichende Besetzung der Kitas fortgesetzt bis alle Gerichtsentscheidungen gefallen sind. Und dann . . . ? Eine Antwort auf diese Frage konnte niemand geben.

„ALLE MENSCHEN SIND VOR DEM GESETZ GLEICH"

FRANKFURT
31. März

Die nachfolgend gedruckten Auszüge aus bundesdeutscher Amtswirklichkeit sandte uns die NARGS (Überregionale Schwulengruppe) zu:

„Der Bezug einer Zeitschrift für Homosexuelle kann einem Strafgefangenen untersagt werden" (Grundsatzurteil der Oberlandesgerichte München und Hamm) aus folgenden Gründen: „Dieses Presseerzeugnis ... ist seinem gesamten Inhalt nach auf gleichgeschlechtlich veranlagte Personen zugeschnitten. Es wirbt in Wort und Bild für die Homosexualität ..., bringt Anzeigen zur Vermittlung homosexueller Beziehungen und enthält jeweils mehrere Großaufnahmen nackter oder weitgehend entkleideter Männer, ...

Daß sexuell aufreizender Lese- und Betrachtungsstoff ... in erheblichem Maße geeignet ist, Sinn und Zweck des Strafvollzugs ... in Frage zu stellen, hat der Senat bereits mehrfach ausgesprochen. Ganz besonders gilt dies dann, wenn es sich – wie hier – um homophile Bild- und Druckerzeugnisse handelt. ..., wodurch insgesamt die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet werden....

Die Entscheidung des Anstaltsvorstandes ist demnach aus sachlichen Gründen gerechtfertigt. Sie verstößt auch nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) selbst wenn – wie der Antragsteller behauptet – in der Justizvollzugsanstalt B. der Bezug von anderen Illustrierten, u.a. der Zeitschrift 'Playboy', den Gefangenen allgemein gestattet worden sein sollte. Denn nur gleiche Sachverhalte sind nach dem Gleichheitsgrundsatz gleichzubehandeln.

Der Antragsteller unterscheidet sich jedoch – ohne daß darin eine moralische Wertung oder gar, wie der Antragsteller meint, eine "Diskriminierung" zu sehen wäre – sowohl hinsichtlich seiner geschlechtlichen Veranlagung als auch hinsichtlich seines Anliegens von den übrigen, geschlechtlich normal veranlagten Gefangenen...."

An diesem Urteil soll hier nicht in erster Linie das für die Gesetzgebung typische Fehlen eines Menschenrechtes auf Zärtlichkeit – Sexualität ist ja eines unserer schönsten Grundbedürfnisse – aufgezeigt werden oder der Wohlverhaltensdruck, den Ermessensspielräume ausüben (der Anstaltsvorstand kann den Bezug untersagen). Rechtspolitisch viel bedeutsamer ist die hier - an Schwulen weiterentwickelte - Auslegung des Gleichheitsgrundsatzes.

STUDENTEN VORM LANDGERICHT – HAFTSTRAFEN ANGEDROHT

BERLIN,
März 1978

11 Studenten werden in den nächsten Monaten vor das Landgericht Berlin gestellt werden; sie sollen stellvertretend für die erfolgreichen Streiks der Studenten in den letzten Semestern abgeurteilt werden, wahrscheinlich in den Knast. Die gegen sie erhobenen Tatvorwürfe werden normalerweise vor einem Amtsgericht verhandelt. Daß die Klagen der Staatsanwaltschaft dennoch vor Großen Strafkammern zugelassen wurden, Pflichtverteidiger ohne Befragung der Beschuldigten beigeordnet wurden, das sind deutliche Zeichen für eine erneute Verschärfung der politischen Gesinnungsjustiz. Staatsanwalt Nagel dazu öffentlich in der Morgenpost: ... wir werden in einigen Fällen auf Haftstrafen hinwirken." (10. Dezember)

Als erster der 11 steht der Medizinstudent und Studentenvertreter Steffen Stürzebecher gleich an 6 Verhandlungstagen vor Gericht. (4., 7., 11., 14., 18. und 21. April)

Als Belastungszeugen treten auf: Fast alle Hochschullehrer, denen er als Stud. Vertreter im Fachbereichsrat gegenüberstand. Die Entlastungszeugen: Bis auf wenige Ausnahmen Studenten, die in der Anklageschrift als Mittäter Komplicen und Sympathisanten bezeichnet sind, und damit ebenfalls unter Strafandrohung stehen.

Die Tat: Steffen wurde als Reaktion auf sein Engagement im Streik gegen die Berufsverbote und den Streik gegen die rechtlosen Bedingungen der Medizinstudenten in der praktischen Ausbildung (PJ) willkürlich mit vorgeschobener Begründung ein Schein verweigert. Der erfolgreiche verbale Protest seiner Kommilitonen konnte die Ausstellung des Scheins dennoch erreichen. Die erste Falle schlug nicht zu, aber den Denkzettel wollten ihm die Prof's dennoch verpassen.

Heute steht Steffen für die solidarischen Aktionen seiner Kommilitonen als Rädelsführer und Organisator einer vierfachen schweren Nötigung vor Gericht. Was soll wirklich bestraft werden?

Steffen war Mitglied in zahlreichen Initiativen gegen die miesen finanziellen und inhaltlichen Ausbildungsbedingungen. Er vertrat diese Initiativen auch während der Streiks im Fachbereichsrat. Er forderte den Abzug der Polizei, die täglich Kommilitonen zusammenschlug, die mit sog. Studierwilligen über die Streikziele diskutierten. Er empörte sich schließlich gegen das Hochschulrahmengesetz, das Forschung und Ausbildung daran orientiert, Ärzte zu produzieren, die nicht die Ursache einer Krankheit, nicht die Gesundheit der Patienten interessiert, sondern nur die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft mit den billigsten Mitteln einer patientenfeindlichen Sparmedizin. (Tausende Entlassungen und Bettenstreichungen, Schließungen ganzer Krankenhäuser stehen bis 1980 ins Haus). Doch nicht die müssen sich vor Gericht verantworten, die mit AKW's und milliardentonnenweisen Industrieabfall die Gesundheit der Bevölkerung ruinieren, nicht die, die uns ein Modell Deutschland einknüppeln wollen, in dem nur noch rechtsstaatlich ist, was dem Abbau jeglicher sozialer und demokratischer Rechte das Wort redet. Sondern fortschrittliches Denken, engagiertes Handeln soll mit ein paar Präzedenzfällen wieder zum Schweigen gebracht werden.

Am Widerstand gegen die kommenden Prozesse wird sich zeigen, ob an der Universität weiter für eine Wissenschaft im Dienste des Volkes gekämpft werden kann oder ob sie uns einmachen.

Der regionale Solidaritätsausschuß der Berliner Universitäten ruft auf:
- zu einer Demonstration am 18.4.: Treffpunkt U-Bhf. Turmstr.
- zu einer Kundgebung vor dem Gericht am 11.4.
- zu einer regionalen Großveranstaltung am 14.4. (Ort noch nicht klar)

KNASTGRUPPENTREFFEN

HAMBURG,
1. April 78

Aus einem Flugblatt der 'Gefangenenselbstinitiative - Hamburg:

"Beim letzten Knastgruppentreffen in Berlin haben wir beschlossen, uns Ende März/Anfang April in Hamburg zu treffen, um die Diskussion fortzuführen, bzw, eigentlich erst richtig anzufangen.
Dieses Treffen soll nun vom 7. bis 9.4.1978 hier stattfinden und zwar im Zusammenhang mit einer Knast-Veranstaltung am 7.4., die von der GSI (Gefangenenselbstinitiative) und dem IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) durchgeführt wird.

Zur inhaltlichen Frage: Wir meinen, daß wir die andiskutierten Punkte aus Berlin wieder aufgreifen und einige neue mit hinzunehmen sollten, sicherlich wird uns auch die Veranstaltung weitere Anregungen geben.
Vorschläge für das Treffen:

Analyse der bisherigen Gefangenenarbeit und Konzeption für die Zukunft/ Entwicklung des "Strafvollzuges" in den letzten Jahren/ Perspektive Gefangenenbewegung/ wie sieht der jetzige Stand aus/ was können wir verändern/ Die Zeitung der RH Westberlin/ Frauen im Knast/ Öffentlichkeitsarbeit/.

Bitte schreibt uns so schnell wie möglich, wieviele Leute von Euch jeweils kommen, für Schlafplätze wird gesorgt und weitere inhaltliche Vorschläge.

Kontakt: Gefangenenselbstinitiative, Max-Brauer Allee 225, 2000 Hamburg 50 Tel.: 040/433296 (17 bis 20 Uhr).

ZEITUNGSAUSSCHNITTDIENST FÜR ALLE UMWELTSCHÜTZER

TÜBINGEN, 31. März

Die Pressegruppe des Bundes für Umweltschutz (BfU) sammelt seit einiger Zeit alle verfügbaren Zeitungsausschnitte zum Thema "Kernkraftwerke und verwandte Gebiete". Diese Sammlung soll all denen zur Verfügung stehen, die die Absicht haben, damit zu arbeiten. Der Bund für Umweltschutz erläutert hier die Bezugsbedingungen:

Da Ihr die Artikel, die wir haben, im einzelnen nicht kennt, ßt Ihr Euren Wunsch genau spezifizieren, d.h. nach Sachgebieten eingrenzen und sagen, w i e umfangreich das Material sein soll, das Ihr haben wollt (also z.B., ob Kurzmeldungen und Kommentare mit berücksichtigt werden sollen, etc.)
Ihr erhaltet dann Kopien von Artikeln zum gewünschten Sachgebiet. Aus finanziellen Gründen – um nicht ins Minus zu kommen – gehts nur von 10 Kopien an aufwärts. Wir bitten um Vorauszahlung per Scheck: 0.60 für Porto + 0.20 für jede Kopie. (Falls Ihr zuviel vorauszahlt, wird Euch der Rest natürlich gutgeschrieben.

Bund für Umweltschutz, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

"SOLIDARITÄT IST ETWAS, DASS MAN IN DER HAND HALTEN KANN"

LFBORG, . April 78

In Zusammenarbeit mit den Tvind-Schulen hat sich eine Vereinigung "Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" (EVV) gegründet. Wir zitieren aus einem Flugblatt:

In den vergangen Monaten haben die Mitglieder der EVV in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon eine Tischlerwerkstatt und einen Kindergarten aufgebaut. Außerdem haben sie ein Kinderheim finanziell unterstützt und mehrere Tonnen Kleidung an die Lager geschickt. Gleichzeitig wurden von Dänemark aus fünf LKWs, vier zu Ambulanzwagen ausgebaute Landrover, drei Tonnen Samengut, 30 Tonnen gebrauchte Kleidungsstücke, 100 Kubikmeter Inventar und medizinisches Gerät für Krankenhäuser und Kliniken, 30 Zelte, Reservemotoren und Werkzeug für Autos in die Flüchtlingslager nach Mozambique verschifft. Weitere Lieferungen von Medizin im Werte von 35.000 DM werden auf dem Luftwege ebenfalls nach Mozambique geschickt.

Auf diese Weise will die EVV mit geringen Mitteln Flüchtlingslager für die 90.000 Flüchtlinge in Mozambique aufbauen, die von der weißen Minderheit aus Rhodesien vertrieben wurden.

Im ganzen haben sich mehr als 700 junge Dänen an dieser Unterstützungsaktion beteiligt.
Die EVV wurde unter starkem Einfluß der Tvind-Schulen gegründet: die in ihrer Ausbildung an verschiedenen (nicht-staatlichen) Schulen theoretische und praktische Arbeit verbinden.

Die "Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" will auch mit deutschen Gruppen zusammenarbeiten, die Unterstützungsarbeit leisten wollen.

KONTAKTADRESSE:
Udviklingshjæ lp fra folk til folk, Tvind, 6990 Ulfborg, Dänemark

FUSSBALL JA – FOLTER NEIN

NÜRNBERG 29. März

Den folgenden Aufruf schickte uns eine Gruppe aus Nürnberg:

In Argentinien herrscht seit dem 24.3.76 eine Militärdiktatur, die zuvor sowohl ökonomisch als auch propagandistisch von langer Hand vorbereitet worden war, um von vornherein einer internationalen Protestwelle wie beim Putsch in Chile den Wind aus den Segeln zu nehmen.
Der Putsch selber wurde als 'unblutige' Machtübernahme gefeiert, als "präzise Arbeit der Militärs" in einem Land, in dem es keinen anderen Ausweg mehr aus wirtschaftlichem Chaos und "terroristischer Gewalt" gebe.
Die angesetzte WM ist als Fortsetzung dieser Politik zu sehen. So sagt General Merlo, der Organisator der WM, ganz offen und richtig: "Die WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und den mehr als 1.5oo Mio Fernsehzuschauern hilft dem Ansehen Argentiniens mehr als Hunderte von politischen und diplomatischen Erklärungen".
Um die Tragweite und Auswirkungen eines auf diese Weise verbesserten Ansehens zu erkennen, muß man wissen, daß seit dem Putsch die verfassungsmäßigen Garantien außer Kraft gesetzt sind, Tarifautonomie und freie Betätigung der Gewerkschaften staatlicherseits aufgehoben wurde und jegliche Parteitätigkeit verboten ist. Die hohe Geldentwertung (im letzten Jahr noch über 360 %), realer Lohnabbau seit dem Putsch über 70 %) führt zur Verelendung der arbeitenden Bevölkerung. Nach Angaben der Argentinischen Menschenrechtskomission wurden bisher über 10.000 Menschen ermordet, 30.000 sind verschwunden, 20.000 aus politischen Gründen in Haft, von denen "über 80 % keinerlei politischen Vergehen begangen haben" (Bericht des US-State-Departments), 19 % dieser Gefangenen wird Zusammenarbeit mit bewaffneten Regimegegnern vorgeworfen, bei 37 % handelt es sich um Freunde, Verwandte, Anwälte von Terrorismus-Verdächtigen).
Ein General sagte: Für jeden der von uns fällt, legen wir 12 von euch um.
In Frankreich, Schweden, Holland ist es gelungen, die Beteiligung an einer WM, die zwischen KZ's und Folterlagern ausgetragen wird, massiv in Frage zu stellen. In allen drei Ländern werden bereits seit Monaten Boykottforderungen diskutiert, u. der holländische Ministerpräsident hat sich in einem Fernsehinterview positiv gegenüber einem Boykott geäußert. Wir hier in Bayern sollten an diese Arbeit anknüpfen. Zu diesem Zweck hat sich in Nürnberg eine Argentiniengruppe gebildet, die aus Vertretern verschiedener Gruppen und Organisationen und Einzelpersonen besteht, und bis jetzt einmal versucht hat, verschiedene Ideen zusammenzutragen: Info-Tische, Unterschriftslisten, Filme, Veranstaltungen, Wanderausstellung "Fußball und Folter - Argentinische Realität"...

Material bei: Informationsstelle Lateinamerika
Römerstr. 88, 53 Bonn 1

Kontaktadresse zur Nürnberger Argentiniengruppe:
Anita Aschenbrenner, Keßlerplatz 15, 85 Nürnberg, Tel.: 0911/55 83 61, Waldi Stadelmann, Tel. 0911/ 26 21 41

IG METALL: TARIFSCHLACHT VERLORENGEGEBEN

Alle sind mit dem Metall-Abschluß zufrieden, nur die Arbeiter nicht.

STUTTGART/ HEIDELBERG 3. April Am Donnerstag legt die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden den von ihr ausgehandelten neuen Tarifvertrag zur Urabstimmung den Metallarbeitern vor. Die SPD-Regierung ist erleichtert über den Vorschlag. Die Gewerkschaftsführung hält ihn für einen Sieg, für "angemessen und tragbar". Die Unternehmer finden ihn sehr teuer, aber erträglich. Die Arbeiter, die wir interviewen konnten, sind sauer. "Steinkühler hat uns verraten". "Die Gewerkschaft hat Angst, was auszureizen. Wir in Heidelberg und die in Nordrhein-Westfalen sind in den Streik erst gar nicht einbezogen worden.

Die Propagandamaschinerie zur Annahme des Tarifvertrags ist angelaufen. 75% der stimmberechtigten Metaller müssen ihn ablehnen, damit weiter gestreikt wird. Es wäre nach der Ablehnung des ÖTV-Tarifvorschlags durch die Hafenarbeiter im Februar die zweite wichtige Ablehnung in dieser Tarifrunde. Zu folgenden Abmachungen sollen die Metaller mit "ja" stimmen. Das soll der Sieg sein:

1. Lohnerhöhung: 5% (Die Hafenarbeiter haben 7% rausgeholt.) Für die ersten drei Monate dieses Jahres pro Monat DM 137.–.

2. Abschaffung der Lohngruppe 1; die niedrigste Lohngruppe ist jetzt also die Lohngruppe 2. (Gefordert war die Abschaffung der BEIDEN untersten Lohngruppen. In diesen beiden Lohngruppen arbeiten vor allem Frauen. "Dieser Abschluß ist frauenfeindlich.")

3. Lohngarantie bei Abgruppierung in eine niedrigere Lohngruppe aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen: eine solche LOHNGARANTIE ist NUR FÜR 18 MONATE durchgesetzt worden. Genau sieht das so aus: wenn der Unternehmer eine neue Technik einführen will, die Arbeiter in den hohen Lohngruppen überflüssig macht, muß er das dem Betriebsrat ein Jahr vorher mitteilen. Die Arbeiter können entweder sehen, ob sie woanders in ihrer Lohngruppe einen Job finden. Das ist, da überall rationalisiert wird, so gut wie aussichtslos. Oder sie können den neuen Arbeitsplatz akzeptieren. Dann werden sie 18 Monate nach ihrer alten Lohngruppe bezahlt. Danach bekommen sie die Lohnerhöhungen dieser Gruppe nur noch teilweise.

Ursprünglich hatte die IG-Metall sogar noch viel mehr als eine individuelle Absicherung des Lohnes, wenn auch nicht der Arbeitsbedingungen, gegen Rationalisierung, gefordert. Auch in Zukunft sollten in allen Betrieben genauso viel "Qualifizierte" und "Geringer Qualifizierte" arbeiten wie heute. Rationalisierungen hätten sich für den Käufer der Arbeitskraft weniger gelohnt als jetzt, wo alle Schranken gefallen sind. Von dies Forderung war schon lange keine Rede mehr.

Das Ergebnis trifft also sowohl die Ungelernten der unteren Lohngruppen als auch die Gelernten der oberen Lohngruppen im Kern.

Auf dem Balkon des Frankfurter Theaters am Turm – Kita-Kinder und Erzieher bei einer Solidaritätsveranstaltung am 3.April 1978

RUSSELL–TRIBUNAL GRÜNDET UNTERKOMISSION GEGEN VERFOLGUNG VON RUSSELL–UNTERSTÜTZERN

HARHEIM 1. April Am Samstagmittag hat die Jury eine Unterstützungskomission gegründet, die Pressionen im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal sammelt und prüft. Als erste übergab Brigitte Schultek ihr Material, die wegen einer Unterschrift für das Russell-Tribunal vom Gewerkschaftsausschluß bedroht ist. Wir berichteten über diesen Fall im Tages-ID Nr. 4 und 5. Also Spuren sichern und alles zum Sekretariat des Russell-Tribunals
Ahornstr. 5, D - 1 Berlin 30, Tel. 030/ 211 91 38

AKTUELLE MELDUNG VOM SONNTAG

Die Jury wird eine Kommission für Haftbedingungen in Stammheim bilden, der mehrere noch nicht genannte Jury-Mitglieder angehören werden.

VERANSTALTUNG LINKE UND RUSSELL-TRIBUNAL

Die Veranstaltung "Linke und Russell–Tribunal" findet nicht wie angekündigt am Dienstag, dem 4.4., 20 Uhr in der Frankfurter Universität statt, sondern wird auf einen späteren Termin verschoben.

ZUR PRAXIS DER ANHÖRUNG (PETER SCHNEIDER)

FRANKFURT 1. April 1978 *Das Russell-Tribunal hört am Vormittag des 1. April im übervoll besetzten Bürgerhaus in Harheim die Gutachter Schneider und Ziegert zur "Praxis der Anhörungsverfahren". Der Vortrag von Peter Schneider war für die Jury - die sich über Langeweile beim Tribunal beklagt hatte - nicht langweilig. Und auch die Zuschauer verfielen nicht in den bekannten Dämmerzustand bei ermüdenden Vorträgen. Sie lachten, zornig und fröhlich, applaudierten und freuten sich darüber, daß einem Kameramann des ZDF der Film aus der Rolle fiel. Wir bringen eine gekürzte Fassung des Vortrages von Peter Schneider: Der Versuch, mit ihm ein Interview zu bekommen, ging daneben. Er hatte keine Lust. "Schon wieder Interview, schon wieder Berufsverbote, ach bloß nicht." Heiser war er auch und wollte lieber einen Wein trinken.*

Die Praxis der Anhörung zeigt, daß sie nicht das Recht des Bewerbers gewährleistet, sich zu den ihm zur Last gelegten Tatsachen zu äußern.
Vielmehr gewähren sie ihm nur das Recht, sich von den ihm zur Last gelegten Handlungen oder Äußerungen zu distanzieren. Die Bewertung dieser Handlungen oder Äußerungen als Zweifelsgründe ist weitgehend in das Ermessen des Dienstherren oder der Anhörungskommission gestellt und folgt in der Praxis keinerlei rechtsverbindlichen Regeln.
Was Zweifelsgründe sind oder was nicht, entscheidet zunächst - und das heißt bis auf Jahre - die einstellende Behörde, und sie entscheidet auch, ob eine Antwort geeignet ist, Zweifel an der Verfassungstreue auszuräumen oder nicht.
Überdies werden die Anhörungen häufig dazu benutzt, weitere belastende Tatsachen oder Meinungen aus dem Bewerber herauszufragen. Das Recht, sich zu äußern, verkehrt sich so in das Recht, sich zu verraten. Die Umkehr der Beweislast und die prognostische Zielsetzung der Anhörung nötigen den Bewerber, sich Fragen nach seiner Gesinnung gefallen zu lassen, auf die es rechtsverbindliche Antworten meist nicht gibt und auch nicht geben kann.

Die "zufriedenstellende" Antwort auf solche Fragen ist dann unvermeidlich diejenige, die der Dienstherr geben würde.
Der Bewerber ist vor die unzumutbare Alternative gestellt, sich entweder in die persönliche Meinung der Frage einzufühlen und sich ihr anzupassen, oder mit einer eigenständigen Antwort seine Ablehnung zu riskieren. Die Mehrzahl der Anhörungen ist zur Prüfung der Verfassungstreue schon deswegen nicht geeignet, weil die gestellten Fragen gar nicht nach der Haltung des Bewerbers zur Verfassung fragen.
Werden aber solche Fragen gestellt und gibt der Bewerber die in der Verfassung und in den Entscheidungen des Verfassungsgerichtes formulierten Antworten, so rügt die Anhörungskommission in der Regel, daß diese Antworten vorformuliert sind.
Was immer der Bewerber sagen mag, er kann die Anhörungskommission nur bestätigen: entweder in ihren Zweifeln oder in ihrem Vertrauen. Ein Bewerber, der sich distanziert, kann mehr Mißtrauen auslösen, als jemand, der sich nicht distanziert, der frech ist und umgekehrt.
In jedem Fall lernt die Anhörungskommission in der Anhörung nur ihre eigene Meinung zur Verfassung kennen. Da die Anhörungskommission bestimmte Antworten erwartet, und da diese Antworten mit einer Anstellung oder Ablehnung belohnt werden, sagt der Bewerber in jedem Fall, was er glaubt, sagen zu müssen, und nicht, was er denkt. Dies gilt auch dann, wenn er glaubt, sich als Verfassungsfeind darstellen zu müssen.
Ein Bewerber, der sich als Verfassungsfeind darstellt, kann dies aus Wut oder Trotz tun, und ein anderer, der sich als Verfassungsfreund gibt, kann ein Taktiker sein. Es scheint tatsächlich so zu sein, daß man die Gesinnung eines Menschen am besten durch seine Taten erkennt.
Dies setzt voraus, daß man ihn etwas tun läßt. Die Anhörungen erschließen die Gesinnung im wesentlichen aus einer Äußerung. Die Anhörungen sind ungeeignet zur Feststellung der Verfassungstreue.
Die mir vorliegenden und hier teilweise erörterten Protokolle zu den Anhörungen beweisen, daß die Verfahrensregeln der Anhörung, soweit sie durch Beschlüsse oder Gerichtsentscheide überhaupt festgelegt sind, ständig überschritten werden. Weder halten sich die Befrager an den ziemlich willkürlich

festgelegten 5-Jahreszeitraum, auf den, vom Anhörungstermin an, rückwärts gerechnet, Zweifelsgründe sich beschränken sollen, noch begnügen sie sich mit „gerichtsverwertbaren" Tatsachen, noch verschließen sie ihre Augen vor Erkenntnissen, die nicht aus "allgemein zugänglichen Quellen" stammen.
Aber ein solcher Einwand impliziert die Vermutung, daß sich Anhörungen, die sich wesentlich auf die Gesinnung eines Menschen beziehen, überhaupt rechtsstaatlich regeln lassen. In Wirklichkeit läßt sich, wenn der Eid auf die Verfassung und die Versicherung des angehörten Bewerbers, daß er diesen Eid ernst meine, einmal als "bloß verbales" Bekenntnis oder als arglistige Täuschung verdächtigt ist. Sobald die vorformulierten Antworten nicht ausreichen, müssen natürlich auch unerwartete Fragen gestellt werden, die "spontane" Antworten erwarten lassen.
Abgesehen davon, daß es auf eine Frage wie: "Was halten Sie vom Extremisten-Beschluß?" eine verfassungstreue Antwort nicht geben kann. Abgesehen davon, daß es auf eine Frage wie: "Was halten Sie von Wohngemeinschaften überhaupt?" keine verfassungstreue Antwort geben kann - gäbe es sie in Form einer kanonischen Antwort, so wäre auch dies nicht geeignet, bestehende Zweifel auszuräumen, eben weil die Antwort vorformuliert wäre.
Die ganze Anlage des Verfahrens nötigt also die Befrager, sich ständig über gesetzte Verfahrensregeln hinwegzusetzen, da eine Regelung der Frage eine Regelung der Antwort einschließt, womit die Anhörung wieder bei der Frage - und Antwort - Ritual des Verfassungseides angelangt wäre.
Angenommen, ein Gericht würde die Antwort:"Ich halte überhaupt nichts von Wohngemeinschaften", als eine Zweifel ausräumende Antwort bewerten, so wäre sie dadurch für die Anhörungskommission gleichzeitig entwertet. Denn sie wäre ebenso vorformuliert, wie die richtige Antwort auf die Frage nach der Bereitschaft, den Eid auf die Verfassung zu leisten, oder die Frage, was die unverzichtbaren Bestandteile der Verfassung seien, deren Ernsthaftigkeit durch die Anhörung überprüft werden soll. Zu sagen, was ich hier sage: daß nämlich die Anhörungen die gesetzten Verfahrensregeln ständig verletzen, heißt nichts weiter, als ihr Prinzip zu benennen.

Alle Gesinnungsverhöre in der Geschichte, ob es jene sind, denen Jesus Christus unterworfen wurde, oder jene, die der „Ausschuß für unamerikanische Umtriebe" anstellte, oder jene, denen sich politische Dissidenten in der DDR unterziehen müssen, oder jene, über die ich hier berichtet habe, weisen eine verblüffende Ähnlichkeit auf: sie prüfen die persönliche Unterwerfung des Verhörten, nicht unter die Verfassung, sondern unter die Machthaber.

Als Albert Einstein von einem New Yorker Lehrer gefragt wurde, wie er sich in dem bevorstehenden Hearing vor dem "Ausschuß für unamerikanische Umtriebe" verhalten sollte, gab er folgende Antwort:„Ehrlich gesagt, ich kann nur den revolutionären Weg der Weigerung zur Kooperation im Sinne Gandhis sehen. Jeder Intellektuelle, der vor den Ausschuß geladen wird, sollte sich weigern, auszusagen, d.h., er sollte bereit sein, Gefängnis und ökonomischen Ruin auf sich zu nehmen, kurz, sein persönliches Wohlergehen für die kulturelle Zukunft seines Landes zu opfern. Jedoch sollte er seine Weigerung nicht mit der wohlbekannten Berufung auf das Amendment gegen eine mögliche Selbstdiskriminierung begründen, sondern mit der Feststellung, daß es eine Schande für einen unbescholtenen Bürger ist, sich einem derartigen Verhör unterziehen, und daß ein solches Verhör den Geist der Verfassung verletzt."

Ich denke, daß die Anhörungen in der BRD von einer späteren Generation mit demselben Abscheu betrachtet und verurteilt werden, wie die Hearings der Mc Carthy-Zeit, die in Europa und den USA längst verachtet und verurteilt worden sind; übrigens auch von denen, die diese Anhörungen in der BRD heute anstellen. Es ist immerhin lehrreich, daß das amerikanische Verfassungsgericht sich 31 Jahre nach Beginn der Hearings mit der Frage befaßte, ob die Tätigkeiten des "Ausschusses für unamerikanische Umtriebe", mit der amerikanischen Verfassung vereinbar seien.
Einstweilen bleibt festzustellen, daß in der BRD und manchmal Wort für Wort, jene Fragen an Bewerber für ein Amt im öffentlichen Dienst gestellt werden, für die McCarthy berühmt geworden ist, und Tausende sich gezwungen sehen, an einem Prüfungsverfahren mitzuwirken, das ihre Menschenwürde verletzt. Zweifellos ist es in der BRD heute schwieriger, sich offensiv gegen die Gesinnungserforschung in den Anhörungen zur Wehr zu setzen, da die Anhörungen im Gegensatz zu den Hearings unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Gerade deswegen ist es notwendig, den öffentlichen Beteuerungen über die Rechtsstaatlichkeit der Anhörungsverfahren die Praxis der Anhörungen entgegenzustellen, damit Einsteins Haltung zu solchen Anhörungen zur öffentlichen Meinung wird.
Schwerer noch als die Wirkung der Anhörungen auf die tatsächlich Betroffenen wiegt die Wirkung, die sie auf die Hunderttausende von potentiell Betroffenen haben. Es genügt, ein paar Tausend Bewerber mit Fragen nach de[illegible] Wohnanschriften der letzten fünf Jahre, nach Resolutionsunterschrift, etc. zu konfrontieren, um zu erreichen, daß Hunderttausende, die eine solche Befragung befürchten, sich in Zukunft jedes Wort überlegen, daß sie öffentlich sagen, darauf achten, mit wem sie zusammen wohnen und unter welchem Transparent sie stehen, wenn sie so tollkühn sind, noch auf eine Demonstration zu gehen. Wenn die Anhörungen nicht geeignet sind, die Verfassungstreue eines Bewerbers festzustellen, so sind sie jedenfalls dazu geeignet, einer ganzen Generation ein eigenständiges politisches Denken und Handeln abzugewöhnen.

Die Jury befragt die Gutachter

Griffith richtet an Peter Schneider die Frage, warum es denn in Deutschland noch keinen Film, kein Theaterstüc[k] zu den Anhörungsverfahren gibt.
Peter Schneider sagt, er habe eins geschrieben, das sei abe[r] bisher auf wenig Begeisterung bei den Medien gestoßen. Schneider, der als Lehrer bereits 1973 wegen seiner g[e]schriebenen Texte unter das Berufsverbot gefallen ist, e[r]zählt, man hätte ihm gesagt, an einer Stelle, sein Buch se[i] ja gut, er wäre es auch wert, einen Kunstpreis zu bekom[]men, aber als Lehrer sei er eben untragbar.
Ein Intendant: "Ihr Buch finde ich gut, aber ich zitiere s[o] ungern den Titel" ("...schon bist du ein Verfassungsfeind[)]
Griffith fragt: Wo werden denn in Deutschland die V-Mä[n]ner ausgebildet? Sind sie in einer Gewerkschaft?
Ziegert: Das ist ein Staatsgeheimnis.
Die Anhörungen haben keine neue Arbeitsplätz gescha[f]fen, aber es können auch nicht eine Million Arbeitslose Ve[r]fassungsschützer werden.
Frage der Jury: War die Einschüchterung, der die Bewerb[er] beim Anhörungsverfahren unterworfen sind, von der Bu[n]desregierung beabsichtigt?
Schneider: Ich kann nichts über die Absicht sagen, wo[hl] aber über die objektiven Folgen.
Ich glaube Willy Brandt, der sagte, als er von den Anh[ö]rungsverfahren hörte, das habe er nicht gewollt.
Helmut Schmidt möchte damit sicher auch am liebst[en] nichts zu tun haben.
Frage: Breitet sich diese Praxis auch auf die Privatwirtsch[aft] aus?
Schneider: In einigen Fällen können wir das jetzt beweis[en]

IM ERNST, DER BND VERRICHTET SEINE ARBEIT GUT

FRANKFURT 31. März *Die niederländische Zeitung „De Nieuwe Linie" hat mit Dr. Bochmanns vom Innenministerium ein Interview über das Geheimpapier zum Russell-Tribunal (siehe ID 223) gemacht. Wir übernehmen eine gekürzte Dokumentation von einem Flugblatt des Kommunistischen Bundes (KB).*

Während eines Seminars über Terrorismus in Bergisch-Gladbach (am 14.2. – Anmerkung des Übersetzers) hielt Dr. Bochmann vom Bonner Innenministerium ein Referat über den Terrorismus in der Bundesrepublik. Wir sprachen mit ihm über das Russell-Tribunal und über das oben erwähnte geheime Papier. Bochmann:„Ich weiß nicht, wie Sie an dieses Papier kommen. Möglicherweise ist es Ihnen bekannt geworden, wie so vieles bekannt wird."

Dieser Rapport muß Ihnen doch bekannt sein, er ist auch offiziell von Ihrem Ministerium bestätigt. Daß er nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, das stimmt. Aber finden Sie das an sich nicht schon symptomatisch? Und wie verbinden Sie das mit dem Begriff Rechtsstaat?

„Ich kenne das Papier. Ich habe auch gehört, daß es Indiskretionen enthält. Ich weiß nicht, durch wen es an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich bin auch nicht verantwortlich für das Papier, es kommt von der Abteilung Radikalismus des Ministeriums. Die Analyse beruht auf Informationen des Bundesnachrichtendienstes (der Gegen-Spionage) und des Verfassungsschutzes. Sie dürfen es also nicht zu leicht nehmen. Bestimmte Kreise haben offensichtlich ein Interesse, die Bundesregierung zu diskriminieren. Wenn Sie der Meinung sind, daß wir dagegen nichts unternehmen dürfen, dann verstehe ich das nicht. Man will zu einer weltweiten Kampagne gegen die Maßnahmen unseres Staates aufrufen."

Sie sagen ‚weltweite Kampagne'. Wenn das möglich ist, ist dann vielleicht nicht doch etwas los mit dem deutschen Rechtsstaat? Gibt Ihnen das nicht zu denken?

„Wir haben vom Staat aus nichts zu verbergen. Der Staat gesteht auch zu, daß über bestimmte Dinge öffentlich diskutiert werden kann. Das Tribunal will jedoch gar nicht mit uns diskutieren, es will allein eine vorurteilshafte Diskussion mit allen möglichen Gruppen, nicht mit staatlichen Instanzen oder einem Vertreter der Bundesrechtsanwaltskammer, mit seriösen Menschen also."

Meinen Sie, daß das Tribunal eigentlich die Absicht hat, den deutschen Staat anzugreifen und also verfassungsfeindlich gegen das Grundgesetz sein würde? Zweifeln Sie an der Ehrlichkeit des Tribunals?

„Ja, ohne weiteres, mit aller Deutlichkeit. Ich habe jedoch nicht gesagt, daß es verfassungsfeindlich ist. Das wird die Zukunft zeigen. Wenn es das ist, dann können wir es als eine verfassungsfeindliche Organisation verbieten. Diesen Schritt hat jedoch noch niemand unternommen. Wohl gibt es wichtige Tatsachen, die darauf hinweisen, daß gegen diesen Staat agitiert wird, wobei man aus politischen Gründen überlegen muß, ob man es verbieten soll oder nicht. Ich will es hier nochmals sehr deutlich machen: Es wurde bisher keine Maßnahme gegen das Russell-Tribunal unternommen. Wohl sind verschiedene Maßnahmen erwogen worden, aber ob man davon Gebrauch machen wird, darüber ist im Moment noch kein Beschluß gefaßt worden."

Sie machen keinen Unterschied zwischen, wie sie es sagten, Agitation und Kritik?

„Agitation nenne ich eine Diskussion, wobei argumentiert wird, ohne mit Fakten zu kommen, und man von vagen Vermutungen ausgeht. Das ist für mich der Unterschied zwischen Agitation und Kritik. Wer nicht bereit ist, sich erst zu informieren, wer nicht die Gegenargumente der anderen Seite hören will, der agitiert. Und das ist unsere Meinung, das sage ich nochmals sehr deutlich, über das Russell-Tribunal. Nicht alleine das Tribunal, das jetzt vorbereitet wird, sondern über alle Russell-Tribunale, so wie sie bisher verlaufen sind."

Sie sagen, daß das Tribunal nicht gut informiert sein würde. Ich denke hierbei an das Vietnam-Tribunal. Ich glaube, daß sie in der Tat nicht gut informiert waren. Die Wahrheit schien viel schlimmer zu sein. Soll ich das hier auch so auffassen? Ich meine, daß eine mögliche Verurteilung der BRD ernster aufgenommen werden muß, da nicht alle Informationen vorhanden sind?

„Das Vietnam-Tribunal war in der Tat schlecht informiert und hat sehr viel Schaden gebracht. Und unter diesen Bedingungen kann es auch hier viel Schaden bringen, vor allem unter Jugendlichen, die sich dann unter bestimmten Umständen genauso kritiklos verhalten könnten, ohne sich von den Tatsachen zu überzeugen, sich ebenso in Erfindungen begeben könnten, darin sehe ich eine Gefahr."

Meinen Sie nicht, daß die „Bild-Zeitung" einmal zur Rechenschaft gezogen werden müßte wegen ihrer extremen Stimmungsmacherei. Die beeinflußt die Jugendlichen doch auch? Oder ist das in Übereinstimmung mit dem Rechtsstaat?

„In der Tat, daran kann man sehen, daß hier eine freie Meinungsäußerung besteht."

Wir sind hoffentlich darin einig, daß das Tribunal keine Gewalt gebrauchen wird. Im schlimmsten Fall wird man eine bestimmte linke Propaganda gebrauchen. Darauf hat die Bundesregierung doch genug Antworten? Warum dann die Polizeimaßnahmen?

„WELCHE POLIZEIMASSNAHMEN ? "

Sie kennen das Papier doch: Zum Beispiel das Einreiseverbot für ausländische Jury-Mitglieder, das Tribunal durch Polizei beenden zu lassen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Möglichkeit, das Tribunal stattfinden zu lassen, in dem Drehbuch (gemeint: das geheime Dokument – Anm. d. Übers.) nicht eingeplant ist. Nur die Skala repressiver Maßnahmen ist berücksichtigt worden.

„Es wurde in der Tat über Polizeimaßnahmen gesprochen. Darüber beraten wir uns noch. Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, daß der Bundesnachrichtendienst seine Arbeit nicht gut verrichtet? Er unternimmt Nachforschungen, ob bei bestimmten Plänen verfassungsfeindliche Absichten eine Rolle spielen. Dann müssen wir doch die Möglichkeit haben, darüber nachzudenken, auch mit einem Papier, um zu sehen, was man dagegen tun kann?

Ich kann nicht ausschließen, daß man zu dem Beschluß kommt, das Tribunal stattfinden zu lassen. Ebensowenig kann ich jedoch ausschließen, daß man doch das eine oder andere unternehmen wird. Kann ich wissen, wer unter den Teilnehmern des Tribunals nach Deutschland einreisen will, den wir aufgrund anderer Erwägungen vielleicht an der Grenze aufhalten werden? Zum Beispiel, weil wir vermuten, daß so jemand versucht, Demonstrationen aufzuhetzen – gewaltsame Demonstrationen sind bei uns verboten – und Sie werden doch nicht der Auffassung sein, daß wir dies zulassen müssen? Und wenn wir Maßnahmen aufgrund des Versammlungs- oder Vereinsrechtes vornehmen, dann sind diese Erwägungen, ich gebe das zu, in einem Drehbuch vorbereitet, sowie allerlei Kalamitäten vorbereitet wurden. Denken Sie mal an die Kalkardemonstration, meinen Sie wirklich – Sie haben hoffentlich gehört, was für Waffen wir dort gefunden haben – daß wir darauf unvorbereitet hätten sein sollen?

Und ich will gerne von Ihnen hören, ob Sie meinen, daß eine dieser Maßnahmen des Rechtsstaates dem Grundgesetz wi-

derspricht. Und ob Sie an der Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen zweifeln? Das würde ich gerne einmal hören. Und dann müssen Sie doch auch zu dem Schluß kommen, daß wir ein demokratischer Rechtsstaat sind? "

"EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT" – Nur wenn die Stadtverwaltung es dringend nötig hat (Grundgesetz, Artikel 5, 1; Neue Fassung)

DORTMUND, 19. März 78

Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Unterbezirk Dortmund, hatten die Absicht, eine Veranstaltungsreihe mit fortschrittlichen Liedermachern durch den Abdruck der Liedertexte zu bereichern. Die Reihe sollte den Titel FLUGCHBLATT tragen. Einigen verantwortlichen Herren im Jugendamt kamen die Liedertexte auf den Schreibtisch und sie beschlossen, daß sie diese Veranstaltungsreihe so nicht unterstützen können. Die Falken berichten, welche Lieder der Stadtverwaltungszensur zum Opfer fielen.

„Im Laufe dreier Gespräche wurden als ‚nicht vertretbar' Lieder folgenden Problembereichen genannt:

Selbstverwaltetes Freizeitzentrum "Wischlingen". das im November 1977 von der "Revierpark GmbH", in der die Stadt Dortmund vertreten ist, abgerissen wurde; Sanierung allgemein und im besonderen Fall des Stadtteils Dorstfeld; Zustände im Dortmunder Mädchenwohnheim "Vincenzheim"; Entwicklung des Rechtsstaates BRD mit einem Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau von Grundrechten; Berufsverbot in Dortmund; Dortmunder Volksblatt - "Klüngelkerl"; Atomkraftwerke - und hier ausgerechnet der "KKW Nein Rag" von Walter Maßmann.

Über die Lieder zu Dorstfeld und zum Vincenzheim ließen die Jugendamtsvertreter erst gar nicht mit sich reden. Am ersten "Verhandlungstag" wurde ein Lied zu Wischlingen dadurch "vertretbar" gemacht, daß der Titel gestrichen wurde, der da lautet: "Für Wischlingen".

Die beteiligten Interpreten baten an dieser Stelle darum, die Verhandlungen auf den nächsten Tag zu verschieben, weil sie die Situation erst untereinander besprechen mußten, um ihr Verhalten gemeinsam zu bestimmen. Es war klar, daß der Widerspruch, der darin liegt, daß eine Veranstaltungsreihe, in der unter anderem Lieder zur politischen Unterdrückung vorgetragen und diskutiert werden soll(t)en, selbst politischer Unterdrückung anheimfällt (nämlich der Zensur), von den beteiligten Interpreten ausgetragen werden mußten.

Das Argument: "Wir wissen doch, daß es hierzulande Unterdrückung und Zensur gibt, also laßt uns vielleicht doch auf das'Angebot' des Jugendamtes eingehen", wurde nicht etwa mit leichter Hand vom Tisch gefegt. Dafür lag uns zuviel an der Veranstaltungsreihe in den Jugendheimen. Letztlich waren wir aber doch davon überzeugt, daß unsere politische Glaubwürdigkeit verloren ginge, wenn wir zum reinen die Zensur schlucken und sie zum anderen auch nicht öffentlich machen würden. Deshalb entschlossen wir uns, die Zensur zum Thema einer "Pilot"-Veranstaltung am 12.3.78 zu machen.

In diesem Sinne liefen dann auch die '.Verhandlungen" am 10.3.78 weiter. Wenn die Angelegenheit nicht so ernst gewesen wäre, hätte man meinen können, die Beteiligten böten Kabarett in Reinkultur:

Nachdem Vortrag ein Lied unter dem Vorbehalt, daß der Titel gestrichen wird, die Zensur passiert hatte, starteten wir weitere, ähnliche Versuche. Wir boten an, im Lied "Rettet Wischlingen" das Wort "Banditen", mit dem die Zerstörer dieses Freizeitzentrum gemeint waren, durch das Wort "Bürokraten" zu ersetzen. Damit stießen wir aber nicht auf Gegenliebe.

Im Lied zur Entwicklung des Rechtsstaats BRD ("Gesetz muß Unrecht bleiben") boten wir an, die letzte Strophe - also den Aufruf zum Widerstand - zu streichen. Und schon hatten wir wieder ein "vertretbares" Lied mehr. Im Gegenzug wollten wir das Lied zu einem Berufsverbotsfall in Dortmund haben. Leider ging das nicht, weil dieses Thema in Dortmund schon "zu viele Emotionen" geschürt habe. Als wir stattdessen den KKW-Nein Rag retten wollten, stießen wir wieder auf eine unüberwindliche Zensur-Mauer. Dafür erhandelten wir uns ein Lied zu Sanierungsproblemen und produzierten dadurch den größten Witz in dem ganzen Skandal: Die "verantwortlichen Herren" fingen plötzlich an, mitzudichten, was einen Pressevertreter aus Dortmund zu der Bemerkung veranlaßte: "Dann sollen die Beamten doch selbst singen!" Zwei Zeilen des Liedes "Laßt uns unsere Straßen" mußten raus, weil darin die SPD genannt wurde "der Vertreter unserer demokratischen Parteien" Die politische Erkenntnis: "Denn Sozialdemokraten heißt Kompromiß" wurde zur staatsmännischen Formel: "Denn regieren heißt Kompromiß".

Es ging im folgenden um zwei Probleme:

1. In welcher Form sollen wir den Skandal öffentlich machen?
2. Wie retten wir die Veranstaltungsreihe, wenn die Stadt einen Rückzieher macht?

Nachdem wir auf der Veranstaltung am 12.3.78 noch einmal erklärt hatten, was wir mit der Reihe "FLUGCHBLATT" erreichen wollten, wiesen wir darauf hin, daß die Stadtverwaltung sich einen neuen Untertitel ausgedacht hatte: "Wess' Brot ich eß, dess' Lied ich sing." Da uns bestimmte Texte gestrichen seien, könnten wir z.B. das dann folgende Lied instrumental bringen. ("Rettet Wischlingen")

Im Verlauf des Abends spielten wir dann dieses und andere zensierte Lieder doch noch und machten deutlich, daß wir als Interpreten und die SJD - Die Falken bereit seien, dafür zu kämpfen, daß „FLUGCHBLATT" durchgeführt werden kann.

Zunächst sollte diese Forderung weiter an das Jugendamt gerichtet werden. Sollte dieser Versuch scheitern, müssen die Bemühungen dahin laufen, andere Mitveranstalter zu finden, die die (vergleichsweise geringen) Kosten mittragen können.

Am 13.3.78 hat die Stadt Dortmund der Presse mitgeteilt, daß sie nicht bereit ist, die Veranstaltungsreihe weiter mitzutragen. Die drei Dortmunder Tageszeitungen haben (aufs Ganze gesehen, für uns sehr positiv) über den Fall berichtet.

Wenn auch heute, am 14.3.78, noch nicht klar ist, wie "FLUG CHBLATT" weiterlaufen wird, ist uns klar: "FLUG CHBLATT" darf und wird nicht sterben. Die Stadtverwaltung muß durch die praktische Arbeit an dieser Veranstaltungsreihe darauf hingewiesen werden, daß diese Konzeption von den Jugendlichen verstanden und angenommen wird. Letztlich bleibt nur dadurch eine Chance, der Stadt ähnliche Veranstaltungen in Zukunft abzutrotzen. Zur Zeit bläst der Wind aus dem Stadthaus schärfer. "Wir werden jetzt höllisch aufpassen, daß uns so etwas nicht noch einmal passiert", heißt es im Jugendamt. Dieser Ankündigung schärferer und tagtäglicher Zensur müssen wir von unten begegnen. An der Basis, in den Jugendheimen wird sich zeigen, was aus "FLUG CHBLATT" wird.

Kontakt: SJD - Die Falken, Unterbezirk Dortmund Leopoldstr. 16, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/ 81 23 80

PLAKETTENVERBOT – NEIN DANKE! ANGESTELLTE LEHRER KLAGEN GEGEN DIE HAMBURGER SCHULBEHÖRDE!

HAMBURG, 21. März

Die Hamburger Schulbehörde will allen Lehrern das Tragen von "Atomkraft Nein Danke!" -Plaketten verbieten. Angestellte Lehrer klagen nun vor dem Hamburger Arbeitsgericht, leider ohne die GEW, weil der Vorstand den Prozeß nur in einem einzigen Fall (eine beamtete Kollegin an einer Berufsschule) führen will und

erst nach der grundsätzlichen Klärung (vor dem Verwaltungsgericht) erwägen will, ob sie nun noch für die angestellten Lehrer klagen will.

Das kann so lange dauern — so lange wollten die Lehrer nicht warten. Sie haben gemeinsam mit den Rechtsanwälten Maeffert und Piontek eine neue Klageschrift ausgearbeitet. Sie enthält ihren Standpunkt zur Meinungsfreiheit, zur angeblichen Indoktrination und zur Gefährdung durch Atomenergie.

Die staatlichen Stellen haben nun, nachdem vergleichsweise Ruhe an der Schulfront herrscht, einen neuen Verstoß gegen plaketten-tragende Menschen unternommen. Am 14. März wurde dem S-Bahnfahrer Olaf H. fristlos gekündigt, weil er im Dienst die Plakette trug. Daß es nicht die Sorge um die unmündigen Schüler ist, die zum Plakettenverbot geführt hat, sondern der Staat überall, wo sein Arm hinreicht, Meinungsäußerungen gegen das Atomprogramm zum Schweigen bringen will, wird auch an diesem Fall deutlich.

Wie bei allen anderen Prozessen gegen AKW-Gegner ist auch hier eine Unterstützung durch breite Öffentlichkeit wichtig.

TERMINE:
Gerichtsverhandlung der angestellten Lehrer: 10. April, 9 Uhr 30, Raum 247, Arbeitsgericht Hamburg, Max-Brauer-Allee.
Gerichtsverhandlung Olaf H.: 18. April, Arbeitsgericht, Max-Brauer Allee.

PUTZT EURE GROSSEN UND KLEINEN PLAKETTEN, LASST DIE SONNE WIEDER SCHEINEN!!!

Die Klageschrift der angestellten Lehrer ist in Hamburg in linken Buchläden für 1 DM (incl. Spende für Prozeßkosten) zu erhalten oder bei Ursula Hockauf, c/o Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Angestellten Klage

zu erhalten oder bei der Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Angestellten Klage, c/o Ursula Hockauf, Lutterothstr. 68a 2000 Hamburg 19, gegen Voreinsendung von 1.30 DM.

UNTERBLIEBENE WAHLERGEBNISSE

Ein aufmerksamer ID-Leser hat uns den folgenden kurzen Brief geschrieben:

"Bei Eurer bisherigen engagierten Berichterstattung über Grüne Listen vermisse ich die Wahlergebnisse der Listen der Schleswig-Holsteinischen Landtagswahl, die vielleicht nicht mehr ganz aktuell sind, aber dennoch ermutigend.

Bei der schelswig-holsteinischen Landtagswahl beteiligten sich in den Wahlkreisen Steinburg und Nordfriesland erstmals Grüne Listen.
In beiden Wahlkreisen konnten sie ins Parlament einziehen.
In Steinburg mit 6,6% und in Nordfriesland mit 6%. Besonders stark zeigten sich die Grünen in Wilster, in unmittelbarer Nähe des geplanten AKWs Brokdorf mit 16%. Ebenso hoch war ihr Stimmanteil auf der bedrohten Nordseeinsel Föhr."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern
ID-Telefon 0611 / 7 0 43 52

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

Am ersten April 1978 trafen sich 30 Mitglieder von CDU und NPD, um in Frankfurt-Harheim für die Freiheit und gegen das Russell-Tribunal zu demonstrieren. Gemessen an der geringen Zahl der Demonstranten gab es viele Transparente und noch mehr Journalisten zu sehen, so daß insgesamt etwa 300 Leute anwesend waren. Siehe dazu auch die Interviews auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

TRAUER UND WIDERSTAND DER ITALIENISCHEN LINKEN

MAILAND/ROM 31. März *Telefonbericht aus Italien:* Vor etwa 14 Tagen sind in Mailand 2 Genossen, Fausto und Iaio, Mitglieder des Jugendzentrums Leoncavalle, nachts auf der Straße von Faschisten erschossen worden. Offiziell wurde versucht, diese Morde („Unfälle") in Zusammenhang mit Drogenhandel zu bringen. Vor allem die KPI will mit allen Mitteln eine Politisierung des Falls verhindern. „Die Opfer kannten ihre Mörder". Der Tod dieser beiden Genossen sollte nicht mit der aktuellen Situation, der Entführung Moros, in Verbindung gebracht werden. Man fürchtete, eine mögliche Mobilisierung könne einen antistaatlichen Charakter annehmen.

Tatsächlich aber richtete sich ein Teil der politischen Arbeit des Jugendzentrums gegen Heroinhandel und den Gebrauch harter Drogen. Mit Hilfe von Radio Popolare Mailand und den drei linken Tageszeitungen gelang es den Jugendlichen von Leoncavalle, in kürzester Zeit Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Auch in anderen italienischen Städten finden sofort Versammlungen statt. Z.B. wird in der Universität in Rom bereits am nächsten Vormittag diskutiert, wir auf die Morde politisch reagiert werden kann. Die vorgeschlagene Demonstration wird verboten, die Studenten und Jugendlichen verzichten angesichts der angespannten politischen Situation auf eine militante Durchsetzung dieser Demonstration. „Wir wollen die Spirale von Gewalt und Terror nicht forcieren."

Die Arbeiter vieler Mailänder Fabriken diskutieren über einen möglichen Streik während des Begräbnisses der beiden Genossen gegen den Widerstand vor allem der kommunistischen Gewerkschaft CGIL. Die Jugendlichen von Leoncavalle schlagen für die Beerdigung eine Demonstration vor. Die Mutter von Fausto ruft über Radio Popolare Mailand zu einer Versammlung der Mütter aller Jugendlichen der Bewegung auf, es kommen viele Mütter, die sich dagegen wehren, daß ihre Kinder aus Gründen der Staatsraison zu Kriminellen und Drogenabhängigen gemacht werden und daß die Wahrheit über die Ermordung von Fausto und Iaio vertuscht werden soll. Die antifaschistischen Frauen und Mütter von Leoncavalle treffen sich übrigens weiter, „nicht nur um zu verstehen, was unsere Kinder machen, sondern auch, um selbst politisch Stellung zu beziehen". So haben sie u.a. ein Protestschreiben gegen die neuen Sondergesetze verfaßt, weil diese sich gegen die Jugendlichen und die Linken richten.

Die Beerdigung von Fausto und Iaio wird zu dem, was KPI und Staat befürchtet hatten: mehr als 100 000 Leute ziehen durch die Straßen von Mailand, und zwar keineswegs nur die extreme Linke. Für viele war dies nach den von KPI, Gewerkschaften und zum Teil auch von den Christdemokraten organisierten und kontrollierten Kundgebungen die erste Möglichkeit, ihren politischen Willen autonom zu äußern.

Eine politische Demonstration: Trauer um die toten Genossen und Ausdruck des Widerstands gegen Gewalt und Terror, deswegen aber nicht einfach pazifistisch zu nennen. Ein Slogan, den auch die Jugendlichen von Leoncavalle gerufen haben, heißt „weder für den Staat, noch für die Roten Brigaden". Die Mobilisierung entzieht sich der Instrumentalisierung durch Staat und KPI wie bei den öffentlichen Massenversammlungen gegen die Entführung Moros in den vergangenen Tagen. Die KPI ist gezwungen, einen anderen Ton anzuschlagen. Es war unmöglich, diese große Demonstration einfach zu diffamieren. Allerdings werden einige kommunistische Arbeiter aus der Mailänder Fabrik Pirelli, die unter dem Spruchband „Weder für den Staat, noch für die Roten Brigaden" demonstriert hatten, aus der KPI ausgeschlossen. (Dasselbe geschieht mit Hafenarbeitern aus Genua, die in einem Kollektiv mitarbeiten, das Flugblätter mit demselben Inhalt verteilt hatten).

Es ist das erste Mal, daß eine solch massenhafte Mobilisierung aufgrund der Initiative eines autonomen Jugendzentrums zustande gekommen ist. Ihre Autonomie verteidigen diese Jugendlichen auch gegen falsche Solidarisierungsversuche: so haben sie öffentlich erklärt, daß sie die Solidarität, die die Roten Brigaden in ihrem zweiten Kommunique mit Fausto und Iaio als Opfer des Systems ausgedrückt hatten, als instrumentell abgelehnen.

INTERNATIONALER FRAUENKONGREß IN ROM

ROM Ostern fand in Rom ein internationaler Frauenkongreß über Gewalt gegen Frauen statt. Wohlorganisiert und vorbereitet –von der feministischen Zeitung Effe und dem Movimento Liberazione delle donne (der Frauenorganisation der Radikalen Partei) – war das Treffen gerade wegen seiner Wohlorganisiertheit etwas lustlos.

Nur wenige Ausländerinnen kamen und die Diskussion zwischen den vielleicht 500 bis 800 Italienerinnen wurde nur dann lebhafter und engagierter, wenn die angesprochenen Probleme – Gewalt in der Familie, der Paarbeziehung, der Sexualität, in Irrenhäusern, Knästen, usw. – persönlich dargestellt werden konnten.

Stark besucht war die Arbeitsgruppe über Sexualität und Homosexualität, in der vor allem über das "spezifische" sexueller Beziehungen zu Frauen im Unterschied zu Männern gesprochen wurde. Zum ersten Mal separierten sich die lesbischen Frauen von der gemeinsamen Diskussion und bildeten eine eigene Arbeitsgruppe.
In einem von ihnen verfaßten Papier wurden die heterosexuellen Frauen beschuldigt, die Diskussionsinteressen der lesbischen Frauen zu beschneiden. Eine andere, stark besuchte Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Problem der Gewalt zwischen Frauen, von der Erfahrung heftiger und bedrohlicher Widersprüche gerade zwischen Frauen ausgehend. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Beziehung zur Mutter als der ersten Beziehung zu einer Frau, die für die späteren Beziehungen zu Männern und Frauen entscheidend ist.

Es wäre falsch, sich von einer Diskussion, die sich mit alltäglichen Erfahrungen mit Gewalt befaßt, andere Resultate zu erwarten als die Erfahrung, die die beteiligten Frauen dabei machen. Trotzdem gab es zwei "faßbare" Ergebnisse: es wurde v[illegible]geschlagen, Veränderungen und Erweiterungen der Gesetze, die Frauen vor Gewalt schützen sollen, im Parlament einzubringen (wobei offen bleibt, in welcher Form und ebenso, inwieweit die Frauenbewegung eine solche Initiative tatsächlich unterstützen soll). Und frau beschloß eine erneute Mobilisierung für das Abtreibungsgesetz, das demnächst im Parlament verabschiedet werden soll (eine Art Indikationslösung als fauler Kompromiß zwischen Kommunisten und Christdemokraten).

Das Problem der politischen Gewalt – obwohl sehr aktuell – blieb ausgeklammert: obwohl ein entsprechender Vorschlag eingebracht wurde, fiel das Thema unter den Tisch – ein Zeichen, daß andere Probleme als wichtiger erachtet wurden.

DER FALL SERIFIS

Vom "Komitee für die Freilassung von Jannis Serifis" erhielten wir die folgende Information:

FRANKFURT/ ATHEN 30. März Die "Selbstmorde" von Stammheim haben auch in Griechenland eine Welle von Empörung und Protestaktionen ausgelöst. Die Entwicklung in der BRD wurde als Gefahr für ganz Europa erkannt. Westdeutsche Firmen und Institutionen wurden angegriffen.

Beim Versuch der Gruppe "Internationale Solidarität", die AEG-Niederlassung in Piräus anzugreifen, wurde, nach einem Feuergefecht mit der Polizei, das Mitglied der Gruppe Kassimis erschossen. Die griechische Regierung nahm diesen Vorfall zum Anlass, den Angriff gegen jegliche Protestaktion und insbesondere gegen die außerparlamentarische Linke zu starten. Demonstranten und Unbeteiligte wurden verhaftet, die Herausgeber von linken Zeitschriften und Zeitungen mit absurden Anklagen eingesperrt.

Dabei wurde auch der Arbeiter Jannis Serifis verhaftet. Serifis — während der Diktatur aktives Mitglied der Widerstandsorganisation "Bewegung des 20. Oktober" — hatte jahrelang in der BRD bei verschiedenen Firmen, unter anderem AEG, gearbeitet und war wegen seiner Rolle in einem 70tägigen Streik gegen AEG-Piräus von der Firmenleitung entlassen worden. Er wird beschuldigt, an der Aktion gegen AEG teilgenommen und Kassimis erschossen zu haben. Obwohl er ein Alibi hat, die "Beweise" fadenscheinig sind und die Anklage sich in Widersprüche verwickelt, droht ihm lebenslange Freiheitsstrafe. Die Anwaltskammer von Athen hat die Verteidigung selbst übernommen.

ZUR SITUATION IM LIBANON

FRANKFURT,
2. April 1978

Hier einige Informationen zur Situation im Libanon, die uns über das Palästina-Komitee erreichten:

Als am 15. März die sogenannte „Vergeltungsaktion" der israelischen, zionistischen Invasion in den Süden des Libanon begann, hatte wohl niemand in den westlichen Ländern an eine derart groß angelegte Aktion von Seiten Israels gedacht.

Und dennoch, schon seit Jahren, bereits vor dem Bürgerkrieg im Libanon haben israelische Kampfflugzeuge die palästinensischen Flüchtlingslager und libanisischen Bauern im Süden Libanons bombardiert.

Im Oktober 1977 gab es bei einem Angriff der zionistischen Israelis allein 90 tote Zivilisten. Und ebenso bombardieren die Israelis nicht nur das sogenannte Fatah-Land an der Grenze Israels, sondern weit darüber hinaus bis ins Landesinnere.

Nun stehen wir fast immer nach den ersten Propagandaberichten der bürgerlichen Presse über Aktionen der palästinensischen Befreiungskämpfer der ganzen Sache etwas ratlos gegenüber.

Was wir dabei vergessen, sind die zahlreichen Massaker, die seit 1948 an dem palästinensischen Volk verübt worden sind, das Elend, in das dieses Volk gestürzt worden ist, durch die ständige Flucht. Die Aktion des Fatah-Kommandos einige Tage vor der israelischen Invasion, zielte nicht auf die Zivilisten in dem Bus. Das Ziel war ein Hotel in Tel Aviv, das Ziel war, einige gefangene Genossen aus den zahlreichen Folterknästen Israels zu befreien. Es ist noch nie die Strategie der Fatah gewesen, von den Verfolgten, Gepeinigten selbst zu Verfolgern und Folterern zu werden. Wer die Busse in Brand schoß, bleibt auf Grund der Nachrichtensperre unklar. Nach dem Augenzeugenbericht eines Businsassen waren es die Israelis, die den Bus an einer Strassensperre mit Raketen beschossen. Nach seinen Aussagen hat das palästinensische Kommando versucht, die Zivilisten zu schonen.

Israel hat neueren Berichten zufolge inzwischen eine Untersuchungskomission eingesetzt, die untersuchen soll, warum der Bus durch die israelische Armee mit Raketen beschossen wurde.

Interessant ist es, daß die gewaltsame Besetzung des Südens im Libanon durch die israelischen Militärs kurz vor der geplanten Amerika-Reise Begins erfolgte. (Begin = israelischer Ministerpräsident).

Die ganze Welt diskutiert den Einmarsch der Israelis im Libanon. (Mit Ausnahme der arabischen Staaten, die es vielleicht wirklich nötig hätten.) Man hört so gut wie nichts mehr über die Siedlungspolitik. Daß im Zuge der Siedlungspolitik Menschen flüchten mußten, daß Begin im April 1948 unter seiner Anleitung in einem palästinensischen Dorf 'Deir Yassin' 350 Zivilisten massakrierte, verschweigt er.

Wie es nun in Beirut aussieht, kann sich nur jemand vorstellen, der Beirut nach dem Bürgerkrieg kennt. Schon damals, vor der Invasion und den vielen Flüchtlingen, waren die Lebensmittel so teuer wie hier in der BRD, nur mit dem Unterschied, daß die Leute dort (die Ärmeren, d.h. der größte Teil der Bevölkerung) nur höchstens 400 bis 600 Lira verdient (in etwa gleichzusetzen mit der DM). Das muß jedoch für acht bis zwölf Kinder reichen.

Durch die vielen Flüchtlinge werden die Preise weiter steigen. Schon jetzt ist den zumeist in Zelten oder zerstörten Häusern untergebrachten Flüchtlingen (die Häuser haben oft keine Fenster und Türen) nur eine Mahlzeit am Tag vergönnt.

Vor ein paar Tagen tobten Gewitter über die Stadt. Das bedeutet, daß Zelte, Straßen und tieferliegende Häuser unter Wasser stehen. Die Straßen Beiruts sind schon immer mit Müll überhäuft gewesen.

Fehlende Nahrungsmittel, Kälte und Nässe, fehlende Medikamente und medizinische Versorgung sind die Probleme nicht nur in Beirut selbst, sondern werden es in Zukunft auch sein, wenn die Palästinenser und Libanesen unter dem Schutz der UNO in ihre zum Teil völlig zerstörten Lager und Häuser im Süden zurückkehren.

Die Endlösung, die von den zionistischen Israelis angestrebt wird, erfordert Widerstand. Israel plant die Liquidierung des palästinensischen Volkes, also Völkermord! Den Palästinensern das Recht auf ihren Kampf abzusprechen, hieße, sie in ihrem aussichtslosen Elend der Flüchtlingslager zu lassen. Israel will nicht nur Palästina, es will auch den Süden Libanons, um Ruhe zu haben, Friedhofsruhe.

Ihr Ziel haben die Israelis nicht ganz erreicht: die Vernichtung der palästinensischen Revolution. Sie haben jedoch die im Süden lebenden Christen und die Falange (christliche faschistische Milizen) auf ihre Seite gebracht. Weiterhin haben sie damit auch ein zwar kleines, aber dafür loyales Arbeitskräftereservoir für ihre Wirtschaft geschaffen, das zudem noch billig ist, da es im Süden bisher nur Landwirtschaft (und die Seehäfen) gibt.

Hier die Bitte, auf den Aufruf der Palästina-Komitees zu achten, und (doch eventuell) zu spenden oder sonst irgendwie zu helfen.

Konto Nr. : 2528 228, Dresdner Bank Bonn, ISPA, Kennwort: Libanon.

WÄRE HITLER EIN VERFASSUNGSFEIND....

HARHEIM 1. April — *Am Samstag, 1. April, rief die CDU zu einer Demonstration gegen das Russell-Tribunal in Harheim auf. An Kundgebung und Demonstration nahmen rund 300 Menschen teil. Max Watts hat die Bürger zum Russell-Tribunal befragt. Wir bringen nachfolgend Auszüge aus zwei Tonbändern:*

Allgemeine Stellungnahmen zu Deutschland:

„Wir Demokraten glauben, daß kein Land so ungefährdet gegen den Faschismus ist wie die Bundesrepublik Deutschland."

„Die Gefahr geht nicht von rechts aus, sie kommt von links."

„Gefällt es Ihnen denn hier nicht mehr. Ist Ihnen denn hier alles nicht mehr gut genug? Dann können Sie ja weggehen. Die Freiheit hat man bei uns ja noch."

„Wäre Hitler nur als Verfassungsfeind betrachtet worden, dann wäre uns vieles erspart geblieben."

„Es ist zu wenig, gegen Breschnew zu sein, um für unsere Verfassung zu sein. Und es ist zu wenig, gegen Hitler gewesen zu sein, um für unsere Verfassung zu sein."

Was sollen Ihrer Meinung die Leute machen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können?

„Das wissen diese Leute doch ganz genau, daß sie in unserem Land nicht arbeiten können."

„Die haben kein Berufsverbot, die sind nur nicht eingestellt worden."

„Die sollen ihren Absichten und Programmen abschwören. Dann wird kein Mensch was sagen."

„Das kann doch nur heißen: Ändere dein Leben von Grund auf."

„Du mußt dir mal überlegen, ob in dem gegenwärtigen Staat deine politische Einstellung die richtige ist."

„Das muß sich der Betreffende vorher überlegen, ob in dem gegenwärtigen Staat dei

„Das muß sich der Betreffende vorher überlegen, ob in dem gegenwärtigen Staat

„Das muß sich der Betreffende vorher überlegen. Das mußten wir doch auch."

Max Watts fragt: Es gibt in Deutschland einige tausend Leute, die als verfassungsfeindlich betrachtet werden, und den Beruf, den sie gelernt haben, nicht mehr ausüben können.
Was sollen diese Leute tun?

„Sie haben die Frage falsch formuliert. Es gibt hier einige tausend Leute, die die freiheitliche Grundordnung aktiv bekämpfen.

„Die Leute sollen auf dem freien sozialen Markt, den wir hier haben, Arbeit bekommen, aber nicht beim Staat. Meinetwegen bei der Gewerkschaft oder als Anwälte in KPD-Büros."

„Das ist nicht meine Aufgabe, das zu klären. Ich weiß, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund solche Leute einstellt."

„Ich würde einfach sagen, daß ein Terrorist seinen Beruf als Rechtsanwalt verfehlt hat."

„Der soll auswandern. Das steht jedem offen. Bei uns geht das Gottseidank."

„Sie fragen dauernd, was soll denn der Mensch machen, jetzt frag ich Sie mal, was würden Sie denn so einem Menschen vorschlagen? "

„Dann müßten wir ja einen verurteilten Terroristen auch noch in den öffentlichen Dienst einstellen, wenn der wieder rauskommt."

Max erklärt: Das Berufsverbot wird richterlich entschieden. Aber der Richter ist nicht der Meinung wie derjenige, über den er urteilen muß.

„Daß ist eben das große Problem, daß über Verbrecher nur Leute zu Gericht sitzen können, die nicht selber Verbrecher sind."

„Es kann doch nicht jemand Recht sprechen, der selbst in dieser Frage keine saubere Weste hat."

„So ein Mann muß doch schwören, daß er die Gesetze achten und verteidigen will. Und er leistet von vornherein einen Meineid.. Wir bewahren die Leute ja nur vor einem Meineid."

„Das hätte er sich vorher überlegen müssen. Wir mußten das ja auch. Er kann abschwören."

Ein CDU-Betriebsrat: „Ich bin auch dafür, daß kommunistische Lehrer Unterricht halten dürfen, aber entsprechend dem Prozentsatz, den sie als Wähler auch bringen, also ein Prozent. Dann soll jeder seine Kinder da hin schicken, wer will."

„Sollen die doch Privatschulen machen. Aber nicht daß ich gezwungen bin, meine Kinder oder Enkel in die Schule zu schicken, und dort ist ein kommunistischer Lehrer und der vergiftet sie."

Nazis und Ausland

Max Watts fragt: Es wird außerhalb von Deutschland angenommen, daß die Nazis hier keine Arbeitsschwierigkeiten haben. Rechtsanwalt Röder ist eine Ausnahme. Ich habe selbst eine Geschichte über Generalstaatsanwalt Schüler gemacht. Der hat 1943 stolz erklärt, daß er ab 1933 in der SA und seit 1935 in der NSDAP war. Er ist Generalstaatsanwalt und ist verantwortlich gewesen für die Aufklärung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg. Und das ist im Ausland bekannt.

„Wir wollen mit aktiven Nazis und Kommunisten nichts zu tun haben."

„Es sind ja ehemalige Nazis. Sie müssen die richtige Wortwahl treffen. Es handelt sich ja nicht um Nazis, sondern um ehemalige."

„Genauso wie es sich im Parlament um ehemalige Kommunisten handelt, wie Herbert Wehner. Das ist doch gar nicht das Problem. Es geht doch um Leute, die jetzt im Augenblick unsere freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpfen oder es vor einem Vierteljahr oder vor zwei Jahren getan haben."

„Da kann man doch eine Parallele ziehen zu den 30er Jahren, wo die Nazis auch in Schlüsselpositionen gekommen sind. Solche Fehler wolle wir jetzt unter allen Umständen vermeiden. Das ist unter anderen Vorzeichen doch schon mal passiert."

Max: Was sollen die Leute tun, die Berufsverbot haben?
„Die können doch weggehen."

Max: Sie wissen von Leuten, die hier vor vierzig Jahren ausgewandert sind, weil sie ihren Beruf nicht ausüben konnten.

„Sie können doch nicht die Verhältnisse der Jahre 35 bis 39 mit Auswandern, mit den Berufsverboten hier vergleichen."

„Es ist doch wohl auch in Ihrem Sinne, daß wir dafür arbeiten müssen, daß das, was wir in den Jahren 33 bis 45 erfahren haben, sich nicht wiederholt. Was für mich das gleiche ist wie das, was in der Sowjetunion jetzt schon da ist."

Zum Russell-Tribunal

Max Watts: Warum schreiben Sie auf den Plakaten „sogenanntes" Russell-Tribunal?

„Ich halte diese Leute für bedingt gefährlich. Sie sind nicht objektiv, sie klagen nur Leute aus den demokratischen Ländern an, nicht aus den sozialistischen."

geht vor ans Mikrophon später, und will mal erzählen, wie der Rektor ihn bedroht hat, daß er nicht rausgehen kann aus der Schule. Und da ist der Durchmesser von dem Megaphon bald doppelt so groß wie der Kopf von dem Kleinen. Und dann geht der vor und erzählt das, obwohl der Rektor ihn bedroht hatte, und was gesagt hat von Eltern und was das noch alles auf sich hat. Ziemlicher Beifall.

Und dann beschließen diese kleinen Erbse, wir ziehn jetzt zur Uni und holen da die Studenten raus. Die sollen mitmachen in diesem Streik.
Und ich hab fotografiert.

Dann haben die mich halt gefragt: „Wer bist denn du?". Ich hab erzählt, ich bin Lehrer, rausgeflogen. Da haben die gesagt „Komm her", haben mich eingehakt. Dann sind wir eingehakt im Laufschritt zur Uni gelaufen, da sind sie dann rein und da hab ich mit denen zusammen Vorlesungen gesprengt. Und das sah so aus, daß die vorne hingegangen sind, diese kleinen Kerlchen, einfach zu zehnt oder fünfzehnt, und den Dozenten umringt haben, den vom Podium weggeschoben haben und haben gesagt, sie wollen mal was sagen. Da haben sie halt erzählt, worum es ihnen geht und was ihre Forderungen sind und haben die Studenten aufgefordert, mitzumachen.
Und die haben gesagt: „Och, wir haben vorige Woche erstmal abgestimmt, daß wir eine Woche lang Diskussion machen. Und das muß ein demokratischer Prozeß sein. Wir lassen uns doch von euch zu nichts zwingen." Da haben die Schüler gesagt: „Was denn, wenn ihr hier Vorlesungen macht, das soll der Diskussionsprozeß sein?". Dann haben sie noch einen großen Sprechchor gemacht: „Studente sind alle lahme Ente!" Und sind raus aus der Veranstaltung und sind in den AFE-Turm rüber und haben da die nächsten Veranstaltungen gesprengt.

Photo oben: Gesprächstellnehmer Henry Düx an seinem Arbeitsplatz, einer Anwaltskanzlei in der Frankfurter Zeißelstraße. Sein Fall wurde am Freitag, 31. März, vor dem Tribunal verhandelt.

Meine Hoffnung ist nicht so die, daß die Lehrer, die jetzt drin sind, oder daß wir Altlinken wieder was anzetteln, sondern daß diese Widersprüche sich so verschärfen, auch in der Schule oder grad an der Schule. Wenn ich so die Zahlen lese über Zerstörungen an Schulen, in der Stadt oder an Telefonzellen...

Heidi: An den Schulen gibts doch dauernd Anrufe, die vor Bombenalarm warnen. Bombenalarm heißt für die „schulfrei".

Klaus: Ja, ich merk's an meiner Tochter, die ist in der vierten Klasse. Also zu der Zeit, als es wirklich mit den politischen Gefangenen am dreckigsten hier in Deutschland lief, da hatte die dauernd schulfrei. Ich will nicht sagen, daß das immer die Schüler waren. Aber irgendwie, und das hab ich in Gesprächen mit denen gemerkt, die wußten nicht mehr, was sie für Forderungen stellen sollten. Die haben mir gesagt, sie haben die Schule satt. Nicht wie wir früher immer bemüht waren, Forderungen aufzustellen.

Und ich bin da auch nicht sehr optimistisch. Ich meine nur, daß das so ein Vulkan ist.

Ich kann's nochmal zu mir selbst sagen. Als die Studentenbewegung kam, da hab ich mich schon mittendrin gefühlt. Aber wir haben es vorher einfach nicht gewußt. Das ist nicht so gelaufen, daß wir gesagt haben, also jetzt nächstes Jahr, da zetteln wir's an und wir machen was. Von einer Menge Sachen, die gelaufen sind, waren wir einfach überrascht. Wir sind überrollt worden von dem Prozeß.

Ich hab keine Hoffnung auf so eine Naturwüchsigkeit. Ich seh' einfach, wie diese Schüler sich verhalten - letzte Woche hab ich auf einem Schulfest fotografiert. Daß da aus meiner Sicht ein Vulkan schlummert.
Für mich hat sich das mit dem Berufsverbot so entwickelt. Ich weiß nicht mehr, was ich Vernünftiges zum Berufsverbot sagen soll. Meine eigene Geschichte erzählen, daß wir damals gekämpft haben, das ist heute so abgeschmackt und abgebrochen, weil die Leute, die hier gekämpft haben, in der Bundesrepublik auch einfach nackt umgebracht werden.
Und dann noch zu erzählen, die die wir's überlebt haben und da an der Schule was gemacht haben, und das vor fünf Jahren, und auch die komplizierte Situation von damals heute nochmal zu schildern, da hab ich keine Lust zu.
Als dieser England-Kongreß war, da hab ich mich erstmal entschieden, ich fahr nicht mit. Mir fällt dazu nichts mehr ein. Mir fällt nur ein, daß die Leute, die isoliert nur Berufsverbot diskutieren wollen, von den anderen Sachen, die hier laufen, ablenken.
Ich kann nicht irgendwie neu anfangen, aber ich muß probieren, das was ich an Dampf drauf habe, besonders nach dem letzten Herbst in Deutschland, für mich in so eine kompensierte Wut umzusetzen. Und das ist für mich erstmal, daß ich an dem Projekt 'Tageszeitung' und an einem Projekt 'Fotoagentur' mitarbeite.

Und wenn das auch nicht mehr geht, Mike, dann wird's mir so gehen wie Bekannten um mich rum auch: Weggehen!

Mike: Wie du das jetzt so sagst, dachte ich Wunder was jetzt kommt mit deiner kompensierten Wut. Ich wäre im Moment völlig außerstande, mich einfach einem anderen Projekt anzuschließen. Ich hab mehr das Gefühl, im Moment muß überhaupt erstmal ein Schritt getan werden, eine solidarische Ebene von neuer politischer Gemeinsamkeit zu bekommen. Das hört sich aber auch alles abgedroschen an.

Ich hab das Gefühl, daß der Bereich Anwalt oder Verteidiger wirklich gelaufen ist. Daß das objektiv gelaufen ist, daß das Berufsverbot feststeht und daß es auch subjektiv nicht mehr möglich ist, hier in irgendeiner Form weiterzuarbeiten.

(Wird fortgesetzt)

GESPRÄCH ZWISCHEN ZWEI MITGLIEDERN DES ID UND LUCIO LOMBARDO RADICE

ZWEITER TEIL

Lucio Lombardo Radice, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens und der Jury des dritten Russell-Tribunals, hatte den ersten Teil des Gespräches mit einer Bemerkung über die Rolle der Bundesrepublik beendet. „Heutzutage ist die BRD nicht nur ein schlechtes „Modell" für eine Demokratie, sondern sie stellt auch eine derartige kapitalistische Macht dar, daß sie andere Staaten einschüchtern kann."

ID: Welche Haltung hast du zur Frage der Gewerkschaftsausschlüsse, zählst du das zu Menschenrechtsverletzungen oder nicht?
Sollte das auf dem Tribunal verhandelt werden?

L. - R.: Meine Überzeugung ist doch, daß man zwischen staatlichen oder Landesberufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen unterscheiden muß. Gewerkschaften sind nicht Staat. Ich glaube, das ist meine These, das Tribunal als solches sollte nicht über Unvereinbarkeitsbeschlüsse beschließen. Man muß, auch wenn man persönlich Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist, unterscheiden. Die Frage ist: Ist die BRD ein Rechtsstaat? Die Gewerkschaften sind nicht der Staat. Das ist eine andere Sache. Das ist eine politische Frage, keine Staatsfrage. Man sollte Vermischungen hier vermeiden.

ID: Aber, es gibt ja bereits eine faktische Vermischung. Wenn sich Vetter z.B. in seinen berüchtigten Briefen auf Papiere des Bundesinnenministeriums stützt, gibt es diese faktische Vermischung.

L. - R.: Wir werden dazu individuell schreiben, nicht jedoch das Russell-Tribunal. Man fragt uns auch immer, warum wir nicht gegen die Berufsverbote in der DDR vorgehen. Individuell haben wir fast alle gegen Verhaftungen, gegen Biermanns Ausbürgerung, Bahros Verhaftung Stellung bezogen. Aber das Tribunal als solches hat eine begrenzte Aufgabe, nämlich die Untersuchung der Frage nach dem Rechtsstaat BRD durchzuführen. Alles andere liegt außerhalb dieser Aufgabe. D.h. aber nicht Zustimmung zu Herrn Vetter oder ähnlichen Geschichten. Das ist meine Meinung.

ID: Wie ist das in Italien, in der CGIL, sind da Genossen, etwa von Lotta Continua oder anderen ausgeschlossen worden?

L. - R.: Die Genossen von Lotta Continua "schießen" gegen die Gewerkschaften und ich weiß nicht, ob sie Mitglieder sind. Aber es gibt Linksradikale auch in der Gewerkschaftsführung, "Manifesto" oder so, Gemäßigtere; prinzipiell gab es keine Gewerkschaftsausschlüsse aus politischen Gründen, allgemein gibt es fast keine Ausschlüsse mehr, auch nicht in der KP; falls es welche gibt, sind sie aus anderen Gründen, nicht aus Meinungsgründen, z.B. aus Kampfdisziplingründen.

Ein möglicher Fall: Die Gewerkschaften rufen zum Streik auf und ein Gewerkschaftsmitglied wirft Steine gegen Luciano Lama, das geschah in der römischen Universität. In diesem Falle glaube ich, daß eine Ausschließung möglich ist. In diesem Moment sagen LC und andere politische Gruppen, daß die Gewerkschaften 'Spitzel' sind, Spione, Agenturen des Imperialismus; sie sagen so schreckliche und dumme Dinge immer, sie sind ganz und gar unfähig, einen Unterschied zu machen zwischen Spitzeln und angeblichen Reformisten. Es ist doch möglich zu sagen, 'Ihr seid Reformisten'; jedoch zu sagen 'Spitzel' ist genau das gleiche, als wenn meine deutschen kommunistischen Genossen vor 50 Jahren sagten, "Sozialfaschisten". Das war gefährlich, das führte zu einer Katastrophe. Ich war immer der Meinung, daß eine Kritik von links sehr gut und nützlich ist, und etwa im Moment der Entscheidung, ob die Manifesto - Genossen ausgeschlossen werden sollten oder nicht, stimmte ich mit anderen 5, 6 oder 8 Genossen dagegen (ich bin ja schon seit '69 im Zentralkommitee). Und ich bin immer ZK-Mitglied geblieben, das ist sehr italienisch, es gab keine Ausschließung der Andersdenkenden wie im Fall Garaudy.

Aber eine Kritik muß vernünftig sein, nicht mythologisch. Die Mythologie gibt keine Hilfe. Linkskritiken können manchmal nützlich sein, aber Vorwürfe dieser Art: "Spitzel", "Gewerkschafts-SS" helfen nur den Rechten.

Prinzipiell gibt es in unserer Gewerkschaft auch Linksradikale, es gibt viele katholische Linksradikale. In Italien hat der Linksradikalismus katholische Wurzeln. Ja, das ist die Idee des 'Millenium', des tausendjährigen Reiches. "Wir wollen auf dieser Erde schon das Himmelreich errichten", so wie in dem Gedicht von Heine. Kennt Ihr das schönste Gedicht von Heine?: "Die Zuckererbsen"...

Ein schönes, ein besseres Lied,
oh Freunde will ich euch dichten
Wir wollen auf dieser Erde schon
das Himmelreich errichten.
Wir wollen auf Erden glücklich sein
und wollen nicht mehr darben
verschwenden soll nicht fauler Bauch,
was fleißige Hände erwarben.
Es gibt auf Erden Brot genug
für alle Menschenkinder
Und Rosen und Myrthen und Schönheit und Lust
und Zuckererbsen nicht minder.
ja, Zuckererbsen für jedermann
sobald die Schoten platzen.
Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen.

Das ist wunderschön!

ID: Du weißt, daß große Teile der deutschen Presse versuchen, das Russell-Tribunal als kommunistisch unterwandert, als kommunistisch gesteuert darzustellen. Neben Cavalho giltst Du in diesen Publikationen als Hauptexponent jener extrem linken Position in der Jury.

L. - R.: Es ist sehr schwer, italienische KP-Mitglieder als Antidemokraten zu beschimpfen, weil wir seit langem ganz konsequente Stellungnahmen bezüglich Freiheit und Demokratie abgegeben haben - jene können auch nicht sagen, daß wir die Beschränkung und Verachtung von Freiheit in Osteuropa verteidigt hätten. Das ist nicht wahr, denn wir haben immer gegen diese Maßnahmen Stellung genommen! Der Spiegel schreibt z.B., daß Terracini und ich nicht "ideologisch unabhängig" seien, was ganz dumm und trivial ist; niemand ist ideologisch unabhängig. Hier entscheidet nicht die Frage der ideologischen Unabhängigkeit, sondern die Frage ist vielmehr, ob die Jury-Mitglieder die Ideologie der Freiheit vertreten oder nicht.

Ich könnte akzeptieren, wenn man sagt, irgendwelche Personen sollten nicht am Tribunal teilnehmen, weil sie die Verletzungen von Demokratie in anderen Ländern akzeptiert haben.

Und in meinem Fall ist es besonders schwierig, mir auf diesem Gebiet Vorwürfe zu machen: Ich bin ein bekannter Freund von Robert Havemann und habe ihn besucht; ich bin mit Biermann eng befreundet, habe darüber geschrieben und in Deutschland weiß jeder politische Beobachter sehr gut, daß ich keinen Unterschied mache zwischen Berufsverbot hüben und drüben.

Sie haben alle Angst vor den Tatsachen, vor der Realität!

Und die Realität sind Berufsverbote, Freiheitsverletzungen und Bürgerrechtsverletzungen. Sie haben Angst und das ist

sehr natürlich, daß sie das Tribunal angreifen und behaupten, es sei gegen die ganze BRD gerichtet. Aber das ist kein Argument. Das ist sehr schwach; ich will jedenfalls sehen, was morgen und übermorgen geschieht und mir die konkreten Fälle anschauen. Die Wahrheit hat eine ungeheure Kraft!

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE VOR'S RUSSELL-TRIBUNAL!?

KÖLN
31. März

Wieso werden eigentlich „Menschenrechte" verletzt, wenn jemand aus der Gewerkschaft rausgeschmissen wird? Darum ging es in dem ID vom 29. März („Gewerkschafter wollen Menschen sein"). Heute zitieren wir aus der Dokumentation der Kölner Russell-Initiative einige Fälle.

Der Fall der Lehrerin Edith W.

Der Lehrerin Edith W. war für ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nichts vorzuwerfen, als daß sie auf einer GEW Jahreshauptversammlung zwei Anträge gestellt hatte: einen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und einen für eine Protesterklärung gegen die Verhaftung von 18 KPD-Mitgliedern, die zu einer Kundgebung gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus" nach Ostberlin gereist waren. Das reichte. Ein halbes Jahr später wurde Edith W. nicht in den Schuldienst übernommen. Das Verfahren zieht sich bis heute hin.

„Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Hauptvorstand

Einschreiben
Frau
Edith Wanek
5 Köln 30
Ehrenfeldgürtel 143

19. Juni 1975

Werte Frau Wanek,

Sie haben am 22. Mai 1975 in der Jahreshauptversammlung des Stadtverbandes Köln der GEW zwei Anträge eingebracht, die eine Unterstützung der KPD darstellen. In diesem Zusammenhang ist es auch zum Auftreten einer KPD-Gruppe in der Jahreshauptversammlung gekommen, die die Jahreshauptversammlung nach halbstündiger Dauer zur Auflösung zwang.

Diese Ihre Tätigkeit für die KPD bzw. die darin zum Ausdruck kommende Unterstützung der KPD ist nach einem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft nicht vereinbar. Der Hauptvorstand der GEW wird daher Anfang September über Ihren Ausschluß aus unserer Gewerkschaft beraten.

Falls Sie dazu Stellung nehmen wollen, so können Sie dies bis spätestens 31. Juli 1975 tun. Wenn Ihre Stellungnahme bis zu diesem Zeitpunkt eingeht, wird sie dem Hauptvorstand bei seiner Beratung vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Erwin Walz"

Und das waren die Anträge:

Dokument 1

Antrag

Die Jahreshauptversammlung der GEW verurteilt schärfstens die vom GEW Hauptvorstand Anfang Mai vorgenommenen 63 Gewerkschaftsausschlüsse. Wir sehen in dieser Maßnahme als Folge der Mainzer und Kölner Beschlüsse die vollständige Liquidierung der Einheitsgewerkschaft, in der die gemeinsame Beratung, Beschlußfassung und Arbeit parteiloser, sozialdemokratischer und kommunistischer Kollegen immer mehr der Willkür der GEW-Führung weicht. Die GEW-Führung macht sich mit dieser Praxis zum verlängerten Arm der Schulbürokratie, da sie durch die Ausschlüsse das Signal zum Berufsverbot gegen fortschrittliche Kollegen setzt. Wir erklären hiermit, daß die Kölner GEW-Mitglieder die noch drohenden Ausschlüsse nicht ohne Gegenmaßnahmen hinnehmen werden. Wir fordern den GEW-Vorstand Köln auf, keine unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fallenden Kollegen beim Hauptvorstand zu denunzieren und sich für die Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzusetzen.

Edith Wanek

Dokument 2

Begründung

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus führten westdeutsche und Westberliner Antifaschisten und Kommunisten am 9. Mai 1975 vor dem sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow eine Kundgebung durch. Auf dieser Kundgebung wurde der antifaschistische Kampf der Völker und besonders der Völker der Sowjetunion gewürdigt und die heutige Politik der sowjetischen Regierung mit den Worten angegriffen: „Heute sind die beiden imperialistischen Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, die Hauptkriegstreiber". Im Anschluß an diese Kundgebung wurden 18 Mitglieder und Freunde der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Liga gegen den Imperialismus und der ROTEN HILFE, darunter Ulrich Lenze (Mitglieder des ZK der KPD) und Bruno Engel (Vorsitzender der Liga gegen den Imperialismus) verhaftet.

Antrag

Die auf der Jahreshauptversammlung anwesenden GEW-Mitglieder protestieren gegen die Verhaftung der 18 Kommunisten und Antifaschisten und fordern ihre sofortige Freilassung.

Der Fall Franz Fesseler

Der Fall des Druck-Arbeiters Franz Fesseler gehört zu den wahrscheinlich immer noch seltenen Fällen, in denen der Unternehmer die fristlose Kündigung offen mit einem „Antrag aus der Belegschaft, an uns herangetragen durch den Betriebsrat" begründet. Franz Fesseler war Betriebsratskandidat. Ein halbes Jahr später wurde er aus der IG Druck ausgeschlossen.

Tatsächliche Vorgänge:

Am 25. 2. 1975 wurde der Arbeiter Franz Fesseler auf Antrag des Betriebsrats von der Firma Bauer Druck fristlos entlassen. Wenige Tage zuvor war er auf Vorschlag von 135 Kollegen durch die Vertrauensleuteversammlung der IG Druck auf die Kandidatenliste für die Betriebsratswahlen gesetzt worden. Franz Fesseler hatte zuvor wegen der Arbeitsplatzbedingungen und der Tarifpolitik in offener Auseinandersetzung mit Geschäftsleitung und Betriebsrat gestanden — so war also das Votum der Kollegen für seine Kandidatur zugleich ein Protest gegen den bisherigen Betriebsrat.

Die Tatsache, daß zur selben Zeit, nämlich im Februar 1975, der spanische Betriebskandidat Tribaldus wegen "Zugehörigkeit zu linksradikalen Gruppen" entlassen worden war und Franz Fesseler sich für diesen Kollegen zusammen mit spanischen Gastarbeitern einsetzte, veranlaßte den Betriebsrat, die Entlassung von F. Fesseler zu beantragen. Gleichzeitig wurde das Ausschlußverfahren gegen Franz Fesseler eingeleitet, das im Oktober 1975 mit dem Ausschluß „wegen Unterstützung gewerkschaftsfeindlicher Gruppen und Aktivitäten" endete.

So sah das Kündigungsschreiben aus:

bauer druck köln KG . 5 Köln 60 . Postfach 62 03 40

Herrn
Franz Fesseler
5000 Köln 1
Volksgartenstr. 22 25. Februar 1975

Sehr geehrter Herr Fesseler,

auf Antrag aus der Belegschaft, an uns herangetragen durch den Betriebsrat, kündigen wir das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis fristlos.

Diese Kündigung basiert auf dem § 104 BVG. Gleichzeitig mit dem Vortrag dieser Forderung aus der Belegschaft durch den Betriebsrat wurden die gesetzlichen Bestimmungen des § 102 BVG erfüllt.

bauer druck köln KG
Pingel Eiserfey

Der Fall des Müllwerkers Hans Seichter

Dem Betriebsratsvorsitzenden unu Mitglied des ÖTV-Kreisvorstands Hans Seichter konnte sein ÖTV-Kreisgeschäftsführer Herr Theis nicht vorwerfen, in einer der Organisationen zu sein, die unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fallen. Also warf er ihm vor, sich nicht glühend genug für die Durchführung dieses Beschlusses eingesetzt zu haben, ja sogar in einem Fall eine Erklärung gegen ein Ausschlußverfahren unterschrieben zu haben! Ferner hatte sich Hans Seichter folgendes zu Schulden kommen lassen: er hatte nicht verhindert, daß in der von ihm herausgegebenen Betriebszeitung „Der Spitzenmüll" ein sehr kritischer Artikel „25 Jahre DGB — Menschlichkeit — Sozialer Fortschritt? ? ? — Was für eine Lüge!!" und eine Kritik an eben dem Kreisvorsitzenden Theis erschienen. Theis hatte nämlich die Forderungen der Delmenhorster Müllwerker in den Tarifverhandlungen einfach 14 Tage auf dem Schreibtisch liegen lassen, anstatt sie an die Arbeitgeber weiterzuleiten.

ÖTV-Kreisverwaltung, 2870 Delmenhorst, Am Kirchplatz 1

Einschreiben
Herrn
Hans Seichter
2870 Delmenhorst
Lilienstraße 37 24. Januar 1975

Betrifft: Einleitung eines Ausschlußverfahrens gemäß § 6 unserer Satzung

Lieber Kollege Seichter!

Der Kreisvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Kreisverwaltung Delmenhorst, hat sich in seiner letzten Sitzung am 21. 1. 1975 mit der Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen Dich beschäftigt. Aufgrund des hier vorliegenden Materials hat der Vorstand unter Würdigung und Berücksichtigung aller Umstände beschlossen, gegen Dich das Ausschlußverfahren gemäß § 6 Absatz 1 unserer Satzung zu beantragen. Der Beschluß des Kreisvorstandes stützt sich im besonderen auf folgende Gründe:

1. Für die unabhängige Betriebszeitung der Delmenhorster Müllwerker „Der Spitzenmüll" zeichnest Du für deren Inhalt verantwortlich. Dies geht aus dem Impressum der o. g. Zeitung hervor.
   In den Ausgaben Nr. 8 und 9 aus Dezember 1974 und Januar 1975 sind die Beiträge der Kollegen Mullery und Ahlers unter den Überschriften „Kommentar zu den fadenscheinigen Beschwerdegründen des ÖTV-Geschäftsführers Heinz Theis" und „25 Jahre DGB — Menschlichkeit — Sozialer Fortschritt? ? ? — Was für eine Lüge!!" und „Die Gewerkschaften als Ausbeuter" erschienen. Sämtliche Artikel haben in einer nicht mehr zu überbietenden Weise die Verunglimpfung und Verleumdung der Gewerkschaften und der von ihr gewählten Funktionäre zum Inhalt. Auch der Hinweis im Impressum, daß persönlich gezeichnete Artikel nicht unbedingt die Meinung der Redaktion darstellen, kann nicht darüber hinweg täuschen, daß Du Dich mit den Artikelschreibern persönlich solidarisiert hast.

   Es hätte von Dir erwartet werden müssen, daß Du allen Schaden von der Gewerkschaft ÖTV abwendest und mit ganzer Kraft dafür eingetreten wärst, um den Artikelschreibern deutlich zu machen, daß sie sich mit den von ihnen vertretenen Auffassungen gewerkschaftsschädigend verhalten. Trotz der nicht zu überbietenden Hetze hast Du gleichwohl zugelassen, daß diese Artikel in der Betriebszeitung erschienen sind.
2. In einem Schreiben vom Januar 1975 haben sich verschiedene Kollegen der Firma Hadeler gegen den Ausschluß des Kollegen Sandermeier gewandt.
   Als Vorstandsmitglied hast Du an dem Ausschlußverfahren gegen Andermeier teilgenommen. Danach müßte Dir bekannt sein, daß S. dem KBW angehört oder für ihn tätig ist. Gemäß der Beschlüsse vom 3. 10. 1973 und 25./26. 10. 1973 sind Mitglieder, die einer links- oder rechtsextremen Organisation angehören oder für sie tätig sind, auszuschließen.
   Obwohl Dir dieser Sachverhalt bekannt war, hast Du Dich mit Deiner Unterschrift identifiziert und als Vorstandsmitglied einen Beschluß der Gewerkschaft ÖTV bewußt außer acht gelassen.
   Als Mitglied und insbesondere als Vorstandsmitglied muß von Dir erwartet werden, daß Du die gewerkschaftlichen Interessen nach innen und außen vertrittst und Beschlüsse der Gewerkschaft beachtest und einhältst.
   In beiden Fällen hast Du Dich gewerkschaftsschädigend verhalten, so daß das Ausschlußverfahren gegen Dich eingeleitet werden mußte.

Gemäß § 6 Absatz 3 unserer Satzung fordern wir Dich auf, innerhalb von drei Wochen vom Tage der Zustellung des Bescheides an, zu den von uns genannten Ausschlußgründen Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist eine Stellungnahme gegenüber dem Kreisvorstand nicht mehr möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Theis, Geschäftsführer

Gewerkschaft und Verfassungsschutz: wie sich der Kollege Kolitsch von der IG Chemie Hannover die Zusammenarbeit vorstellt

Nachdem Kollegen der Firma Schering AG in einer Dokmentation dem IG Chemie-Papier—Cheramik-Funktionär Kolitsch u. a. Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nachgewiesen hatten, sahen sich Kolitsch und die Verwaltungsstelle des Hauptvorstandes gezwungen, am 4. 1. 1974 dazu Stellung zu nehmen: „Es stimmt, daß ich in besagter VL-Versammlung in Bezug auf Mitglieder, die bereits aus unserer Organisation wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten ausgeschlossen waren oder gegen die noch ein Ausschlußverfahren lief, Auskünfte des Verfassungsschutzes zitierte. (. . .) Ich erklärte, daß die Berichte vom Verfassungsschutz zur Überprüfung der eigenen Beweise eingeholt wurden, um eine größtmögliche Sicherheit bei der Beurteilung zu haben. (. . .) Vor und nach dieser Frage hatte sich der Kollege Hartmut durch unqualifizierte Zwischenrufe bemerkbar gemacht, worauf ich ihn fragte, ob ich ihm einmal vorlesen solle, was über ihn beim Verfassungsschutz aktenkundig sei. Ab diesem Augenblick war der Kollege dann still. (. . .) Ich hatte bereits in der letzten VL-Versammlung erklärt, daß ich an den Verfassungsschutz keine Informationen gegeben habe. Ich müsse mir allerdings überlegen, ob das auch in Zukunft so bleiben müsse."

Vgl.: Brief der Verwaltungsstelle des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Cheramik vom 4. 1. 1974.

Der Kollege Kolitsch steht mit seiner Ansicht nicht allein.

In einem Rundbrief an alle DGB- Landesverbände, Bezirke und Kreise vom 18. 1. 1978 nimmt der Bundesvorstand des DGB, Abteilung Vorsitzender, zum 3. Internationalen Russell-Tribunal Stellung. Im ersten Teil tauchen in diesem Brief Erkenntnisse über die beteiligten politischen Kräfte auf, die auszugsweise wörtlich mit einem Papier des Innenministeriums übereinstimmen. (VS — Nur für den Dienstgebrauch; Referat ÖS 2, 614 300 — R/21 VS-NfD).

Dieser Brief ist bekanntlich im ID 211/212 und in der Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 1978, S. 14, veröffentlicht worden.

Die Dokumentation gibt es, wenn die örtlichen Gewerkschaftskollegen sie nicht haben, für 4,-- DM bei **Kurt Holl, Werderstraße 21, 5000 Köln 1.**

GEFAHRENGEMEINSCHAFT DER ARBEITGEBER

Düsseldorf 20. März

Am 6. März verschickte Herr Wilke, vom Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie für Düsseldorf und Umgebung e.V., alle Geschäftsführungen der Mitgliedsfirmen einen langen vertraulichen Brief, der genau erklärt, wie verbandstreue Unternehmer sich im Falle eines Streiks zu verhalten haben.

Klar, daß keine Geschäftsleitung einfach so aussperren darf, ohne zuvor ihren Arbeitgeberverband gefragt zu haben. Grundsätzlich werden Streikmaßnahmen der IG-Metall natürlich mit Aussperrung beantwortet, aber "der Vorstandsrat des Verbandes der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen e.V. wird ermächtigt, Umfang und Zeitpunkt einer Aussperrung festzulegen. Dieser Beschluß bedeutet, daß es allein in der Verantwortung des Vorstandsrates von Verband Metall NRW liegt, ob im Falle eines Streiks von dem Gegenmittel der Aussperrung Gebrauch gemacht wird". Wenn die Gewerkschaft es fertig bringt, "ihre" Arbeiter auf die Straße zu holen, wann und wo sie gebraucht werden, und auch wieder in den Betrieb zu schicken, wenn sie meint, daß es genug sei, dann die Unternehmer mit ihren Geschäftsleitungen natürlich auch.

Und, - keiner wird vermuten, daß hier irgendetwas nachgeahmt werden soll - die Unternehmer zahlen sich auch Streikunterstützung, sie zahlen sich, sauber per Formblatt angemeldet und errechnet, die ausgefallene Lohnsumme, die sie an Streikenden den Arbeitern nicht bezahlt haben. Das eben ist die "Gefahrengemeinschaft", die der "solidarischen Abwehr von Arbeitskämpfen in der Metallindustrie" dient. "Voraussetzung für jede Unterstützungsleistung ist, daß das vom Arbeitskampf betroffene Unternehmen an die streikenden Arbeitnehmer keinen Lohn zahlt. Voraussetzung ist ferner, daß das Unternehmen selbst bestreikt wird oder selbst aussperrt."

Jede Ankündigung von Unterstützung ist, bei Gewerkschaften wie bei Unternehmern, mit Drohungen verbunden. So auch hier, wo "Unterstützungen aus der Gefahrengemeinschaft (voraussetzen), daß die Mitgliedsfirmen den Verbandsbeschlüssen nachkommen und nicht gegen den Grundsatz der vollen Solidarität verstoßen."

Wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, werden für die "tatsächlich ausgefallene Arbeitszeit", "80% der durchschnittlichen Tagesverdienste der streikenden oder ausgesperrten... Arbeitnehmer gezahlt."

Also teilt der Unternehmer die Summe der in den letzten drei Monaten ausgezahlten Löhne durch die insgesamt bezahlten Arbeitstage und trägt alles ins vorbereitete Formblatt ein.

Er erhält dann das Geld "zurück", das er vorher den Streikenden oder Ausgesperrten nicht bezahlt hat. Alles in allem eine Gefahr, die sich lohnt, in die sich die Mitglieder der "Gefahrengemeinschaft" sicher ganz gerne begeben werden, wenn es in NRW zum Streik kommt.

Zur besseren Handhabung der Vergünstigungen und für eventuelle Anfragen veröffentlichen wir hier die Liste des "Verbandsrates des Verbandes der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens e.V."

1. Präsident
Fabrikant Dr. Friedrich A. Neumann
Geschäftsführender Mitinhaber der Firma F.A. Neumann Tel.: 02403/23065 (Eschweiler)

2. Stellvertreter des Präsidenten

Dipl. Ing. Wolf Aengeneydt
Inhaber der Firma Schmitz Söhne, Tel.: 02136/8041 (Duisburg)

Fabrikant Dr. Hans Werner Brockhaus
Fa. Brockhaus Söhne, Tel.: 02391/1791 (Plettenberg)

Fabrikant Dipl. Ing. Dr. Paul Pleiger
Maschinenfabrik Paul Pleiger, Tel.: 02324/7081 (Witten)

Direktor Dr. Ehrhardt Reusch
Mitglied des Vorstandes der Friedr. Krupp GmbH, Tel.: 0201/1881 (Essen)

Fabrikant Otto Spindler
in Fa. Carl Vogelsang, Armaturenfabrik, Tel.: 0521/87771 (Bielefeld)

3. Mitglieder des Vorstandsrates

Direktor Horst Bergemann
Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Köln, Tel.: 0221/523081

Dr. Ing. Wolfgang Opitz
Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Carl Zangs AG Tel.: 02151/825205 (Krefeld)

Dipl. Kaufmann Helmut Schäfer
Mitinhaber der Maschinenfabrik Köppern & Co.KG, Tel.: 02324/2071 (Hattingen)

Dipl. Ing. Franz Tacke
in Fa. F. Tacke KG, Tel.: 05971/7901 (Rheine)

Dr. Franz Josef Weisweiler
Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, Tel.: 0211/8201 (Düsseldorf)

Dipl. Ing. Albrecht Woeste
Mitinhaber der Fa. R. Woeste & Co, Tel.: 0211/347071 (Düsseldorf)

Direktor Dr. Wolfram Thiele
Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG Tel.: 0208/692690 (Oberhausen)

Direktor Gisbert Dauber (Gast)
in Fa. Siemens AG, Tel.: 0211/3030501 (Düsseldorf)

Kontakt: Wer sich nicht an die oben aufgeführten Herren wenden mag: ID-Stichwort "Betrieb"

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern
ID-Telefon 0611 / 7 0 43 52

ENTZUG DER FERIENLAGERLEITUNG FÜR UDO KNAPP

BERLIN 28.3.78

Udo Knapp ist wegen seines Sitzenbleibens bei der Schweigeminute des Spandauer Personalrates am 13.4.77 für den ermordeten Bundesanwalt Buback die Leitung eines Ferienlagers entzogen worden. Außerdem wurde er am 16.2.78 wegen Beleidigung des Spandauer Personalrates und übler Nachrede zu DM 1.000 Geldbusse verurteilt. Udo Knapp hatte in sei[illegible] Flugblatt u.a. festgestellt, daß der Personalrat moralisch verwahrlost sei und gegen Gesetze und damit gegen Interessen der Kollegen verstoße.

Mit Wirkung vom 16.2.78 hat das Bezirksamt Spandau Udo Knapp in die Familienfürsorge als Sozialarbeiter versetzt. Er soll hier den 14. Bezirk - von den übrigen Kollegen als Schleudersitz gemieden - betreuen. Udo Knapp ist Politologe und bringt keine ausreichende Kenntnisse mit, um diese Arbeit zu verrichten.

Das Komitee an der FHSS (Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) hat dazu eine Broschüre herausgegeben:

Erfahrungsberichte und Dokumente. Zur Situation Westberliner Ferienmaßnahmen einiger Bezirksämter. Die Ferienlagerbetreuer beschreiben nicht nur ihre Schwierigkeiten bei der Einstellung, sondern auch über ihre Arbeit in den einzelnen Lagern. Die Broschüre ist zu beziehen über:

Komitee an der FHSS gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen, Goltzstr. 43/44, 1000 Berlin 30. (Treffpunkt ist jeden Freitag 17.00 - 20.00 Uhr in Raum 105).

AUSSTELLUNG "REPRESSION IN DER BRD"

Besancon 28. März

Nach der Ausweisung von Klaus Croissant aus Frankreich faßte das "Comite Claus Croissant" den Entschluß, sich nicht aufzulösen, sondern weiterzuarbeiten und sich intensiver mit der Situation in der BRD zu beschäftigen:

- Repression in allen Farben: Berufsverbote, Haftbedingungen, Rechtsverschärfungen, Ausbau des Polizeiapparates, Unvereinbarkeitsbeschlüsse....
- Widerstand in verschiedenen Formen: RAF, Wohngemeinschaften, Häuserkampf, Frauengruppen, Bürgerinitiativen....
- die geschichtlichen Hintergründe: Nazi-Regime, Kriegsfolgen, Vier-Mächte-Status, Restauration, Wiederaufrüstung, Notstandsgesetze, APO ....

Es erfolgte die Umbennung in "Comite contre la repression en RFA". Nach der Phase des Erarbeitens des Materials folgte die des Umsetzens - Schreiben von Artikeln und Resumes - an dessen Ende die Erstellung von Wandtafeln für eine Ausstellung stehen sollte. Vielerlei Arbeitsschwierigkeiten - das Erlebte und Angelesene zusammentragen, es dann zu Papier bringen, es zusammenfassen und es in eine für Besucher verständliche Form auf die Ausstellungswände bringen - verzögerten die Realisierung des Projekts. Hinzukamen noch Zusammenarbeit/Auseinandersetzung mit dem "Centre Regional d'Information", (dem CRI), einer städtischen Kultureinrichtung in der von Sozialisten regierten Stadt Besancon, das sich bereitfand, die Ausstellung auszuführen, materiell und personell zu unterstützen und dann auch in ihren Räumen auszustellen.

Schließlich und endlich wird die Ausstellung am 3. April eröffnet werden und bis Ende April andauern. In der zweiten Aprilhälfte werden Diskussionsabende mit Gästen aus der BRD und Frankreich sowie Filmabende stattfinden.

Alle, die Interesse haben an der Ausstellung und ihrem Programm sind herzlich eingeladen, nach Besancon zu kommen!

Nähere Informationen über:

Odette Savourey "expo"
Auxon - Dessus
F - 25870 Geneville
Frankreich

LASST DIE AGIT-DRUCKER RAUS!

Berlin. Seit dem 18.10.77 sitzen die 3 Agit-Drucker Jutta Werth, Gerdi Foß und Heinrich Weyer in Haft, ein Vierter erhielt gegen Kaution Haftverschonung. Die Anklage wirft ihnen vor, außer für die GEW und die Humanistische Union auch das Info-BUG gedruckt und Erklärungen von Guerillagruppen, über die in dieser Zeitung UNZENSIERT informiert und diskutiert wurde, nicht ZENSIERT und damit für diese Gruppen geworben zu haben.
Tatvorwurf: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung § 129a !!!
(Näheres ID 201,203, [illegible]11, 212, 213, 218)

PALÄSTINA-DEMO IN FRANKFURT

FRANKFURT
31. März

In meinen verzweifelten Träumen rette ich Frauen und Kinder vor dem Hagel der alles zerstörenden israelischen Bomben....

(Um Sarsur)

Am Samstag, 1. April, ist in Frankfurt eine Demonstration gegen die israelische zionistische Aggression im Süden Libanons geplant. Eine der Forderungen wird sein, die Schließung des PLO-Informationsbüros in Bonn zu verhindern. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr am Opernplatz.

Am gleichen Tag findet in Neu-Isenburg eine Veranstaltung zur Situation im Libanon statt. Sie beginnt um 19 Uhr im Waldschwimmbad, Karl-Ullrich-Str. (am Ende der Straße).

GERICHT, WÜRDE UND HOSENLATZ

STAMMHEIM
30. März

Im Sonnenberg-Prozeß hat Rechtsanwalt Heinisch (Berlin) im Gericht seine Hose geöffnet und seine Schuhe ausgezogen, um dem Gericht zu zeigen, wie er in der Kontrolle behandelt wird. Das Gericht hat aber dies scheinbar keineswegs als beleidigend empfunden. Ist ja auch nicht beleidigend?

Die Durchsuchungen der Rechtsanwälte werden weitergehen (so Süd-West-Funk), um zu verhindern, daß Waffen in den Gerichtsaal hereingebracht werden. Natürlich bringen Polizisten keine Waffen ein, und werden so wie Staatsanwälte und Richter auch nicht durchsucht.

KINO WIE NOCH NIE – HARMONIE

FRANKFURT
29. 3.

Die „Harmonie" ist ein Kino im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen.

Seit einem Jahr bereichert das Kollektiv die Kulturkonsumenten mit abendlichen Schwimmkursen in Sachen Film.

Am 1. April — beim Jubiläumsfest — wird keine(r) trocken bleiben, weder hinter den Ohren noch sonstwo..................

Ab 18.00 Uhr Einlaß; Beginn ab 19.00 Uhr mit einem Film: „man braucht kein Geld", Der alte Nuschler Hans Moser meets den noch ziemlich jungen Heinz Rühmann.

KIM MARLOW singt. Kim Marlow ist eine Entdeckung aus einem Frankfurter Transvestitenschuppen mit einer Original—Playback—Plastic—Show.

„Professor Hokus Pokus" und seine Assistenten produzieren bis bis zu vier Meter lange Feuersbrünste aus seinem Munde, dem gelegentlich auch unendliche Wattemengen entquellen.

SCHROEDER'S ROAD SHOW aus Köln. Die Jungs produzieren ren Hard Rock und Texte, die sich's mit jedem verderben....
ein Stummfilm mit live—Klavierbegleitung „IM ZEICHEN DES ZORRO" mit turbulenten Fechtereien.......
und außerdem Essen, Trinken und Karl Valentin im Frisiersalon.

STREIKBRECHER BEI BOSCH: WENN EIER CHEF IN NECKAR SPRINGT ...

STUTTGART-FEUERBACH:
20. März

Aus den "Aussperrungs-Nachrichten" der IG-Metall:

"Streikbrecher! Streikbrecher!", klang es im Chor. Vor Tor 1 bei Bosch in Feuerbach hatten Kolleginnen und Kollegen eine schöne lange Gasse gebildet. Daneben Schilder: "Eingang für Streikbrecher." Auf dem Parkplatz nebenan traten Angestellte unsicher von einem Fuß auf den anderen. Allein getrauten sie sich nicht an den Arbeitern und Angestellten vorbei, denen sie mit ihrem Gang in den Betrieb in den Rükken fallen. Da mußte schon immer ein Vorgesetzter anrücken - und wie eine Hammelherde zog dann ein Trüppchen hinter ihm her durch die Streikposten. "Wenn eier Chef in den Neckar neispringt, springt ihr auch nach", kommentierte ein schwäbischer Arbeiter. Sein ausländischer Kollege: "Das wollen Führungskräfte sein, die haben ja nicht mal eine eigene Meinung."

Insgesamt gingen von 3000 Angestellten ganze 300 ins Werk. Daß morgens mehr vor dem Betrieb gestanden hatten, die wieder heim gingen, hat folgenden Grund: Die Geschäftsleitung hatte am Vorabend viel Geld vertelefoniert. Nur bei 300 Ängstlichen oder Strebern wirkte ihre Aufforderung, sich "ins Werk schleusen" zu lassen. Manche getrauten sich nicht einmal, ihr Gesicht zu zeigen.

Informationen über: Zentrale Streikleitung, IG Metall-Bezirksleitung, Kanzleistr. 20, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711/ 29 45 96, 29 56 72, 22 48 07.

NUR KRIECHER KOMMEN DURCH DIE GASSE

Gerichte haben angeordnet, daß für Streikbrecher eine drei Meter breite Gasse gelassen werden muß (s. ID 222). Über die Höhe der Streikbrechergasse hat das Gericht jedoch nichts verfügt. Die Arbeiter haben das selbst entschieden und in manchen Betrieben die Gasse einen Meter hoch gemacht. So mußten die Streikbrecher kriechen.

GENERALSTREIK ?!!?

BRUCHSAL
30. März

3.500 Arbeiter in 15 Betrieben haben um 14 Uhr Feiertag (Feierabend ?) gemacht. Ab 14.30 Uhr zieht ein Demonstrationszug durch die Bruchsaler Innenstadt.
Überall wird die Arbeitsunterbrechung jedoch viel früher stattfinden. In Bruchsal haben die Arbeit-"Geber" (Arbeitskraftkäufer) in den Fabriken einfach den Feierabend um 14 Uhr ausgerufen, um zu vermeiden, daß es Streik gibt. Schon zu diesem Zeitpunkt (14 Uhr, 30.3.) wird angekündigt, daß ab morgen (Freitag) und jeden folgenden Tag der Baden-Württembergische Metallarbeiterstreik vergrößert wird. Daraufhin haben jetzt schon die "Arbeitskraftverkäufer" geantwortet: "Wir werden aufhören zu kaufen, wir sperren aus."

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

Achtung, liebe Abonenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

DIE KUNDGEBUNG: IM SAALE DER GENERALSTREIK: NACH FEIERABEND

Heidelberg, 30. März Die DGB-Großveranstaltung in Heidelberg war eine ziemliche Pleite. 16 DGB-Gewerkschaften haben in ganz Baden-Württemberg zu Demonstrationen und Protestkundgebungen in 35 Städten aufgerufen. (unklar blieb, ob die neuaufgenommene 17. Gewerkschaft – die der Polizei – auch bereits mitmachte).

NIEDER MIT DEN AUSSPERRUNGEN

Aber in Heidelberg, trotz massiven Mitmarschierens ausländischer Kollegen und - o Wunder eine erstmals störungsfreie Beteiligung Heidelberger Studentengruppen in einer DGB-Veranstaltung, kam die Demonstration durch die Weststadt zum Ebert-Platz kaum auf 4000 Beine und einige Kinderwagen. Die DGB-Aktivisten, die im Druckerstreik und vorher Großes geleistet hatten, waren äußerst bestürtzt. "Wir haben ja vor zwei Wochen 7000 Mann (und Frau?) in Eppelheim gehabt. Was ist denn heute los? " Schon während der Kundgebung wurden Versuche gemacht, die Gründe der "Pleite" zu begreifen. "In Heidelberg wird ja nicht gesteikt. Die einzige ausgesperrte Fabrik, Stotz-Kontakt, (eine BBC-Filiale) da sind ja selbst mehr Leute als auf der Versammlung... aber dort ... Aussperrung ist ja nicht Streik, gibt es keine Streikposten, keine Aktivität, überhaupt nichts, das die Belegschaft zusammenhält. Die Leute sind einfach nach Hause gegangen, und – DGB hin, DGB her – dort sind sie noch immer."

auch:
"In Heidelberg, anders als z.B. in Bruchsal, war die Zeit – 16.30 – nach Arbeitsschluß höchst ungünstig. Das letzte Mal haben wir gestreikt und das nicht nach Feierabend." (Der DGB hat zu keinem Streik für die Abendschicht aufgerufen) "Wir müssen das nächste Mal besser machen."

"Trotz alledem war dies die erste Arbeiterdemonstration in Heidelberg seit Menschengedenken. Der DGB Heidelberg pflegt ja seit Jahren – seit der Studentenrevolte – sogar die 1. Mai-Kundgebung im Saal abzuhalten, um nicht von den Radikalen gestört zu werden."

Aber es scheint, daß manches Schlechte auch sein Gutes hat. Dieses Mal wurde die Kundgebung von und durch die Anwesenden "Radikalen" kaum gestört, alte DGBler standen da und "KVZ" (kommunistische Volkszeitung), und ein einziger, fast verschämter Distanzierungsaufruf wurde stillschweigend ignoriert. Dagegen aber kam des Tages größter Beifall, als der IG-Metallbevollmächtigte Rudolf Bock einen Solidaritätsbrief von ... hold your hats..., dem Amerikanischen Soldatenkomitee Mannheim kurz vorlas:

"Genossen!
Obwohl wir – gegen unseren eigenen Willen – als Besatzertruppen in eurem Land sind, stehen wir, als amerikanische Arbeiter in Uniform, voll hinter eurem Streik. Trotz aller Versuche des Militärapparates uns von Euch getrennt zu halten, ist unser Kampf derselbe wie eurer. Wir selbst kämpfen im Augenblick für das Recht, uns gewerkschaftlich zu organisieren. Der Streik der IG-Metall ist ein wichtiger Teil des weltweiten Kampfes der Arbeiter für die Erhaltung und Erweiterung ihrer Rechte.
In solidarity, Coleman Barracks, Soldiers Committee Mannheim c/o Fight Back, Ingrimmstr. 28, 6900 Heidelberg

Stürmischer Applaus!

Ab nächster Woche wird der IG-Metall Streik täglich erweitert in Baden-Württemberg. "Die Leute sind überall bereit zu streiken nur verstehen sie unsere Gewerkschaft oft überhaupt nicht", sagten mir mehrere, als sie abzogen.
Max Watts/ID

Zweitausend Menschen demonstrierten am 30. März 1978 bei der DGB-Großveranstaltung in Heidelberg zu der fast alle baden-württembergischen DGB-Gewerkschaften aufgerufen hatten.